

10./V. 1919

1

91

L 70000
35

1919

10./V. - 30./IX.

Opus 4

allg.

37.

Gespeisezettel für die Woche

vom 11. bis 17. Mai 1919,

Sonntag: Einmachsuppe, Reisfleisch; **abends:** Spanische Suppe.

Montag: Selleriesuppe, Grammelknödel mit Sauerkraut; **abends:** Meilliches Sauerkraut mit Blutwurst.

Dienstag: Kohlsuppe, Leberwurstplätzchen mit Salat; **abends:** Ruchsalat mit gelben Rüben.

Mittwoch: Grünkengsuppe, Spinat mit Nockerln; **abends:** Schlesiſche Fleischsuppe.

Donnerstag: Karottensuppe, gefülltes Kraut; **abends:** Paradiesreis.

Freitag: Kartoffelgriechsuppe, Pfefferfisch; **abends:** Eingemachten Kohl.

Samstag: Würfelsuppe, Gemüsefleisch; **abends:** Schwammerlgulas.

Spanische Suppe. Feingehackte Zwiebel, Paradies-
markt, Petersilie und Dörrengemüse wird mit Paprika gedünstet.
Man schneidet Stücke von geſochtem Sechfleisch (Schweine-
fleisch) hinein und gießt mit dem Fleischsud die Suppe auf.

Pfefferfisch. Geſchnittener Fisch wird mit Pfeffer
und Salz eingegeben. In einer Kasserolle läßt man Zwiebel,
gelbe Rüben und Petersilie mit Suppe dünsten. Wenn die
Wurzeln weich sind, gibt man die eingepfefferten Fischstücke
dazu, gießt Suppe (Würfel) darüber und läßt dünsten.

Gemüsefleisch. Geſchnittene Zwiebel, Gurken,
Paradiesmarkt, gelbe Rüben, Kohl, Pfeffer und Salz gibt
man in einen Topf kalten Wassers. Wenn es siedet, gibt man
feingehacktes Fleisch hinein und läßt dünsten.

Die schweizer. Hilfsaktion für Wien.

Der Leiter der schweiz. Geschäftsstelle der Hilfeleistung für Wien, Oskar Voghard, legt uns soeben seinen Schlussbericht vor. Bekanntlich erstreckte sich die Sammlung des am 27. Dezember 1918 gebildeten Komitees auf ersparte Lebensmittelartenabschnitte, Naturalgaben und Geld. Bei den 33 Unterkomitees des Landes liefen bald Naturalgaben, pfund- und zentnerweise, sogar waggonweise, ein, Geldspenden von Nickel und Silberling bis zur Banknote und zum fünfstelligen Scheid, Lebensmittelarten von einzelnen Marken bis zu ganzen Kartenbündeln. Die Lebensmittelfartensammlung für Wien ergab dabei folgendes Gesamtergebnis in der ganzen Schweiz: Mehl 255,520 Kilo (Basel-Stadt 8784 Kilo), Butter und Fett 111,491 Kilo (Basel-Stadt 2749), Reis 205,114 (17,263), Zucker 32,314 (515), Teigwaren 40,613 (1786), Hafer und Gerste 39,107 (1950), Kartoffeln 203,639 (0), Diverses 1010 (200); insgesamt 888,747 Kilo (Basel-Stadt 33,248 Kilo). Von den 33 Wagen, die diese Waren füllten, kam auf Basel ein ganzer Wagen.

Zu diesen 33 Wagen, die nach Wien gesandt wurden, traten dann noch 17 weitere, deren Lebensmittelinhalt aus folgenden Geldspenden angeschafft wurden: Total Schweiz 706,865 Fr. (Basel-Stadt 65,000 Fr.).

Alles in allem wurden nach Wien 571 Tonnen Lebensmittel gesandt und zwar 73 Tonnen Erbsen, 55 Frischobst, 106 Reis, 52 Hülsenfrüchte, 56 Schokolade und Kakao, 33 Kondens-Milch, 10 Kartoffelmehl, 13 Trockengemüse, 14 Mehl, 4 Kindermehl, 8 Teigwaren, 9 Fleischkonserven, 3 Fischkonserven, 21 Suppenkonserven und Suppenmehl, 7 Kaffee, 7 Hafer- und Gerstenprodukte, 7 Kastanien, 15 Fett, 3 Käse, 2

Feinewolle, 3 Federkissen, 70 Verschiedenes. Diese 571 Tonnen repräsentierten einen Gesamtwert von 1,490,000 Fr.

Die 50 Wagen Liebesgaben rollten in zwei Extrazügen von 29 und 18 Wagen am 5. und am 25. Februar von Buchs nach Wien, zwei Restsendungen folgten am 3. und 16. April. Sonderspenden an bestimmte Personen in Wien wurden nicht zugelassen; dagegen wurde für die dortige Schweizerkolonie je ein Wagen verschiedene Lebensmittel und ein Wagen Tafelobst speziell bestimmt. Mit Dankes- und Anerkennungsworten für die in so schönem Maße erfolgte Hilfe des Schweizervolkes schließt der Berichterstattende Geschäftsleiter seine interessanten und detaillierten Darlegungen

Die Hilfsaktion für Wien

Die Geschäftsstelle für die Wiener Hilfsaktion gibt soeben ihren Tätigkeitsbericht heraus. Wir entnehmen dem Bericht folgende Angaben:

Die Hilfsaktion wurde im ausdrücklichen Einverständnis der zuständigen Organe der alliierten Mächte unternommen. Sie bezweckte in erster Linie die Sammlung von Lebensmitteln, die unter amtlicher Aufsicht nach Wien transportiert und an die Bedürftigsten, vorab an Kinder, Kranke und Wöchnerinnen verteilt werden sollten. Die Sammlung erstreckte sich auf ersparte Lebensmittelartenabschnitte, Naturalgaben und Geld.

Um jede Verzögerung zu vermeiden, hat das Eidgenössische Ernährungsamt Ende Dezember 1918 drei Eisenbahnzüge mit im ganzen 117 Wagen verschickte Lebensmittel, worunter 60 Wagen Mehl, 30 Wagen Reis, der Rest in kondensierter Milch, Schokoladepulver und Fett nach Wien verkaufsweise an die Stadt Wien abgehen lassen.

In 33 Orten bildeten sich Hilfskomitees, die ihre Arbeit eifrig betrieben; mit großem Fleiß wurden im ganzen Lande die Gaben zusammengetragen: Naturalgaben, pfund- und zentnerweise, sogar waggonweise, Geldspenden vom Nickel und Silberling bis zur Banknote und zum fünfstelligen Scheß, Lebensmittelarten, von der einzelnen Rationierungsmarke bis zu ganzen Kartenbündeln. Reich und arm, hoch und niedrig, haben sich in diesem Wert der Menschenliebe die Hand gereicht.

Die Sammlung von Lebensmittelfarten erzielten für das Gebiet der Schweiz folgende Ergebnisse: Mehl 255,520,720 Kilogramm, Butter und Fett 111,426,910, Reis 205,111,350, Zucker 32,314,470, Teigwaren 40,613,070, Hafer und Gerste 3,910,792, Kartoffeln 203,639, diverse Lebensmittel 1,010,710, total 888,747,150 Kilogramm.

Der Kanton Bern steht fast für sämtliche Lebensmittel an der Spitze. Es gingen Kartenabschnitte ein für Mehl 84,753,440 Kilogramm, Butter und Fett 19,251,170, Reis 77,260,300, Zucker 5,709,370, Teigwaren 13,931,300, Hafer und Gerste 13,620,520, Kartoffeln 9503, diverse Lebensmittel 2, total 224,031,100 Kilogramm.

Es wurden außerdem auch Käse- und Milcharten gesammelt, doch haben die Zahlen nur relativen Wert, da bei der Knappheit dieser Lebensmittel in der Schweiz die Rationen oft gar nicht oder nur in reduzierten Mengen erhältlich waren. Diese Zahlen sind daher weggelassen.

An Naturalgaben wurden insgesamt 33 Wagen verschiedener Lebensmittel gesammelt; davon entfallen auf den Kanton Bern drei, auf Zürich neun Wagen. Hierzu kommen weitere 17 Wagen Lebensmittel (meist zu 15 Tonnen), die aus den Geldspenden aufgekauft werden konnten.

Die Geldspenden beziffern sich insgesamt auf Fr. 706,865.82, wovon die Kantone Bern Fr. 52,120.16, Basel Fr. 65,000 und Zürich Fr. 253,212 beitrugen. Das Hilfskomitee für Auslandsschweizer spendete Fr. 10,000, die «English Society of Friends and Emergency Committees for Assistance of Germans, Austrians and Hungarians in Distress, London», spendeten 87,000 Franken.

Das Gesamtergebnis der in den Liebesgabenbürgen ausgeführten Lebensmittel ist in Tonnen ausgedrückt, folgendes: Dörrobst 73, Frischobst 55, Reis 106, Hülsenfrüchte 52, Schokolade 56, Kondensmilch 33, Kartoffelmehl 10, Trockengemüse 13, Mehl 14, Kindermehl 4, Teigwaren 8, Fleischkonserven 9, Fischkonserven 3, Suppenkonserven- und mehl 21, Kaffee 7, Hafer- und Gerstenprodukte 7, Kastanien 7, Fett 15, Käse 3, Bienenhonig 2, Lebertran 3, Verschiedenes 70, total 571 Tonnen. Der Gesamtwert dieser Waren beträgt etwa Fr. 1,400,000.

Die Naturalgaben sind von den verschiedenen Sammelstellen in der Schweiz, etwa fünfzig an der Zahl, im Laufe des Monats Februar in Buchs zusammengezogen worden. Die eidgenössische Oberpostdirektion hatte für die Beförderung der Liebesgabenpakete in freundlicher Weise die Portofreiheit gewährt, ebenso konnten die Bahnsendungen, dank dem Entgegenkommen der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen sowie der österreichischen Staatsbahnen, frachtfrei erfolgen.

Die von der Entente für die Liebesgaben erteilte Ausfuhrbewilligung lautete auf im ganzen fünfzig Wagen. Die Liebesgaben sind in zwei durch Schweizer Militär bewachten Extrazügen im Februar von Buchs nach Wien abgegangen. Zwei Restsendungen erfolgten im April. Damit war die von den Behörden erteilte Ausfuhrbewilligung von fünfzig Wagen vollständig ausgenutzt.

Das Schweizer Hilfskomitee mußte von Anfang an den Grundsatz aufstellen, daß die Sammlung ausschließlich den Charakter einer öffentlichen Hilfeleistung zu tragen hatte. Separataktionen waren daher ausgeschlossen und es mußten die zahlreichen Anfragen um Zulassung von Sonderpenden an bestimmte Kreise und Personen in Wien abschlägig beschieden werden, so gerne das Komitee den Wünschen willfahren hätte. Bei der großen Verbreitung von Hungersnot und Krankheit in Wien konnten mit den dem Komitee zur Verfügung gestellten Gaben gerade nur die allerdringendsten Fälle berücksichtigt werden. Die Spender mußten sich daher mit der Zusicherung begnügen, daß ihre Gaben nach dem Grundsatz der größten Hilfsbedürftigkeit verteilt wurden.

Da auch die Schweizerkolonie in Wien notleidend ist, sind von dem ersten Liebesgabenzug ein Wagen verschiedene Lebensmittel und ein Wagen Tafelobst für die Schweizer in Wien bestimmt worden.

Als Dank der Wiener ist dem Schweizerischen Hilfskomitee ein besonderes Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Wien zugekommen.

Hilfe für die Wiener Kinder.

Wien hat eine Viertelmillion Schulkinder. Die Hälfte dieser Kinder bezog im Frieden schon die Armenlernmittel in den Schulen: 115.000 Kinder. Zum mindesten mit dieser Zahl unterernährter, hilfsbedürftiger Kinder hat Wien zu rechnen. Zum mindesten diese Kinderschar brauchte nach fünf Jahren Kriegsunterernährung Ferien auf dem Lande und hat keine in Aussicht. Haben wir so den „Bedarf“ an Hilfe festgestellt, so wird es uns nicht schwer werden, einen Überblick über die verschiedenen Bestrebungen und Bemühungen, den Kindern zu dienen, zu gewinnen.

Da war zunächst in den letzten Monaten viel von einer Aktion der Neutralen die Rede. Vierzigtausend Wiener Kindern sollte ein Ferienaufenthalt durch Beistellung der nötigen Lebensmittel gesichert werden. Das wäre schon etwas gewesen. Nun aber ist es damit still geworden, ja es heißt sogar, es werde nichts daraus werden. Zu derselben Zeit setzt kräftig eine Hilfsaktion der Amerikaner ein. Sie wollen 30.000 Wiener Kindern zunächst durch zwei Monate täglich eine kräftige Mittagsmahlzeit bieten. Amerika stellt die Lebensmittel umsonst bei. Wien und der deutschösterreichische Staat haben die Zubereitungs- und Verteilungskosten zu tragen. Auch sie sind nicht gering. Sie werden mit 900.000 Kronen im Monat angenommen. Der Kinderarzt Professor Pirquet steht an der Spitze des Wiener Komitees, das diese Sache vorbereitet. Schon weiß man, welche Großküchen dieser Ausspeisung dienen werden, ja noch mehr, am 15. d., also in wenigen Tagen, wird in der ersten Küche schon die Ausspeisung beginnen. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Amerikaner noch für weitere zwei Monate Lebensmittel beistellen werden und daß es durch sie möglich sein wird, auch für alle Wiener Ferienaktionen billigere Lebensmittel zu bekommen.

Ist es so, dann wäre die Möglichkeit gegeben, eine etwas größere Zahl von Kindern in Ferien zu bringen, auch wenn die Neutralen Wien wirklich nicht zu Hilfe kommen, was aber noch dahingestellt bleibe. Die Einzelaktionen der Schweiz, Hollands, Schwedens werden weitergeführt. So weit sich diese Aktionen bis jetzt übersehen lassen, ist noch nicht allzu viel Gutes zu berichten. Das Staatsamt für soziale Verwaltung hat mit seiner Abteilung für Volksgeundheit den Anstoß zu einer größeren Aktion gegeben. Der Staat soll danach drei Millionen an Mitteln beistellen. Das gleiche soll Wien geben und auch die Banken sollen zu entsprechender Beitragsleistung herangezogen werden. Aber wie und wo die Kinder unterbringen? Auch hier regt es sich da und dort. Das städtische Jugendamt, das Staatsamt für soziale Verwaltung, der niederösterreichische Landesrat sind ebenso tätig wie eine Reihe alter und neuer Organisationen, um auf dem Lande möglichst viel Platz für Kinder zu schaffen. Die Flüchtlingslager, insbesondere das von Gmünd, sollen herangezogen werden, in Oberhollabrunn werden auch einige hundert Kinder untergebracht werden können; das Land ist besrebt, Pflegestellen in Niederösterreich ausfindig zu machen, und hier könnten die bauerlichen

Landtagsabgeordneten zeigen, welchen Einfluß sie auf ihre Wählerschaft haben — viele Tausende von Kindern könnten auf diese Weise unterkommen, ohne daß es der einzelne Bauer spürte —, und endlich sind alle Kinderhilfsorganisationen eifrig dahinter, so viele Ferienplätze für Kinder zu schaffen, als es nur geht. Die Kinderfreunde werden ihre sechs Erholungsstätten in Doppelschichten besiedeln und gibt es Nahrungsmittel, so werden sie auch viele Mehrtagswanderungen mit den größeren Kindern machen, ebenso werden alle anderen Organisationen dem Ferien- und Ausspätungsbedürfnis der Kinder zu dienen trachten. Einiges ist auch von der Aktion „Wiener Kinder zu Familien aufs Land“ zu erwarten, die so gedacht ist, daß alle begüterten Familien, die in der Lage sind, aufs Land zu gehen, ein Kind mitnehmen, das ihnen von der „Aktion“ zugewiesen wird. Das Wiener Komitee will nicht nur die Kinder ausfindig machen, es will auch dafür sorgen, daß die Kinder nett gelleidet sind (wofür von den Eltern ein Regiebeitrag eingehoben werden soll) und daß sie absolut rein den Sommerpflegeltern übergeben werden. Das ist jetzt eine der größten Sorgen aller Fürsorger und Lehrer, da infolge des Seifens- und Kohlenmangels und der durch den Krieg verschuldeten allgemeinen Vernachlässigung der Kinder viele, allzu viele von Ungeziefer geplagt sind. Frau Amitta Müller, die in dieser Aktion mitwirkt, will die Einrichtungen schaffen, um die Kinder von dieser Plage zu befreien. An sich ein Segen!

Leider fällt diese Aktion nicht so auf fruchtbaren Boden, wie es von dem Komitee erwartet wurde. Es haben sich wohl schon viele Bürger gemeldet, die bereit sind, ein Kind über die Ferien mit aufs Land zu nehmen und damit der „Pflicht des Besitzes“ Rechnung zu tragen; aber der große Ansturm ist ausgeblieben. Die reichen Leute sind zu sehr daran gewöhnt, immer einzeln aufgefordert zu werden. Das Komitee läßt sich keine Arbeit aber nicht verdrießen und hofft, daß der schöne Gedanke, den es verwirklichen will, der Gedanke der persönlichen Hilfeleistung bessergestellter Mitbürger an den Kindern der schwächeren, sieghafter sein wird als die eingerotteten Bourgeoisgewohnheiten. Daß diese Hoffnung das Komitee nicht träge, ist zu wünschen. Nie noch war es so notwendig, daß alle Kräfte der Gesellschaft lebendig werden, den Kindern zu helfen. Nie noch stand so viel auf dem Spiele. Lassen wir heute unsere Jugend im Stich, dann haben wir morgen öffentliche Verwalter, die zu schwach sind, die Riesenlast zu tragen, die wir ihnen als Erbe überlassen müssen. Sollen uns unsere Kinder nicht fluchen, so müssen wir anpacken und das Meiste tun. Wenig ist es noch, was bisher sichtbar ist — aber wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß bis zum Sommer die Gewissen erwachen. An dem Antrieb dazu wird es nicht fehlen. Mag Winter.

Zubußen für die Kinder in Wien.

Amlich wird mitgeteilt: In der Zeit vom 15. d. bis 12. Juni l. J. werden an die Kinder in Wien folgende Zubußen abgegeben werden:

- An die Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr wöchentlich ein Viertelkilogramm Weizengrieß sowie einmalig ein Achtelkilogramm Reis und ein Achtelkilogramm Kunsthonig;
- An die Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr wöchentlich ein Viertelkilogramm Reis, ein Achtelkilogramm Kunsthonig und ein Achtelkilogramm Malzkaffee;
- An die Kinder vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr wöchentlich ein Achtelkilogramm Haferreis sowie einmalig ein Viertelkilogramm Reis und ein Achtelkilogramm Sequar.

Die Ausgabe der Zubußen für die bei Konsumantenorganisationen mit Mehl rationierten Kinder wird nun bei den Verschleißstellen dieser Organisationen stattfinden.

Eine Beteiligung der Kinder mit Kondensmilch kann vorläufig in der Zeit vom 11. d. bis zum 24. d. nur im beschränkten Umfang stattfinden.

11./V. 1919

6

Die Approbationierung.

Die Finanzierung der Lebensmittelbezüge.

Wie wir erfahren, haben zwischen Vertretern des Staatsamtes der Finanzen und der Entente bis in die allerjüngste Zeit Besprechungen über die Finanzierung der Lebensmittel stattgefunden, die schon seit längerem nach Deutschösterreich gelangen, deren Bezahlung jedoch bisher in Schwebe blieb. Die Verhandlungen haben vorläufig noch nicht zu positiven Ergebnissen geführt. Sie dienten hauptsächlich der gegenseitigen Orientierung über Kreditmöglichkeiten und Wünsche und bleiben insofern aktuell und wertvoll, als die Frage demnächst bei den Friedensverhandlungen von deutschösterreichischer Seite wieder aufgerollt wird und die einschlägigen Materialien über die Kreditangelegenheit die Unterlage für die Diskussion bilden werden. Die bezüglichen Verhandlungen dürften einen um so glatteren Verlauf nehmen, als für sie dieselben deutschösterreichischen

Unterhändler und Vertreter der Alliierten bestimmt wurden, die den Gegenstand schon hier behandelt haben.

Für die hungernden Kinder.

Die Vorbereitungen der amerikanischen Kommission zur Auspeisung unterernährter Wiener Kinder sind so weit gediehen, daß an die Errichtung der ersten Küchen geschritten wird. Diese soll im 12. und 20. Bezirke erfolgen, doch die Entscheidung hierüber konnte noch nicht gefällt werden, weil die Frage noch nicht gelöst ist, wer die Regiekosten tragen werde.

Die Amerikaner, denen man Kleinlichkeit gewiß nicht vorwerfen kann, verlangen im Sinne der ihnen erteilten Aufträge, daß die Bezahlung der Regiekosten von hiesigen Stellen übernommen werde, und nun wird darüber verhandelt, ob der Staat, die Stadt oder beide gemeinsam die Kosten tragen sollen. Die Verhandlungen bereiten keine Schwierigkeiten und werden, trotz bürokratischer Formen, sehr bald beendet sein. Sie könnten aber ganz entfallen, wenn sich eine Person oder eine Unternehmung fände, die bei dieser überaus menschenfreundlichen Aktion durch Leistung der Regiekosten mithelfen wollte.

Zubußen für die Kinder in Wien.

In der Zeit vom 15. d. bis 12. Juni werden in Fortsetzung der vom Staatsamt für Volksernährung im April eingeleiteten Aktion an die Kinder in Wien folgende Zubußen abgegeben werden:

a) an die Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr wöchentlich $\frac{1}{4}$ Kilogramm Weizengrieß sowie einmalig $\frac{1}{8}$ Kilogramm Reis und $\frac{1}{8}$ Kilogramm Kunsthonig;

b) an die Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr wöchentlich $\frac{1}{4}$ Kilogramm Feinmehl sowie einmalig $\frac{1}{8}$ Kilogramm Reis, $\frac{1}{8}$ Kilogramm Kunsthonig und $\frac{1}{8}$ Kilogramm Malzlasse;

c) an die Kinder vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr wöchentlich $\frac{1}{8}$ Kilogramm Haferreis sowie einmalig $\frac{1}{4}$ Kilogramm Reis und $\frac{1}{8}$ Kilogramm Lequar.

Die Ausgabe der Zubußen für die bei Konsumentenorganisationen mit Mehl rationierten Kinder wird nicht mehr wie bisher bei den städtischen Nahrungsmittelabgabestellen, sondern bei den Verschleißstellen dieser Organisationen stattfinden. Die näheren Bestimmungen über die Ausgabe der Zubußen werden noch bekanntgegeben werden.

Eine Beteiligung der Kinder mit Kondensmilch kann, wie bereits verlautbart wurde, im Hinblick auf die geringfügigen Zuschüsse vorläufig in der Zeit vom 11. bis zum 24. d. nur in beschränktem Umfang stattfinden.

Die Preiserhöhungen des Tages.

Während wir vor der Notwendigkeit stehen, unter äußerster Anspannung unserer Kräfte unsere Wirtschaft wieder aufzubauen, treten täglich neue Preiserhöhungen ein und verschieben geradezu stündlich aufs neue die Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens. Mögen diese Preiserhöhungen auch berechtigt sein, für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft sind sie jedenfalls unheimlich.

Der gestrige Tag brachte gleich eine Serie von Preiserhöhungen. Folgende Preise wurden erhöht: Petroleum auf 88 S. für den Liter, Braunkohlen auf 15 K. für den Meterzentner, Kaffee auf 2 K. 8 S. für $\frac{1}{4}$ Kilogramm und Einkeilschweine in Abstufungen auf 24, 26 und 28 K. für ein Kilogramm Lebendgewicht. Daß ein Schwein von 40 Kilogramm 1000 K. kostet, ist nicht neu, aber daß es mit behördlicher Bewilligung so viel kosten darf, ist das Neue und Bittere an der Sache.

m. h.

11./V. 1919

5

Lebensmittel aus Frankreich.

Täglich zwei Güterzüge für Oesterreich.

Bern, 10. Mai. Wie der „Bund“ aus
Buchs meldet, sollen in nächster Zeit aus
Frankreich täglich zwei Güter-
züge mit Lebensmitteln eintreffen
und nach Oesterreich geleitet werden.

11./V. 1919

8

Ein Schweizer über Wien.

Hilfe für die darbende, geduldige Millionenstadt.

Ein Schweizer Journalist, Redakteur R. Riesenmeyer aus Bern, weilte in den letzten Wochen in Wien, um über die hier herrschenden Verhältnisse an Schweizer Zeitungen aus eigener Anschauung zu berichten. Der Schweizer Schriftsteller wird — wie dies schon andere seiner Landsleute und Berufsgenossen getan haben — an die Presse seiner Heimat wahrheitsgemäße Darstellungen der Lage in Wien übermitteln, die sicherlich dazu beitragen werden, der Stadt Wien in der hilfsbereiten eidgenössischen Republik neue Sympathien zu erwerben. Redakteur Riesenmeyer hat vor seiner Abreise in die Heimat an einen Wiener Kollegen ein Schreiben gerichtet, in dem es heisst:

Vor Jahren einmal, als ich noch Gymnasiast war, kam ein Freund meines Vaters aus Wien in mein Elternhaus und weckte damals durch seine Erzählungen von der Donau Stadt und ihrem fröhlichen Leben in mir die große Sehnsucht, selbst einmal die Schönheiten genießen zu dürfen und der Freuden teilhaftig zu werden, die es in dieser Stadt gibt. So schnell aber, wie es sich meine jugendliche Phantasie ausmalte, sollte mein Traum nicht in Erfüllung gehen. Erstmals kam ich hieher, als an den Fronten die Kanonen und die Gewehre ihr unseliges Brüllen spielten, und ich fand — es war im Sommer 1915 — eine Stadt, die mir bewies, daß man auch in tobendster Stunde fröhlich sein kann. Wie gewaltig war damals eigentlich der Unterschied zwischen München, wo ich lebte, und dem schönen Wien. Dort gedrückt und kummervolle Stimmung, und hier eine Gemütsfreiheit, die einem, wären nicht die Uniformen gewesen, fast an die Friedenszeiten erinnert hätte.

In ernster und schwerer Stunde hat mich mein Beruf wieder nach Wien gebracht, in einer Zeit, wo die herrliche Stadt durch Hunger und Armut in viel, viel Leid getaucht ist. Aber bei all dem Schönen und Traurigen, das ich hier mit eigenen Augen gesehen, ist mir dennoch ein Trost geworden und das ist: daß der Wiener auch ernste und schlimme Zeiten mit Ruhe und Hoffnung zu ertragen versteht und sich auch bei magerer Kost und hohen Preisen seinen Humor nicht rauben läßt. Meine Landsleute könnten bei diesem trefflichen Menschenbild manches lernen! Wir, die wir nie geduldet und nichts von solchen horrenden Preisen gewußt, wir sagten, als wir nicht mehr so ganz weißes Mehl erhielten, und schimpften über unsere Regierung, als sie zur Rationierung griff. Wie ungerecht man war, weiß man erst, wenn man die Wiener Verhältnisse einigermaßen kennt, wenn man sieht, wie hier die Speisen knapp und die Preise fast unerträglich sind.

Ich kann es nur schwer verstehen, wie man so viel Not und Elend mit solcher Geduld ertragen kann. Daß es wirkliche Not ist, die Wien leidet, muß jeder sehen, wenn er mit offenen Augen durch Straßen und Gassen geht, wenn er die verhärmten Gesichter der besorgten Frauen und Mütter sieht und die hohlen, blassen Wangen der unterernährten Kinder betrachtet.

Gründliche Hilfe tut not! Das möchte ich als Schweizer Bürger den Herren der hier weilenden Entente mission sehr, sehr ans Herz legen. Wenn je ein großes Werk der Menschheit vollbracht werden kann, so ist es hier der Fall, wo alt und jung, wo breite, breite Schichten darben und leiden. Wer die Wiener Not in diesen Zeiten kennen lernen konnte, und wer die würdige, ja heroische Haltung des Wieners in dieser schweren Zeit sah, dessen Herz wird immer in Liebe für Wien schlagen. Ich meinerseits danke herzlichst für die Freundschaft, die ich hier genossen.

Wenn ich wieder zu Hause bin, in der Nähe unserer Berge, dann werde ich es nicht unterlassen, allen es zu sagen: Wien darbt, darbt, wie wir Schweizer es nicht wußten. Und ich weiß, daß viele Hände, viele Freunde, ja, daß alle mit-helfen werden, dem Elend zu steuern, soweit es in ihrer Macht liegt.

Wien, 8. Mai.

Redakteur R. Riesenmeyer (Bern).

Berner Tagblatt

12. IV. 1919

BT
12
8

Keine Karten mehr? In Bern tritt dieser Tage eine Konferenz zusammen, um die Aufhebung der Lebensmittelrationierung zu besprechen. Die Abschaffung der Karten für Reis und Teigwaren soll nahe bevorstehen; ebenso hofft man, bald die Zuckerkarten wegfällen lassen zu können. Ebenso nimmt man an, daß auf den Sommer hin die Brotkarte abgeschafft werden kann.

Aus der Geheimnisse der Lebensmittelfälscher.

Schon wadere Männer machen über den Magen von Wien. Die Wichtigkeit dieser Mission wird nur derjenige voll zu würdigen verstehen, der einmal Gelegenheit hatte, einen Blick in die Geheimnisse der unterirdischen Wiener Lebensmittelfälscher zu werfen.

Die staatliche allgemeine Unterrichts- anstalt für Lebensmittel, die am Unterfchied von manchen anderen Ante für sich noch nie die Meslometronmel gerührt hat, mußte sich während der vergangenen Kriegsjahre mit der zeitraubenden Analyse der sogenannten Lebensmittelfälschungen von weit mehr als 11.000 Erzeugern befassen, die, in Ausnützung der momentanen Konjunktur, wie sie verkannt ihr Gaunertreiben umschrieben, sogenannte Lebensmittelfälsche herstellten, die bis zu 90-99 Prozent aus wertlosen Materialien und impon- derabler Fälschbarkeit bestanden.

Schier unübersehbar sind die Listen dessen, was alles verfälscht wurde.

Da haben wir beispielsweise Suppen- maffe und Suppenwürfel. Als Kind- suppenwürfel, Kraftsuppenwürfel und Kindfleisch- extrakt kam diese Ware im Jahre 1916, das als Gründungsjahr aller dieser Betriebe angesehen werden kann, in den Handel. Geldmachvoll obduziert, oft mit der Abbildung eines Kindes als Schutzmarke. Das Publikum, das sich das Fleisch schon sehr schwer beschaffen konnte, hatte sich mit diesen Konterben ein. Aber was damit dem Magen zugeführt wurde, saß uns der Analist: Achtzig bis neunzig Prozent Salz, geringe Spuren von Gewürz und Farbe. Sonst nichts. Und dafür verlangte der Erzeuger bis zu achtzehn Kronen pro Kilogramm. Schon selbst

kostete die gleiche Menge dieses Samarrares höchstens 40 Heller.

Des Preisfurantes Nr. 2: Gewürz- erfas: Pulverisierter Pfeffer, Paprika, Rint, Melken und Neugewürz hatten bis zu 80 Zeilen eine gemeinsame Grundsubstanz, nämlich min- deres Mehl, dem Gewürzabfälle ordinärer Art beigelegt waren. Als später auch das Mehl knapp wurde, wurden an seiner Stelle Delphre- rüchstände verwendet. Selbstkostenpreis eines Kilogramms etwa vier Kronen, üblicher Ver- kaufspreis 60 Kronen.

Nr. 3: Zitronen- sassafras. Ganz gewöhnliche Weinsäure, die und da verflüchtigt, manchmal mit Saccharin gesüßt, immer ge- fälscht.

Nr. 4: Kaffeefälsche. Bestanden meist aus gerösteten (gesundheitsschädlichen) Erbsen, aus vermalenen Ausreibern. Der Geschmacks- preis beträgt vielleicht zwei Kronen pro Kilo, der Verkaufspreis das Dreifache davon.

Nr. 5: Schokoladepulver. Mit diesem Artikel wurde eine der größten Schwin- delereien getrieben. Das in den Handel gebrachte Schokoladenpulver bestand nämlich meist bis zu 100 Prozent aus gemahlten Kakaoabfällen. Diese hoben nicht den geringsten Nährwert. Vor dem Kriegen konnte der Schokoladenfabrikant auch noch einen ganz geringen Bruchteil dieses Ab- fallprodukts industriell verwerten lassen. Er ersetzte hierbei im besten Falle 7 Heller für das Kilogramm, mußte aber die riesigen Mengen nicht verwendeter Schalen durch den Müllbauer, den er hierfür bezahlte, wegschleppen lassen. Am Kriegen fand man dieses wertlose Zeug in vielen Auslagen. Verkaufspreis pro Kilo 65 Kronen. Also eine Versteigerung von nahezu hundert- tauend Prozent!

Nr. 6: Desferische. Waren vielfach

nichts anderes als wässrige Lösungen mit Pflanzenstarkem oder Gelatine verdickt, gelblich gefärbt, ohne eine Spur von Del und Fett. Der Preis war, wahrscheinlich auch um ein vollen- tiges Präparat vorzuführen, enorm hoch. Unter 16 Kronen war kein Delerisch zu haben, der dem gewissenlosen Hersteller höchstens auf 80 Heller zu stehen kam.

Nr. 7: Eierfälsche. Erzielten sich allent- hallen als Pulver, die mit dem Kücherei nichts anderes gemein hatten als die Farbe. Bestanden meist aus Mehl, was sage ich, aus gemahlener Weide, der doppeltsoforten Natrium bei- gemengt war. Da diese Substanz beim Kochen die Säure ihrer Phosphorsäure abgibt, so bleibt Waiskoda übrig. Sollte nun die Hausfrau auch noch das Fett, minderwertiges Fett in dem so hergestellten Kuchen verwenden zu müssen, so erinnerte dann der Geruchstuch eindrucklich an — Seife.

Nr. 8: Fleischersatz. Der höchste Schwindel! Entfiel nicht ein Gramm Fleisch. Im dritten Kriegsjahr bestand er wenigstens noch aus Bohnen und Erbsen, die ziemlich einweichend sind, und frischen Blut. 1917 und 1918 tauchten aber schon Präparate auf, die auch das nicht mehr enthielten, sondern falschiertes appetitliches Gras.

Nr. 9: Leberwürste. In den Darm ist alles andere gefüllt als Leber. Nach einer alten in Wien beliebten Version weiß nur der Herr- gott, was in der Wurst drinnen ist. Die Unter- suchungsanstalt sagt es nur genauer: Breiige Masse, bestehend aus folgendem Inzertenzien: Kanjer, ungeschälter, unverdaulicher Weizen, stisso Gerste, Stärketeiler und bis zu achtzig Prozent Wasser. Sie und da Verwendung von Innereien, Kleister und des sehr appetitlichen Klauen.

Nr. 10: Marmelade. „Enthielt oft“ so erklärt mir mein Informator, „gelügte Frühen und Wein, das Ganze stark gefärbt.“

„Sein?“ frage ich ganz ernst, denn auch ich mußte mich nicht ganz frei vom Marmeladenbegehren.

„Natürlich, Wein, ganz gewöhnlicher Wein, weil Gelatine dem P. T. Herrn Konserben- fabrikanten zu teuer war.“

Nr. 11: „Fettprimen.“ Geringste unter ungewöhnlich großen Wasseranlass aus gewöhnlichem Topfen, der wieder aus voll- kommen abgerahmter Milch. Am besten sollte konnte der Chemiker einen Fettgehalt von 0-1 Prozent entdecken. Am Frieden blieb ein derartiges Produkt um 80 Heller pro Kilo- gramm unverkauft, jetzt begehrt man dafür 35 Kronen.

Und damit das Duzend voll wird: Nr. 12 (das Bier) — doch halt. Ich fürchte, schon zu viel von den Mitteilungen ausgekauft zu haben, die mir Regierungsrat Dr. Schachert in lebenswüchiger Weise gemacht hat. Wer weiß, ob jetzt nicht ein ständiger Lebensmittel- erzieher unter Verwertung der vorangeführten Rezepte der Präparate auf ein, -ol-, -os, -us und -al demnächst ein Universalmittel auf den Markt werfen wird, das in höchster Bervollkommnung dieser Kriegsindustrie nicht nur Suppenmark, Gewürze, Zitronen, Schoko- ladenpulver, Edele, Eier, Fleisch, Würste, Mar- melade, Käse und Bier erzieht, sondern auch äußerlich verwendbar ist, indem es, auf das Gesicht gerieben, einen blendend-weißen Teint hervorbringt, auf die Schürhaken aufgetragen, diese unbenutzt baltbar macht, und auf Eisen- bahnschienen gelächert, Zugentlastungen verhindert!

13. IV. 1919

10

Der Neue Tag
13. IV. 1919

M

Die amerikanische Lebensmittelpende wird verdoppelt.

Von 400.000 auf 800.000 Dollar.

Der „Neue Tag“ konnte vor kurzem berichten, daß Amerika durch das in Wien amtierende „Children Relief Bureau“ den unglücklichen Kindern Deutschösterreichs durch eine Lebensmittelpende im Werte von 400.000 Dollar Hilfe bringen will. Die Schilderungen über das Kinderelend in Wien und die ersten Eindrücke, welche die Kommission hier erhielt, hatten den Erfolg, daß diese große Spende, welche zur Erhaltung von besonders, durch die amerikanische Kommission neu errichteten Kinderauspeisungen dienen soll, von der amerikanischen Regierung bewilligt wurde.

Seither war die Kommission, unter Leitung von Captain M. Torrey und Dr. Hermann Geist, nicht nur um die Organisation des großen Werkes bemüht, sie lernte auch immer mehr

das Kinderelend in Wien

kennen. Die der Kommission beigegebenen deutschösterreichischen Funktionäre waren ihre sachverständigen Führer in diesem Lande des Grauens. Sie wiesen ihnen die Lebensuntüchtigkeit der Säuglinge, denen der Leib der geschwächten Mütter keine Kraft schenken konnte. Sie wiesen ihnen die Not der Kleinen, die im Staube der traurigen Straßen von Wiens Proletariervierteln spielen, dieser Kinder, die oft die elenden Gemüsereste, welche auf dem Mehrichthaufen liegen, vor Hunger noch benagen. Furchtbar ist aber auch die Schwächung und die Sterblichkeit der Jugendlichen. Die Lehrer der Fortbildungsschulen wissen es zu erzählen, wie sehr insbesondere die Mädchen sichtbar unter den Folgen der Unterernährung leiden. Während früher halberblühte junge Frauen unter den 15- bis 17jährigen saßen, gleichen die kümmerlichen Gestalten heute den 12jährigen.

Schwere Ohnmachten

sind an der Tagesordnung und Fälle, wo der Tod in einzelnen Familien mehrmals im Jahre Einkehr hält und die Schwerttuberkulosen vom Siechtum erlöst, sind keine krassen Einzelfälle mehr.

Die amerikanische Kommission hat erkannt, daß hier überall Hilfe not tut. Das Kinderelend beginnt ja bei uns bei der Schwäche und Hinfälligkeit der schwangeren Mütter. In jenem Alter aber, da die Pubertät die jungen Körper umbildet und tief in den Organismus eingreift, sind unsere Kinder mehr denn je der Tuberkulose unterworfen, die sie während, in Scharen dahintrafft. Nunmehr soll die Hilfe Amerikas ausgedehnt werden, und nicht nur die schulpflichtigen Kinder, sondern schwangere und stillende Mütter, Säuglinge, vor-

schulpflichtige und schulpflichtige Kinder sowie Jugendliche bis zu 17 Jahren umfassen. In den ersten Fällen werden Lebensmittelguthaben gewährt, in den weiteren soll nach Möglichkeit das Prinzip der Auspeisungen beibehalten werden.

Die geplante Lebensmittelpende ist, um dem gesteigerten Plane zu genügen, auf das Doppelte erhöht worden. Es sind also heute schon von Amerika für Deutschösterreich Lebensmittel im Werte von 800.000 Dollar sichergestellt.

Die erste Sendung

bestehend aus 240 Waggons ist bereits verladen und wird in nächster Zeit in Wien eintreffen. Sie enthält allein 60 Waggons Kondensmilch, das Nahrungsmittel, das unsere Kinder am schmerzlichsten entbehren, ferner Kakao, Zucker, Fett, Mehl, Reis usw.

Alle diese Lebensmittel werden vom Children Relief Bureau selbst übernommen und verteilt. Ein Großteil derselben wird zur Errichtung der geplanten Kinderauspeisungen dienen. Weiters werden zahlreiche Kindererholungsheime, welche in staatlicher oder kommunaler Verwaltung stehen, sowie solche, die von der privaten Fürsorge errichtet werden, beteiligt werden. So erhalten die Heime der Gemeinde Wien in Pottendorf und Oberhollabrunn, das Tuberkulosenheim in Mitterndorf größere Zuwendungen. Gestützt auf diese Lebensmittelaushilfe will das Staatsamt für Volksgesundheit daran gehen, auch weitere Lager, einen Großteil von Mitterndorf und Gmünd, sowie ehemalige Kriegsspitäler zu Kinderkolonien auszugestalten. Aber auch

die Provinz,

soll ihren Anteil an der Lebensmittelpende erhalten, insbesondere die Hauptstädte und Industriegebiete, in welchen die Lebensmittelversorgung eine ähnlich traurige ist wie in Wien selbst. Die amerikanische Kommission wird in alle in Betracht kommenden Orte Vertreter entsenden, welche die Art der Verwendung im Einzelnen mit den lokalen Fürsorgeorganisationen bestimmen werden.

Eine solche tatkräftige, großzügige und klug organisierte Hilfe tat uns wahrlich not. Sie allein kann unsere Kinder vor dem völligen Verderben retten — Deutschösterreich hätte es aus eigener Kraft nicht vermocht. Der warmen Menschenliebe des Captain Torrey und Doktor Geists wird es gewiß, was auch die Herren selbst als feststehend annehmen, gelingen, Amerika zu weiterer, fortgesetzter Hilfe für Deutschösterreichs untergehende Kinder zu veranlassen.

Wiener - Stimmen

13. IV. 1919

12

Die amerikanische Lebensmittelspende erhöht.

Von 400.000 auf 800.000 Dollar. — Beteiligung der Mütter und der Jugendlichen unter 17 Jahren.

Wie verlautet, hat das in Wien befindliche amerikanische „Children Relief-Bureau“ beschlossen, die ursprünglich nur für die Kinder bestimmte Lebensmittelhilfe auch auf die werdenden und stillenden Mütter sowie auf die Jugendlichen unter 17 Jahren auszuweiten. Zu diesem Zwecke ist der für die Lebensmittel ausgeworfene Betrag von 400.000 auf 800.000 Dollars erhöht worden.

Die erste Lebensmittelspendung, die an die 240 Waggons — davon allein 60 Waggons Kondensmilch — umfassen wird, soll bereits verladen sein, so daß mit ihrem baldigen Eintreffen in Wien gerechnet werden kann.

Die amerikanischen Lebensmittel (Kondensmilch, Zucker, Kaffee, Fett, Mehl, Reis usw.) werden teilweise an die projektierten Kinderauspeisestellen und die verschiedenen Kindererziehungsheime abgegeben werden.

Selbstverständlich werden bei der Verteilung der amerikanischen Lebensmittel die Länder nicht

übergangen werden. In den dortigen Industriegebieten ist das Los der Kinder in vielen Fällen genau so schlimm wie in Wien.

13. IV. 1919

13

Unsere Versorgung.

Ausgabe von Reis.

Vom Staatsamt für Volksernährung wird verlautbart: Vom 12. d. an gelangt für eine 14tägige Verbrauchsperiode $\frac{1}{2}$ Kilogramm Reis per Kopf zum Preise von 4 Kr. für das Kilogramm, somit zum Preise von 2 Kr. für das $\frac{1}{2}$ Kilogramm, zur Ausgabe.

Einführung von Benzinarten.

Da infolge der ungarischen Wirren jede Zufuhr von Benzin und Benzol aus dem Ausland aufgehört hat, sind die Vorräte Deutschösterreichs nahezu erschöpft. Nichtsdestoweniger konnten sich bisher zahlreiche Besitzer von Privat- und Luxusautomobilen den nötigen Betriebsstoff noch zu hohen Preisen im Schleichhandel beschaffen. Um diesen gezehwidrigen Handel im Interesse der für die Allgemeinheit wichtigen Betriebe, d. i. für die Landwirtschaft (Motorpflüge), Bergwerke, Mühlen, Sanitätsanstalten, Feuerwehren, sowie dem Approvisionierungszwecke, zu verhindern, wird durch eine morgen zur Verlautbarung gelangende Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Verkehr mit der Zuweisung von Betriebsstoff auch eine Betriebsstoffkarte ausgegeben, die bei ortsfesten Motoren im Standorte des Motors aufzubewahren, bei Kraftfahrzeugen und sonstigen beweglichen Motoren vom Besitzer des Motors dem mit der Führung des Fahrzeuges betrauten Organe auszuhandigen und von diesem stets bei sich zu führen ist. Für Uebertretungen sind Strafen bis zu 20.000 Kr., beziehungsweise Arrest bis zu sechs Monaten festgesetzt, allenfalls auch Einstellung des Motors.

Nahrungsspielraum und Menschenzahl

Von Prof. Dr. Julius Wolf, Berlin.

Die ungeheuren Wandlungen, die der Krieg gebracht hat, haben den Nahrungsspielraum scheinbar über alles Erwartete hinaus verengt. Die furchterliche Not, welche heute das deutsche Volk dezimiert, die ein Kinder- und Greisestorben ohnegleichen verursacht, aber auch die Krankheitsanfälligkeit und Sterblichkeit der mittleren Jahre gewaltig erhöht und die übrigens ähnlich in Italien, in Oesterreich, auf dem Balkan, vom bolschewistischen Rußland ganz zu schweigen, wüthet, hat, wenn man unter Nahrungsspielraum die Gesamtheit der Nahrungsmittel versteht, allem Anschein den Nachweis erbracht, daß wir aus dem Krieg mit weit kleineren Versorgungsmöglichkeiten treten als wir in ihn hineingegangen sind. Diese Annahme stellt sich, wenn man sie der Kontrolle der Ziffern unterstellt, als eine Täuschung heraus. Wohl: Rußland, Rumänien, Ungarn, die Exportländer Europas haben fürs erste aufgehört solche zu sein, auch aus Indien, Australien, Argentinien ist nur wenig zu bekommen. Aber die Lücke, welche zumal die Ueberschußländer Europas gerissen haben, ist voll ausgefüllt durch die alle Vorbereitung überflutende Leistung der Vereinigten Staaten. Eine neue Agrarkrise, vergleichbar jener der achtziger oder neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wäre im Anzug, wenn nicht die entwerteten Währungen großer Gebiete Europas diesen einen gewissen Schutz gewährten, der, besonders für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, in überreichem Maße zum Ausdruck kommt, da die Entwertung des Geldes ja hier jede früher für möglich gehaltene Grenze übersteigt.

Was aber den Weltmarktpreis des Weizens betrifft, so steht ein Sturz unmittelbar vor der Tür. Die kommende nordamerikanische Winterweizenernte wird auf über 1000 Millionen Bushels (zu rund $\frac{1}{2}$ Zentner) angeschlagen. Nicht nur die Anbaufläche hat infolge des von der Regierung der Vereinigten Staaten garantierten Mindestpreises eine außerordentliche Steigerung erfahren, sondern auch die Ueberwinterung ist vortrefflich gewesen, der Stand des Winterweizens schlägt darum jeden bisherigen Rekord. Der Ertrag an Winter- und Sommerweizen zusammen wird sich in der Union mit etwa 1500 Millionen Bushel beziffern lassen. Bisher war die Höchstziffer rund 1000 Millionen Bushel. Der Eigenbedarf der Union ist aber nur 600 Millionen. Wenn die Hoffnungen, die man an die nächste Ernte knüpft, verwirklicht werden, so würden also in der Union 900 Millionen Bushel für die Ausfuhr übrig bleiben. Der Zufuhrbedarf Europas ist aber nur ungefähr so groß wie der Eigenbedarf der Union: 600 Millionen Bushel. Allerdings hat man auf die geräumten Lager in Europa Rücksicht zu nehmen, die den Bedarf erhöhen, andererseits kommt bedarfsmindernd die in Europa herabgesetzte Bevölkerungszahl, weniger die herabgesetzte Kaufkraft (die angesichts der fortwährenden Inflation immer noch bemerkbar geworden ist) in Betracht. Das Plus des Angebots von 50 Proz. über den Bedarf hinaus muß aber auf den Preis verheerend wirken. Der amerikanische Farmer erhält allerdings von der Bundesregierung noch den Mindestpreis von 2,26 Dollars pro Bushel (zum Paristand rund 20 Mark pro Doppelzentner) gezahlt, bezw. ergänzt. Auf dem Weltmarkt muß aber ein Ueberschuß wie der gedachte ein Sinken des Weizenpreises fast auf die Hälfte des garantierten nach sich ziehen, wodurch selbst die Preise der vorgedachten Krisenzeit, die die europäischen Landwirte noch in böser Erinnerung haben, unterboten würden.

Insgesamt ist die Entwicklung, die der Krieg gebracht hat, dahin zu kennzeichnen, daß Ländereien in Massen, die sonst — bei dem verhältnismäßig niedrigen Preisstand des Friedens — dem Anbau nicht gewidmet worden wären, im Kriege für Zwecke des Weizenanbaus unter den Pflug gebracht worden sind. Freilich gilt das dann nicht bloß für den Weizen in Nordamerika, sondern ähnlich für eine ganze Anzahl anderer Produkte, auch solche der Kolonien, die aber zum Teil mit den anderen konkurrieren, ich nenne den Zucker.

Wir werden auf dem Weltmarkt also Preisrückgänge erleben, die zum Teil gewaltig sein werden, und in Ländern mit noch nicht entwerteter Währung werden die Lebenskosten vielleicht demnächst nicht nur teurer, sondern eher billiger als zuletzt im Frieden sein. Die Länder entwerteter Währung werden Nutzen nur insofern davon haben, als der Preisstand auch hier nicht alle Grenzen überschreiten wird. Freilich allzu weitgehenden Hoffnungen darf man sich beispielsweise in Deutschland nicht hingeben. Denn das Maß, in dem die Währung gegen die amerikanischen und englische entwertet ist, bezeichnet auch das Maß des Ueberschusses, den Deutschland für von dort angebotene Produkte bezahlen muß. Das Leben in Deutschland wird weiterhin am teuersten in der ganzen Welt sein. Insgesamt hat aber das Verhältnis von Nahrungsspielraum und Menschenzahl durch den Krieg eine Verschiebung zugunsten der Menschen erfahren, weil die Gelegenheiten, die der Krieg bot, hohe Preise einzubeheben, zu Urbarmachungen und Kapitalanlagen in der Landwirtschaft geführt haben, die nur zum Teil wieder rückgängig gemacht werden können.

14. IV. 1919

17

Auspeisung von Wiener Kindern.

Morgen etwa 3000, später 60.000.

Die Vorarbeiten der amerikanischen Kommission und der ihr angeschlossenen hiesigen Amtsstellen sind so weit gediehen, daß morgen die Auspeisung der Kinder in zwei Küchen, von denen die eine in Meidling, die andere in der Forsthausgasse in der Brigittenan sich befindet, beginnen wird. Der erste Zug mit Lebensmitteln für diese Auspeisung ist aus Triest bereits eingetroffen. In Betracht kommen vorläufig für jeden Tag 2000 bis 3000 Mahlzeiten, denn so viel Kinder dürften auf die beiden Küchen entfallen.

In Zukunft werden es natürlich viel mehr sein, und die amerikanische Kommission hat bereits die Ueberzeugung gewonnen, daß auch mit der ursprünglich in Aussicht genommenen Zahl von 30.000 Kindern nicht einmal dem ärgsten Elend gesteuert werden könnte. Infolgedessen hat sie um Verdoppelung der ihr zur Verfügung gestellten Lebensmittel ersucht, damit sie 60.000 Kinder auspeisen könne. Die Kommission hat für ihre Unterstützungen folgende sechs Gruppen Bedürftiger aufgestellt:

1. Kinder, die in eigenen Küchen ausgespeist werden; 2. offene Organisationen, denen Lebensmittel zur Auspeisung von Kindern beigelegt werden; 3. Wiener Kinder, die in geschlossenen Anstalten auf dem Lande verpflegt werden; 4. Kinder, die in geschlossenen Anstalten in Wien verpflegt

werden; 5. Jugendliche bis zu 17 Jahren; 6. Abgabe von Lebensmitteln an Mindestbedürftige gegen ermäßigten Preis.

Für die Bestreitung der Regiekosten wählte man die einfache Lösung, daß sowohl die Stadt als auch der Staat und ebenso die in Betracht kommenden humanitären Organisationen für die Küchen aufkommen, die sie selbst betreiben.

Die Durchführung der amerikanischen Kinderhilfsaktion in Niederösterreich.

Wien, 15. Mai.

Die amerikanische Hilfsaktion wird in Niederösterreich nach ungefähr denselben Gesichtspunkten geschehen wie in Wien. Es werden also die Kinder in offenen Ausspeisungen sowie in Heimen mit den amerikanischen Lebensmitteln aufgenährt, zum Teile können auch die in den zahlreichen Landesanstalten befindlichen Kinder durch direkte Belieferung dieser Anstalten bedacht werden. Die Durchführung der Aktion in Niederösterreich stößt auf größere Schwierigkeiten als in Wien, da mit Rücksicht auf die großen Entfernungen der einzelnen Orte über 100 Ausspeisestellen in Betrieb gesetzt werden müssen. Zu diesem Zwecke hat das niederösterreichische Landesjugendamt seine ganze Organisation der 70 Bezirksberufsvormundschaften in den Dienst der Sache gestellt.

Hinsichtlich der Beteiligung der Säuglinge sowie der stillenden Mütter werden die über hundert Mutterberatungsstellen des niederösterreichischen Landesjugendamtes (Landesberufsvormundschaft) herangezogen werden, welche ja auch bisher die Verteilung der Lebensmittelzubußen an schwangere und stillende Mütter sowie an Säuglinge und Kleinkinder durchführten; insbesondere wird die Verteilung erhöhter Lebensmittelrationen es leichter möglich machen, die Mütter auch fürsorgerisch zu beeinflussen, weil naturgemäß gut mit Lebensmitteln belieferte Mutterberatungsstellen die besten Besuche aufweisen und die Ratshläge von Arzt und Fürsorgerin williger Gehör finden, wenn sie mit Aushilfen von Lebensmitteln begleitet sind. Die Ausspeisung der kleinen und schulpflichtigen Kinder wird in den zahlreichen Ausspeisestellen, bei den Landeskindergärten, Horten, Kriegsläusen und sonstigen Hilfseinrichtungen der offenen Jugendfürsorge, die mit dem Landesjugendamt in ständiger Verbindung stehen, erfolgen. Diese Ausspeisestellen können auch in beschränktem Maße den Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren geöffnet werden.

Nur die heute schon bis die kleinsten Gemeinden reichende Organisation der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft ermöglicht es, diese ungeheure Aufgabe durchzuführen, da über 30.000 Kinder in Niederösterreich verköstigt werden sollen.

Die freie Wirtschaft in der Lebensmittelversorgung.

Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß über den freien Wirtschaftsverkehr.

Ueber Anregung des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß fand gestern ein vom Bund für Wirtschaftsfreiheit veranstalteter Diskussionsabend über die freie Wirtschaft in der Lebensmittelversorgung statt. Vizepräsident des Bundes Julius Meinel leitete die Diskussion mit der Erklärung ein, daß der Bund nicht die Absicht habe, die Anhänger der staatlichen Bewirtschaftung, so sie reinen Glaubens sind, zu bekämpfen, vielmehr wolle er sich mit ihnen ehrlich auseinandersetzen.

Prof. Dr. Seblmayer von der Hochschule für Bodenkultur erbrachte hierauf an der Hand statistischer Daten den Nachweis, daß Deutschösterreich in einem Zustand wäre, seinen allerbringendsten Bedarf an Brotfrucht selbst zu decken, im Falle es gelingen würde, die landwirtschaftliche Produktion bis zur Höhe der normalen Friedensproduktion zu bringen. Dabei läge aber noch eine weitere Steigerung von 10 bis 20 Prozent im Bereiche der Möglichkeit. Wenn aber die Landwirtschaft, obwohl der Krieg längst zu Ende, noch immer im Rückgange begriffen sei, so liege die Hauptursache in dem herrschenden System der staatlichen Bewirtschaftung. Der Wiederaufbau könne nur so erfolgen, daß der Landwirtschaft ein Anreiz zu einer möglichst weitgehenden Steigerung der Produktion geboten wird. Solange neuer gekauft Vieh tief unter dem Einkaufspreis requiriert wird, solange Saatgut im freien Handel beschafft werden kann, solange man für das ausländische Getreide das Vier- bis Fünffache dessen bezahlt, was man dem inländischen Produzenten als Höchstpreis bietet, ist eine Gesundung der Landwirtschaft nicht möglich. Man beseitige dieses einseitige System, man gebe den Handel und Verkehr frei, und wir werden rascher, als wir glauben, die Friedensproduktion erreichen. Die Preise würden zwar zunächst über die Höchstpreise hinausschnellen, aber sie würden tief unter den Schleichhandelspreisen bleiben. Sollten aber die Bedenken gegen die Freigabe des Handels und der Produktion in den maßgebenden Kreisen noch nicht geschwunden sein, so müßte man wenigstens zu einem System der Getreidebeaufsichtigung übergehen, das produktionsfördernd wirkt, den Schleichhandel ausschaltet und einen Anreiz zur Ablieferung bietet. Professor Seblmayer stellte schließlich auf Grund seines Kontingenzsystems die Forderung auf: Der Lieferungsanspruch darf nur eine Menge betreffen, die leicht geleistet werden kann. Der Rest wird dem freien Handel überantwortet. (Beifall.)

Rektor Professor Dr. Winkler schilderte die katastrophalen Zustände in der Milchversorgung. Wir bekommen täglich 30.000 Liter, brauchen aber für Kinder und Schwerfranke 66.000 Liter, mit Berücksichtigung der Spitäler (ohne die Volkskaffeehäuser) sogar 148.000 Liter. Oberösterreich könnte uns helfen, sperrt sich aber gegen uns ab. Die Regierung kann den Handel unter Kontrolle nehmen, aber sie muß ihn freigeben und die Höchstpreise für Milch abschaffen. Dann wird sich die Anlieferung bessern. (Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß äußerte sich über die Grundsätze, von denen sich das Ernährungsamt leiten lasse, das ja keine Zentrale im dem viel angefochtenen Sinne sei. Oesterreich habe auch im Frieden seinen Getreidebedarf aus der Eigenproduktion nicht decken können. Im Kriege habe sich die Situation natürlich verschärft, als Galizien okkupiert wurde und Ungarn seine Verpflichtungen nur von Fall zu Fall erfüllte. An dem Niedergang der Landwirtschaft sei nicht die Zwangswirtschaft schuld, sondern die Begleiterscheinungen des Krieges, der Mangel an Arbeitskräften,

Maschinen, Dünger usw. Die Preispolitik sei ein etwas schwacher Punkt in der staatlichen Bewirtschaftung. Die sofortige Freigabe des Handels wäre aber ein Sprung ins Ungewisse, den die Regierung augenblicklich kaum wagen könne, wo hinsichtlich der ausländischen Zufuhren noch keine Sicherheit bestehe. Nichtsdestoweniger wollen wir an dem System der staatlichen Bewirtschaftung nicht mehr festhalten, weil wir selbst der Ansicht sind, daß es nicht produktionsfördernd wirkt. Wir beabsichtigen, das Kontingenzsystem einzuführen, der Entwurf ist schon fertig und wird in der nächsten Zeit der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dadurch wird der Landwirtschaft eine leichtere Beweglichkeit ermöglicht und die Haupteinwände gegen die staatliche Bewirtschaftung werden wesentlich abgeschwächt werden. Wir werden weiters den Verkehr mit Raufutter freigeben. Auch die staatliche Bewirtschaftung von Obst und Gemüse ist aufgegeben. Da die Länder und Bezirkshauptmannschaften aber nichts herauslassen, ist damit nicht viel erreicht. Beim freien Lebensmittelhandel mit dem Ausland liegt der Fall anders, als beim freien Verkehr mit Rohstoffen und Industrieprodukten, dem die Staatssekretäre Dr. Schumpeter und Jersch das Wort gesprochen haben. Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht mit Waren überschwemmt werden, an denen zwar viel verdient werden kann, die aber keine Erleichterung in der Lebensmittelversorgung bedeuten. Deshalb muß sich die Regierung die Disposition über alle Waren, die eingeführt werden, vorbehalten. Sie muß auch den Import in der Hand behalten, so lange die Rationierung aufrecht bleibt, da sonst an eine gerechte Verteilung nicht gedacht werden kann. Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen mit folgenden Worten: Ich bin kein Gegner des Handels. Ich bin der Meinung, daß er überall herangezogen werden kann, wo es gilt, Waren zu beschaffen. Wir haben den Handel auch nicht ausgeschaltet, sondern seine Vertreter immer herangezogen, wo wir von seiner Intervention einen Erfolg erwarteten.

Vorsitzender Dr. Pleuer stattete zum Schluß dem Staatssekretär und den Referenten den Dank ab.

Das Kontingentierungssystem.

Wem nicht zu raten ist, ist auch nicht zu helfen! So lautet ein altes Sprichwort, das sich besonders gut über der Eingangstür des Volksernährungsamtes ausnehmen würde. Der Karren unseres Ernährungswesens ist nämlich schon so verfahren, eine Besserung in dieser Beziehung derart fragwürdig geworden, daß Hilfe — besser Selbsthilfe — wenn nicht ganz, doch fast zu spät kommt, weil die rechtzeitige Mahnung erfahrener Fachleute stets nur mit einem vielsagenden Achselzucken beantwortet wurde.

Diese Tatsache beweist nichts deutlicher als die Absicht, mit der gegenwärtigen, als allmächtig angesehenen staatlichen Getreidebewirtschaftung endgültig zu brechen und an ihre Stelle das „Kontingentierungssystem“ mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres treten zu lassen. Es soll nämlich von da ab der getreidebauende Landwirt nicht wie bisher seine ganze, nach Abzug vom vorgeschriebenen Selbstbedarf und Saatgut verbleibende Erntemenge dem Staate abliefern müssen, sondern nur einen nach bestimmten Anhaltspunkten (Befruchtungsgröße, Hektarertrag usw.) zu berechnenden Teil derselben, das Kontingent, während ihm der nach Erfüllung der Ablieferungsvorschriften erübrigte Rest zum freihändigen Verlaufe überlassen wird.

Diese Art der Getreidebewirtschaftung wäre zweifellos besser geeignet, zu retten, was noch zu retten ist, d. h. dem Getreideproduzenten einen wirklichen Anreiz zu bieten, dem Getreidebau wieder seine vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden, da ihm auf solche Weise von vor herein eine annehmbare Vergütung seiner aufgewendeten Kapitalen und Mühe gesichert erscheint. Der Getreidebau ist, gleich jeder anderen landwirtschaftlichen Produktionsstätigkeit, eine Rentabilitätsfrage, die übermäßige Verluste nicht zuläßt und bei einem Wertungspreis unter den Herstellungskosten, wie die amtlichen „Höchstpreise“ ihn darstellen, denselben von Rechtswegen — und hier beginnen die Opfer des Landwirtes während der Kriegszeit — ausschließen müßte.

Den Gedanken des Kontingentierungssystems hat nun schon vor einem Jahre ein bedeutender landwirtschaftlicher Fachmann, Professor E. C. Sedlmayr von der Hochschule für Bodenkultur, in einer Schrift* niedergelegt, die damals viel besprochen wurde und trotzdem — der Prophet gilt bekanntlich nichts in seinem Vaterlande! — ihren Zweck nicht erfüllen konnte. Ihr Verfasser betonte mit Recht, wie dem in der Kriegswirtschaft Grundsatz gewordenen Requirieren ein diesem angepaßtes Produzieren die Wage halten müsse, soll nicht unser ganzer Ernährungsplan nur auf dem Papier bestehen können.

Das möglich zu machen, sei jedoch nur ein Getreidebewirtschaftungssystem geeignet, das jede Unterbindung des Produktionsgedankens ausschließt, also produktionsfördernd wirkt. Die Aussicht, für einen Teil des auf seinem Grund und Boden produzierten Getreides

* „Mein System einer staatlichen Getreidebewirtschaftung im Kriege.“ Ein Beitrag zur Lösung des Ernährungsproblems. Von Professor E. C. Sedlmayr. 1918. Carl Gerolds Sohn. Wien.

weise auf dem Markt zu erzielen, wird den Landwirt anspornen, so viel wie möglich über die vorgeschriebene Ablieferungsquote zu erzeugen und damit die Getreideproduktion überhaupt zu heben. Hier liegt im Wesen das Fördernde des alten „neuen“, von Professor Sedlmayr aufgestellten Systems einer „halb“ staatlichen Getreidebewirtschaftung.

Das „Sedlmayrsche“ System stellt überdies den Übergang zum Freihandel dar, ist somit ein Weg, aus dem Dilemma der Schleichhandelspreise und dabei ungenügenden Versorgung wenigstens teilweise herauszukommen. Wie Schleichhandelspreise drückend auf eine bessere Beschädigung des Marktes wirken kann, zeigt das amerikanische Wadefleisch, dessen Erscheinen einen Sturz der Schleichhandelspreise für Fleisch herbeigeführt hat. Daß ein Großteil der Bevölkerung von diesem erfreulichen Zustand nicht viel hat, gehört auf ein anderes Blatt. Der Freihandel wird dem als seine Auswüchse bezeichneten Schleichhandel ganz von selbst das Handwerk legen, aber Vorbedingung dafür bleibt ausreichende Beschädigung des Marktes, daher Erzeugung für den Markt! Darum beginne man endlich beim Symbol unserer Ernährung, dem Brot! Aber angefangen muß einmal damit werden!

Aufkündigung energischer Maßnahmen gegen unerwünschte Importe.

Endlich soll dem Unfug gesteuert werden, der sich jetzt in so vielen Kaufhäusern zeigt, wo um horrenden Preise Waren feilgeboten werden, die durchaus nicht zu den unentbehrlichen Lebensmitteln gerechnet werden können. Dadurch wird überflüssigerweise unsere Valuta unter Druck gestellt. Ueberdies sind diese Importe minderwertig und ganz außer jedem Verhältnis zum Preis. Wir haben schon wiederholt auf die Invasion von Caroben (Borghörndeln) ältester Jahrgänge, auf die dem Namen nach als Fischkonserven bezeichneten Blechdosen, die fast nur Gemüse enthalten, und ähnliches hingewiesen.

Heute wird vom Staatsamt für Volksernährung mitgeteilt: Ein Delegierter einer in Wien weilenden fremden Mission hat das Staatsamt für Volksernährung aufmerksam gemacht, daß Trüffeln und Mandeln nach Oesterreich eingeführt werden, die offenbar nicht den derzeitigen Lebensmittelbedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Das Staatsamt für Volksernährung hat schon wiederholt gegen derartige unerwünschte Importe, die von Privaten getätigt werden und auf Schmuggel- und Schleichwegen nach Deutschösterreich gelangen, Stellung genommen. Da diese Warnungen ergebnislos geblieben sind, wird das Staatsamt für Volksernährung in Zukunft solche Waren beschlagnahmen und ohne Rücksicht auf die den Verkäufern hieraus erwachsenden Schäden zu billigen Preisen abgeben.

Die amerikanische Hilfsaktion für Kinder.

Der amerikanischen Hilfsmission ist es gelungen, Lebensmittel im Werte von 800.000 Dollar für die Wiener Kinder zur Verfügung zu stellen, die zunächst 60.000 Kindern eine Nahrungszubereitung bieten sollen. Weitere Lebensmittellieferungen stehen bevor. Bei dieser Aktion für die Wiener Kinder hat die amerikanische Mission den größten Wert auf die Mitwirkung des städtischen Jugendamtes gelegt und hat insbesondere die Belieferung der Tagesheimstätten und anderer Anstalten des Jugendamtes und der freiwilligen Fürsorge zugesagt. Die Mission drängt jedoch darauf, daß die Aktion möglichst rasch in Fluß komme, daß die Bereitung von Speisen für die Kinder in gut funktionierenden und den hygienischen Anforderungen voll entsprechenden Küchen erfolge und daß die unmittelbare Verabreichung der Speisen unter ihrer Kontrolle vor sich gehe. Es ist daher notwendig, daß die dem Jugendamt unterstehenden Küchen möglichst leistungsfähig gestaltet werden. Hierbei kommen in erster Linie die Schloßküche im Augarten, die Amtsküche in der Jägerstraße, die Küche im Artilleriebarackenlager in Favoriten, die neu zu errichtende Küche im städtischen Kindergarten in Favoriten, die Küche des Durchzugsheims im Grinzingen Kriegsspital und die Küche der Tagesheimstätte Bellevue sowie die Ausgestaltung der Kleinkinderauspeisung in den Bezirksjugendämtern in Betracht. Zur Inbetriebsetzung dieser Küchen im Rahmen der amerikanischen Aktion sind verschiedene Adaptierungen und Ausgestaltungen erforderlich, wofür vom Stadtrate 20.000 K. bewilligt wurden.

Die amerikanische Kinderhilfsaktion.**Die Durchführung in Wien.**

Der amerikanischen Hilfsmission ist es gelungen, Lebensmittel im Werte von 800,000 Dollar für die Wiener Kinder zur Verfügung zu stellen, die zunächst 60,000 Kindern eine Nahrungszubute bieten sollen. Weitere Lebensmittellieferungen stehen bevor. Bei dieser Aktion für die Wiener Kinder hat die amerikanische Mission den größten Wert auf die Mitwirkung des städtischen Jugendamtes gelegt und hat insbesondere die Belieferung der Tagesheimstätten und anderer Anstalten des Jugendamtes und der freiwilligen Fürsorge zugesagt. Die Mission drängt jedoch darauf, daß die Aktion möglichst rasch in Fluß komme, daß die Bereitung von Speisen für die Kinder in gut funktionierenden und den hygienischen Anforderungen voll entsprechenden Küchen erfolge und daß die unmittelbare Verabreichung der Speisen unter ihrer Kontrolle vor sich gehe. Es ist daher notwendig, daß die dem Jugendamte unterstehenden Küchen möglichst leistungsfähig gestaltet werden. Hierbei kommen in erster Linie die Schloßküche im Augarten, die Amtsküche in der Jägerstraße, die Küche im Artilleriebarackenlager in Favoriten, die neu zu errichtende Küche im städtischen Kindergarten in Favoriten, die Küche des Durchzugsheims im Grinzinger Kriegsspital und die Küche der Tagesheimstätte Bellevue sowie die Ausgestaltung der Kleinkinderauspeisung in den Bezirksjugendämtern in Betracht. Zur Inbetriebsetzung dieser Küchen im Rahmen der amerikanischen Aktion sind verschiedene Adaptierungen und Ausgestaltungen erforderlich, wofür vom Stadtrate nach einem Beschlusse des Stadtrates Tomola 20,000 K. bewilligt wurden.

In Niederösterreich.

Die Aktion wird in Niederösterreich nach ungefähr denselben Gesichtspunkten geschehen wie in Wien. Es werden also die Kinder in offenen Auspeisungen sowie in Heimen mit den amerikanischen Lebensmitteln beteiligt, zum Teile können auch die in den zahlreichen Landesanstalten befindlichen Kinder durch direkte Belieferung dieser Anstalten bedacht werden. Die Durchführung der Aktion in Niederösterreich stößt auf größere Schwierigkeiten als in Wien, da mit Rücksicht auf die großen Entfernungen der einzelnen Orte über 100 Auspeisestellen in Betrieb gesetzt werden müssen. Zu diesem Zwecke hat das niederösterreichische Landesjugendamt seine ganze Organisation der 70 Bezirksberufsbormündschaften in den Dienst der Sache gestellt.

Hinsichtlich der Betheilung der Säuglinge sowie der stillenden Mütter werden die über 100 Mutterberatungsstellen des niederösterreichischen Landesjugendamtes (Landesberufsbormündschaft) herangezogen werden. Die Auspeisung der kleinen und schulpflichtigen Kinder wird in den zahlreichen Auspeisestellen bei den Landeskindergärten, Horten, Kriegsküchen und sonstigen Hilfseinrichtungen der offenen Jugendfürsorge, die mit dem Landesjugendamte in ständiger Verbindung stehen, erfolgen. Diese Auspeisestellen können auch in beschränktem Maße den Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren geöffnet werden.

Heute Eröffnung der ersten Küchen.

Heute mittag werden die ersten zwei Küchen, und zwar, wie wir schon vor mehreren Tagen angekündigt haben, die eine in Meidling, die andre in der Forsthausgasse in der Brigittenau, eröffnet. Die Eröffnung findet ohne jede Feierlichkeit statt, weil es sich vorläufig um noch nicht erprobte Einrichtungen

handelt. Sobald die leitenden Persönlichkeiten durch Erfahrungen die nötige Sicherheit gewonnen haben werden, die zu dieser Massenauspeisung von Kindern gehört, wird auch eine formelle Eröffnungsfeier stattfinden.

Die amerikanische Hilfsmission für Kinder.

Der amerikanischen Hilfsmission ist es, wie berichtet wurde, gelungen, Lebensmittel im Werte von 800.000 Dollar für die Wiener Kinder zur Verfügung zu stellen, die zunächst 60.000 Kindern eine Nahrungszubute bieten sollen. Weitere Lebensmittelforderungen stehen bevor. Bei dieser Aktion für die Wiener Kinder hat die amerikanische Mission den größten Wert auf die Mitwirkung des städtischen Jugendamtes gelegt, und hat insbesondere die Belieferung der Tagesheimstätten und anderer Anstalten des Jugendamtes mit der freiwilligen Fürsorge zugesagt. Die Mission drängt jedoch darauf, daß die Aktion möglichst rasch in Fluß komme, daß die Bereitung von Speisen für die Kinder in gut funktionierenden und den hygienischen Anforderungen voll entsprechenden Küchen erfolge und daß die unmittelbare Verabreichung der Speisen unter ihrer Kontrolle vor sich gehe. Es ist daher notwendig, daß die dem Jugendamt unterstehenden Küchen möglichst leistungsfähig gestaltet werden.

Hierbei kommen in erster Linie die Schlossküche im Augarten, die Amtsküche in der Jägerstraße, die Küche im Artilleriebarackenlager in Favoriten, die neu zu errichtende Küche im städtischen Kindergarten in Favoriten, die Küche des Durchzugsheimes im Grinzingser Kriegsspital und die Küche der Tagesheimstätte Belle Vue, sowie die Ausgestaltung der Kleinkinderauspeisung in den Bezirksjugendämtern in Betracht. Zur Inbetriebsetzung dieser Küchen im Rahmen der amerikanischen Aktion sind verschiedene Adaptierungen und Ausgestaltungen erforderlich, wofür vom Stadtrate 20.000 K. bewilligt wurden.

Die amerikanische Hilfsaktion wird in Niederösterreich nach ungefähr denselben Gesichtspunkten geschehen wie in Wien. Es werden also die Kinder in offenen Auspeisungen sowie in Heimen mit den amerikanischen Lebensmitteln genährt, zum Teile können auch die in den zahlreichen Landesanstalten befindlichen Kinder durch direkte Belieferung dieser Anstalten bedacht werden.

Die Auspeisung der kleinen und schulpflichtigen Kinder wird in den zahlreichen Auspeisestellen, bei den Landeskindergärten, Horten, Kriegsküchen und sonstigen Hilfseinrichtungen der offenen Jugendfürsorge, die mit dem Landesjugendamt in ständiger Verbindung stehen, erfolgen. Diese Auspeisestellen können auch in beschränktem Maße den Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren geöffnet werden.

Aus den in den 70 Gerichtsbezirken Niederösterreichs gesammelten reichen Erfahrungen des Landesjugendamtes sowie aus den Erhebungen, welche anlässlich der Durchführung der Aktion „Kinder aufs Land“ im Vorjahre und im heurigen Jahre gesammelt worden sind, geht hervor, daß besonders die nachstehend genannten Gegenden Niederösterreichs besonders stark unterernährte Kinder aufweisen. Dies sind **die Hungerbezirke an der Südbahnstrecke:** Wiener-Neustadt, Döbling, Baden, Mödling, Neunkirchen, Gloggnitz, ferner der Bezirk Sankt Pölten, mit den angrenzenden Bezirken Herzogenburg, Lilienfeld, Hainfeld, Pottenstein, ferner Amstetten mit Waidhofen a. d. Ybbs, Smund einschließlich Pittschau, Heidenreichstein, Schemnitz sowie die an Wien selbst angrenzenden Bezirke Korneuburg, Stoderau, Klosterneuburg, Purkersdorf, Neulengbach, Schwechat einschließlich Bruck an der Leitha und Hainburg, weiter Meis mit Böchlarn und Ybbs, Ebreichsdorf, Hollersdorf und Aspang, in welchen Gebieten 245 Schulen in Betracht kommen.

17. IV. 1919

25

Der Vertreter der amerikanischen Hilfsaktion in den städtischen Waisenhäusern. In Durchführung des groß angelegten Liebes- und Fürsorgewerkes für die Kinder Wiens besuchte gestern Dr. Geist von der amerikanischen Lebensmittelaktion unter der Führung mehrerer Herren des städtischen Jugendamtes und des Magistrats das sechste und siebente städtische Waisenhaus in der Josefstädterstraße, das vierte auf der Hohen Warte und das gleichfalls in der Verwaltung der Gemeinde stehende Schmid-Elterlein'sche Kinderheim in der Rögergasse, um sich persönlich von dem Ernährungszustand der Kinder zu überzeugen. Die Pfleglinge dieser Anstalten, die alle Altersstufen vom dritten bis zum vierzehnten Lebensjahr aufweisen, stammen zum größten Teil aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, viele von ihnen wurden aus dem tiefsten Elend, oft direkt von der Straße, in die Gemeindefürsorge übergeben und es konnten daher an ihnen so recht die Verheerungen wahrgenommen werden, welche der Krieg und die allgemeine Lebensmittelnot gerade im jugendlichen Organismus hervorgerufen haben. Herr Dr. Geist zeigte sich von den Bildern, die ihm vorgeführt wurden, von der fast durchwegs zu beobachtenden starken Zurückgebliebenheit im Wachstum, welche Zehn- und Zwölfjährige oft wie Sechsjährige erscheinen läßt, auf das tiefste ergriffen und versprach bereits für die nächsten Tage ausgiebige Hilfe durch Einbeziehung dieser Anstalten in die geplante Hilfsaktion; nach der Versicherung Dr. Geist's wird die Lebensmittelhilfe für die genannten Anstalten sowie für alle anderen städtischen Waisenhäuser, welche sich auf die wichtigsten Lebensmittel erstrecken und in Ergänzung der bisherigen Zuweisungen völlig unentgeltlich eine vollständig ausreichende Ernährung der Kinder sichern soll, bereits mit Beginn der nächsten Woche einsetzen.

17. IV. 1919

26

17

Gespeisezettel für die Woche

vom 18. bis 24. Mai 1919.

Sonntag: Paradesuppe, Bäckfleisch mit Spinat. —
Abends: Haupterbsalat mit Wurstaufgabe.
Montag: Kohlsuppe, Bauernknödeln mit Wildsoße. —
Abends: Karotten.
Dienstag: Gemischte Gemüsesuppe, Gemüseschnitzel mit Salat. — **Abends:** Schwammerlsuppe.
Mittwoch: Kartoffelgrießsuppe, Blutwurst mit Kohlräben. — **Abends:** Ungarischer Reis.
Donnerstag: Spinatsuppe, Fleischknödel mit rotem Rüben Gemüse. — **Abends:** Niesliches Gemüse, eventuell mit Fering.
Freitag: Reissuppe, Seefisch mit Sauerkraut. —
Abends: Gerstl mit Schwämmen.
Samstag: Sellsuppe, Gemüsefleisch. — **Abends:** Reis mit Marmeladesoße.

17. IV. 1919

27

Die ersten Auspeisungen der Kinder.

Ein Erfolg der amerikanischen Kinderhilfsaktion.

Die Lebensmittelspenden der amerikanischen Hilfsmission sind gestern im Rahmen der geplanten großzügigen Auspeisung von unterernährten Wiener Kindern in zwei Betrieben zum erstenmal den Kleinen zugute gekommen: in der Brigittenau und in Meidling sind die Kinderküchen eröffnet worden. Der Anfang ist ohne jede Feierlichkeit und jeden offiziellen Anstrich gemacht worden, und ein Augenschein bei der Auspeisungsstelle in der Forsthausgasse in der Brigittenau brachte die tröstliche Ueberzeugung, daß es ein guter Anfang war.

Am äußersten Ende des 20. Bezirkes, ganz nahe der Floridsdorfer Reichsbrücke, wo die noch unverbaute Forsthausgasse in den Kaiserplatz mündet, befindet sich die ehemalige „Zita“-Kriegsstübe, die in den letzten Kriegsjahren der Verköstigung der arbeitenden Bevölkerung dieses Bezirks teiles diente. Diese Anlage, ein einfacher Barackenbau, konnte unschwer und in kürzester Zeit für die Auspeisung der Kinder herangezogen werden. In der geräumigen Küche stehen zwölf Kochkessel, deren jeder 300 Liter faßt, und außerdem zwei mächtige Gasherde für Bad- und Bratzwecke. An Arbeitspersonal, das gleichfalls in der Küche verköstigt wird, sind neun Personen in Verwendung, die Leitung des Betriebes führt Fräulein Helene Caimen, eine umsichtige und in liebevoller Betreuung der Kinder durch ihre frühere Tätigkeit in Kinderheimstätten erfahrene Dame.

Die Auspeisung der Kinder ist auf drei Zeitabschnitte verteilt, wobei auf die Schulbesuchszeiten der Kleinen Rücksicht genommen wird: auf 10 Uhr, 2 Uhr und 4 Uhr. Schon vor 10 Uhr fanden sich die ersten Kostgänger, vielfach in Begleitung ihrer Angehörigen, ein. Anfangs waren sie etwas verschüchtert und wußten nicht recht, bei welcher Tür sie den Eintritt wagen sollten, schließlich aber sah eine stattliche Zahl Buben und Mädchen von etwa fünf bis zehn Jahren in bunter Reihe an den Tischen, jedes Kind ausgerüstet mit irgendeinem „Säferl“ und einem Löffel. Manche allerdings waren ohne diese notwendigsten Utensilien gekommen, und diesen wurde von der Küche vorläufig ausgeholfen. Beim ersten Mahl gab es gestern recht gute Einbrennsuppe und ausgezeichneten Milchreis. Im ganzen wurde für 450 Kinder und das Arbeitspersonal gekocht. Eine Portion bestand aus 300 Gramm Suppe, 240 Gramm Reis und 60 Gramm Brot. Zur Zubereitung wurden verwendet 30 Kilogramm Reis, 2 Kilogramm gutes Fett, 2½ Kilogramm Zucker und 22 Dosen Kondensmilch.

Nachdem die Kinder an den Tischen Platz genommen hatten, wurde ihnen Suppe und Brot gereicht und dann in den geleerten Napf der Reis gegeben. Die Kinder wurden aufgefordert, alles zu essen, und durften von den Speisen nichts nach Hause mitnehmen. Zur Kontrolle besitzt jedes Kind nach Art einer Menagelarte einen Zettel, der für einen Monat gilt, den Namen des Kindes, die zugehörige Schule und die Unterschrift des Amtsarztes aufweist und der beim Datum des Auspeisetages durchlocht wird. Unter den Kleinen befanden sich nur ganz wenige, die in halbwegs gutem Ernährungszustande sind. Bei dem Eifer des Essens gab es natürlich für lebhafteste mündliche Unterhaltung, die übrigens nicht erlaubt wird, keine Zeit. Waren die Kleinen schon mit Suppe und Brot sehr zufrieden, so äußerten sie über den guten Milchreis noch ihr besonderes Entzücken. Mit einem lauten und freudigen „Grüß Gott!“ verließen dann die Kinder, deren jedes als Regiepreis 20 Heller zu entrichten hatte, den Speiseraum, um der nächsten, schon wartenden Gruppe Platz zu machen. Um die Bedienung der Kleinen nahmen sich neben der Leiterin die Franziskanerinnen und Schwestern an, die neben der Kinderküche eine Kinderheimstätte leiten, und auf deren Gründen die Baulichkeiten stehen.

Der Betrieb soll so ausgestaltet werden, daß täglich 1500 bis 2000 Kinder verköstigt werden können. In jedem Bezirke soll eine derartige Auspeisungsstelle errichtet werden, wobei man mit der Verköstigung von etwa 60.000 Kindern rechnet.

Der Vertreter der amerikanischen Hilfsaktion in den städtischen Waisenhäusern.

In Durchführung des groß angelegten Liebes- und Fürsorgewerkes für die Kinder Wiens besuchte gestern Dr. Geist von der amerikanischen Lebensmittellaktion unter Führung mehrerer Herren städtischen Jugendamtes und des Magistrats, welchen sich dann noch der Bezirksvorsteher des 17. Bezirkes anschloß, das sechste und siebente städtische Waisenhaus in der Josefstädterstraße, das vierte auf der Hohen Warte und das gleichfalls in der Verwaltung der Gemeinde stehende Schmid-Elterleinsche Kinderheim in der Rößergasse, um sich persönlich von dem Ernährungszustande der Kinder zu überzeugen. Die Pflinglinge dieser Anstalten, die alle Altersstufen vom 3. bis zum 14. Lebensjahre aufweisen, stammen zum größten Teil aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, viele von ihnen wurden aus dem tiefsten Elend, oft direkt von der Straße in die Gemeindefürsorge übergeben. Dr. Geist zeigte sich von den Bildern, die ihm vorgeführt wurden, von der fast durchweg zu beobachtenden starken Zurückgebliebenheit im Wachstum, welche Zehn- und Zwölfjährige oft wie Sechsjährige erscheinen läßt, auf das tiefste ergriffen und versprach bereits für die nächsten Tage ausgiebige Hilfe durch Einbeziehung dieser Anstalten in die geplante Hilfsaktion.

17. IV. 1919

28

Staffelung der Preise für Auslandslebensmittel nach Einkommensklassen.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Die Abgabe einzelner Auslandslebensmittel stößt in manchen Gemeinden dadurch auf Schwierigkeiten, daß die Preise für die Kaufkraft der ärmsten Bevölkerungsschichten teilweise zu hoch erscheinen. Es ist daher verschiedentlich angeregt worden, bei Auslandslebensmitteln eine nach den Einkommensverhältnissen der kaufenden Bevölkerung verschiedene Preisberechnung eintreten zu lassen. Frühere Versuche dieser Art sind wegen der damals verhältnismäßig kleinen Zahl der höheren Einkommen nicht sehr erfolgreich gewesen. Nachdem sich jetzt eine nicht unerhebliche Einkommensverschiebung vollzogen hat, wird den Gemeinden empfohlen, da, wo die Einkommensgliederung es gestattet, die Preise der Auslandslebensmittel nach Einkommensklassen zu staffeln. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß ein Zuschuß seitens des Reiches zu der Verbilligung der Auslandslebensmittel nicht gegeben werden kann, und daß die Gemeinden deshalb ihre Preispolitik so einrichten müssen, daß die Verbilligung nur soweit geht, wie sie durch den höheren Preis für die bessergestellten

Erwerbschichten gedeckt werden kann. Auch für diese dürfen die Preise nicht so hoch werden, daß anderweitige Beschaffungsmöglichkeiten schließlich billiger würden, und die mit höheren Preisen belegten Auslandslebensmittel möglicherweise nicht abgenommen werden würden. Zur Festsetzung der Preisabstufung empfiehlt es sich, Kommissionen hinzuzuziehen, die zur Hälfte aus Arbeiter- und Angestelltenvertretern bestehen und auch bei der Ueberwachung der Durchführung der Maßnahmen mitwirken.

18.7. 1919

Gestaffelte Lebensmittelpreise?

Eine Anregung des Reichsernährungsamts.

Die Abgabe einzelner Auslands-Lebensmittel stößt in manchen Gemeinden deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Preise für die Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu hoch sind. Es ist daher mehrfach, so vor kurzem in den Stadtverordnetenversammlungen von Berlin und Lichtenberg, angeregt worden, die Preise bei der Verteilung nach den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung abzustufen. Von den Gegnern einer solchen Regelung wurde dabei besonders darauf hingewiesen, daß dadurch die Einkommensverhältnisse des einzelnen bekannt würden, was den Kredit erschüttern und manchem nicht lieb sein würde. In Sachsen soll sich jedoch die Staffelung bei der Verteilung des amerikanischen Mehles bereits bewährt haben.

Nun hat das Reichsernährungsamt für das ganze Reich eine Verfügung erlassen, wonach sämtlichen Gemeinden, in denen die Einkommensgliederung es gestattet, empfohlen wird, die Preise für ausländische Lebensmittel nach Einkommensklassen zu staffeln. In Berlin hat der Magistrat bisher den Gedanken abgelehnt. Man würde hier, schon um die Einteilung der Klassen durchzuführen zu können, einen umfangreichen Beamtentörper schaffen müssen, was wieder für die Herabsetzung der Preise ein Hindernis bilden würden. Dann ist in Berlin die Zahl der Bessergestellten, die man zum Ausgleich der Preise höher belasten könnte, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sehr gering. Man hat berechnet, daß ein Pfund amerikanisches Mehl, das heute 2,18 M. kostet, nur dann an die Minderbemittelten etwa für 1 M. abgegeben werden könnte, wenn die wohlhabenderen Kreise für das Pfund rund 20 M. bezahlen würden. Dabei wäre die Einkommensgrenze, bis zu der der billigere Preis Geltung haben würde, etwa mit 6000 M. anzunehmen, wobei aber zu erwägen wäre, daß vielleicht ein Familienvater mit vielen Kindern, der 8000 M. Einkommen hat, noch unter die Minderbemittelten gerechnet werden müßte.

Die Preisstaffelung nach dem Einkommen wird sich also nur dort mit Erfolg einführen lassen, wo die wohlhabende Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamteinwohnerschaft sehr zahlreich ist. In Berlin stehen selbst die führenden Persönlichkeiten der Unabhängigen der Möglichkeit ihrer Durchführung mit starken Zweifeln gegenüber.

18.7.1919

30

Die Mensa in der Hofburg.

Seit 6. d. ist in den sogenannten Technischen Appartements der Hofburg, zu denen dieselbe Stiege, die einst zur kaiserlichen Kabinettskanzlei ging, hinaufführt, am Schweizer Hof gelegen, ein Zweiginstitut der *Mensa Akademika*, eingerichtet, deren Hauptlokalität in der Reichsratsstraße die große Schar der nicht allein wissenschaftlichen, sondern auch Leibesnahrung heischenden jungen Gäste längst nicht mehr faßt. Die hohen, geräumigen, glänzenden Gassen dienten einst als Lesealons anlässlich der seltenen Hofbälle, oder sie boten den Raum für die Suitendiners, die der Obersthofmeister jeweils veranstaltete. Diese Sphäre der Festlichkeit vermochte selbst der Umsturz nicht ganz zu zerstören, und sie weht in den hellen, blanken Sälen fort, wenngleich die steife Hofsitte aus ihnen wich und auch die — doch nur genealogisch interessanten Oelgemälde von den Wänden rings verschwunden sind. Tritt man etwa mittags, zur Zeit des regsten Betriebes, in die Räume, so spürt man den auch nichts von widrigen Geruchendünsten, und die vier gut gelüfteten Säle, bis auf etliche prachtvolle Spiegel und Kristallluster frei von jeglichem Brunk, nuten in ihrer strahlenden Sauberkeit, mit den langgestreckten blütenweiß gedeckten Tischen, von denen zahllose Teller und Silberbestecke blinken, an und für sich schon appetitlich an. Es wird da partiellweise von ehemaligen Hofstafeldeckern vorbildlich geräuschlos serviert, und all die Studenten in Zivil oder Feldgrau scheinen sich auf den adretten Volkstischeln recht behaglich zu fühlen. Etliche Hörerinnen bringen etwas Farbe in dies Bild. Die Essenszeit währt mittags 12 bis 2 Uhr und abends von 6 bis halb 9 Uhr. Wenn es dunkel wird, werden die Luster durch elektrisches Licht ersetzt. Es sind seitens der Studentenschaft Ordner bestimmt, die sich einstündig abtöten,

und da hängt auch ein Schreiben, das die Gäste ersucht, ihre Beschwerden oder Wünsche „den Diensthabenden mitzuteilen“. Und daneben ist plakatiert, daß ein Mittagsblock (pro Woche) K. 18.20, ein Abendblock K. 13.30 kostet! Also gibt es in Wien doch Speiselokale, wo man sich für billiges Geld so halbwegs sattessen kann!

Was da den jugendlichen Mensagästen — mittags sind es rund 1600, abends 800 an der Zahl — geboten wird, dünkt uns, sofern ein einmaliger Besuch darüber Aufschluß gibt, ganz vortrefflich. Das Mittagsmenü besteht etwa aus eingemachter Suppe, Reis mit Tomatensauce und zwei großen Buchten mit Marmelade die Abendmahlzeit bringt Suppe, Sauerreisauslauf und Pflaumenkompott (es können auch beispielsweise Suppe und Knödeln mit Kraut sein). Sonntags gibt es stets Fleischspeisen und man hofft, fürderhin wöchentlich dreimal Fleisch als obligat einzuführen. Im übrigen leidet der Betrieb besonders unter dem Mangel an Hartgemüse. Die Küche befindet sich nicht in der Hofküche, in der heute nur mehr für die Bühnenarbeiter des Operntheaters und des Burgtheaters sowie für die noch im Amtstätigen administrativen Beamten und Bediensteten des Hofärars gekocht wird, sondern in den dazu eigens adaptierten Räumen der ehemaligen Ruderbäder in der neuen Hofburg. Von hier gelangen die Speisen durch einen Aufzug hinauf und werden in den Anrichterraum gebracht, der einst ein „Bedientenpartezimmer“ bildete. Hier wie dort wird für die unterschiedlichen Arbeiten nur ehemaliges Hofpersonal verwendet.

Um die Einrichtung und fortlaufende Versorgung der Mensa in der Hofburg hat sich der bei der Durohauptmannschaft eingeteilte Hofadjunkt *M. d. e. f. r. i. a* bemüht. Der Chef der hofärztlichen Verwaltung Dr. *B. e. d. - M. a. n. n. a. g. e. t. t. a* hat, als das Kuratorium zur Erhaltung und Verwaltung der Mensa Akademika mit Prof. Dr. *Artur Schattenfroh* an der Spitze angeführt der Räumlichkeiten dieser Anstalt seine Mithilfe erbat, das Projekt auf jegliche Art gefördert.

18.7.1919

31

**Abchluss der amerikanischen Lebensmittelhilfs-
aktion mit Ende Juni.**

Lyon, 17. Mai.

Aus New York wird gemeldet: Richard Joints, Direktor der unter Hoovers Leitung stehenden amerikanischen Hilfsaktion, hat mitgeteilt, daß monatlich 300.000 Tonnen Lebensmittel nach den zerstörten Gebieten Europas verschickt worden seien und daß die letzten Verschickungen Ende Juni stattfinden, da bis dahin in den in Betracht kommenden Gebieten ausreichende Mengen von Nahrungsmitteln aufgestapelt sein werden, um die Versorgung bis zur Ernte zu gewährleisten.

Die amerikanische Kinderauspeisung in Wien.

Von Alice Schalek.

Ein neues, ungewohntes, strahlendes Bild, das jedem an Kriegselend gewöhnten Beschauer unvergeßlich bleiben muß — leuchtende Kinderaugen, frohes Lächeln auf Kinderlippen, jauchzende Kinderstimmen! Draußen in der Brigittenau bekommen seit gestern 450 Kinder ein wirkliches, reichliches, nahrhaftes Mittagessen, und mit vor Freude geröteten Backen bedrängte die jugendliche, auf der Abteilung Pirquet als Ernährungsspezialistin ausgebildete Leiterin Helene Czimeg, eine der sogenannten Mem-Damen (Nahrungs-Einheit-Milch), daß die Amerikaner weder Haserreis, noch Hirse, weder Kraut noch Vörrgemüse und: „Gottlob, kein Gjirol, das haßen die Kinder so sehr!“ geschickt haben.

Diese auch uns erst im Kriege bekanntgewordenen Ernährungsmittel kommen offenbar auf dem Speisezettel Amerikas gar nicht vor. Glückliches Amerika! Nur mit edlen, wirklichen Nährstoffen, mit Kondensmilch, Zucker, Kakao, Fleisch, Mehl, Reis und Fett wird gekocht — nur leider ohne Eier — und zwar nach ganz bestimmten Mengvorschriften, so daß jedes Kind soviel zu essen bekommt, wie ein Liter Milch Nährwert hat. Gestern, am Eröffnungstage, lautete der Speisezettel auf 300 Gramm Einbreiessuppe — eine wirkliche Suppe, die zur Hälfte aus Fett, zur Hälfte aus Mehl bestand — 240 Gramm gebadenen Reis, der mit Milch, Zucker und Fett zubereitet wurde, und 60 Gramm Brot. Heute gibt's außer Suppe und Brot 100 Gramm schloßweißer Nockerln, die geradezu in Fett schwimmen, mit 200 Gramm Zwiebeltunke und morgen Sträußelkuchen und Kakao. Die Kinder, die nur 30 S. Regiebeitrag zu zahlen haben, kommen folgsam und still, wie es richtiger Kriegsjugend entspricht, die ans Anstellen gewöhnt und viel zu unterernährt ist, um ausgelassen zu sein, jedes bringt Schale und Löffel mit — man sieht die „passigsten Reindln“ — und bald sitzen sie alle, mit einem rührenden Glücksausdruck in den blassen Gesichtern, und essen drauf los. Strengstes Gebot herrscht, daß nichts übriggelassen werden darf, aber gar manches Kind läßt den Löffel zu rasch sinken. Einige tun nur so, als seien sie satt, um einen Rest mitnehmen zu dürfen, was aber verboten ist. Viele Kinder indessen haben das Essen verlernt. „Ich kann nicht mehr!“ Dann fängt eines oder das andere hilflos zu weinen an, und die Franziskanerinnen, die hier helfen, nehmen es auf den Schoß, füttern es und lehren es wieder essen. Morgen geht's schon wieder besser, du wirst's sehen!“ Die und da hört man auch ganz leise: „Mir ist's zu süß!“ An Zucker sind ja die Kinder gar nicht mehr gewöhnt. Draußen an den Fenstern stehen lachende, glückliche Mütter und winken und rufen herein. Lachen und Jubel und Frohsinn leuchtet auf allen Gesichtern, am meisten auf denen der Leiterinnen, die jung sind, endlich, endlich Kinder wieder satt machen zu können, und sogar der Koch ist ganz entzückt.

Nur dem unbeteiligten Zuschauer sieht das Weinen näher als das Lachen, trotzdem es mitten in der Mahlzeit ein Jubelgeschrei gibt: der Chefarzt der Klinik Pirquet, der ja die Seele der Aktion ist, kommt mit drei Amerikanern, darunter Doktor Geist, dem Leiter der Unternehmung, in den Speiseraum und hält zwei Stück Brot in die Höhe, ein schwarzes und ein weißes: „Denkt euch, Kinder, von morgen an kriegt ihr statt dieses Brots hier richtige Semmel.“ Die meisten Kinder wissen gar nicht, was Semmel eigentlich sind. Sie sehen zumeist wie fünf- und sechsjährig aus, da das Mindestalter aber sieben Jahre ist — die Kleinen könnten allein nicht kommen — so kann man auf ihre körperliche Zurückgebliebenheit schließen,

und herzerreißend ist die Mitteilung der ebenfalls anwesenden Vorsteherin des städtischen Jugendamtes (welchem die Aufgabe zufiel, die Auswahl zu treffen), daß kein einziges vorgeführtes Kind zurückgestellt werden konnte, weil alle maßbedürftig waren. Später sollen dann Gewichtsuntersuchungen zur Feststellung des Erfolges gemacht werden. Mit vor Ergötzen verdunkeltem Blick bringt Dr. Geist einen neunjährigen Bubel herbei: „Mein eigener Fünfjähriger ist größer!“ sagt er zu den beiden anderen Amerikanern, dem Hauptmann Torrey und dem Berichterstatter des „Newyork Tribune“.

Dann berichten die drei Herren, denen man an ihren geröteten Gesichtern ansieht, wie glücklich das Geben machen kann, daß man in Amerika während des Krieges keine Ahnung von dem in Wien herrschenden Elend hatte, daß man aber jetzt, wo man es zu erfassen beginnt, volles Verständnis dafür habe — Beweis dafür seien die auf Subskriptionswegen herbeigeschafften 800.000 Dollar, die die amerikanische Vessentlichkeit vor drei Wochen unseren verhungernenden Kindern widmete. Vor drei Wochen — und heute schon ist das Geld in Werttätigkeit umgesetzt! Jemand sagt etwas von amerikanischer Schnelligkeit, anerkennt, wie rasch gearbeitet wurde. Da blickt es verwundert in den Augen des Amerikaners auf: „Rasch gearbeitet? Wir haben gearbeitet. Das ist alles.“ Und das ist vielleicht noch charakteristischer für die Amerikaner, als daß sie rasch arbeiten, daß sie zwischen den Begriffen „rasch arbeiten“ und „arbeiten“ gar keinen Unterschied kennen.

19./V. 1919

33

*** Die ersten Wiener Salzstangeln.** Ein Delikatessenhändler in der Innern Stadt (Stallburggasse) darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die ersten Wiener Salzstangeln nach dem Kriege auf den Markt gebracht zu haben. Freilich waren es nicht die knusperigen reschen Dinger, derer man sich noch sehnsüchtig erinnert, sondern „Ersatz“. Der vorsichtige Kaufmann, der die kleinen schwindelstichtigen Neu-Wiener Salzstangeln mitten unter verschiedenen Konservengemüsen in einem zierlichen Korbe in sein Schaufenster stellte, fügte der Aufschrift „Die ersten Wiener Salzstangeln“ die Einschränkung bei: „en miniature“, und ebenso klein war darunter zu lesen: „60 Heller“. Immerhin, es waren die ersten Salzstangeln, die in Wien öffentlich verkauft wurden, und das bedeutet neben dem Verdienst des Kaufmannes, der in seine Kasse fließt, auch das Verdienst, den Wiener Tisch vorderhand einiger weniger Glücklicher um einen lange entbehrten Bederbissen bereichert zu haben. Denn es kann nicht jeder in die Bar gehen, in der man dem Bernehmen nach wirkliche große Salzstangeln mit Schinken um vier Kronen erhält, wenn man nicht für die Getränke die noch mehr als die Stangeln gekauften Preise der Bar zu bezahlen bereit und imstande ist.

20. IV. 1919

39

Die Bezahlung der amerikanischen Lebensmittel.

Die Telegraphenkompanie meldet aus New-York nach einem Referat des Lebensmittelbittators Hoover, daß allen europäischen Staaten mit alleiniger Ausnahme Deutschlands für die gelieferten amerikanischen Lebensmittel langfristige Kredite eingeräumt wurden, deren Zahlung von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung in Europa abhängt.

Aus dem Text der Meldung geht hervor, daß diese Kreditfrist auch für Deutschösterreich gilt, was bisher zwar vermutet, aber noch nie von zuständiger Seite ausdrücklich bestätigt wurde.

Der Kampf gegen die Hungersnot.

New-York, 18. Mai. (Melbung der Telegraphenkompanie.) Der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover hat einen ausführlichen Ueberblick über die Tätigkeit der verschiedenen amerikanischen Unterstützungscommissionen in Europa veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß während des Monats April insgesamt 591,843 Tonnen Nahrungsmittel an die verschiedenen Länder Europas verteilt worden sind. Davon erhielten: Deutschland 182,000 Tonnen, Deutschösterreich 85,000 Tonnen, Südslawien 15,000 Tonnen, Rumänien 26,000 Tonnen, Armenien und die Türkei 4000 Tonnen, Bulgarien 7000 Tonnen, Nordfrankreich 2000 Tonnen, Belgien 129,000 Tonnen, Finnland 27,000 Tonnen und Polen 38,000 Tonnen. Diese Nahrungsmittelmengen wurden von 120 amerikanischen Dampfern nach Europa gebracht. Der Gesamtwert dieser Ladungen wird auf 146 Millionen Dollar angegeben. Für sämtliche Lieferungen, mit Ausnahme der für Deutschland bestimmten, wurden langfristige Kredite eingeräumt, deren Zahlung von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung in Europa abhängig ist. Außerdem sind noch etwa 100,000 Tonnen europäischer Erzeugnisse zur Verteilung gelangt.

In der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 1. Mai 1919 wurden, abgesehen von 200,000 Tonnen amerikanischer Nahrungsmittel, die bereits in Europa lagerten, insgesamt an Nahrungsmitteln nach Europa verschickt: Brotgetreide 1,030,000 Tonnen, Reis 46,000 Tonnen, Bohnen und Erbsen 19,000 Tonnen, Fett und Fleisch 98,000 Tonnen, Kondensmilch 18,000 Tonnen, andre Nahrungsmittel 49,000 Tonnen, Kleidung 7000 Tonnen. Der Gesamtwert wird auf 325 Millionen Dollar geschätzt.

In dem Bericht werden von Hoover weitere Einzelheiten über die Transporte und besonders über die Verbindungen mit den Staaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie bekanntgegeben, die jetzt viel besser geworden sind. Im April haben sich die Transporte mehr als verdoppelt. Die Transporte nach der Tschecho-Slowakei gehen jetzt hauptsächlich über Hamburg und die Elbe.

Hoover sagt in dem Bericht weiter, daß mit Ausnahme gewisser Teile der Karpathen, Armeniens und des bolschewistischen Rußland von tatsächlicher Hungersnot nicht mehr die Rede sei. Da jetzt die deutschen Schiffe freigegeben sind, hofft Hoover, daß die in Argentinien und Australien aufgestapelten Vorräte gleichfalls für Europa verwendet werden können. Wenn bis 15. Juli die Zufuhr in dem gegenwärtigen Umfange aufrechterhalten werden kann, ist die Gefahr der Hungersnot für Europa beseitigt und die Bedrohung durch den Bolschewismus viel geringer geworden.

Importe für reiche Leute.

Das Staatsamt für Volksernährung teilt mit, daß in letzter Zeit wiederholt im Schleichhandelswege eingeführte Genußmittel, wie Wein, teure Sardellen in Dosen und ähnliches, über Innsbruck nach Wien gelangten. Da es nicht angängig ist, die geringen, in Oesterreich verfügbaren Geldmittel für die Anschaffung von Lebensmitteln im Ausland zu verwenden, die nur dem Luxusbedürfnis dienen, während der Ankauf

der für die Bevölkerung unbedingt notwendigen Nahrungsmittel aus finanziellen Gründen auf große Schwierigkeiten stößt, hat das Staatsamt für Volksernährung Veranlassung getroffen, daß in Zukunft der Import solcher Artikel nach Möglichkeit verhindert und beschlagnahmte importierte Waren dieser Art ohne Rücksicht auf die den Importeuren erwachsenden Schäden der Beschlagnahme verfallen.

20. IV. 1919

36

Die amerikanische Lebensmittelhilfe für Europa.

N. Y. New York.

Der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover hat einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der verschiedenen amerikanischen Unterstützungskommissionen in Europa veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß während des Aprils insgesamt 591.843 Tonnen Nahrungsmittel an die verschiedenen Länder Europas verteilt worden sind. Davon erhielten: Deutschland 182.000 Tonnen, Deutschösterreich 85.000 Tonnen, Südslawien 15.000 Tonnen, Rumänien 26.000 Tonnen, Armenien und die Türkei 4000 Tonnen, Bulgarien 7000 Tonnen, Nordfrankreich 2000 Tonnen, Belgien 129.000 Tonnen, Finnland 27.000 Tonnen und Polen 30.000 Tonnen. Der Gesamtwert wird auf 143 Millionen Dollar angegeben. Für sämtliche Lieferungen, mit Ausnahme der für Deutschland bestimmten, wurden langfristige Kredite eingeräumt, deren Zahlung von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung abhängig ist. Außerdem sind noch etwa 100.000 Tonnen bereits in Europa lagernder amerikanischer Nahrungsmittel zur Verteilung gelangt. In der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 1. Mai 1919 wurden insgesamt nach Europa geschickt: Brotgetreide 1.030.000 Tonnen, Reis 46.000 Tonnen, Bohnen und Erbsen 19.000 Tonnen, Fett und Fleisch 98.000 Tonnen, Kondensmilch 18.000 Tonnen, andere Nahrungsmittel 49.000 Tonnen, Kleider 7000 Tonnen. Der Gesamtwert dieser Sendungen wird mit 325 Millionen Dollar geschätzt. In dem Berichte werden von Hoover weitere Einzelheiten über die Transporte, namentlich über die Verbindung mit den Staaten der ehemaligen Oesterr.-Ung. Monarchie bekanntgegeben, die jetzt viel besser geworden seien. Im April d. J. haben

sich die Transporte mehr als verdoppelt. Die Transporte über Tschechien gehen jetzt über Hamburg und die Elbe. Mit Ausnahme gewisser Teile der Karpathen, Rumäniens und des bolschewistischen Rußland, kann tatsächlich nirgends mehr von einer Hungersnot die Rede sein. Da jetzt die deutschen Schiffe freigegeben sind, hofft Hoover, daß die in Argentinien und Australien aufgestapelten Vorräte gleichfalls für Europa verwendet werden können. Wenn bis 15. Juli die Zufuhren in dem gegenwärtigen Umfang aufrecht erhalten werden, kann die Gefahr einer Hungersnot für Europa als beseitigt gelten, ebenso wird dadurch die Bedrohung durch den Bolschewismus viel geringer.

Das Kinderhilfswerk der Amerikaner.

Die Gesellschaft „Deutschösterreichisches Jugendhilfswerk“. — Ausspeisung und Lebensmittel für 83,000 Kinder.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Seih fand Dienstag in den Amtsräumen des Präsidenten eine Beratung über die Frage statt, wie eine deutsch-österreichische Organisation zu schaffen wäre, die dem amerikanischen Hilfswerke für die deutschösterreichische Jugend zu dienen hätte. Der Beratung wohnten bei: Vertreter der Staatsämter für soziale Verwaltung (Volksgesundheit), Handel, Verkehr und Ernährung, ferner Vertreter der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich sowie der Vorstand der Universitäts-Kinderklinik Professor Pirquet. Es wurde die Bildung einer freien Gesellschaft unter dem Namen „Deutschösterreichisches Jugendhilfswerk“ beschlossen.

Die Vertretung dieser Gesellschaft wird einem Arbeitsausschuß obliegen, dem Präsident Seih vorstehen wird. Der Gesellschaft werden im Parlamentsgebäude entsprechende Amtsräume zur Verfügung gestellt, wo auch die Vertreter der genannten Staatsämter, der amerikanischen Mission und des städtischen Jugendamtes ihren Sitz haben werden. Der Arbeitsausschuß wird einem großen Komitee verantwortlich sein, das sich aus Vertretern Deutschösterreichs, der Länder, der größeren Städte und aller namhaften privaten Hilfsorganisationen zusammensetzen wird. Dem Arbeitsausschuß wird nur die Verteilung und Verrechnung zustehen, während die eigentliche Hilfsarbeit von den Ländern und Städten zu leisten sein wird. Die Organisation wird sofort ins Leben treten und voraussichtlich schon heute ihre Arbeitsräume im Parlament beziehen und ihre Arbeit beginnen.

Die Amerikaner planen zunächst 30,000 Kinder in Wien in eigenen Küchen auszuspeisen. Den bestehenden Tagesheimstätten sollen weiter für 30,000 Kinder Lebensmittel gegeben werden. Ebenso sollen die geschlossenen Heime, Waisenhäuser, Kinderospitäler und ähnliche Institute Lebensmittel für 10,000 Kinder erhalten und auch 5000 Jugendlichte der Auspeisung teilhaftig werden. Schließlich besteht der Plan, 8000 erholungsbedürftige Kinder ausreichend zu verköstigen. Der Gruppe der erholungsbedürftigen Kinder wird pro Kopf die dreifache Tagesportion zugewiesen, also nicht 10 Hektonem, sondern 30 Hektonem, wobei hervorzuheben ist, daß unter einem Nem die vom Professor Pirquet ermittelte Nahrungsmittelseinheit an Milch (Nem) zu verstehen ist. Hundert Nem sind ein Hektonem, 1000 ein Kilonem. Zehn Hektonem reichen aus, um einem Kinde eine zuträglichste Hauptmahlzeit zu geben. Für die Sommererholung sind also dreißig Hektonem vorgesehen, ein Quantum, das nach den Erfahrungen des Professors Pirquet das notwendige und richtige Ernährungsmaß darstellt. Diese Lebensmittel sollen auch privaten Hilfsorganisationen, die Kinder in Erholungsstätten und Ferienkolonien aufnehmen, überlassen werden.

Vorläufig sind für die ganze Aktion von den Amerikanern Lebensmittel im Werte von 800,000 Dollar (24 Millionen Kronen) bereitgestellt und zum größten Teile schon auf dem Wege. Es besteht auch die Aussicht, daß die Amerikaner ihre Hilfsstätigkeit ausdehnen werden, wenn ihr Eingreifen von Erfolg begleitet ist.

Die Amerikaner auf der Klinik Pirquet.

Gestern sind der Leiter der amerikanischen Hilfsaktion Kapitän Torrey, der Kommissär für Wien Dr. Hermann Geist und Kapitän Stephens auf der Klinik des Professors Pirquet erschienen, die sie unter Führung des Gelehrten besichtigten. Professor Pirquet stellte die amerikanischen Herren seinen Hörern vor, welche gerade eine Vorlesung des Assistenten Professors Schid hörten. Die Studenten bereiteten den Amerikanern lebhafteste Ovationen. Professor Schid erläuterte den Studenten die große Bedeutung der Hilfsaktion der Amerikaner für die Wiener Kinder, denen nunmehr Mahlzeiten unentgeltlich verabreicht werden, die einem Nährgehalt von 10 Hektonem gleichkommen werden, was ungefähr dem Nährwert von einem Liter Milch entspricht. Die Eltern der Kinder werden diese zu den Mahlzeiten begleiten und was die Kinder nicht werden verzehren können, werden die Eltern mitnehmen dürfen. Außerdem wird auch eine Station eingerichtet werden, in der stillende Mütter ausgespeist werden.

Nach der Besichtigung der Kinderklinik fuhren die amerikanischen Gäste mit Professor Pirquet in eine der bereits von den Amerikanern eingerichteten Ausspeisehallen in das Meidlinger Kriegsspital. Hier hatten die Invaliden die Lokaltäten mit amerikanischen und deutschösterreichischen Fahnen geschmückt. Die Leiterin dieser Küche Frau Mari begrüßte die Amerikaner, in deren Anwesenheit ungefähr 600 Kinder ausgespeist wurden. Die amerikanischen Herren waren von dem Gesehenen sehr befriedigt und sprachen über die Anordnungen Professor Pirquets und Frau Marias ihre Anerkennung aus.

Deutschösterreichisches Jugendhilfswerk.

Eine großzügige Fürsorgeaktion.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Seitz fand gestern in dessen Amtsräumen eine Beratung über die Frage der Schaffung einer deutschösterreichischen Organisation statt, die dem amerikanischen Hilfswerk für die deutschösterreichische Jugend zu dienen hätte. Der Beratung wohnten bei: Vertreter der Staatsämter für soziale Verwaltung (Volksgesundheit), Handel, Verkehr und Ernährung, ferner Vertreter der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich sowie der Vorstand der Universitätskinderklinik Professor Pirquet.

Es wurde die Bildung einer freien Gesellschaft unter dem Namen „Deutschösterreichisches Jugendhilfswerk“ beschlossen, das sofort seine Tätigkeit beginnt. Die Vertretung dieser Gesellschaft wird einem Arbeitsausschusse obliegen, dem Präsident Seitz vorstehen wird. Der Gesellschaft werden im Parlamentsgebäude entsprechende Amtsräume zur Verfügung gestellt, wo auch die Vertreter der genannten Staatsämter, der amerikanischen Mission und des städtischen Jugendamtes ihren Sitz haben werden. Der Arbeitsausschuß wird einem großen Komitee verantwortlich sein, das sich aus Vertretern Deutschösterreichs, der Länder, größeren Städte und aller namhaften privaten Hilfsorganisationen zusammensetzen wird. Dem Arbeitsausschusse wird nur die Verteilung und Verrechnung zuzustehen, während die eigentliche Hilfsarbeit von den Ländern und Städten zu leisten sein wird.

Lebensmittel für 83.000 Kinder.

Die Amerikaner planen zunächst 30.000 Kinder in Wien in eigenen Räumen

auszuspäßen. Den bestehenden Tagesheimstätten sollen weiters für 30.000 Kinder Lebensmittel gegeben werden. Ebenso sollen die geschlossenen Heime, Waisenhäuser, Kinderpitäler und ähnliche Institute Lebensmittel für 10.000 Kinder erhalten und auch 5.000 Jugendliche der Auspäuerung teilhaftig werden. Schließlich besteht der Plan, 8.000 erholungsbedürftige Kinder ausreichend zu verköstigen. Der Gruppe der erholungsbedürftigen Kinder wird per Kopf die dreifache Tagesportion zugewiesen. Für die Wiener Hilfsaktion allein stehen 12 Millionen Dollar zur Verfügung.

An der Spitze der ganzen Aktion steht der amerikanische Kapitän Torrey. Kommissär für Wien ist der amerikanische Arzt Dr. Hermann Geist. Zum Kommissär für Niederösterreich und die übrigen Teile Deutschösterreichs ist Kapitän Stephens ausersehen.

Die Lebensmittel sollen auch privaten Hilfsorganisationen, die Kinder in Erholungsstätten und Ferienkolonien aufnehmen, überlassen werden. Es besteht die Aussicht, daß die Amerikaner ihre Hilfstätigkeit ausdehnen werden, wenn ihr Eingreifen von Erfolg begleitet ist. Freilich selbst bei der ausgedehntesten Hilfeleistung der Amerikaner wird es leider immer noch nicht möglich sein, alle Not der Jugend in Deutschösterreich zu beheben, es werden auch in Zukunft alle Kräfte angespannt werden müssen, um die furchtbaren Kriegssorgen zu beseitigen.

Der Stand unserer Ernährung.**Mitteilungen des Staatssekretärs.**

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Muß beantwortet eine Anfrage des Abgeordneten Dinghofer über die Ernährungsfrage und gibt in mehr als einstündiger Rede eine Darstellung der gegenwärtigen Ernährungslage; er erklärt, daß wir bei der Ernährung auf die inländische Produktion nur mehr in geringem Maße oder gar nicht rechnen können. Der Rindfleischbedarf für Wien beträgt per Woche 400.000 Kg. und für den ganzen Monat April waren knapp 400.000 Kg. vorhanden. Hinsichtlich des Getreides sind wir mit unserer eigenen Produktion fast zu Ende. Von den vorgeschriebenen Kontingenten der einzelnen Länder wurden 67 Prozent aufgebracht. Selbst Oberösterreich bringt heute bei einem Tagesbedarfe von ungefähr 150 Tonnen kaum 25 Tonnen für seinen eigenen Gebrauch auf. Wir sind in bezug auf Getreide nur auf die ausländischen Zufuhren angewiesen. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Kartoffeln, die wir bisher immer von den nunmehrigen Sukzessionsstaaten bezogen haben. Der Staatssekretär schildert sodann den mislichen Stand der Fleischfrage, den Rückgang der Milchproduktion und erklärt, mit Unterstützung der hiesigen Ententeemissionen hoffe man, aus Polen und Jugoslawien Nahrungsmittel zu erhalten. Er verwies auf die von den neutralen Staaten gelieferten Lebensmittel, die eine Erleichterung brachten, jedoch nicht ausreichend waren. Unsere ganze Rettung ist derzeit bei der Entente. Der Staatssekretär hält es für seine Pflicht, den Vertretern der in Wien befindlichen Ententeemissionen persönlich für die ununterbrochene Mühe zu danken, die sie in unserem Interesse entfalten. (Beifall.) Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese persönliche Mühe dieser Herren uns wiederholt in manchen, fast verzweifelt erscheinenden Situationen geholfen hat. (Beifall.) Der Staatssekretär erinnert in diesem Zusammenhange an die von Hoover in den letzten Tagen eingeleitete Aktion zur Unterstützung unserer Kinder.

Er weist den Vorwurf zurück, daß das Staatsamt für Volksernährung mit der Erhöhung der Mehlsquote so langsam vorgehe, und stellt fest, daß für diese Maßnahme die Sicherung der weiteren Zuschüsse abgewartet werden müßte. Von Sonntag an werde auch die Brotquote um einen Viertellib des Normalmaßes erhöht. Allerdings sei diese Erhöhung nur für vierzehn Tage bis drei Wochen gesichert. Bei nicht günstiger Erledigung der Finanzfrage in Paris müßte mit einem Rückgang der Quote gerechnet werden. Der Staatssekretär erörtert sodann die Frage der Fleisch- und Fettbelieferung durch die Entente. Die Verteilung der Bevölkerung mit einer Quote von 12 Dekagramm Fett per Kopf sei bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Reis und Bohnen können von Fall zu Fall je nach Einlangen verteilt werden. Durch die Ententezuschüsse ist es gelungen, in großem Maße auch Nebenaktionen durchzuführen, zum Beispiel die Kinderaktion, die Gewährung von Mehlszuschüssen an Eisenbahner, Forstarbeiter und Bergarbeiter. Das Staatsamt für Volksernährung lege Wert darauf, daß die Lebensmittelimporte gleichmäßig auf Wien und die Länder verteilt werden. Wenn auch eine Verbesserung der Quantität der Ernährung bis zu einem gewissen Grade zu konstatieren sei, so lasse sich doch nicht leugnen, daß der größte Teil der Bevölkerung aus diesem Umstände infolge der hohen Preise nicht viel Nutzen ziehen kann. Der Staatssekretär erklärt, daß die Preisermäßigungen, speziell die bei Fleisch, erfolgen könnten, weil der größere Teil kreditiert sei und

Hoffnung bestehe, daß der Staat durch bei den Friedensverhandlungen uns zu gewährenden langfristige Kredite das Salutarisiko übernehmen könne. Gegenüber dem Wunsche, daß man einem Teile der Bevölkerung höhere Preise, dem anderen niedrigeren auferlege, verweist der Staatskanzler darauf, daß dies mit Rücksicht auf die soziale Schichtung der Bevölkerung nicht möglich sei, da der größte Teil der Bevölkerung nicht zu den Bemittelten gehöre. Die sogenannte Mindestbemitteltenaktion habe in Deutschösterreich in den letzten drei Vierteljahre 56 Millionen Kronen erfordert, und in letzter Zeit seien auch die Arbeitslosen, deren Zahl 140.000 in Wien betrage, in diese Aktion einbezogen worden. Die Aktion zur Unterstützung

des Mittelstandes erforderte seit dem Bestande Deutschösterreichs 31 Millionen Kronen.

Mehr produzieren.

Das einzige Mittel für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ist die Erhöhung der Produktion. Wir können nicht immerfort Lebensmittel auf Pump beziehen. Es ist irrig anzunehmen, daß wir Importe nur bis zur neuen Ernte brauchen und daß sich Deutschösterreich aus der neuen Ernte selbst erhalten kann. Das wird vielleicht in 10 Jahren bei starker Intensifizierung der Produktion möglich sein. Was das Getreide betrifft, ist die Deckung unseres Bedarfes im nächsten Wirtschaftsjahr auf höchstens vier Monate gegeben. Der Staatssekretär werde voraussichtlich schon in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Bewirtschaftung der neuen Ernte vorlegen, in welchem die Art der Bewirtschaftung geregelt werden soll. Er tritt dem Vorwurf entgegen, daß das Ernährungsamt import-hindernd auftrete, daß heißt, durch Festhalten an gewissen Maßnahmen zur Regelung der Importe diese erschwere oder verhindere. Das Staatsamt für Volksernährung halte daran fest, daß für eine längere Uebergangsperiode der sofortigen und überstürzten Uebergang zur freien Wirtschaft sowohl vom Standpunkt der allgemeinen Interessen wie auch vom Standpunkt der heimischen Produktion nicht möglich sei. (Zustimmung.) Ohne einer übermäßigen Drosselung des Kaufmanns oder des Handels das Wort reden zu wollen, erscheine es doch unmöglich, daß die Einfuhr ohne Beschränkungen und Kontrolle bleibe. Der Staatssekretär sei der Meinung, daß auch aus Gründen der Valuta- und Preispolitik notwendig sei, eine Zeitlang die Verteilung der rationierten Artikel noch gleichmäßig durch irgendeine Zentralstelle vorzunehmen, in erster Linie durch die Regierung selbst, und daß für die nächste Zeit die Möglichkeit der Freigabe des Handels nicht gegeben sei.

Die Wiener Regierung und die Länder.

Der Staatssekretär bespricht schließlich das Verhältnis der Wiener Regierung zu den Ländern, durch welches sein Ressort am meisten in Mitleidenschaft gezogen werde und erklärt, es könnte um unsere Ernährungswirtschaft viel besser stehen, wenn wir mit den Ländern in einem besseren Verhältnis wären. Redner habe von seinem Amte aus alles getan, um das Einvernehmen mit den Ländern herzustellen, aber das sei nur möglich, wenn beide Seiten es wollten, und dieser Wille sei auf der einen Seite nicht immer vorhanden. Der Staatssekretär konstatiert, daß es gelungen sei, in der Frage der Einreisebewilligungen zu einem Kompromiß zu gelangen und meint, wenn die Länder das gleiche Entgegenkommen in der Ernährungsfrage bekunden würden, könnte man zu einer besseren Ernährungswirtschaft gelangen. Unser Wille, schließt der Staatssekretär, ist der beste, und wir können die Vertreter der Länder nur bitten, den Weg den wir gehen wollen, uns nicht zu verammeln. (Beifall.)

Der Abend
24. / V. 1919

41

42

Eine neue Wucherwelle des freien Handels.

Rosinen, Apfelspalten, Powidl, Kerzen

Der „freie Handel“ hat sich nicht mit der zu spät abgewehrten Flut der wucherischen Vogelhörndln und Mandeln begnügt. Unermüdlich in der Versorgung mit Luxusware zu unerschwinglichen Preisen, schickt er sich an, aufs neue die Schaufenster mit „Artikeln“ zu füllen, die jede Beziehung zu der knappen Börse der kleinen Haushaltungen verloren haben. Mit Rosinen ist Schiebung auf Schiebung vorgenommen worden. Dieselben Rosinen, die noch unlängst höchstens K 2-80 bis K 3 für 10 Dekagramm kosteten, tauchen jetzt wieder zu K 4-40 auf, nachdem sie durch einige Zeit ganz verschwunden waren.

Auch „Apfelspalten“ steht man jetzt überall. Es sind getrocknete, dürre Schelben mit Kerngehäusen, die niemals ein Mensch in Wien gekauft hätte, selbst wenn sie zwei Kreuzer gelöst hätten. Heute kosten sie K 14 das Kilogramm.

Powidl wäre wirklich angesichts der Standalösen Echundbeschaffenheit und der Riesenpreise der Marmeladen ein Gegenstand des Bedarfs. Während er aber rationiert nirgends zu haben ist — man würde ihn der Marmelade bei weitem vorziehen — kann er in beliebigen Mengen zu Preisen bis K 20 das Kilogramm bei den Gemischtwarenhändlern und Kaufleuten bezogen werden.

Der Kerzenwucher übersteigt jedes Maß. In einem kleinen Lebensmittelladen der Klosterneuburgerstraße wurden K 1-90 für eine Kerze verlangt, die im Frieden sechs bis acht Heller gekostet hatte. Man muß jetzt Kerzen haben, aber sie brauchen nicht jeden Tag um mindestens 20 bis 50 Heller im Preise — bei fortwährend kleinerem Format — zu steigen, so daß eine angebliche „Wachskerze“, die zischend und flütelnd absprüht und kaum die Brenndauer eines Abends besitzt, bereits K 2-50 kostet.

Speisezettel für die Woche

vom 23. bis 31. Mai 1919.

Sonntag: Schwammerlsuppe, Schöpfernes auf Wildart mit Reis. — **Abends:** Schlehische Fleischsuppe mit Nockerln.

Montag: Kohl- und Polenta. — **Abends:** Polenta.

Dienstag: Porreesuppe, falsche Fleischkugeln. — **Abends:** Fleischsuppe mit Wurstdröckchen.

Mittwoch: Selleriesuppe, Pomidelnudel. — **Abends:** Rotes Röhrgemüse.

Donnerstag (Feiertag): Kartoffelgrießsuppe, Schweinsgulasch mit Salat. — **Abends:** Petersiliengericht.

Freitag: Kohlrabensuppe, Ratsgrieß mit Parmelade. — **Abends:** Kohlraben mit Reis.

Samstag: Seldsuppe, Schwarzenbuden mit Sauerkraut. — **Abends:** Richtiges Gemüse mit Preßwurstaussage.

Schlehische Fleischsuppe. Man kocht Deuschel mit Essig, Salz, Pfeffer und Gewürz, bis es weich ist. Dann nimmt man es heraus, schneidet es klein, macht eine Gimmene, vermischt sie mit der Brühe, gibt die Innereien hinein und kocht das Ganze auf.

Holländisches Fleisch. Geschüttelte gelbe und rote Rüben werden weich gelotten. Darn macht man eine Gimmene, gibt das Gemüse hinein. Man legt auf die Schüssel in die Mitte ein Ratschen aus fälschierter Leberwurst und rundherum das Gemüse.

Schwarzenbuden. Weich gekochte Schwarzen und Brot werden würflich geschnitten. Man befeuchtet das Brot mit der Schwarzensuppe, mischt ein Ei, Salz, gehackte Petersilie dazu. Man formt Kugeln und kocht sie in Salz- wasser. Die Schwarzensuppe wird mit Wurzeln, Grünzeug und Pfefferkörnern aufgekocht, durchgeseigt und als Suppe verwendet.

25. IV. 1919

43

Die Bezahlung der Ententelebensmittel.

Einen wichtigen Teil der bevorstehenden Friedensverhandlungen werden die Verhandlungen über die Bezahlung der uns von der Entente gelieferten und noch zu liefernden Lebensmittel bilden. Der englische Delegierte Sir Francis Dyppeheimer, dem hierbei eine maßgebende Stimme zufallen dürfte, ist noch in Wien, um die hiesigen Verhältnisse zu studieren, doch erwartet er seine baldige Berufung nach Versailles, und diese wird das Signal zum Beginne der Finanzverhandlungen sein.

Der Kredit von 30 Millionen Dollar, den uns die Entente vor wenigen Monaten eingeräumt hat, ist durch die bisherigen Lieferungen schon überschritten, und wir dürften bis zur eigenen Ernte — die Versorgung im bisherigen Maße vorausgesetzt — noch um mehr als 400 Millionen Lire Lebensmittel von der Entente brauchen. Hierbei sind nicht eingerechnet die Lebensmittel, die wir von neutralen Staaten und besonders von Argentinien beziehen möchten, wenn wir die Mittel hierfür aufbringen, und die Hoffe.

Das untergewichtige Brot.

Amlich wird gemeldet: „In letzterer Zeit wurde wiederholt Klage darüber geführt, daß einzelne Brotslaibe nicht das vorgeschriebene Gewicht aufweisen. Uebereinstimmend wurde von allen Fachleuten erklärt, daß aus 920 Gramm zugegebenen Mehles ein Normallaihbrot erzeugt werden könne, der beim Verlassen des Backofens tatsächlich 1200 Gramm wiegt. Hierbei wurde aber auch hervorgehoben, daß das Brot schon während des Abkühlens und im Falle eines längeren Aufbewahrens an Gewicht verliert. Der eintretende Gewichtsverlust ist in den ersten sechs Stunden nach Verlassen des Backofens bis $2\frac{1}{2}$ Dekagramm und kann sich nach 24 Stunden nach dem Ausbacken bis zu sechs Dekagramm steigern. Die Feststellung, ob bei Herstellung der Brote tatsächlich die vorgeschriebene Menge Mehl verwendet worden ist, kann nur in den Betriebsstätten und Brotfabriken vorgenommen werden. Das Staatsamt für Volksernährung hat, um die Verbraucher gegen Uebervorteilung zu schützen, eine stichprobenweise Kontrolle angeordnet, die darin zu bestehen hat, daß seitens der in Betracht kommenden Organe die Betriebsstätten zu kontrollieren sind, ob die zugegebene Mehlmenge tatsächlich in dem vorgeschriebenen Ausmaße zur Verarbeitung gelangt.“

Demnach müssen es die Verbraucher geduldig hinnehmen, wenn ihnen Brot geliefert wird, welches — in ausgekühltem Zustande — statt 1260 nur 1200 Gramm oder selbst etwas weniger wiegt. Wie viel es eigentlich wiegen soll, bleibt nach der bevorstehenden amtlichen Aufklärung zweifelhaft.

25. / V. 1919

46

Hilfe für die Wiener Schüler

(Mitgeteilt)

Auf die dringende Bitte des Wiener Real-
schuldirektors Dr. N. Böhm hin, hat sich ein Ko-
mittee der Zürcher Mittelschullehrer gebildet, um
den Wiener Mittelschülern zu helfen.
Es gilt, für acht Wochen (Juli und August) 500
Erholungsbedürftigen Lebensmittel zu be-
schaffen. In allen schweizerischen Mittelschulen
soll gesammelt werden. Ueber 80,000 Franken
müssen zusammenkommen. Es eilt, und an alle
Kreise geht die Bitte, dieses Werk der schwei-
zerischen Mittelschüler und Mittelschülerinnen
zu unterstützen durch Einzahlung auf Postcheck
VIII/6633 (Schweizerische Hilfe für Wiener Mit-
telschüler. Vorsitzender Rektor Dr. Ernst Fied-
ler, Kantonschule Zürich) und durch Einse-
dung von Marksmarken.

25. /v. 1919

45 75

Der Dank der Wiener an die Stadt Zürich

ag. Zürich, 23. d. Der Verein für Geschichte der Stadt Wien hat dem Stadtpräsidenten von Zürich mitgeteilt, daß er mit Rücksicht auf den besondern Anteil Zürichs an der Hilfeleistung für Wien, beschlossen habe, die achtbändige Geschichte Wiens, ihre künftige Fortsetzung und das sie ergänzende Quellenwerk der Stadt Zürich zur Einverleibung in ihre Bibliothek zu überreichen. Wie die geschichtliche Tatsache des Schweizer Liebeswerkes von der Geschichte der Stadt Wien allezeit untrennbar bleiben werde, so soll der Dank der Wiener in ihren Geschichtswerken auch auf Schweizerboden immerdar fortleben. Der Stadtrat beschloß, die wertvolle Zuwendung, die an gelegentlich verdankt wurde, der Zentralbibliothek zu überweisen.

Unser tägliches Brot. Gegen den Preiswucher auf Märkten.

Weisungen des Bürgermeisters. — Aufträge der
Marktamtsebene. — Drohung mit dem
Brauer.

Die Marktamtsebene hat auf Weisung
des Bürgermeisters den nachfolgenden Auf-
trag an alle Marktamtsebenen gerichtet.
Seit Kriegsausbruch wurden seitens der Markt-
amtsebene bei den Wochenkonferenzen regel-
mäßig Aufträge erteilt, Preistreibern, Höchst-
preisüberschreitungen, Warenverschleppungen,
deutliches Aufschreiben der gesetzlichen Preise und
vergleichen auf den Märkten und in den Geschäf-
ten strengstens zu überwachen und jeden wahr-
genommenen Fall unverzüglich der Straf-
amtshandlung zuzuführen. In jüngster
Zeit mehrten sich in berechtigter Weise die Klagen
der Bevölkerung in diesem Belange. Es erscheint
daher dringend geboten, daß die Herren Ab-
teilungsleiter für eine ständige Überwachung
der Märkte und Markthallen, aber auch der
Lebensmittelgeschäfte in den Bezirken sorgen
und daß sie das hierzu zur Verfügung stehende
Beamtenpersonal entsprechend einteilen und
überwachen. Ein besonderes und scharfes Augen-
merk wird darauf zu richten sein, daß die für die
einzelnen Märkte, Markthallen und Geschäfte
angewiesenen Lebensmittelmengen nicht ver-
schleppt und zu Gleichhandelsprei-
sen nur an Bevorzugte abgegeben werden,
sondern daß diese Waren unter Aufsicht der
Marktorgane zu den gesetzlichen Preisen ausgelegt
und an die Bevölkerung unterschiedslos abge-
geben werden.

Auch haben die Marktamtorgane strenge
damit zu machen, daß auf den Kleinmärk-
ten nur an die unmittelbaren Verbraucher ab-
gegeben wird und daß schon eine Abgabe in
größeren Mengen an Personen, die nicht un-
mittelbare Verbraucher sind, hintangehalten
wird. Die Marktamtsebene wird die ein-
langenden Anzeigen alltäglich in ein Verzeichnis
bringen und Namen und Adresse sowie Art der
Übertretungen für die Zwecke der Verant-
wortung in der Tagespresse herstellen.
Durch ein gemeinsames und energisches Vor-
gehen der Marktamtorgane wird es dann mög-
lich sein, diese die breiten Schichten der Bevöl-
kerung tief schädigenden Bewucherungen hinten-
anzuhalten. Die Marktamtsebene wird sich
durch häufige Kontrollen von der Durchführung
dieser Maßnahmen überzeugen.

Durch einen gleichzeitigen Erlaß des Bür-
germeisters wurden die magistratischen Bezirks-
ämter angewiesen, die in ihren Wirkungskreis
fallenden diesbezüglichen Strafamtshandlungen
mit der erforderlichen Strenge und
Raschheit durchzuführen.

Unsere Ernährung.

Die Brotquote und die Entente-lieferungen. — Reduzierung der Schweinefleisch-quoten. — Der blühende Schleichhandel. — Kaisersemmel zu zwei Kronen. — Das kommende Hungermenü.

Mit dem gestrigen Tag hat der Wiederaufbau unserer Ernährung einen Schritt nach vornwärts gemacht. Pro Kopf wird in der Woche ein Viertel Laib Brot mehr verabreicht. Die Quote, die wir jetzt erhalten, ist dadurch noch nicht die seinerzeit gesetzlich normierte, aber eine weitergehende Verbesserung ist augenblicklich nicht möglich. Das Ernährungsamt hat diese Erhöhung als „vorläufig“ und von den Zuschüssen abhängig bezeichnet. Die Ernährungsstellen sind aber bemüht, die volle Brotquote, wie man uns versichert, so bald als möglich wiederherzustellen, d. h. die Wochenquote um einen weiteren Viertellai zu erhöhen. Die Entente-zuschüsse halten sich in den letzten Tagen in anerkennenswerter Höhe und lassen das Beste hoffen.

Schlechter steht es mit der Fleischquote. Die Zufuhr inländischen Fleisches ist geradezu auf dem Nullpunkt angelangt. In jeder Woche kann der turnusweise Rindfleischverkauf knapp für einen Buchstaben des Fleischhaueralphabetes aufrecht erhalten werden. In den letzten Wochen haben die Zuschüsse an amerikanischem, allerdings sehr teurem Schweinefleisch die Fleischversorgung etwas gebessert. Leider haben auch diese Zufuhren in der letzten Zeit wieder bedenklich abgenommen, sodass die Aufrechterhaltung der augenblicklichen Viertelliloquote schon für die nächste Verbrauchswoche in Frage gestellt ist. Das Ernährungsamt wartet noch die Einkünfte dieser Lage ab und hofft, daß eine Herabsetzung auf ein Achtellilo vermieden werden wird. Die allgemeine Fleischversorgung bleibt auf die amerikanischen Zuschüsse beschränkt, da an Zufuhren aus den Nachbarstaaten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Der Schleichhandel jedoch blüht. Während die Bevölkerung sich mit einem Viertellai gemischten Brotes zufrieden geben muß, bietet man in öffentlichen Lokalen die schönsten „Kaisersemmel“ und Salzstangerln feil; feiner Kuchen und allerhand Backwerk aus dem edelsten Edelmehl werden ganz offen in Cafés und auf den Straßen verkauft. Die Preise sind allerdings so hoch, daß sich diese Genüsse nur die kapitalstärkigen Kreise leisten können. Für eine Kaisersemmel verlangt man zwei, für ein kleines Salzstangerl eine Krone u. s. f. Auch Fleisch, das für die allgemeine Beteiligung gar nicht in Frage kommt, wird im Schleichhandel zu enormen Preisen abgegeben. Es gibt heute kein Gasthaus, das nicht die verschiedensten Fleischsorten bietet. Darum weigern sich die Gastwirte auch energisch gegen die Einführung eines Menüs. Es soll aber, wie es heißt, doch in der nächsten Zeit kommen, ob aber für die Bevölkerung daraus ein Vorteil erwächst, wird sich erst zeigen.

Die Milchnot.

Vorgestern tagte im Sitzungssaal des alten Rathhauses die diesjährige Vollversammlung der Niederösterreichischen Molkelei unter dem Vorsitz ihres Obmannes Staatssekretär Josef Stöckler. Es wurde festgestellt, daß die Milcheinlieferungen im Jahre 1918 gegen das Vorjahr wieder um 7½ Millionen Liter und gegen das Jahr 1913 um rund 22½ Millionen Liter zurückgegangen sind. Allgemein wurde der Empfindung Ausdruck gegeben, daß der Schleichhandel endlich beseitigt und auf das Schlachten der Melkkühe verzichtet werden muß, soll die Versorgung der Säuglinge und Schwerkranken mit Milch nicht gänzlich aufhören. Schließlich wurde von den anwesenden Vertretern der niederösterreichischen Milchgenossenschaften einstimmig beschlossen, an die Landesregierung das dringende Ersuchen zu stellen, sie möge alle verfügbaren Mittel anwenden, um den Schleichhandel und das Hamsterunwesen mit Milch einzudämmen.

Die Wiebner Bezirksvertretung für eine Verein-sachung des Kartensystems.

In den behördlichen Anordnungen betreffend die Abgabe von Lebensmitteln gegen Karten ist in letzter Zeit die Vorfalsgeheimheit geübt worden, die Abgabe der Waren an Karten zu binden, die mit den abzugebenden Artikeln in keinem Zusammenhang stehen. So wurde die Abgabe von Marmelade für Schwerarbeiter an Zeitkarten gebunden, Bohnen für Mindestmittelte wurden auf Grund der Fleischkarte abgegeben oder es wurde der Bezug mancher Artikel an die Vorweisung von Karten geknüpft, die nicht mehr im Besitze der Konsumenten sind. Umständlich wird auch die Abtrennung der einzelnen Abschnitte des Einkaufsscheines vorgeschrieben, indem die einzelnen Abschnitte nicht den Ziffern nach, sondern ganz wahllos durcheinander, zum Beispiel die Abschnitte 21, 6, 39, 17 oder ähnlich abgegeben werden müssen. Abgesehen davon, daß diese Manipulation infolge der Einteilung des Einkaufsscheines sehr umständlich und sowohl für die Kaufleute, als auch für die Käufer zeitraubend ist, wird durch die angeführte Reihenfolge der Abtrennung der einzelnen Abschnitte der Einkaufsschein arg mitgenommen, und er gleicht nach öfterem Gebrauche nur mehr einem zerstückelten Papier. Diese Nachteile des Lebensmittelskartensystems kamen in der Bezirksvertretung Wiebner zur Sprache und es wurde beschlossen, bei den in Betracht kommenden Stellen mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß diese Mißstände abge-schafft werden und die Bevölkerung nicht durch nicht begründete Vorschriften geplagt werde.

Die Approvisionierung.

Die Ueberwachung des Lebensmittelhandels in Wien.

Die Marktamtsdirektion hat folgenden Auftrag an die Marktamtsabteilungen gerichtet:

Es erscheint dringend geboten, daß die Herren Abteilungsleiter für eine ständige Ueberwachung der Märkte und Markthallen, aber auch der Lebensmittelgeschäfte in den Bezirken sorgen. Ein besonderes und scharfes Augenmerk wird darauf zu richten sein, daß die für die einzelnen Märkte, Markthallen und Geschäfte zugewiesenen Lebensmittelmengen nicht verschleppt und zu Schleichhandelspreisen nur an Bevorzugte abgegeben, sondern unter Aufsicht der Amtsansorgane zu den gesetzlichen Preisen ausgelegt und an die Bevölkerung unterschiedslos abgegeben werden.

Auch haben die Marktamtsorgane strenge darüber zu wachen, daß auf den Kleinmärkten nur an unmittelbare Verbraucher abgegeben und somit eine Abgabe in größeren Mengen an Personen, die nicht unmittelbare Verbraucher sind, hintangehalten werde. Die Marktamtsdirektion wird die einklangenden Anzeigen alltäglich in ein Verzeichnis bringen und Namen und Adresse sowie Art der Uebertretungen für die Zwecke der Verlautbarung in der Tagespresse herstellen. Die Marktamtsdirektion wird sich durch häufige Kontrollen von der Durchführung dieser Maßnahmen überzeugen.

Durch einen gleichzeitigen Erlaß des Bürgermeisters wurden die magistratischen Bezirksämter angewiesen, die in ihren Wirkungskreis fallenden diesbezüglichen Strafamtshandlungen mit der erforderlichen Strenge und Raschheit durchzuführen.

Einfuhr von amerikanischem Gefrierfleisch.

Seit einiger Zeit beschäftigen sich die hiesigen amtlichen Stellen mit Verhandlungen, welche Fleischbezüge aus Uebersee zum Gegenstande haben. Es handelt sich um Gefrierfleisch aus Argentinien, Nordamerika, ferner aus Brasilien, aus welchem Lande seit kurzem ebenfalls Offerten erstellt wurden. Die Preise sollen sich allerdings recht hoch stellen. Die Verladung würde auf den Kühlschiffen der Austro-Americana erfolgen.

Die Durchführung der Transporte hängt allerdings in letzter Linie von der Zustimmung der Entente ab. Es wäre nämlich, wie es heißt, wenn auch nicht wahrscheinlich, so doch immerhin möglich, daß die Entente das amerikanische Gefrierfleisch für ihre Länder reklamieren würde mit der Begründung, daß auch in Gebieten der Entente der Fleischbedarf, beziehungsweise seine volle Deckung auf den Bezug von Gefrierfleisch angewiesen sei. Es wird aber doch erwartet, daß die Westmächte in der Erkenntnis unserer ihnen vollends bekannten traurigen Ernährungsverhältnisse den deutschösterreichischen Fleischbezügen keine Hindernisse in den Weg legen werden, da wir der Lieferungen ungleich dringender bedürfen als irgendeines der andern Länder.

Der tägliche Mehleinlauf.

An Getreide und Mehl sind mit Ententesendungen in Deutschösterreich eingelangt: Am 24. Mai 2495 Tonnen, am 25. Mai 2877 Tonnen Mehl. Einlauf seit 1. Mai (25 Tage) zusammen 52,497 Tonnen Mehl.

Derzeitiger Tagesbedarf 1716 Tonnen Mehl. Erhöhung des Tagesbedarfes infolge Erhöhung der Brotquote sowie volle Einbeziehung von Tirol und Oberösterreich in die Versorgung. Vorarlberg wird bis auf weiteres von der Schweiz versorgt.

27./V. 1919

59. 27

Das Kinderhilfswert der Amerikaner. **Ausspeisung von über 30.000 unterernährten** **Kindern in den „Hungerbezirken“ Nieder-** **österreichs.**

Die bis in die kleinsten Gemeinden reichende Organisation der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft wird die Durchführung der Verteilung der amerikanischen Lebensmittel in Niederösterreich (Wien ausgenommen), und zwar im Rahmen des großen „Deutsch-österreichischen Jugendhilfswerkes“ übernehmen. In Betracht kommen hierbei folgende Industriebezirke und Kleinstädte in Niederösterreich die wahre „Hungerbezirke“ sind: Piesing, Miedling, Baden, Neunkirchen, Wiener-Neustadt, Gloggnitz, dann die Industriezentren an der Traisen, St. Pölten, Wilhelmsburg, Lilienfeld, benachbart das Gaimfelder Revier, dazugehörig auch Herzogenburg; Bottenstein nicht zu vergessen, Moll, Böchlarn, Ybbs, Amstetten, Waldbach an der Ybbs; im Waldviertel Gmünd einschließlich Litschau, Heidenreichstein, Schrems; ferner die Bezirke Kornenburg, Stoderau, Klosterneuburg, Burkersdorf, Neulengbach, Schwechat, dazu noch Brud an der Leitha und Hainburg, das Städtchen der Tabakfabrikarbeiter, Ebreichsdorf, Woltersdorf, Aspang. Es handelt sich in diesen Gebieten Niederösterreichs um nicht weniger als 245 Schulen und 30.000 Kinder.

In Niederösterreich ist gewiß mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen, als in Wien. Mit Rücksicht auf die erheblichen Entfernungen der einzelnen Orte müssen über 100 Ausspeisestellen

in Betrieb gesetzt werden, und das niederösterreichische Landesjugendamt (Wien, 18. Bezirk, Erdt-gasse Nr. 27) hat seine ganze Organisation der 70 Bezirks-Berufsvormundschaften aufgeboten, um gleichzeitig mit der Erholungsfürsorgeaktion „Kinder aufs Land“ die amerikanische Hilfsaktion verwirklichen zu können. Diejenigen Kinder, die nicht in dem Grade unterernährt sind, daß sie aufs Land gebracht werden müssen, jedoch der Auffütterung bedürfen, werden nach ärztlicher Untersuchung in die sieben Klassen der Unterernährung eingeteilt. Die am schlechtesten daran sind, sollen mit Hilfe der amerikanischen Lebensmittel den unmittelbar drohenden Gefahren entrückt werden. Ein und dasselbe Kind darf nicht an der Verköstigung teilnehmen und auch die Wohltat des Landaufenthaltes genießen.

Der Plan der Verteilung der Lebensmittel für Niederösterreich ist folgender: Für die Beteiligung der Säuglinge und stillenden Mütter werden die über 100 Mutterberatungsstellen des niederösterreichischen Landesjugendamtes (Landesberufsvormundschaft) herangezogen. Die Ausspeisung der kleinen und schulpflichtigen Kinder wird in den zahlreichen Ausspeisestellen, in den Landeskindergärten, Sorten, Kriegsküchen und sonstigen Hilfseinrichtungen der offenen Jugendfürsorge erfolgen, die mit dem Landesjugendamt in ständiger Verbindung stehen. Diese Verköstigungsstellen können, wenn auch nur in beschränktem Maße, den Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren geöffnet werden. Die in den Landesanstalten untergebrachten Kinder werden selbstverständlich unmittelbar beliefert werden.

Die Anmeldebefehle werden durch die Schulen, Kindergärten oder direkt den Eltern zugestellt. Der Organisationsplan für Niederösterreich rechnet auf einen ganz geringfügigen Beitrag der Eltern zu den Regiekosten in der Höhe von drei Kronen pro Woche, dessen Bezahlung im Falle gänzlicher Armut nachgesehen wird. Die Kinder werden Ausspeisekarten mit Wochenblock erhalten; diese Karten werden eben fertiggestellt. Auch die übrigen Vorarbeiten sollen rasch durchgeführt werden.

Präsident Seiz in den Ausspeisestellen.

Präsident Seiz besichtigte gestern die im Augartenschloße untergebrachte Kriegsküche der Gemeinde Wien, die gestern zum erstenmal mit amerikanischen Lebensmitteln versehen wurde. Hierauf begab sich der Präsident in die in der Fleischmannsgasse im 4. Bezirke installierte, und von hier in die im 18. Bezirke, Währingergürtel Nr. 104 gelegene Kriegsküche.

In den nächsten Tagen werden sowohl in Wien als auch auf dem flachen Lande in Niederösterreich neue vom deutsch-österreichischen Jugendhilfswerke errichtete Ausspeisestellen eröffnet werden. In Niederösterreich soll als erste Küche die in Klosterneuburg der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

28. IV. 1919

5A

Lebensmittelfkarten für vorübergehenden Aufenthalt.

Die Lebensmittelfkarten für Militäranfänger werden nur mehr bis Ende Mai 1919 ausgegeben. Mit 1. Juni treten an deren Stelle die neu aufgelegten Lebensmittelfkarten für vorübergehenden Aufenthalt. Diese neuen Karten werden in roter Farbe für 7 Tage und in blauer Farbe für 3 Tage an alle Zivil- und Militärpersonen, die nur vorübergehend in Wien zum Aufenthalte sind oder sich auf der Durchreise befinden und nicht in einem Hotel oder einem Gasthause wohnen, bei den Brotkommissionen zur Ausgabe gelangen.

29. IV. 1919

52

Die Approvisionierung. Das Ernährungsamt über die Einfuhr- beschränkungen.

Aus dem Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt:

Dem Staatsamte für Volksernährung und den ihm angegliederten offiziellen Einkaufsorganisationen wird in letzter Zeit wiederholt der Vorwurf gemacht, daß nicht auf alle Lebensmittelofferte eingegangen und nicht jeder Preis bezahlt wird, der in diesen Offerten gefordert wird. Hierbei wird immer das Argument ins Treffen geführt, „daß es angesichts der Lebensmittelpnot keinen Sinn habe, auf bestimmten Preisgrenzen zu bestehen, sondern daß es sich darum handelt, zu jedem Preise Ware hereinzubekommen“.

Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß bei diesen Offerten oft die unerhörtesten Zwischengewinne beabsichtigt sind und daß die Annahme jeder Offerte zu jedem Preise zu immer stärkeren Preiserhöhungen und Belastungen des Konsums führen muß, ganz abgesehen von den finanziellen Lasten, welche hiedurch dem Staate erwachsen. Für die Beurteilung der Verhältnisse, wie sie tatsächlich liegen, ist ein Bericht kennzeichnend, der in den letzten Tagen von dem Käufer

einer dem Staatsamte für Volksernährung unterstehenden amtlichen Einkaufsorganisation aus Triest eingelaufen ist.

In diesem Berichte heißt es: „Die Situation hier (in Triest) ist lange nicht so, wie man sich dies in Wien vorstellt. Während Wien offenbar mit Offerten von Waren ab Triest überflutet wird, ist hier wenig Ware vorhanden, und auf das wenige stürzen sich so viele Vermittler und Zwischengewinner, daß ein Geschäft zu annehmbaren Preisen gänzlich unmöglich gemacht wird. Angesichts dieser Situation ist es nur schädlich, wenn alle möglichen Stellen und Private die Bewilligung erhalten, für eigene Rechnung hier Käufe vorzunehmen, und ununterbrochen hier neue Vermittler und Agenten einzuwerfen. Während es sehr zweifelhaft ist, was diese Einkäufer hier einkaufen wollen, scheint nur der Umstand unzweifelhaft zu sein, daß durch die vermehrte Nachfrage das wenige, was noch hier vorhanden ist, nur zu unerschwinglichen Preisen nach Wien kommen wird. Die Preisdifferenzen, die zwischen dem tatsächlichen Werte und den Preisangeboten hiesiger Käufer bestehen, sind oft enorm. Während zum Beispiel von dem Vertreter der amtlichen Uebernahmestelle Corned Beef zu 23 K. pro Kilogramm eingelaufen wird, bezahlen die privaten Einkäufer ohneweiters 33 K. für dieselbe Qualität.“

Alle diese einzelnen Käufe hätten sicherlich wenig Bedeutung für Deutschösterreich, wenn der Markt, der zur Verfügung steht, nicht so eingeschränkt wäre. Ein Abschluß jedoch zu höheren Preisen auf einem beschränkten Markte treibt für alle andern Käufe die Preise in die Höhe, und es ist unmöglich, eine halbwegs für die Bevölkerung erträgliche Preisbasis zu erzielen, wenn diesem Unfug nicht in der energigefestesten Weise entgegengetreten wird.

Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte.

Der Bürgermeister hat an sämtliche Marktamtsabteilungen eine Verfügung erlassen, nach welcher die Marktamtsorgane angewiesen werden, die Inhaber von Lebensmittelgeschäften sofort zur gesetzlichen Preisanzeige aller Waren zu verhalten. In jenen Fällen, in welchen eine solche Preisanzeige trotz Aufforderung unterlassen oder der angegebene Preis als zu hoch befunden wird, ist sofort die Amtshandlung einzuleiten.

Die Abgabe von Kalbfleisch.

Nach einem Beschlusse des Verwaltungsausschusses der Amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch wird der Wiener Magistrat die Kalbfleischabgabe in ähnlicher Weise wie die Abgabe von inländischem Schweinefleisch regeln. Die Vorschriften der bezüglichen Kundmachung, die Ende dieser Woche erscheinen dürfte, wird mit der am 5. Juni beginnenden Wiener Fleischverteilungswoche in Wirksamkeit treten.

Die Kleinverkaufspreise für Kalbfleisch wurden seitens der Amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch vorläufig wie folgt festgesetzt: Vorderes K. 20.— pro Kilogramm, Hinteres K. 24.— pro Kilogramm, ausgelöste Schulter K. 26.50 pro Kilogramm, Schnitzfleisch K. 22.50 pro Kilogramm, Henschel K. 12.— pro Kilogramm, Leber K. 16.— pro Kilogramm, Kopf mit Hirn und Zunge K. 8.— pro Kilogramm, Hirn K. 24.— pro Kilogramm, Zunge K. 16.— pro Kilogramm, Kopf und Füße K. 6.— pro Kilogramm. Die Notwendigkeit der Bestimmung dieser relativ hohen Preise ergab sich aus der Erhöhung der den Landwirten für Kälber gezahlten Preise von K. 2.80 bis K. 3.20 pro Kilogramm lebend auf K. 9.— pro Kilogramm lebend.

Bei den essenden Kindern.

Besuch der amerikanischen Kinderauspeisung.

Draußen im Industrieviertel der Brigittenau vor den Baracken. Ringsherum in der Forsthausgasse regt sich schaffende Arbeit. Der Boden ist aufgerissen, das Erdbreich in Bewegung, das Bauholz in Verwendung. Ein paar Halbinvalide legen die Hände an und einer humpelt mit dem Ende des langen Holzstückes dem Kameraden vorn nach; der zu rüdig für den Halbsiechen dahinschreitet. Das Bein des Soldaten wird niemals mehr seine Form und Bewegungsfreiheit erhalten; ein Krüppel wird der Mann bleiben und es wird ihm auf Schritt und Tritt sein Leben lang die traurige Tatsache vor Augen bleiben. Einer von den vielen, die fremde Schuld schwer büßen.

Die Kinder strömen von allen Seiten herbei. Eine große Tafel mit der Aufschrift „Amerikanische Hilfsaktion“ hängt oberhalb der Eingangstür, die weist die Richtung und kündigt die Stätte des Wohlfahrtswerkes. Neben der Klinkle ist ein Zettel befestigt, der besagt: „Paarweise anstellen!“ Disziplin steckt in diesen Bubben und Mädels, sie reihen sich an und lassen den Hals lang werden. Vom Innern des Gebäudes riecht es so gut heraus, so verlockend, so unwiderstehlich für hungrige Kinder. Und diese Schar wird rasch eingelassen, muß nur ganz kurze Zeit harren, bis der Trupp sich geordnet hat.

Der Weg führt durch die weiträumige Küche. An riesigen Kochtöpfen geht es vorbei. Die werden neugierig und erwartungsvoll beguckt. Und die Lust in diesem Raume ist noch viel stärker von Speisengeruch erfüllt. Jetzt drängen sie schon zum Nachbarraum, und im Ru sind die langen Bänke des Speisesaals von der Schar besetzt. Doch kein lauter Ton, keine Fröhlichkeit, kein jugendlicher Uebermut! Nur Hunger, immer Hunger, der so folgsam und gefügig, still und ruhig werden läßt. Arme Kinder! Die Zehnjährigen unter euch haben fast die Hälfte ihres Erdenbaiseins in jammervoller Kriegsnot verbraucht, die noch nicht Schulpflichtigen fast die Gänge dieses Lebens in einem Tal der Tränen. Welche sind die Zehnjährigen? Der kleine Bub da? Nun wie alt ist der Dreiklässer, ein WC-Schüler vielleicht? O nein! 8½ Jahre zählt das Kind mit den bleichen Wangen. Seit drei Jahren wird der magere Körper nur sehr wenig gewachsen sein. Und nicht nur diese drei Duzend Monate sind unwiederbringlich dahin, es drohen schwere Gefahren für die Zukunft, die Folgen der permanenten Unterernährung.

Das Mädel, das nun mit ihren klappernden Holzschuhen zum Kochtopf herantritt und ihre Portion holt, ist nicht im geringsten schüchtern. Es tritt sich gut, daß just in der Tür die breite, hochgewachsene Gestalt des amerikanischen Generalkommissärs für Wien Dr. A. G. Geist erscheint. So wird die kleine Hilba, Tochter eines Schlossers, mit dem Vertreter der amerikanischen Kinderhilfsaktion bekannt. Die Szene gestaltet sich recht lebhaft. Die kleine Wienerin erzählt, daß sie so gutes Brot schon sehr lange nicht gegessen habe. Aber Reis mit Spinat auch schon sehr lange nicht. „Ja, das weiße Brot, das beguthten sie alle mit leuchtenden Augen, das schlugen sie hinab.“ Jetzt die „Rem-Dame“ hinzu, eine der auf der Professor Pirquet'schen Kinderklinil ausgebildeten, nach dem Nahrungs (inheit) M (ilch) System Pirquets, das der Zubereitung einer Mahlzeit den Nährwert eines Liters Milch zugrunde legt, geschulten weiblichen Hilfskräfte. Die Amerikaner, in deren Lande Professor Pirquet wirkte, haben selbst die Mitwirkung dieser unserer Kinderklinil an ihrer Auspeisungsaktion in Deutschböhmen verlangt. So vollzieht sich die Kinderverköstigung nach wissenschaftlichen Grundsätzen. Ob Reis und Spinat oder Nudelsuppe oder Bohnen und Erbsen — immer wieder wird die Gesamtmenge der genossenen Speisen den Nährwert eines Liters normaler Milch aufweisen. Die Schmachhaftigkeit ist nach der Theorie Pirquets sekundär, die Reihenfolge der Speisen nicht weniger. Worauf es ankommt, das ist der Nährwert der Einzelportion, deren vorgeschriebene Gesamtsumme von pounds so viel „Rem“, die jenem eines Liters Milch gleichkommt, die Köchin aufbringen muß. Trotzdem haben die Kinder schon lange nicht so schmackhafte und abwechslungsreiche Nahrung gehabt. Da der Kinderauspeisung durch das deutsch-österreichische Jugendhilfswerk nicht bloß Weizenmehl, sondern

auch Reis, Kondensmilch, Kakao, Fett aus den amerikanischen Vorräten zur Verfügung stehen, wird die Komposition eines Rem-Mahles nicht ein Zauberstück sein. In der Klinil Pirquet gab es im heurigen Winter drei fettlose Wochen nacheinander, im Jänner und Februar fehlten Kartoffeln und Fleischwaren. Die „Rem-Dame“ lacht: „Ja wenn man aus dem Vollen schöpfen kann!“ Besorgt um ihre kleinen Schützlinge in der Baracke, fragt sie den Amerikaner, wie lange dieses Wohlfahrtswerk währen würde. Dr. Geist, der sich auffallend rasch die Kenntnis der deutschen Sprache angeeignet hat, stellt eine Dauer von drei Monaten in Aussicht und verspricht der kleinen Hilba auch Fleisch. Da strahlen die Augen des Mädchens. Jemand in der Gruppe variiert die Geschichte vom Onkel aus Amerika... Die Kleine wird zutraulich und zum Abschied sagt sie resolut ein lautes „Danke schön!“ Spontan, ohne kriecherisches, angelerntes Handküssen, wie es die Protokollen von einst bei jeder Bescherung erwarteten und gnädig-herablassend entgegennahmen...

Im Zeichen der Kinderliebe, des Erbarmens mit den Unschuldigen, reichen sich Nationen der Erde, die sich nie feindselig gegenüberstehen wollten, die Hände. Die Mächtigen unter den zum gigantischen Kampf aufgerufenen Völkern treten mit reichen Gaben auf den Plan. Sie haben unmittelbar an die Einstellung der Feindseligkeiten, noch im Stadium der Friedensverhandlungen, eine hochherzige Aktion geknüpft, die in uns allen ein gleiches, inniges Gefühl der Dankbarkeit hervorruft. Restlos erfüllt uns das Empfinden und Verständnis für die edle Aktion. Kein schmerzliches Erinnern und Gedenken an all den Jammer der Vergangenheit, da die Morgenröte einer besseren Zeit. Mögen die Kinder dieser schöneren Zukunft sich erfreuen, einer Zeit der Versöhnung und Milde, an deren Eingang sich die Amerikaner mit diesem Akte der Barmherzigkeit stellen.

Die ersten Frachten aus Amerika.

Ununterbrochen langen die von Triest abgefertigten amerikanischen Lebensmittelfrachten in Wien ein. Der Situationsbericht vom heutigen Tage (28. d.) lautet: Eingelangt sind für Wien in: St. Marx 7939 Kilogramm Fett und 13.496 Kilogramm Speck, im Lagerhaus der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft 69.727 Kilogramm Mehl, im Lagerhaus der Stadt Wien 39.165 Kilogramm Kakao, 63.265 Kilogramm Kondensmilch, 12.440 Kilogramm Bohnen, im Nordbahnmagazin 70.000 Kilogramm Zucker. Auf den Transport von Triest nach Wien sind ferner neun Waggon Mehl, ein Waggon Reis, ein Waggon Erbsen und Bohnen. Am heutigen Tage stehen für die Zubereitung der Speisen bereits 18 Waggon Rohle in Wien zur Verfügung.

In Graz vollzieht sich die Ausschleibung des Bedarfes für Steiermark und Kärnten. Es sind am heutigen Tage in der steirischen Hauptstadt eingelagert: 78.000 Kilogramm Mehl, 16.000 Kilogramm Speck, 23.000 Kilogramm Kakao und 71.000 Kilogramm Kondensmilch. Je ein Waggon Mehl und Kondensmilch für diese beiden Alpenländer sind im Anrollen.

Es werden nicht Nahrungsmittel, sondern nur Mahlzeiten verabsolgt, und zwar an Säuglinge, Kinder bis zum schulpflichtigen Alter, Schulkinder und Jugendliche bis zu achtzehn Jahren. Die stillenden Mütter erhalten eine Verköstigung, Kinder bis zu sechs Jahren kommen mit der Mutter zur Auspeisung, die nach der Sättigung ihres Kindes den Rest der Portion zu sich nehmen kann. Schulkinder finden sich ohne Begleitpersonen ein. Die Beteiligung der Jugendlichen erfolgt in besonderen Speisestellen. Die Nahrungsmittel dürfen nicht zur Verköstigung Erwachsener, auch nicht der Angestellten der Auspeisungsbetriebe in Anspruch genommen werden.

Nach dem wiederholt ausgesprochenen Wunsch der Amerikaner sind die Mahlzeiten an sich u n e n t g e l l i c h zu verabsolgen. Doch werden sich gewiß viele Eltern bereit erklären, für die Herstellung der Kost, für den Einkauf von Rohle, Zutaten, Gewürze u. s. w. einen Beitrag zu leisten, der örtlich vereinbart werden soll. In Wien wurde dieser Regiebeitrag mit dreißig Heller für eine Mahlzeit bestimmt, doch ist, dem Charakter des Liebeswerkes entsprechend festgesetzt worden, daß Unbemittelte das Recht der Befreiung von diesem Beitrag genießen.

Der freihändige Lebensmitteleinkauf.**Eine amtliche Darstellung.**

Aus dem Volksernährungsamt wird uns mitgeteilt: Dem Volksernährungsamt und den ihm angegliederten offiziellen Einkaufsorganisationen wird in letzter Zeit wiederholt der Vorwurf gemacht, daß nicht auf alle Lebensmittelofferte eingegangen und nicht jeder Preis bezahlt wird, der in diesen Offerten gefordert wird. Hierbei wird immer das Argument ins Treffen geführt, „daß es angesichts der Lebensmittelnot keinen Sinn habe, auf bestimmten Preisgrenzen zu bestehen, sondern daß es sich darum handelt, zu jedem Preise Ware hereinzubekommen. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß bei diesen Offerten oft die unerhörtesten Zwischengewinne beabsichtigt sind und daß die Annahme „jedes Offertes zu jedem Preise“ zu immer stärkeren Preiserhöhungen und Belastungen des Konsums führen muß, ganz abgesehen von den finanziellen Lasten, welche hiedurch dem Staate erwachsen. Für die Beurteilung der Verhältnisse, wie sie tatsächlich liegen, ist ein Bericht kennzeichnend, der in den letzten Tagen von dem Käufer einer dem Staatsamte für Volksernährung unterstehenden amtlichen Einkaufsorganisation aus Triest eingelaufen ist. In diesem Berichte heißt es: Die Lage hier (in Triest) ist lange nicht so, wie man sich dies in Wien vorstellt. Während Wien offenbar mit Offerten von Waren ab Triest überflutet wird, ist hier wenig Ware vorhanden und auf das Wenige stürzen sich so viele Vermittler und Zwischengewinner, daß ein Geschäft zu annehmbaren Preisen gänzlich unmöglich gemacht wird. Angesichts dieser Situation ist es nur schädlich, wenn alle möglichen Stellen und Private die Bewilligung erhalten, für eigene Rechnung hier Käufe vorzunehmen und ununterbrochen hier neue Vermittler und Agenten eintreffen. Während es sehr zweifelhaft ist, was diese Einkäufer hier einkaufen wollen, scheint nur der Umstand anzweifelhaft zu sein, daß durch die vermehrte Nachfrage, das Wenige, was noch hier vorhanden ist, nur zu unerschwinglichen Preisen nach Wien kommen wird. Die Differenzen, die zwischen dem tatsächlichen Werte und dem im privaten Verkehr bezahlten Preis bestehen, sind oft enorme. Während zum Beispiel von dem Vertreter der amtlichen Uebernahmestelle Corned beef zu Kronen 23.— per Kilogramm eingekauft wird, bezahlen die privaten Einkäufer ohne weiteres Kronen 33.— für dieselbe Qualität. Alle diese einzelnen Käufe hätten sicherlich nicht die Bedeutung für Deutschösterreich, wenn der Markt, der zur Verfügung steht, nicht so eingeschränkt wäre. Ein Abschluß jedoch zu höheren Preisen auf einem beschränkten Markte treibt für die andern Käufer die Preise in die Höhe und es ist unmöglich, eine halbwegs für die Bevölkerung erträgliche Preisbasis zu erzielen, wenn diesem Unfug nicht in der energischsten Weise entgegen getreten wird.“

31. IV. 1919

55

Lebensmittelverkehr.

Strenge Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln.

Die Marktamtsdirektion hat über eine Weisung des Bürgermeisters den nachfolgenden Auftrag an alle Marktamtsabteilungen gerichtet:

Seit Kriegsausbruch wurden seitens der Marktamtsdirektion bei den Wochenkonferenzen regelmäßig Aufträge erteilt, Preistreiberien, Höchstpreisüberschreitungen, Warenverschleppungen, deutliches Anschreiben der gesetzlichen Preise u. dgl. auf den Märkten und in den Geschäften strengstens zu überwachen und jeden wahrgenommenen Fall unverweilt der Strafamtshandlung zuzuführen.

In jüngster Zeit mehren sich in berechtigter Weise die Klagen der Bevölkerung in diesem Belange. Es erscheint daher dringend geboten, daß die Herren Abteilungsleiter für eine ständige Ueberwachung der Märkte und Markthallen, aber auch der Lebensmittelgeschäfte in den Bezirken sorgen, und daß sie das hierzu zur Verfügung stehende Beamtenpersonale entsprechend einteilen und überwachen.

Ein besonderes und scharfes Augenmerk wird darauf zu richten sein, daß die für die einzelnen Märkte, Markthallen und Geschäfte zugewiesenen Lebensmittelmengen nicht verschleppt und zu Schleichhandelspreisen nur an Bevorzugte abgegeben werden, sondern daß diese Waren unter Aufsicht der Amtsongane zu den gesetzlichen Preisen ausgelegt und an die Bevölkerung

unterschiedslos abgegeben werden. Auch haben die Marktamtsonane strenge darüber zu wachen, daß auf den Kleinmärkten nur an unmittelbare Verbraucher abgegeben wird, und daß sohin eine Abgabe in größeren Mengen an Personen, die nicht unmittelbare Verbraucher sind, hintangehalten wird.

Die Marktamtsdirektion wird die einlangenden Anzeigen alltäglich in ein Verzeichnis bringen und Name und Adresse, sowie Art der Uebertretung für die Zwecke der Verlautbarung in der Tagespresse herstellen.

Durch ein gemeinsames und energisches Vorgehen der Marktamtsonane wird es dann möglich sein, diese die breiten Schichten der Bevölkerung tief schädigenden Bewucherungen hintanzuhalten. Die Marktamtsdirektion wird sich durch häufige Kontrollen von der Durchführung dieser Maßnahmen überzeugen.

Ferner wurde über Auftrag des Bürgermeisters an sämtliche Marktamtsabteilungen Wiens die nachstehende Dienstesverfügung erlassen:

Da vielfach beobachtet wird, daß Lebensmittel in Auslagen der Lebensmittelhändler in Ladengeschäften, ganz besonders in Delikatessenhandlungen, Feinkostgeschäften, Spezialgeschäften für Fleisch, Wurstwaren, Konserven u. dgl. nicht immer mit den Verkaufspreisen versehen sind, ergeht der Auftrag, diese Betriebsunternehmer sofort zur gesetzlichen Preisanschreibung aller Waren zu verhalten.

In jenen Fällen, in welchen eine solche Preisanschreibung trotz Aufforderung unterlassen oder der angeschriebene Preis als zu hoch befunden wird, ist sofort mit der Amtshandlung vorzugehen.

31. IV. 1919

56

Die amerikanische Kinderfürsorgeaktion. Veranziehung der Horte, Tagesheimstätten und Waisenhäuser.

In Erweiterung der amerikanischen Hilfsaktion in Wien sollen nunmehr auch jene Vereine, Organisationen und Körperschaften, die sich mit Jugendfürsorge in halboffenen und geschlossenen Einrichtungen wie Horten, Tagesheimstätten, Waisenhäusern, Pflegeanstalten usw. befassen und über sanitär vollkommen einwandfrei geführte Betriebsstätten verfügen, zur Durchführung der Ausspeiseaktion herangezogen werden. Die Anmeldung der vorgenannten Körperschaften, Vereine und Organisationen zur Teilnahme an der amerikanischen Ausspeiseaktion hat durch eigene Anmeldeformulare zu geschehen, die ihnen durch die Hauptstelle des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge zugesendet wurden. Diejenigen Körperschaften, die sich mit ihren Einrichtungen an der Ausspeiseaktion zu beteiligen wünschen, haben für jede einzelne Betriebsstelle mit einem besonderen Blatte schriftlich die Anmeldung zu besorgen. Die amerikanische Lebensmittellkommission steht unbedingt auf dem Standpunkte, daß durch die Bereitstellung der unentgeltlichen Lebensmittel unter keinen Umständen eine Entlastung der Organisationen und eine Einschränkung ihres bisherigen Aufwandes für die Bepfeisungen ihrer Schützlinge eintreten darf. Die nach Prüfung der Anmeldungen allenfalls erfolgten Zuweisungen von Lebensmitteln müssen ein Mehr gegenüber dem bisherigen sein. Die Prüfungen der angemeldeten Betriebe erfolgt durch eine gemischte Kommission, die aus sachmännischen Beamten (Arzt, Fürsorger, Wirtschaftsbeamten) des Jugendamtes des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge und der amerikanischen Lebensmittellkommission besteht. In den halboffenen Einrichtungen sollen nach dem dermaligen Plane 30.000 Kinder, in den geschlossenen 10.000 Kinder durch Ergänzungen ihrer bisherigen Kost erfasst werden. Die Ergänzungen werden sich selbstverständlich sehr verschieden gestalten und den einzelnen Betrieben anzupassen sein.

Der Dank der Stadt Wien an die amerikanische Mission.

Dem Gange der Zeit entsprechend, wird eine feierliche Eröffnung der ersten Ausspeisungsstellen des deutschösterreichischen Jugendhilfswerkes nicht stattfinden. Doch ist für Montag, den 2. Juni ein offizieller Akt angesetzt, der den Vertretern der Regierung und Wiener Stadtverwaltung den willkommenen Anlaß bieten wird, der amerikanischen Mission den gebührenden Dank abzustatten. Die Herren der amerikanischen Kinderhilfsaktion werden sich an diesem Tag um halb 12 Uhr vormittags im Augarten einfinden und einer Verköstigung der Wiener Kinder beiwohnen. Das Präsidium des deutschösterreichischen Jugendhilfswerkes, an dessen Spitze Präsident Seitz steht, der sich eifrigst um die rasche Durchführung der Organisation bemüht, hat alle offiziellen Stellen der Staatsämter, der Landesregierung, Gemeindeverwaltung und die Vorstehungen charitativ tätiger Vereine für diese Stunde in das Augartenschloß (Eingang gegenüber der Malzgasse) geladen.

Kinderauspeisung im Augarten- schloß.

Arme Kinder sitzen auf den langen Bänken, die Menageschale vor sich, die des Vaters vierjährige treueste Gefährtin war. Oder sie essen aus Kasserollen, von Blechtellern, die sie mitgebracht haben.

Fallen Speisereize auf den Boden, wird die Unterhaltung ein bißchen laut — was tut es? Kein Papst ist mehr im Nebenzimmer. Seit jenem Montag, an dem Pius VI. hier saß, sind hundertfünfzig Jahre vergangen und kein Papst hat seither Rom verlassen. Allerdings hatte auch kein Habsburger mehr etwas Toleranzgeduldsähnliches verübt.

Das Spinett Kaiser Josefs steht noch da. Wer kein Mozart spielt mehr darauf, und kein Liszt und kein Wagner unternehmen mehr den Versuch, dem Instrument harmonische Klänge zu entlocken.

Statt der verbündeten Monarchen, die zur Zeit des Wiener Kongresses sich hier erlustigten, dürfen jetzt nur Kinder eintreten, mit der Menagelatte in der Hand. Dreihundert Leopoldstädter Kinder werden hier durch das deutschösterreichische Hilfswerk mit amerikanischen Lebensmitteln beteuert. Die amerikanischen Lebensmittelungen treffen über Trieste täglich in Wien ein.

Um vierundzwanzig Millionen Kronen Lebensmittel (Weizenmehl, Kondensmilch, Bohnen, Erbsen, Kaffee, Reis, Fett, Büchsenfleisch) sind von den Amerikanern bereits geschenkt und teils in dem Lagerhaus deponiert worden, teils sind sie noch unterwegs. Nahrungsmittel um 12 Millionen Kronen sind aus Amerika gegen Bezahlung offeriert worden, doch ist die Kompetenzfrage (welches Amt zur Bestellung und Bezahlung kompetent ist) bei uns natürlich noch nicht erledigt. Die Stadtgemeinde hat bereits beschlossen, für einen großen Teil der Bestellung aufzukommen.

Kompetenzfragen! Im Schönbrunner Schloß ist auch eine solche Auspeisestelle der amerikanischen Kinderhilfsaktion. Und eine schöne Küche, eine der herrlichsten Küchen der Welt ist darin. Aber vorläufig wird die Schönbrunner Auspeisung vom Kriegsspital Weidling besorgt, weil die Hofküche freileben. Sie lehnen es ab, für die Kinder zu kochen, da sie dazu nicht berufen seien. Verhandlungen sind im Gange.

Im Kaiser Josefs-Stadl ist keine so herrliche Küche wie in Schönbrunn, aber sie wird schnell instand gesetzt sein. Einstweilen werden von der Zita-Kriegsküche in der Brigittenauer Forsthausgasse, das selbst 800 Kinder beteuert, die Mittagmähler für die Augartenstelle in Kesseln gesandt und unter Leitung einer Oberkindergärtnerin und ihres Personals an die dreihundert Kinder ausgegeben. Vom ersten Juni an wird in allen sechs Küchen die Zahl der zur Auspeisung zugelassenen Kinder etwa um das Doppelte erhöht.

Die Zubereitung und Abgabe erfolgt in mustergültiger Organisation nach dem Birquettschen Kinderernährungssystem. Jede Mahlzeit muß den Nährwert eines Liters Milch enthalten, zehn Hektogram („Rom“ ist eine Zusammensetzung der Anfangsbuchstaben von: „Nahrungsmittel-Einheit Milch“). Gestern haben die Kinder 3. B. 2 Hektogram Suppe, 4 1/2 Hm. Reis mit Milch, 1 1/2 Hm. Birnen oder Kompott und Emmentaler Käse (eine Schweizer Liebesgabe) und 2 Hm. Brot, festes Brot aus amerikanischem Weizenmehl erhalten.

Die Auspeisungsstelle im Augarten ist keineswegs die größte von allen. Aber sie liegt an der schönsten Stelle, einem historischen Ort. Deshalb mag es sein, daß die am Montag den 2. Juni um halb zwölf Uhr stattfindende Besichtigung durch die ameri-

kanische Mission und die Staatswürdenträger gerade in dieser Stelle stattfindet. Hier ist ein würdiger Rahmen für das edle Werk, und die Amerikaner werden ihren opferfreudigen Landsleuten in Wort, Bild und Film von der Aufnahme wirkungsvoll berichten können, die die Gaben bei armen Wiener Kindern fanden.

Hier beim Kaiser Josefs-Stadl ist der abgeschlossene Teil des Augartens und der verschwenderischste, schönste Teil des Parks. Uns haben sich in den letzten Tagen viele dendrologische Kleinodien erschlossen, aber keines wie dieses. Kein Garten könnte mit dieser bisher geheim gebliebenen Landschaft wetteifern.

Nur schade, daß die armen Kinder mit der Schnelligkeit der Hungrigen aus der Schule hierherjagen und dann wieder — ebenso rasch — in ihr Leopoldstädter Zuhause. Einige Rom unsagbarsten ästhetischen Genuß an den farbenglühenden Büschen und Beeten und Bäumen, einige Rom der Blütenstürmen Lust — sie könnten ihnen nicht schaden.

J. Sch.

In Erweiterung der amerikanischen Hilfsaktion in Wien sollen nunmehr auch jene Vereine, Organisationen und Körperschaften, welche sich mit Jugendfürsorge in halboffenen und geschlossenen Einrichtungen, wie Horte, Tagesheimstätten, Waisenhäuser, Pflegeanstalten usw. befassen und über sanitär vollkommen einwandfrei geführte Betriebsstätten verfügen, zur Durchführung der Auspeisungsaktion herangezogen werden. Die Anmeldung der vorgenannten Körperschaften, Vereine und Organisationen zur Teilnahme an der amerikanischen Auspeisungsaktion hat durch eigene Anmeldeformulare zu geschehen, welche ihnen durch die Hauptstelle des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge zugesendet wurden. Die Prüfung der angemeldeten Betriebe erfolgt durch eine gemischte Kommission. In den halboffenen Einrichtungen sollen nach dem bormaligen Plane 20.000 Kinder, in den geschlossenen 10.000 Kinder durch Ergänzungen ihrer bisherigen Kost erfasst werden.

Speisezettel für die Woche

vom 1. bis 7. Juni 1919.

Sonntag: Paradesuppe, Kugulus mit Polenta. —
Abend: Spargelsuppe.
Montag: Gemüsesuppe, Pilzlinggemüse mit Reis. —
Abend: Grüne Bohnen.
Dienstag: Krautsuppe, Rostbratensteife. — **Abend:**
 Erdäpfelsuppe.
Mittwoch: Einbrennsuppe, Holzschnecken mit Mar-
 meladebohnen. — **Abend:** Karotten.
Donnerstag: Sechsuppe, gefüllter Rostbraten mit Erd-
 äpfel. — **Abend:** Sauerkraut mit Blutwurstscheiben.
Freitag: Kartoffelgriebsuppe, Fisch mit Reis. —
Abend: Grazer Nudel mit Paradesohne.
Samstag: Würfelsuppe, Gemüsefleisch. — **Abend:**
 Spinat mit Wurstaufstrich.
Pilzlinggemüse. Gewaschene Pilzlinge werden
 klärrig geschnitten, mit Fett und Petersilie weich gedünstet,
 mit Mehl gestaubt, gesalzen, gepfeffert und eventuell mit
 Suppe (Würfel) vergossen.
Fisch mit Reis. Der gefochte Fisch wird enthäutet
 und entgrätet. Der in Wasser gekochte Reis wird zur Hälfte
 in eine bestrichene Pfanne gegeben. Dann kommt der Fisch
 darauf. Darüber wieder Reis. Die Form wird gestürzt.
Holzschnecken. Mehl, Salz und Wasser wird
 zu einem festen Teig verarbeitet. Man formt Nocken, läßt sie
 eine Viertelstunde schwach kochen, seigt sie ab und übergießt
 sie kalt. Man brät sie in heißem Fett und gibt Obst dazu.

2. VII. 1919

59

Die amerikanische Kinderfürsorgeaktion.

Ein Besuch bei der Ausspeisung im Augarten.

Im Augarten sitzen Kinder bei fröhlicher, kräftiger Mahlzeit. Wiener Kinder, die sich wieder satt essen dürfen! Zunächst wenigstens einmal des Tages. Reichlich werden ihnen die kräftigen Speisen zugemessen und anfangs schien es, als könnte der daran gar nicht mehr gewöhnte kleine Magen so viel des Guten auf einmal gar nicht aufnehmen, aber er hat sich bald daran gewöhnt und nun ereignet es sich täglich, daß die Kinder wieder mit den geleerten Tellern vor den Anrichtern kommen, um noch eine „Draufgabe“ zu erbitten. Eine Freude ist es, ihnen zuzuschauen, wie es mundet und mit welchem Behagen die schmackhaften Gerichte verzehrt werden. Denn das ist das Grundprinzip der Pirquet'schen Nährmethode: die Speisen müssen mit möglicher Ausnützung ihres Nährwertes recht schmackhaft zubereitet sein, damit die Kinder sie auch gerne essen und sie ihnen gut anschlagen.

Dieses System haben die Amerikaner zum Grundprinzip der großzügigen Lebensmittellaktion gemacht, welche sie für die unterernährten Kinder von Wien und Deutschösterreich beschlossen haben. Die Wiener Kommissäre Dr. R. Geist und Captain Torrey erhielten die Weisung, sich mit Professor Pirquet in Verbindung zu setzen, dessen Nahrungssystem sich auch in Amerika zahlreiche Freunde erworben hat. Zehn Hektoliter entsprechen nach Pirquet dem Nährwert eines Liter Milch. Ein Kind müßte freilich, meint der Gelehrte, drei solche Mahlzeiten im Tage erhalten. Da dies aber nicht möglich ist, muß man es als einen großen Erfolg bezeichnen, durch die amerikanische Lebensmittellaktion tausenden und tausenden Kindern Wiens und Deutschösterreichs wenigstens einmal im Tage ein solch kräftiges Essen bieten zu können. Haben doch die Erfahrungen bei der Aunehmung und der Aufnahme der vielen Kinder gezeigt, wie erschreckend groß die Zahl derer ist, die in den letzten Jahren weit weniger an Nahrung täglich erhielten, als einem Liter Milch entsprechen würde. Diese traurige Erkenntnis vermittelt auch der äußere Eindruck, wenn man die Kinder etwas genauer ins Auge faßt.

Heute war es zur Mittagszeit etwas unwohl und die Kinder nahmen daher ein Mittagessen in den Sälen des Kaiser Josef-Stadls ein. Die meisten von ihnen ahnen ja nicht, um was alles sie die Kriegszeit gebracht hat. Sie wissen nichts von Ausgelassenheit und überschäumender Kindeslust. Einst konnte man mit einem Stüchchen Schokolade, mit einem „Früchtchenzucker“, einem unscheinbaren Spielzeug um wenige Heller helles Kinderlächeln hervorzubringen — heute sind das für die meisten kaum erreichbare Dinge; lastet doch vor allem die Sorge auf jedem Mutterherzen, ihr Kind halbwegs ordentlich ernähren zu können. Wie wenigen ist dies in unserer Zeit der Nahrungsnot gegönnt. Sind sie doch alle unterernährt und untergewichtig, die vielen, vielen Kinder, die direkt von der Schule weg mit vor Aufregung und froher Erwartung geröteten Wangen raschen Schrittes dem Augarten zustreben. Fast keines der Kinder, die hier zur Ausspeisung kommen, hat das seinem Alter entsprechende Gewicht, viele haben auch nicht die normale Größe.

Das Menü von heute besteht aus $2\frac{1}{2}$ Hektoliter dicke Krautsuppe, was einem vollen Teller entspricht, $4\frac{1}{2}$ Hektoliter Milchreis, gleichfalls eine Portion von einer den Teller füllenden Quantität, und drei dicken Scheiben Schweizer Käse mit einem großen Stück Brot. Die Kellnerinnen der Pirquet'schen Kinderklinik, an ihrer Spitze die Oberkinderkellnerin Fräulein Rohrer, sind voll Lust und Eifer bei dem Werke. Unaufhörlich schöpfen sie die Speisen aus den Riesentöpfen auf die Teller und händigen sie den Kindern ein, welche die ihnen vom Jugendamt verabsorgten Karten, die auch ihr Gewicht verzeichnen, vorzeigen. Dieses Gewicht wird sich zweifellos bald vermehren. Man muß die Kinder auf der Pirquet'schen Klinik beobachtet haben, jaß und dünn bei der Aufnahme, zusehends voller und wohlbeleibter nach kurzer Zeit, sowohl unter der Einwirkung des rationellen Nährsystems, als auch der Sonnenbestrahlung und der freien Luft der Dachgärten.

Dr. Geist erscheint zur Inspektion und freut sich sichtlich über den Erfolg des Hilfswerkes. Mit dem Auto fährt er von einer Ausspeisungsstätte zur anderen. In der Forsthausgasse in der Brigittenau werden 5000 Kinder, im Meidlinger Kriegsspital 300, am Währinger Gürtel und in anderen Bezirken ebenjoviel ausgespeist und da die Aktion — die Herren aus Amerika sind bekanntlich erst seit wenigen Wochen in Wien — mit unglaublicher Schnelligkeit ins Werk gesetzt wurde und weiter ausgebildet wird, werden in sehr kurzer Zeit, zumal täglich Büge mit den amerikanischen Lebensmitteln von Triest nach Wien rosen, bei uns 100.000 Kinder verköstigt werden. In Graz und Steiermark, sowie in den industriereichen Orten Deutschösterreichs werden die Ausspeisungen gleichfalls in kürzester Zeit beginnen.

Eindruck, wie sehr sich die Schule bemüht, das Kind völlig genau und liebevoll kennen zu lernen, um der Eigenart seiner natürlichen Veranlagung gerecht werden zu können. Es werden neben den Schulleistungen genaue Ermittlungen über den körperlichen Zustand des Kindes, über sein Verhältnis zur Sprache, über das Gedächtnis, die Phantasie, das Denken, dann aber auch über Arbeitsweise, Arbeitsstempo, Arbeitsfähigkeit verlangt, ebenso über das für den Erzieher bedeutungsvolle soziale Verhalten des Kindes.

Die Prüfung selbst ist gegenüber der bisherigen einnehmender und beansprucht daher allerdings auch mehr Zeit, besonders weil die Auswertung der schriftlichen Arbeiten viel eingehender als bisher vorgenommen werden muß. Deshalb bestimmt der Erlaß, wenn tunlich, zwischen die schriftliche und mündliche Prüfung eine Pause von drei Tagen einzuschalten. Diese Bestimmung dürfte in solchen Anstalten, wo die Mehrzahl der Schüler von auswärts, und oft recht weit her, kommt, Schwierigkeiten bereiten; es muß da wohl dem Ermessen der mit den örtlichen Verhältnissen am besten vertrauten Lehrkörper überlassen bleiben, inwiefern sich hier zwischen den pädagogischen Forderungen der Prüfung und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Elternschaft ein Ausgleich finden läßt. Die Prüfung, welche sich auf Deutsch und Rechnen beschränkt, umfaßt zwei schriftliche Arbeiten aus Deutsch, eine aus Rechnen, je eine mündliche Prüfung aus Deutsch und aus Rechnen. Eine Befreiung von der mündlichen Prüfung findet nicht mehr statt. Bei der schriftlichen Prüfung sind schriftliche Wort- und Sahanalysen, Diktate und reine Zahlenrechnungen nicht zu verwenden. Von den beiden schriftlichen Arbeiten aus Deutsch soll die eine ein freier Aufsatz oder eine Beschreibung sein, die andere eine Nacherzählung. Die schriftliche Prüfung aus Rechnen verlangt vier angewandte Rechenaufgaben mit ganzen Zahlen. Besonderer Nachdruck wird auf die Art der Auswertung der schriftlichen Arbeiten gelegt. Es soll nicht auf die Korrektheit als solche, sondern auch die aus der Arbeit zu ersiehende Gedächtnis-, Denk- und Phantasieleistung berücksichtigt werden. Ebenso soll die mündliche Prüfung neben Gedächtnis- auch Denksfragen stellen.

Sollte trotz alledem die Aufnahme eines Schülers sich als fehlgeschlagen erweisen und er als für die betreffende Mittelschulgattung zweifellos unsäglich befunden werden, so wird dem Lehrkörper das Recht eingeräumt, ihn nach frühestens drei Monaten an die Pflanzschule zurückzuweisen.

Amerikanische Lebensmittel für die Ausspeisung von 56.000 Kindern durch 100 Tage eingelangt.

Die Nahrungsmittelspenden der amerikanischen Kinderhilfsaktion im Werte von 24 Millionen Kronen (erste Spende mit 12 Millionen, erhöht auf 24 Millionen) reichen aus, um 12.382.000 Mahlzeiten auszugeben. Rechnet man mit einer Verköstigungsdauer von 100 Tagen, so ergibt sich, daß in ganz Deutschösterreich mit Hilfe der amerikanischen Lebensmittel 123.000 Kinder täglich während der Sommermonate ein ausgiebiges Essen erhalten können. Diese wenigen Ziffern veranschaulichen die Größe und den Umfang der amerikanischen Hilfeleistung in ihrem bis jetzt feststehenden Ausmaße. Die Transporte sind in zwei Partien abgegangen. Die erste etwas weniger als die Hälfte der Gesamtspende umfassende Sendung ist in Deutschösterreich bereits eingelangt.

Die derzeit rund 6000 Kinder umfassende Verköstigung in Wien wird rasch ausgebaut. In kürzester Zeit sollen neue Auspeisestellen, auch solche in den Schulen, errichtet werden, um den Weg zum Mittagstisch zu kürzen, ferner soll nach den Vorschlägen des Staatsamtes für soziale Verwaltung die Altersgrenze bis zu den Jugendlichen mit 18 Jahren erhöht werden.

4. VII. 1919

62^H

Die Bewirtschaftung der Lebensmittel in den Städten.

* Berlin, 3. Juni. (Telegr.) Das seitgedruckte Inserat, in dem kürzlich die Rohschlächter Groß-Berlins ihre Zunftgenossen zur Wahrung der „heiligsten Güter und Rechte“ des ehrlichen Rohschlächtergewerbes aufriefen, ist nur ein Symptom der zum mindesten sehr lauten Bewegung, die sich gegen eine weitere Eingangung des freien Handels richtet. Die Rohschlächtereier, ein seit den Tagen der Fleischnot sehr in die Höhe gekommenes, verbreitetes und im großen Publikum geschätztes Gewerbe, soll nämlich verstaatlicht werden, weil man hofft, so auf eine gleichmäßige Verteilung der für die Volksernährung wichtigen Ware und auf angemessene Preisfestsetzung hinwirken zu können. Die Rohschlächter wiederum wollen den sozialen Nutzen der Stadtwirtschaft nicht anerkennen, und da sie andererseits ihre „heiligsten Güter und Rechte“ bedroht sehen, so stehen sich nun auch hier die Anhänger der freien und der gebundenen Wirtschaft in offenem Kampf gegenüber. Dabei wird nun aber mit starken Übertreibungen gearbeitet. Während in Wahrheit die Zwangsbewirtschaftung nur für gemeinnützige Lebensmittel in Aussicht genommen ist, rufen die Anhänger des freien Handels zum Kampf auf gegen die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung überhaupt und erwecken damit den Eindruck, als ob in den nächsten Wochen oder Monaten das ganze Nahrungsmittelwesen dauernd und für alle Friedenszeit in die Hände der Gemeinden gebracht werden solle. Gegen diese bewußt oder unbewußt entstellende Parole wendet sich nun der Berliner Oberbürgermeister Vermuth in einem Aufsatz der Deutschen Allgemeinen Zeitung. In Wahrheit, so führt er aus, handelt es sich bei den unablässigen Anstürmen und Protesten darum, ob die Zwangswirtschaft, die uns durch den Krieg hindurchgebracht hat, jetzt ohne Übergang beseitigt werden und der freie Handel sich alsbald an ihre Stelle setzen soll. Darauf richtet sich der Ansturm nicht nur des Handels selbst, sondern auch der Landwirtschaft. Diese, dem Handel früher so wenig freundlich gesinnt, halte ihm jetzt die Stange, weil sie öffentliche Wirtschaft sobald als möglich abschütteln möchte und von dem freien Spiel der Kräfte höhern Gewinn erhofft. Vermuth lehnt das freie Spiel der Kräfte mit aller Entschiedenheit ab. Die amtlichen Zuweisungen aus den beschlagnahmten inländischen Beständen, also wöchentlich 1820 Gramm Mehl, 250 Gramm Fleisch, 5 Pfund Kartoffeln usw. befriedigten, wie jedermann wisse, auch zuzüglich der Lieferungen des Verbandes an Mehl, Fett und Fleisch die Anforderungen der großstädtischen Bevölkerung nur in allernäppester Weise. Es sei also undenkbar, daß man diese Mengen dem freien Handel übergebe, der sie nach Begehr und Willkür verteilte würde, so daß der weniger Kundige, der Unbemittelte selbst seiner bisherigen Ration verlustig gehe. Vielmehr wird nun angesichts der Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Lebensmittel im Ausland ein Zurückschreiten auf das

Ausland empfohlen. Dem hält der Berliner Oberbürgermeister entgegen, daß die Annahme ausländischer Angebote eine ungeheuerliche Verteuerung des notwendigsten Lebensbedarfs nach sich ziehen würde. Den Maßstab für diese Verteuerung erhielt man aus der Tatsache, daß ausländische Lieferungen an Kartoffeln, Fleisch, Butter und kondensierter Milch mit dem vier- bis fünffachen der inländischen Preise haben bezahlt werden müssen. Erneute Forderungen auf Erhöhung der Löhne, der Gehälter und der Erwerbslosenunterstützungen könnten dann nicht ausbleiben.

Gegen gestaffelte Lebensmittelpreise.

Für Groß-Berlin unburchführbar.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Anregung des Reichsernährungsministers befaßt, dort, wo die Einkommensgliederung der Gemeinden es gestattet, die Preise der Auslandslebensmittel nach den Einkommensklassen abzustufen. Es herrschte im Lebensmittelverband Übereinstimmung darüber, daß diese Anregung für Groß-Berlin ohne praktische Bedeutung sei. In Groß-Berlin haben 90 Prozent der Steuerpflichtigen ein Einkommen unter 3000 Mark, zwischen 3000 und 6000 Mark 7 Prozent und über 6000 Mark 3 Prozent. In der Stadt Berlin selbst ist das Verhältnis sogar noch ungünstiger. Hier haben 93 Prozent unter 3000 Mark, 5 Prozent zwischen 3000 und 6000 Mark und 2 Prozent über 6000 Mark. Würde daher z. B. der Preis des ausländischen Mehls, der zurzeit 2,20 Mark je Pfund beträgt, für die 90 Prozent der Bevölkerung, die unter 3000 Mark Einkommen haben, nur um 1 Mark gesenkt werden, so müßten die restlichen 10 Prozent, zu denen auch noch genügend Bedürftige gehören, für das Pfund Mehl über 11 Mark bezahlen.

Würde man nach dem Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion in Wilmersdorf für die Einkommensstufen bis 3000 Mark nur $\frac{1}{2}$ des amtlichen Preises, für die Stufe von 3000—7000 Mark den amtlichen Preis, von 7000—12 000 Mark einen Aufschlag von 20 Prozent und bei Einkommen über 12 000 Mark einen solchen von 50 Prozent über den amtlichen Preis festsetzen, so würde die Staffelung selbst den Ausgleich keineswegs herbeiführen. Es kommt dieser Vorschlag vielmehr auf eine Zuschußleistung hinaus, die die Gemeinden treffen würde; denn nach dem Vorschlag würde ein großer Teil der Kosten — mehr als 30 Prozent — überhaupt ungedeckt bleiben; für die Gemeinden würde dies für jedes Pfund Auslandsmehl einen Zuschuß von etwa 60 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung bedeuten, d. h. bei einer Wochenmenge von $\frac{1}{4}$ Pfund eine wöchentliche Belastung von über 1 000 000 Mark allein bei diesem einen Nahrungsmittel.

Hilfe für Wien.

Hilfsaktion für die Wiener Studenten.

Veranstaltet von der Basler Studentenschaft
im Beisein von Frau Minister Bourcart und Herrn
Rektor Wackernagel.

Die furchtbare Not der Stadt Wien ist bekannt. Wie die gesamte Bevölkerung der Donaufstadt, leiden auch die Wiener Studenten Mangel in jeglicher Beziehung. Unsere Kommilitonen hungern! Dem Notruf Gehör leistend, werden in diesen Wochen an den schweizerischen Universitäten Hilfsaktionen veranstaltet, die zum Zwecke haben, Geld zusammenzubringen, für welches vom Zentralomite Bern Lebensmittel gekauft und baldmöglichst nach Wien gesandt werden. Die Basler Studentenschaft veranstaltet zugunsten der Wiener Studenten eine Freilichtaufführung Dienstag den 17. Juni, abends, im Sommercasino. Zur Darstellung gelangen im ersten Teil Goethes Schauerpiel „Die Raube des Verliebten“ und Mozarts Singspiel „Bastien und Bastienne“. Der zweite Teil besteht in einem freien Ball mit eingezeichneten Beiträgen aus studentischen und nichtstudentischen Kreisen. Eine Festschrift mit Einsendungen verschiedener Wiener und Wien nahestehender Persönlichkeiten, unter anderen auch Schnitzlers, wird verkauft werden. Sie enthält das ausführliche Abendprogramm. Des weiteren erfolgt eine Geldsammlung durch Sammellisten. Schließlich nehmen Geldsendungen für die „Wieneraktion der Studentenschaft“ entgegen die Expeditionen der „National-Zeitung“ und der „Basler Nachrichten“.

Wir rufen die Basler Bevölkerung auf, durch zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen zu einem guten Werke beizutragen.

Das Lokalkomitee Basel.

Allgemein Baslerisches.

8. VII. 1919

66

Besserung in unserer Lebensmittelversorgung

Aus Genf wird uns geschrieben: Die Genfer Bevölkerung begrüßt freudig die Meldung, daß Frankreich, nach den langen Jahren der Sperre der Zonen, die Ausfuhr für Butter, Eier und weichen Saponerläse wieder freigegeben hat. Der Nutzen freilich, den Frankreich wie die Schweiz davon haben könnten, bleibt problematisch; denn Kartensystem und Zentralstelle sind immer noch nicht abgeschafft. Tatsächlich wird die Butter in Frankreich zu 12 Franken verkauft. Zu einem solchen Preis aber auf Vorrat anzukaufen, ist ein Ding der Unmöglichkeit; denn unsere Minderbemittelten können die Butter nicht wohl teurer kaufen, als die Zentrale sie zurzeit abgibt. Andererseits hat man erfahren müssen, daß die Savoyarden, die dem Lebensmittelamt auch Butter anbieten, samt und sonders gar keine verfügbaren Vorräte besaßen. Sie gedachten solche Vorräte anzulegen, sobald erst einmal Bestellungen eingelaufen wären. Uebrigens erwartet man, daß sich die Lage ändert, daß Savoyen sich unserm Markte anpassen und seine Butter bei uns abzusetzen suchen wird, denn es hat mit seinen Bemühungen, die Butter nach Paris und Straßburg zu versenden, üble Erfahrungen gemacht, da die Butter einen solchen Transport nicht gut vertrug.

Das Genfer Publikum macht sich indessen die Einfuhrbewilligung für ein Kilogramm Butter pro Person für jeden in die Schweiz Einreisenden zunutze. Da diese Butter aber zu Fr. 13 in Genf verkauft wird, kann sie für die Versorgung unserer Stadt keine nennenswerte Rolle spielen. Eine größere Besserung der Lage verspricht man sich von den zwischen der Zentrale und Dänemark abgeschlossenen Käufen, auf welche voraussichtlich solche mit Holland folgen werden.

Unter solchen Umständen schiedt man sich willig in die Beibehaltung des Kartensystems, dessen Abschaffung sofort die Stetigkeit des Verkaufspreises beseitigen würde, wobei dann ein großer Teil der Schweizer Bevölkerung sich überhaupt keine Butter mehr leisten könnte.

Man rechnet hier auch auf eine Besserung in der Fleischversorgung. Für amerikanisches Schweinefleisch haben sich sofort Abnehmer gefunden. In den beiden Staatsdepots wurden innert drei Wochen 15,000 Kilogramm zu Fr. 7 verkauft. Leider erfuhr man dann, daß in Amerika abgeschlossene Käufe für frisches und Gefrierfleisch wieder rückgängig gemacht wurden, weil von andern gemachte höhere Angebote akzeptiert wurden. Immerhin rechnet man auf einen Preisabschlag für schweizerisches Schweinefleisch; es gelang nämlich 900 Waggons weißes Maismehl anzukaufen, das man nun nicht zum Brotbacken, sondern zur Schweinefütterung verwenden soll.

Da wir gerade beim Brot sind, sei erwähnt, daß von Genf das Begehren gestellt wurde, den Prozentsatz unseres Brotes auf 80 anzusetzen. Doch wird das Brot schwerlich besser werden, bevor unser Roggenvorrat abgeseht ist, da zum Brotbacken immer noch Roggen verwendet wird. Unser Brot wird übrigens von den Elässern, die hier sehr zahlreich eintreffen, groß angesehnt, namentlich die jungen Elässerrinnen in unseren Pensionen halten sich darüber auf, da im Eläss, wie in ganz Frankreich, nur schönes Weißbrot gegessen wird.

d. B.

Die Hungertatastrophe in Wien

Ziffern zur amerikanischen Kinderhilfsaktion.

Dank den Fortschritten der Hygiene ist Wien von Kriegsleiden verschont geblieben und die Sterbeziffern haben sich, soweit epidemische Krankheiten in Betracht kommen, kaum um ein bis zwei auf das Tausend erhöht, desto furchtbarer hat der Hunger in Wien gewütet. In den grauenhaft hohen Sterbeziffern Wiens in der Kriegszeit erkennt man die Folgen der Unterernährung fast der gesamten Bevölkerung, des Mangels an Nahrungsmitteln, der vom dritten Kriegsjahre an die Bevölkerung Deutschösterreichs und namentlich jene der Millionenstadt Wien einer tragischen Katastrophe überantwortete.

Vor dem Kriege nahmen die Wiener Friedhöfe im Durchschnitte alljährlich 32.000 Leichen auf. 1911: 33.684, 1912: 32.141, 1913: 32.314, 1914: 32.268. Im ersten Weltkriegsjahre stieg die Zahl auf 37.018; sie erhöhte sich im folgenden Jahre nur wenig, auf 37.631. Mit dem dritten Kriegsjahre beginnt das große Sterben. 46.131 Menschen sinken ins Grab. 1918 nehmen die Wiener Totenstätten 51.497 Leichen auf.

Das Massensterben von jung und alt.

Die an sich nicht hohe Zahl der wenig widerstandsfähigen Leute im Greisenalter stellte zur Totenarmee ein erschreckend starkes Kontingent: Von 51.497 in Wien anno 1918 verstorbenen Personen waren 16.820 Leute im Alter über sechzig. In den normalen Zeiten erreichte die Zahl der Toten aus dem Greisenalter nicht den dritten Teil des Gesamtverlustes. Im Hungerjahr 1917 waren von 46.131 Toten 17.503 aus dem Greisenalter, in den nächsten zwölf Monaten besserte sich dieses Verhältnis, weil eben der Tod die Reihen der Greisenhaften und Gebrechlichen schon arg gelichtet hatte. Im Alter der Erwerbsfähigkeit, also vom 16. bis zum 60. Lebensjahre hat sich die Anzahl der Todesfälle verdoppelt: Von 13.289 des letzten Friedensjahres auf 27.061 im Jahre 1918. Die Kinder vom zweiten bis zum fünfzehnten Jahre stellten vor dem Kriege jährlich knapp über 3000 zur Gesamtsterblichkeitszahl, im Jahre des Kriegsbeginnes 2828, im Jahre des Kriegsendes 4437. Daß in der letzten Zeit weniger Säuglinge als vormals starben (3109 im Jahre 1918 gegen 5833 im Jahre 1913) hat in dem kolossalen Rückgang der Lebendgeburten seine Ursache, der sich in der entsetzlichen Tatsache ausdrückt: Um 80.000 Todesfälle mehr als Lebendgeburten während der letzten vier Jahre!

Die Geißel Tuberkulose hat unmittelbar vor den ersten Akten des Völkerdramas jährlich über 6000 Menschen dahingerafft: 1912: 6393, 1913: 6430, im Jahre

der Kriegserklärung starben an diesem Leiden 6223 Menschen. Im ersten Weltkriegsjahre stieg die Ziffer auf 7810, im Hungerjahre 1917 auf 11.741. Die Zahl pro 1918 beträgt 11.728.

Die Nachwirkungen der Hungersnot.

Die Gesamtzahl der Wiener Opfer der Tuberkulose hat sich während des Weltkrieges fast verdoppelt, ist von 6223 (1914) auf 11.728 emporgeschossen. Und es herrscht kein Zweifel, daß in diesem statistischen Material die Folgen der Unterernährung sich am deutlichsten widerspiegeln. Den besammerniswerten Ernährungszustand der Wiener Kinder hat man auf der Klinik des Prof. Virquet statistisch festgestellt: 91 Prozent der im Spital aufgenommenen Kleinen mit unbefriedigendem Ernährungszustand. Unter den für die vorjährige Ferienreise zu Erholungszwecken sich bewerbenden Wiener Kindern, einem Drittel aller Schulkinder in Wien, waren 93 Prozent unterernährt. Ein Buben mit vollendetem ersten Lebensjahre soll nach Krammer 10,2 Kilo wiegen. Die Wiener Kinder hatten im Durchschnitt ein Gewicht von 6 Kilo. Entsetzliche Nachwirkungen des Hungerkrieges drohen der Jugend. Die durch Monate schlecht genährten Körper der im Wachstum befindlichen Menschen sind von der unheilvollen Tuberkulose, vom Tode gezeichnet, die der unerbittliche Genesemann erst nach Jahren, nach der Reife dieses Geschlechtes der Sorgen und Kümernisse greifen wird. Der Hunger grinst weiter aus allen Ecken unserer Heimat, die dräuende Not ist zu groß, für unsere Kräfte unabwendbar. Ohnmächtig stehen wir dem grenzenlosen Jammer gegenüber. So wird gewiß unsere Dankbarkeit dauernd jener großzügigen Hilfsaktion der Amerikaner gehören, die in letzter Stunde dem gräßlichen Elend zu steuern sich bemüht, die durch eine ausgiebige und langwährende Massenauspeisung, die Mitte dieses Monats schon über 20.000 Wiener Kinder umfassen wird, jene entsetzlichen Folgen des Hungers für die deutschösterreichischen Kinder möglichst mildern will. Möge ein gütiges Schicksal die Kinder dieser traurigen Zeit retten und einer besseren, schöneren Zukunft entgegenführen.

Die für den 10. Juni in Aussicht genommene Eröffnung der Auspeisestelle, Schule, 18. Bezirk, Klettenhofergasse, erfolgt an diesem Tage noch nicht; die dieser Auspeisestelle zugewiesenen Kinder werden durch ihre Schulleitungen von dem Beginn der Auspeisung noch rechtzeitig verständigt werden.

Zubußen für die Wiener Kinder.

Vom 17. Juni bis 15. Juli werden laut amtlicher Verlautbarung des Volksernährungsamtes an die Wiener Kinder folgende Zubußen abgegeben: an Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 Kilogramm Weizengrieß und $\frac{1}{4}$ Kilogramm Teigwaren, an Kinder vom 3. bis zum 6. Lebensjahre 1 Kilogramm Feinmehl und $\frac{1}{4}$ Kilogramm Teigwaren, an Kinder vom 7. bis zum 14. Lebensjahre $\frac{1}{2}$ Kilogramm Haferreis und $\frac{1}{2}$ Kilogramm Reis. Die Abgabe erfolgt bei den Konsumentenorganisationen und städtischen Ausgabestellen.

Die Folgen der Hungerblockade für Wien.

Das Anschwellen der Totenziffern. — Um 80.000 Todesfälle mehr als Lebendgeburten. — Das Umsichgreifen der Tuberkulose. — Die Unterernährung der Kinder.

Die Staatskorr. veröffentlicht heute eine Statistik über die Hungerseuche, der infolge der feindlichen Blockade Tausende von Menschenleben in Wien, einer der gesündesten und von den übrigen ansteckenden Krankheiten am meisten verschonten Städte Deutschösterreichs, zum Opfer gefallen sind.

Vor dem Kriege nahmen nach dieser Aufstellung die Wiener Friedhöfe im Durchschnitte jährlich 32.000 Leichen auf. Im ersten und zweiten Weltkriegsjahre stieg die Zahl nur um etwa 5000. Mit dem dritten Kriegsjahre begann jedoch das große Sterben. Dieses Jahr, in dem bereits allenthalben die Vorräte zu Ende gingen, schloß mit einer Totenziffer von 46.131, die sich 1918 auf 51.497 Leichen erhöhte. Am meisten und schnellsten raffte der Nahrungsmangel die Leute über 60 Jahre hinweg, deren Zahl im Jahre 1917 das übliche Drittel der Todesfälle um ein Bedeutendes überstieg. Natürlich hat der Schnitter Tod auch im erwerbsfähigen Alter von 16 bis 60 Jahren eine wesentlich erhöhte Auslese gehalten. Besonders kraß ist jedoch das Verhältnis der Kindersterblichkeit, die von 2828 Todesfällen zu Kriegsbeginn auf 4437 zu Kriegsende answoll. Daß dagegen die Sterblichkeit der Säuglinge zurückging, ist auf die ungeheure Abnahme der Lebendgeburten zurückzuführen. Während der letzten vier Jahre hatte Wien um 80.000 Todesfälle mehr zu verzeichnen als Lebendgeburten.

Wien zählte:

	Lebendgeburten	Gesamt-Todesfälle
1911:	41.030	33.684
1912:	39.801	32.141
1913:	37.367	32.314
1914:	36.378	33.268
1915:	29.257	37.018
1916:	23.491	37.631
1917:	20.688	46.131
1918:	19.070	51.497

Noch im Jahre des Kriegsanfanges überwogen somit die Lebendgeburten nur mehr um 3000 (36.378 : 33.268), sanken aber in rascher Folge derart, daß im Jahre 1918 die Todesfälle ungefähr das Zweieinhalbfache der Lebendgeburten ausmachten. Der Würgengel Tuberkulose fand eben in der ausgehungerten Bevölkerung ein wehrloses Objekt, die Gesamtzahl ihrer Opfer hat sich während des Weltkrieges verdoppelt, sie ist von 6223 im Jahre 1914 auf 11.728 im Jahre 1918 gestiegen.

Sind schon diese Ziffern der deutlichste Beleg für die Tatsache, daß das furchtbare Massensterben nur ein Folge der bejammernswerten Ernährungsverhältnisse war, so verstärkt diesen Beweis noch die ärztliche Untersuchung der Kinder. So wurde auf der Klinik des Professors Pirquet statistisch festgestellt: 91% der im Spital aufgenommenen Kleinen mit unbefriedigendem Ernährungszustand. Unter den für die vorjährige Ferienreise zu Erholungszwecken sich bewerbenden Wiener Kindern, einem Drittel aller Schulkinder in Wien, waren 93% unterernährt. Die Gewichtsdivergenz im Vergleiche zu den Camererischen Standardzahlen betrug bei den in die Pirquetische Kinder Klinik in Wien im vorigen Jahre aufgenommenen Kleinen im Durchschnitte bei den Knaben 21, bei den Mädchen 20%, für die einjährigen Knaben gar 41%. Ein Buben mit vollendetem ersten Lebensjahre soll nach Camerer 10-2 Kilogramm wiegen. Die Wiener Kinder hatten durchschnittlich ein Gewicht von 6 Kilo.

Entsetzliche Nachwirkungen des Hungerkrieges drohen der Jugend, die unter der jahrelangen Einwirkung der Unterernährung den Keim des Siechtums in sich aufgenommen hat und einem frühzeitigen Tod in der Blüte des Lebens entgegensehen muß. Noch grinst der Hunger aus allen Ecken unserer Heimat und es ist noch gar

nicht abzusehen, wann die erlösende Stunde schlägt, die den Massen hunger aus unseren Landen vertreibt. Die amerikanische Hilfsaktion ist eifrig am Werk, wenigstens unseren Kleinen liebevoll zu helfen, aber alles dies kann nur Flickwerk sein, solange nicht Deutschösterreich von der Friedenskonferenz die Mittel gewährt werden, die Ernährung seiner Bevölkerung zu gewährleisten.

Der Abend
10. 11. 1919

70

Schwere Anklagen einer Entente- mission gegen das Volks- ernährungsamt.

Ein angeblicher Bericht an Hoover.

Wie die „Wiener Mittagspost“ mitteilt, sei von einer der Ententemissionen in Wien an das amerikanische Ernährungsamt für Europa, das unter der Leitung Hoovers steht, ein Bericht abgegangen, der die schärfste Kritik an der Tätigkeit des deutschösterreichischen Ernährungsamtes übt. In dem Bericht heißt es u. a., daß erst auf Einsprechen der amerikanischen Mission in Wien vom Ernährungsamt der offenbar übertriebene Preis von 40 Kronen für das Kilogramm amerikanischen Schweinefleisches auf dreißig Kronen herabgesetzt wurde. Der Bericht befaßt sich sodann mit dem ungeheuerlichen Schleichhandel, der namentlich mit dem amerikanischen Schweinefleisch getrieben werde, verweist darauf, daß scheinbar unbegrenzte Mengen in die Gasthäuser wandern, wo sie mit einem Gewinn von 200 bis 300 v. H. verkauft werden. Der Bericht wirft der deutschösterreichischen Regierung „eine komisch anmutende Angst vor Restaurateuren und Cafetieren vor, die bei Wahlen ihren Einfluß geltend machen können“. Ferner wird auf den Umstand verwiesen, daß in allen Gast- und Kaffeehäusern Wiens trotz aller bestehenden Verbote Kuchen, Biskuits und Zwieback in fast unbegrenzten Mengen, allerdings zu ungeheuren Preisen zu kaufen seien. Dies berühre um so peinlicher, als die Not in den mittleren und unteren Klassen außerordentlich groß sei und man sich sagen müsse, daß durch solche Herausforderungen der Armen einmal ernste Unruhen entstehen könnten.

Ein Mitglied einer Ententemission habe sich eines Nachmittags, um die Verhältnisse genau festzustellen, auf die Suche nach Schleichhändlern begeben und hätte bereits nach wenigen Stunden folgende Abschlässe zu verzeichnen gehabt: vier Sad Mehl zu je 85 Kilogramm zum Durchschnittspreis von 22 bis 26 Kronen das Kilogramm, 200 Kilogramm Reis zu 18 Kronen, fünf ganze Schinken zu 120 bis 140 Kronen das Kilogramm und ein Händler habe sich sogar zur Lieferung einer jeden beliebigen Menge amerikanischen oder inländischen Fettes angeboten.

Es wird in dem Bericht verlangt, diesen Zuständen ein Ende zu machen, sei es durch eine scharfe, von den Ententemissionen ausgeübte Überwachung oder durch Einstellung aller weiteren Lebensmittelzufuhren, die erst wieder aufgenommen werden

sollen, wenn die Wiener Regierung die notwendigen Sicherungen für die Unterdrückung des Schleichhandels biete.

Eine authentische Auskunft über diese Angelegenheit war nicht zu erlangen.

Im Staatsamt für Volksernährung wird uns auf unsere Anfrage erklärt, daß dort von einer solchen Note nichts bekannt sei. Man versichert uns, daß keinerlei Anzeichen dafür vorliegen, daß eine der Wiener Ententemissionen eine derart scharfe Sprache gegen das Volksernährungsamt führe. Heute nachmittags wird Hofrat Grienberger, der die Verbindung zwischen dem Staatsamt und den auswärtigen Missionen aufrechterhält, zur englischen und zur amerikanischen Mission gehen, um Aufklärung über diesen Vorfall zu erlangen. Es sei allerdings richtig, daß schon in früheren Unterredungen zwischen Vertretern des Staatsamtes und der Ententemissionen über den Schleichhandel gesprochen wurde, doch sei den Ententemissionen damals dargelegt worden, aus welchen Gründen der Schleichhandel in Wien sich derzeit nicht unterdrücken lasse.

Bei der amerikanischen Mission in Wien wird amtlich jede Auskunft über diesen Fall verweigert. Wie jedoch von Seiten eines Gewährsmannes einem unserer Mitarbeiter mitgeteilt wurde, ist tatsächlich von der Mission in der letzten Zeit ein Bericht ausgearbeitet worden, der sich mit den amerikanischen Schweinefleischsendungen befaßt. Ob dieser Bericht wirklich mit der von der „Mittagspost“ gegebenen Darstellung übereinstimmt, darüber war bis zur Stunde nichts zu erfahren.

Bedauerlich ist nur das eine, daß nämlich der angebliche Bericht der Ententemission, ob nun die Meldung der „Mittagspost“ richtig oder unrichtig ist, jedenfalls den in Wien herrschenden Zuständen entsprechen würde.

12. VII. 1919

71

Die Mitteilung Hoovers über die Liquidation der amerikanischen Lebensmittelhilfe.

Saint-Germain, 11. Juni.

Der Lebensmitteldiktator Herbert Hoover hat gestern dem „Newyork Herald“ zufolge folgende Mitteilungen über die geplante Liquidation der amerikanischen Lebensmittelhilfe für Europa gemacht. Die Lebensmittel, die Amerika den bedürftigen Staaten Finnland, Estland, Litauen, Polen, Belgien, Czecho-Slowaken, Oesterreich, Ungarn, Großserbien, Rumänien, Bulgarien, der Türkei, Armenien und Deutschland geliefert hat, werden in der Zeit zwischen dem Waffenstillstand und der neuen Ernte mehr als 600 Millionen Dollar verschlingen. Die unbegrenzte Fortsetzung solcher ausgedehnter Maßnahmen wäre nicht nur eine physische und finanzielle Unmöglichkeit, sondern würde, wenn sie nach dem Frieden und nach der Ernte weiterginge, die eigene Initiative und die wirtschaftliche Struktur der betreffenden Staaten zerstören. Jeder Staat muß also im geeigneten Augenblick seine Ernährungsmaßnahmen selbst in die Hand nehmen. Nach den gegenwärtigen Ernteaussichten werden sich Rumänien, Bulgarien, die Türkei, Großserbien und Ungarn mit Ausnahme einiger weniger Artikel selbst versorgen können und vielleicht sogar einen gewissen Ueberschuß haben. Die Czecho-Slowakei, Polen und die baltischen Staaten werden einen Ueberschuß an Gemüsen, dagegen ein gewisses Defizit an Brotgetreide und Fett haben. Jedenfalls sollte ihr Bedarf für acht bis zehn Monate gedeckt sein. Belgien, Finnland und Oesterreich haben eine überwiegend industrielle Bevölkerung und bedürfen einer fortgesetzten Einfuhr von Lebensmitteln. Hier taucht das Problem von Rohmaterial und Arbeit auf, damit der Export im Austausch für die Lebensnotwendigkeiten beginne, und das Problem wird zu einem solchen des internationalen Kredits. Alle diese Länder haben die Möglichkeit, ihre eigenen Importe auszugleichen. Sie werden nur die Unterstützung der Alliierten in der Frage des Schiffsraumes für die Ein- und Ausfuhr benötigen. Nach der Meinung Hoovers sind die Hauptfragen nach dem Abschluß des Friedens und nach der Einbringung der Ernte die Gewährung von Krediten für gewisse Staaten und die Sicherstellung des Schiffsraumes für andere. Amerika denkt daher daran, die verschiedenen Staaten einzuladen, Repräsentanten in die Vereinigten Staaten zu entsenden, durch welche im Austausch für Lieferungen Privat- und Regierungskredite sowie Erleichterungen des Transportes von Seiten der Vereinigten Staaten vermittelt werden sollen. Dies ist nach seiner Meinung der wichtigste Schritt zur Wiederherstellung des normalen wirtschaftlichen Lebens und der Unabhängigkeit. Nebenher soll die amerikanische Hilfsaktion für die unterernährten Kinder noch eine Zeitlang weitergehen.

12. VII. 1919

42 12

Eine angebliche Beschwerde einer Entente-Mission an Hoover über die Gebarung mit ausländischen Lebensmitteln.

Vom Staatsamt für Volksernährung wird amtlich verlautbart: Ein hiesiges Mittagsblatt brachte gestern unter dem Titel „Schwere Gefahren für unsere Lebensmittelversorgung“ einen in aufsehenerregender Form gehaltenen Artikel über einen angeblich von einer kompetenten amerikanischen Person, Namens Hoover, veranlaßten und an Mr. Hoover abgegebenen Bericht, in welchem die Tätigkeit des deutschösterreichischen Ernährungsamtes, insbesondere die Verteilung der eingeführten Lebensmittel und die Festsetzung der Preise kritisiert sowie der Schleichhandel mit Ententelebensmitteln bemängelt wird. Der Bericht soll mit der Aufforderung an Mr. Hoover schließen, entweder die Tätigkeit des Ernährungsamtes oder von den Entente-Missionen ausgeübten Kontrolle zu unterziehen oder aber die Lebensmittelzufuhr einzustellen.

Alle in Wien anwesenden Delegierten der interalliierten Lebensmittelkommission haben das Staatsamt für Volksernährung ermächtigt zu erklären, daß sie diesem Bericht vollkommen fern stehen und daß sie mit den in diesem Bericht erwähnten Schlussforderungen nicht übereinstimmen. Die auswärtigen Delegierten haben dem Staatssekretär für Volksernährung mitgeteilt, daß die Entschuldigungen der obersten Ernährungsbehörde in Paris, an deren Spitze Mr. Hoover steht, nur durch Berichte und Anträge der amtlichen interalliierten Kommission beeinflusst werden können. Die Verteilung der Lebensmitteleinfuhren geschieht nach einem von den Vertretern der interalliierten Lebensmittelkommission zur Kenntnis genommenen Schlüssel auf Wien und die einzelnen Länder vom Staatsamt für Volksernährung. Die Durchführung der Verteilung im Einzelnen obliegt nach den Weisungen des Staatsamtes den Landesregierungen und den mit der Verteilung der Lebensmittel betrauten Stellen. Die fremden Missionen werden über alle vom Staatsamt für Volksernährung getroffenen Maßnahmen fortlaufend unterrichtet.

Die Festsetzung der Preise für die eingeführten Lebensmittel ist vom Staatsamt für Volksernährung im Einkommen mit dem Staatsamt für Finanzen auf Grund sachmännischer Vorschläge erfolgt. Ueber die Grundsätze und Schwierigkeiten der Festsetzung dieser Preise hat der Staatssekretär für Volksernährung gelegentlich einer Interpellationsantwortung in der Nationalversammlung ausführlich berichtet. Bei diesem Anlasse hat der Staatssekretär auch erklärt, aus welchen Gründen eine Abgabe der Lebensmittel zu verschiedenen, nach den Einkommensverhältnissen abgestuften Preisen derzeit nicht durchführbar sei. Es ist unrichtig, daß seitens der amerikanischen Mission gegen die festgesetzten Preise protestiert worden sei.

Insofern der Bericht den Schleichhandel mit Lebensmitteln bemängelt, so sind die Schwierigkeiten, mit welchen die Ernährungsbehörden auf diesem Gebiete zu kämpfen haben, bekannt und das Staatsamt für Volksernährung bedauert selbst am meisten, daß trotz aller Maßnahmen wegen Unterdrückung des Schleichhandels die Ungleichmäßigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung bisher nicht gänzlich unterdrückt werden konnten. Das Staatsamt für Volksernährung hat in den letzten Monaten und erst neuerlich in jüngster Zeit die ihm unterstellten Behörden auf das strengste angewiesen, den Schleichhandel und den Lebensmittelwucher auf das schärfste zu bekämpfen. Ein Erfolg dieser Maßnahmen kann jedoch nur bei einer wirksamen Mithilfe der gesamten Bevölkerung erwartet werden. Wie unrichtig es ist, daß die deutschösterreichischen Ernährungsbehörden erst durch ein offizielles Einschreiten der amerikanischen Mission zur Bekämpfung des Schleichhandels veranlaßt wurden, geht daraus hervor, daß vor einiger Zeit über Initiative des Staatssekretärs für Volksernährung die Vertreter der ausländischen Missionen offiziell ersucht wurden, das Staatsamt bei der Bekämpfung des Schleich- und Schmuggelverkehrs aus dem Auslande über die deutschösterreichischen Grenzen zu unterstützen. Die Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission, welche sich persönlich unausgesetzt für die Verbesserung der Ernährungsverhältnisse in Deutschösterreich einsetzen, haben wiederholt erklärt, daß die Lebensmitteltransporte unter der Voraussetzung, daß in Deutschösterreich die Ruhe und Ordnung aufrecht bleiben, fortgesetzt werden. Die in

aufsehenerregender Form gebrachte Mitteilung, wonach diese Lebensmittelversorgung gefährdet sei, ist geeignet, eine ungezügelterte Beunruhigung der Bevölkerung herbeizuführen. Nach den Mitteilungen der Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission ist eine Einstellung der Lebensmittelimporte durch trotz allen Bemühens nicht zur Gänze abzustellende Unzufriedenheiten bei der Lebensmittelverteilung, so beklagenswert dieselben sind, nie beabsichtigt gewesen.

Die Freigabe des Obst- und Gemüseverkehrs. Liquidierung der „Geos“.

Vom Staatsamt für Volksernährung wird verlautbart: Schon im Herbst vorigen Jahres wurde die staatliche Bewirtschaftung von frischem Obst und frischem Gemüse sowie von Gemüsesamen im wesentlichen außer Kraft gesetzt. Durch eine morgen erscheinende Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksernährung wird nunmehr auch noch das System der Anbau- und Lieferungsverträge für Gemüse und Obst aufgehoben, da in Deutschösterreich für den selbstmäßigen Anbau von Gemüse nur relativ kleine Bodenflächen zur Verfügung stehen, die eine Aufrechterhaltung dieses Systems nicht mehr zweckmäßig erscheinen lassen. Weiter werden auch die Bestimmungen über die

Obsthandelslegitimationen außer Kraft gesetzt. Auch hinsichtlich aller Arten von Gemüsekonerven und Obstmost wird im Inlande die bisherige Bewirtschaftung aufgehoben. Die einzigen Beschränkungen, die auf diesem Gebiete noch bestehen bleiben, betreffen den Auslandsverkehr. Für Sendungen ins Ausland sind Transportscheine notwendig, Sendungen aus dem Auslande bleiben anbotspflichtig. Nur Gemüsesamen werden von dem Anbotzwang befreit, da eine nennenswerte Einfuhr von Gemüsesamen in diesem Jahre wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit kaum mehr wahrscheinlich ist. Hinsichtlich der Obstkonerven, insbesondere Marmelade, bleibt die Bewirtschaftung im Inlande derzeit aufrecht, da der Bezug des für die Obstkonservern notwendigen Zuckers auf Grund des mit der tschechoslowakischen Regierung getroffenen Abkommens zentralisiert erfolgt und der Einfluß einer Stelle auf die geregelte Verteilung des für die Obstkonerven zur Verfügung stehenden Zuckers und die Überwachung der bestimmungsgemäßen Verwendung dieses Zuckers nicht entbehrt werden kann. Schon infolge der ungenügenden allgemeinen Versorgung mit Zucker kann der Bezug und die Verarbeitung von Zucker für die industriellen Zwecke nicht freigegeben werden.

Da die Gemüse-Obst-Stelle des früheren I. I. Amtes für Volksernährung, die noch eine Stelle des alten Staates darstellt, in Liquidation tritt, werden die bisherigen Bewirtschaftungsmaßnahmen, die, wie angeführt, derzeit noch aufrechterhalten bleiben, so insbesondere die Ausstellung von Transportscheinen für Obst und Gemüse im Auslandsverkehr und die aus der Anbotverpflichtung für ausländische Bezüge erforderlichen Verfügungen, ferner die Bewirtschaftung der Obstkonerven (Marmeladen) der Landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung in Wien, 1. Bezirk, Dorotheergasse 7 übertragen. Abgesehen von diesen ihr zugewiesenen Aufgaben wird die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle insbesondere auf dem Gebiete der Produktionsförderung tätig sein und die begonnene Aktion der Gemüse-Obst-Stelle: Förderung des Schreberkleingartenwesens, Gemüseinspektoren, Anbauaktion auf unproduktiven oder brachliegenden Gründen weiterführen und so weiter ausbauen.

Schweizer Hochschüler für die hungernde Wiener Studentenschaft.

In allen Universitätsstädten der Schweiz haben sich Hilfskomitees gebildet, die in rühriger Werbetätigkeit Geldspenden sammeln, die zum Ankauf von Lebensmitteln für unsere armen Studenten dienen sollen. Dank dem Entgegenkommen der schweizerischen Behörden soll die Spende schon demnächst hier eintreffen. Gleichzeitig ist geplant, armen Wiener Studenten durch Verleihung von Stipendien einen einsemestrigen Studienaufenthalt an einer schweizerischen Universität zu ermöglichen, in der Absicht, so das geistige Band, das unsere junge Republik mit der ältesten Republik Europas verbindet, enger zu knüpfen. — Der Zentralausschuß der Hilfsaktion für die Wiener Studenten richtet einen Aufruf an die gesamte Studentenschaft aller Wiener Hochschulen, in dem es unter anderem heißt: Die Lebensmittel der Schweizer werden in der allernächsten Zeit in Wien eintreffen. Die Verteilung wird von Delegierten der schweizerischen Studentenschaft, die die Spende nach Wien bringen, im Verein mit einem Wiener Studentenkomitee vorgenommen werden. Es ist der ausdrückliche Wunsch der Schweizer, daß diese Spende allen mittellosen Studenten ohne Rücksicht der Parteizugehörigkeit, die als ordentliche Hörer einer Wiener Hochschule angehören, zugute kommen soll. — Die Durchführung dieses Hilfswerkes ist ähnlich der Aktion „Wiener Kinder in die Schweiz“ geplant. Es handelt sich vorerst darum, rasch die Zahl der Kommilitonen festzustellen, die auf einen Erholungs-aufenthalt in der Schweiz Anspruch machen wollen. Anspruchsberechtigt sind alle mittellosen, erholungsbedürftigen, aber nicht schwerkranken Studenten, die derzeit als ordentliche Hörer an den Wiener Hochschulen inskribiert sind. Das Gesuch, das an den „Schweizerischen Zentralausschuß der Hilfsaktion für die Wiener Studenten“ zu richten ist, soll an den Wiener Vertreter des Zentralausschusses, Med.-Dr. Erwin Dast, Wien, 1. Bezirk, Schottenring Nr. 32 (nur durch die Post), zugesendet werden. Dem Gesuch sind beizulegen: 1. der Nachweis der Zugehörigkeit als ordentlicher Hörer an einer Wiener Hochschule; 2. ein Mittellosigkeitszeugnis; 3. ein ärztliches Krankenzeugnis. Nach Abschluß der Verhandlungen mit den schweizerischen Behörden werden die angemeldeten Kommilitonen zu einer ärztlichen Untersuchung eingeladen, bei der die endgültige Auswahl der zur Ausreise gelangenden Kommilitonen getroffen werden wird.

Liebesgabenverteilung in Hernals.

Die Verteilung der Schweizer Liebesgaben durch das Frauenarbeitskomitee für die Buchstaben N bis R, Sch findet in Hernals morgen Samstag von 2 bis halb 6 Uhr an Kinder von zwei bis sechs Jahren statt. Mitzubringen sind: Einkaufsschein für Mindestbemittelte, blaue Milchkarte und Heimatschein oder Arbeitsbuch oder Trauungsschein.

Unsere Lebensmittelnot.**Das Volksernährungsamt und der
Zuckerschleichhandel.**

Die Nationaldemokratische Korrespondenz schreibt: Auf Grund einer vor drei Monaten von der Bezirksvertretung Marienhilf eingebrachten Anfrage über die Verwendung einer Menge von 20.000 Kilogramm Zucker, die an die Firma Siegmund Altbach, 6. Bezirk, Kasernengasse Nr. 15, zur Erzeugung von Fruchtjäften und Likören geliefert worden war, teilte das Volksernährungsamt der Bezirksvertretung mit, daß der genannte Zucker zur Erzeugung von Fruchtjäften für medizinische Zwecke verarbeitet worden sei. Inzwischen ist auf Grund von Nachforschungen erwiesen worden, daß die Firma Siegmund Altbach den Zucker im Schleichhandel zu 40 Kronen pro Kilogramm verkauft hat und daß deshalb die strafgerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet worden ist. Trotzdem will das Volksernährungsamt wiederum 30.000 Kilogramm Zucker an die Firma liefern.

14. VII. 1919

75 14

G Speisezettel für die Woche

vom 15. bis 21. Juni 1919.

Sonntag: Fleischsuppe, Schöpfengemisch. — **Abend:** Spargel in Einnachsoße.

Montag: Gränzeugsuppe, Knödel mit Schwammerlsoße. — **Abend:** Rotes Rüben Gemüse.

Dienstag: Kohlsuppe, Gröchl von Blutwurst und Erdäpfel. — **Abend:** Gelbe Rüben mit Reis.

Mittwoch: Kartoffelgrießsuppe, Pomidlnudel. — **Abend:** Kohlrüben.

Donnerstag (Feiertag): Einnachsuppe, Krenfleisch (vom amerikanischen Speck) mit Erdäpfel. — **Abend:** Rottraut mit Preßwurstauflage.

Freitag: Gemischte Gemüsesuppe, Stodfischschnitzel mit Spinat. — **Abend:** Schwammerlsuppe.

Samstag: Würfelsuppe, Krautfleisch. — **Abend:** Paraderreis.

Schöpfengemisch. Man kocht das Fleisch in heißem Salzwasser mit gelben Rüben, Kartoffeln, Kohlrüben, Zwiebeln, Porree und Kümmel. Fleisch und Gemüse richtet man zusammen an.

Krautfleisch. Man kocht Sauerkraut mit Finbrenne, schneidet kleine Fleischstücke oder Wurst und läßt beides dünsten.

Gelbe Rüben mit Reis. Die Rüben und der Reis werden mit Fett und kochendem Wasser und Salz auf's Feuer gestellt. Ein Eßlöffel Mehl wird dazugemischt.

Gröchl von Blutwurst und Erdäpfel. Blättrig geschnittene Wurst wird mit Zwiebel, Salz und Pfeffer in Fett geröstet. In der Schale gekochte Kartoffeln werden geschält, blättrig geschnitten und mit dem Fleisch vermengt. Darf nicht lange stehen, da es sonst hart wird.

16.11.1919

58

Für die Wiener Studenten

Mz. Das Wohltätigkeitsfest zugunsten der Wiener Studenten, zu dem die Berner Studentenschaft am letzten Samstag ins Kasino einlud, bot einen schönen Beweis der Solidarität der akademischen Jugend. Noch flutete helles Tageslicht im Freien, und schon strömten Scharen von Freistudenten, Singstudenten Farbentragenden, zumeist in Damenbegleitung, den Festräumen zu. Es bedarf eines starken Zubrangs, um den bestuhlten großen Kasinoaal zu füllen. Wenn nun auch während des Konzertes, das den Auftakt der Veranstaltung bildete, noch einige Sitzreihen leer blieben, so zeigten sich doch später, als sich die Festteilnehmerschaft in alle Räume des ersten Stockwerks verteilten, nirgends Lücken. Höchstens fiel auf, daß die finanzkräftigen Philister-Jahrgänge nicht so stark vertreten waren, wie es die zahlreichen Darbietungen des Abends hätten wünschen lassen.

Das Konzert wurde durch frisch und ansprechend vorgetragene Gesänge der Singstudenten eingeleitet und geschlossen. Wahre Beifallstürme entsetzte Frä. Elise Ruez mit einigen Liedern von Mozart und Schubert; schließlich mußte sie eine Zugabe spenden, um wieder Ruhe zu schaffen; ebenso erging es Herrn Otto Janesch, dem beliebten Bariton unseres Stadttheaters. „Wie man heute in der guten Gesellschaft tanzt“, zeigte Frä. Anni Schwaninger, Lehrerin der Semmler-Kinder-Schule mit einer ihrer Schülerinnen. Ein Basler Trommler in alter Tracht löste große Heiterkeitssalven aus durch Kraftleistungen erster Güte. Bei den von Herrn Biherti in Aussicht gestellten Rezitationen blieb es bei der Verheißung.

Während sich dann die Umwandlung vom Konzertsaal in den Ballsaal vollzog, hatte man Ruhe, die Bundesstadt im Übungsaal zu durchwandern und sich durchzuwinden zwischen dem Schokoladestand, der Papeterie, der Quincailerie, der alten Apotheke „Zum Krokodil“ und dem Lebkuchenstand, wo Herzen in allen Dimensionen mit zeitgemäßen Sprüchen von Frau Hedwig Diehi zu erwerben waren: „Ich me o a Chole arm, d'Liebi git eim geng no warm!“, „Der Chrieg isch us, der Friebe soll cho; so schid di, so schid di, so erlabe mer's no!“ Originell war der Postbetrieb, der gewissenhaft die Expedition der Einkäufe an die nummerierten Restaurationstische besorgte. Im Foyer lodten ein dämmeriges Champagnerstübchen, mit prächtigen Teppichen der Firma Koster bedeckt, eine Teestube usw. Nach Mitternacht erreichte

das Cabaretleben im Burgerratssaal den Höhepunkt. Das Wiener Operetten-Ensemble unter der Leitung von Herrn Hans Schnepf bot allerlei Kurzweil. Auch hier, wie beim Konzert, erwies sich Herr Kapellmeister Oskar Kapp als vorzüglicher Begleiter am Klavier. Daß an diesem Fest der akademischen Jugend für die akademische Jugend der Kaiserstadt Wien leidenschaftlich getanzt wurde, versteht sich von selbst. Das Volkshaus-Orchester glänzte durch unermüdbare Tanzmusik-Leistungen. Im Morgendämmer kündeten fauchende Autos und lustig zwitschernde Menschen in den Außenquartieren an, daß das Fest im Kasino sein Ende erreicht hatte.

Unsere Lebensmittelversorgung bis zum Monat August gesichert.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

St.-Germain, 15. Juni. Die Forderung der französischen Regierung nach Gewährung eines Lebensmittelkredites für Deutschösterreich stößt in der Pariser Deputiertenkammer nach wie vor auf Widerspruch. Trotzdem sind die von Frankreich zugesagten Kredite für den Verkehr mit den überseeischen Exportländern bereits in Rechnung gestellt worden. Die Lebensmittelversorgung Deutschösterreichs ist dadurch bis zum Monat August gesichert.

17. IV. 1919

Das Elend in Wien.

(Korr.)

Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an — das war wohl die Stimmung jedes einzelnen der zahlreichen Zuhörerschaft, die letzten Mittwoch dem Lichtbilder-Vortrag der Frau Anitta Müller über die Lage im heutigen Wien lauschte. Es war ein mit Bedacht einfach und schmucklos gehaltener Vortrag. Keine Rhetorik, keine Sentimentalität — nichts als Tatsachen, und dazu Lichtbilder nach photographischen Augenblicksaufnahmen; Bilder von der Straße, vom Marktplatz, Bilder aus Kellerwohnungen und Elendshöhlen. O, diese Bilder — sie wirkten wie ein stummer Vorwurf gegen unser gemeinsames Menschentum, gegen unsere Zivilisation. Sie wühlten sich förmlich in uns ein, und man beneidete schier die nicht wenigen Frauen und Männer der Zuhörerschaft, deren Ergriffenheit sich in Tränen Erleichterung verschaffte.

Vor Jahren erinnern wir uns, Bilder von der Hungersnot in Indien gesehen zu haben. Die von Missionaren und englischen Reisenden gemachten Aufnahmen zeigten uns die ausgemergelten, kraftlosen Erscheinungen der Inder, die müde, hoffnungslose Gleichgültigkeit der Opfer des Hungers — es griff uns ans Herz, als wir beim Vortrag über Wien plötzlich an Indien erinnert waren. Indien jedoch ist ein Land des Ostens, wo seit den Dämmerzeiten der Geschichte ungezählte Millionen in Unterdrückung und bitterster Not geschmachtet haben, immer an der Grenze des Hungers, ohne daß Religion und Sitte daran Anstoß genommen, das Gefühl gemeinsamer Gotteskindschaft, eines alle Schichten des Volkes einigenden Mitleides erzeugt hätten.

Aber Wien — was haben sie aus Wien gemacht, aus den Wienern, unsern Rassen- und Religionsverwandten, aus den schlanken, gut gewachsenen Wienern mit den lustigen Augen und dem frohen Sinn? Das Lichtbild antwortet. Wir sehen siebenjährige Kinder, die kaum die Größe von Dreijährigen haben, wir sehen die grauenhaften Erscheinungen der armen Kinder mit den hoffnungslos verkrümmten Beinen, den entsetzlichen aufgetriebenen Bäuchen. Wir sehen die alten Weiber die Kehrichtkübel nach etwas Eßbarem durchwühlen, wir sehen die feuchten, licht- und luftlosen Kellergelasse ohne ein Stück Hausrat oder auch nur Bettzeuge, in dem ganze Familien haufen. Wir hören die furchtbaren Ziffern der Zunahme der Tuberkulose, der Sterblichkeit, der Kriminalität der Jugendlichen. Wahrlich, die Gewaltigen von Versailles, die auch nach dem Waffenstillstand solange mit der Aufhebung der Blockade zögerten, haben die schwerste Verantwortung auf sich genommen!

Die Leiden Wiens übersteigen alles Maß. Als wir die Lichtbilder jener unglücklichen Geschöpfe sahen, die mehr Robothen als Kadavern ehrlicher Christenmenschen gleichen, fragten wir uns unwillkürlich: Warum denn die Wiener Kinder, die als liebe Gäste zu uns kommen, bei aller Blässe, Blutarmut und Schwäche doch so unvergleichlich besser aussehen als jene Monstrositäten. Frau Anitta Müller gab die Antwort darauf: zu uns kommt nur die Auslese, die Kräftigsten und Gesundesten, da man den Schweizer Familien keine verkrüppelten, bewegungsunfähigen, lungen- oder herzkranken Kinder schicken will. Wir sind überzeugt, daß unsere Mitbürger auch weiterhin ihr Liebeswerk mit allen Kräften fortführen werden. Aber das sind alles nur Tropfen auf einen heißen Stein. Wirkliche Hilfe kann Wien nur durch das Gewissen der ganzen zivilisierten Welt werden, das einen gerechten Frieden für Wien fordern muß. Einen Frieden, der Wien lebensfähig, arbeitsfähig erhält und ihm die Mittel zum Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens an die Hand gibt. Frau Anitta Müller sei ihr Vortrag — der eine Wiederholung wohl verdienen würde — aufs herzlichste verdankt.

c. x. h.

17.11.1919

81

Preisherabsetzung für Lebensmittel

Der Bundesrat hat, wie wir hören, einen generellen Beschluß gefaßt über die Herabsetzung der Preise für Monopolwaren. Die Preise für Brot können vorläufig nicht geändert werden. Nach den Berechnungen dürften die Ausgaben der Eidgenossenschaft für die allgemeine Verbilligung von Lebensmitteln im Jahre 1919 die Summe von 150 Millionen betragen.

Die Unprohibitionierung.

Die Fleischration.

In der kommenden Fleischwoche werden mit Rindfleisch alle Verkaufsstellen, deren Firma mit S oder T beginnt, beteiligt werden. Die Versorgung in diesem Umfange ist nur dadurch möglich geworden, daß — wie wir schon gemeldet haben — 30.000 Kilogramm argentinisches gefrorenes Rindfleisch eintrafen, die zur Ausgabe der Ration mit herangezogen werden. Dieses Fleisch wurde zwar durchgehend als erstklassig begutachtet, doch wird trotzdem ein großer Teil als Einheitsfleisch ausgegeben werden müssen, weil sonst das nötige Einheitsfleisch nicht aufgebracht werden könnte.

An amerikanischem Büttelfleisch wird wieder nur ein Achtelkilogramm pro Kopf ausgegeben werden, und es wird wieder hauptsächlich aus Fett bestehen. Unser Vorrat an Büttelfleisch ist schon sehr zusammengeschmolzen.

Kirschen und Erdbeeren.

Endlich ist Frühlingsfrucht angelangt. Sonntag kamen auf den Hofmarkt die ersten Kirschen, die ein Bauer aus Westungarn zu Wagen zugeführt hatte. Sie wurden zum Preise von 12 Kronen sehr rasch abverkauft. Man erwartet nun weitere stärkere Kirschenzufuhren aus Westungarn und hofft, daß diese sich billiger stellen werden. Möge die Hoffnung sich erfüllen.

Gestern sah man in vielen Geschäften und sogar bei Hausierern in der Innern Stadt Ananaserdbeeren, die aber 40 Kronen pro Kilogramm kosteten. Die Ananaserdbeere, welche an Wohlgeschmack der köstlichen Walderdbeere ähnelt, sie aber nicht erreicht, ist eine ziemlich mühselos gezogene Gartenernte. Welche Bodenrente wirft sie ihrem Züchter ab, und was gewinnt der Zwischenhändler bei ihrem Verkauft, wenn das Kilogramm 40 Kronen kostet. Wer kann sich aber auch bei solchen Preisen den Genuß von Obst vergönnen! m. h.

Nährmittelzubußen für Kinder.

Die vom Staatsamte für Volksernährung für den Monat Juni zur Verfügung gestellten Nährmittelzubußen für Kinder bis zu 14 Jahren werden bei den Konsumentenorganisationen und städtischen Nährmittelzubußenabgabestellen in der Zeit vom 20. bis 26. d. abgegeben. Es erhalten: 1. Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre 1 Kilogramm Weizengrieß und $\frac{1}{4}$ Kilogramm Teigwaren; 2. Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten sechsten Jahre 1 Kilogramm Mehl und $\frac{1}{4}$ Kilogramm Teigwaren; 3. Kinder vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Jahre $\frac{1}{2}$ Kilogramm Mehl und $\frac{1}{4}$ Kilogramm Haferreis.

Gesamthalte, die mit dem Nachbauge bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind, erhalten die Nährmittelzubußen für Kinder bei den städtischen Nährmittelzubußenabgabestellen. Maßstab der Konsumentenorganisationen bei der Verteilung ist ihrer Organisation.

Der Bezug der Zubußen erfolgt für alle drei Altersstufen und für alle angeführten Artikel gegen Vorweisung der Nachbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes VI der grünen, blauen oder gelben Maßkarte. Detailverkaufspreis der Zubußen: Mehl und Weizengrieß R. 5.40, Reis R. 4, Haferreis R. 1.72, Teigwaren R. 7, alles pro 1 Kilogramm.

18. VII. 1919

M 18
84**Mittelschülerausbeisung im
Kurialon.**

Von der Terrasse des Kurialons im Stadtpark, von dem mit Bäumen bestandenen schattig-kühlen Teil, der dem Wienerfluß zugekehrt ist, klingt lustiges Zwitschern, Krähen, Gurren, Klappern und Pippern. Dort sitzt nämlich seit gestern alltäglich die Wiener Mittelschülerjugend männlichen und weiblichen Geschlechtes als Gäste der amerikanischen Aktion zur Aufzuckerung der Kinder Wiens. Sie essen und schwatzen und schwatzen dabei, mehr oder minder laut, mehr oder minder manierlich, je nach Alter und Temperament. Sie freuen sich und lachen mit den Augen, da sie es mit dem Munde nicht können, der genug mit der Verteilung des gebotenen Mahles zu tun hat.

„*Aurea aetas sata est*“ zitiert ein etwa Sechzehnjähriger zwischen zwei Wissen. Ja eine goldene Zeit ist für die Mädel und Jungen von 10 bis 18 Jahren angebrochen, die die Gastfreundschaft der Amerikaner in Anspruch nehmen. Ein Mädel neben ihm, wohl mehr Talent zur künftigen Hausfrau verratend als zur künftigen Bürgerin der *Alma mater universitatis scientiarum*, meint kopfschüttelnd: „Also, was zahlen wir mit der Krone? Die Kocharbeit oder die Gulaschsaucen? Denn das Fleisch, das Graubenschnitzel, das viele Fett und das weiße Brot kosten doch sicher jedes allein mehr.“ — „Und gestern,“ erzählt ein ganz kleiner Pennäser, „haben wir Knödel mit Bohnen gekocht und eine halbe Menageschüssel Kakao. Wie ich die Masse Essen verschluckt habe, ist mir ein Nebus.“

So erfahre ich im Vorbeigehen den Speiszettel von gestern und heute, ich sehe die glückliche Fröhlichkeit der Jugend, die nicht nur geistig, sondern auch körperlich wachsen muß, soll sie für die harten Tage der Zukunft gerüstet sein. Achtundert junge Deutschen speisen alltäglich hier. Die Großen bekommen 1500 „Rem“, die Kleinen 1000 „Rem“ und die Mittleren nach Augenmaß eine Menge, die ungefähr dazwischen liegt. Trotzdem ein arabischer Schöpfer verwendet wird, wird nicht zu farg gemessen. Die meisten zwingens nicht leicht, nicht leichter als die Gleichungen mit zwei Unbekannten, den Fallus, eine komplizierte Regelschnittkonstruktion oder ein Kapitel aus Laines „*Distoires*“. Aber sie zwingens, und wenn es ihnen zuviel wird, dann werfen sie kleine Bröckchen den Spaten zu, die led bettelnd bis an die Tische hüpfen und nicht minder lustig riebsen und essen als die jungen Gäste der Amerikaner.

Die Hilfsaktion der Schweizer Studenten.

Die Studentenschaft der Universität Bern hat wie berichtet für die Wiener studierende Jugend eine Hilfsaktion eingeleitet, die sich in erster Linie auf die Sendung von Lebensmitteln, in zweiter Linie auf die Ermöglichung von

Sommeraufenthalten der mittellosen Wiener Studenten in der Schweiz erstreckt. In Bern geschieht alles Mögliche, um diesen Zweck zu fördern. An den Schweizer Universitäten schritt die Studentenschaft zur Bildung von Lokalkommissionen und nahm sich der Sache mit einer Begeisterung an, die davon zeugt, daß eine Verständigung der Nationen möglich ist. Die Aktion hat keine politischen Ziele als Beweggrund; sie soll einfach den nothleidenden Wiener Kommilitonen ihre immer noch äußerst kritischen Lage verbessern helfen. Die schweizerische Studentenschaft will mit dieser Aktion zeigen, daß ihr die Lage der Akademiker in Wien nicht gleichgültig ist. Samstag den 14. Juni wurden während des ganzen Tages in der Stadt Künstlerpostkarten und farbige Bändchen verkauft. Nachmittags vier Uhr fand im Kursaal Schänzli ein Konzert der Berner Singstudenten statt. Abends wurde im großen Kasinoaal ein Konzert zugunsten der Hilfsaktion gegeben. Eine Budenstadt ist errichtet worden, und auch für ein Buffet und für Musik war gesorgt.

In Verbindung mit diesen Veranstaltungen macht es sich die Studentenschaft zur Pflicht, Sittenjournale durchzuführen. Nicht nur an die akademische Bürgerschaft und die ehemaligen Studierenden ergeht der Ruf, die Studierenden Berns bei ihrem humanitären und solidarischen Werk durch Geldmittel zu unterstützen, sondern an die gesamte bernische Einwohnerschaft.

Das Wiener Kinderelend.

Die Vorträge über das Wiener Elend, die Annita Müller in Schweizer Städten hält, machen den denkbar größten Eindruck. Das konservative „Berner Tagblatt“ widmet diesen Vorträgen einen Artikel, in dem es sagt, daß die vorgeführten Lichtbilder an die Bilder erinnern, die vor Jahren über die Hungersnot in Indien gezeigt worden sind, und schließt: Wir sind überzeugt, daß unsere Mitbürger auch weiterhin ihr Liebeswerk mit allen Kräften fortzuführen werden, aber das sind alles nur Tropfen auf den heißen Stein. Wirkliche Hilfe kann Wien nur durch das Gewissen der ganzen zivilisierten Welt werden, das einen gerechten Frieden für Wien fordern muß, einen Frieden, der Wien lebensfähig und arbeitsfähig erhält und ihm die Mittel zum Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens an die Hand gibt.

Die Entente für Volkswahlkinder.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Von dem Bestreben geleitet, Kindern, welchen durch andere Organisationen kein Sommeraufenthalt geboten wird, einen solchen auf dem Lande zu ermöglichen, hat der Bildungsrat der Volkswahlbataillone 5 und 8 im Einvernehmen mit dem Vollzugsausschusse der Soldatenräte ein Volkswahl-Jugendhilfswerk geschaffen. Dank dem weitestgehenden Entgegenkommen des Leiters des amerikanischen Kinderhilfswerkes, Herrn Doktor Hermann R. Geist, welcher die Beistellung reichlich bemessener Lebensmittel für 2000 Volkswahlkinder ohne Unterschied der Konfession auf die Dauer von sechs Wochen zugesichert hat, ist die Verwirklichung der Idee, diese Kinder auf einige Wochen dem Hungerelend zu entreißen, möglich geworden. Das Staatsamt für Heerwesen hat die nötigen Baracken und ihre Inneneinrichtung zugesagt; das Rote Kreuz wurde um Beistellung der nötigen sanitären Utensilien und der Kücheneinrichtung ersucht. Auch die für Transport u. dgl. in Betracht kommenden Behörden werden mit Rücksicht auf den Zweck des Unternehmens keine Schwierigkeiten machen. Es fehlt nur noch an Wäsche für die armen Kinder! Wer mithelfen will in werltätiger Liebe, unterstütze es durch Spenden von Kinderwäsche. In Aussicht gestellte Sachen werden vom Hilfswerk, 5. Bezirk, Siebenbrunnengasse, abgeholt.“

Der Neue Tag
19./VII. 1919

86

Eröffnung neuer Kinder- auspeisestellen.

Der Kommissär der amerikanischen Kinderhilfsaktion für Wien Dr. Hermann Geist teilt mit, daß derzeit in Wien insgesamt 144 Speisestationen bestehen. Im Laufe der nächsten Woche werden nachstehende Speisestationen eröffnet: Wälgasse 16 für 1100, Lehrlingsheim Wälgasse für 240, Schule Hebbelpatz für 600, Mollitorgasse für 300, Kriegsspital Meidling für 600, Lorenz Wälgasse für 400, Klettenhofergasse für 460 Kinder und Universität für 3000 Studenten.

Preisabbau auf den Lebensmitteln

(Mitgeteilt von der Bundeskanzlei)

Es besteht in einzelnen Kreisen die Auffassung, die Lebensmittelvorräte (Monopolwaren) des Bundes seien seinerzeit teurer erworben worden und der Bund trachte nun darnach, die Gestezungskosten dieser Waren durch entsprechend hohe Abgabepreise zu realisieren. Dadurch würden sich, so folgert man weiter, in unserm Lande Lebensmittelpreise ergeben, die mit der heutigen Weltmarktlage nicht mehr im Einklange stehen und die den begreiflicherweise sehnlichst gewünschten Preisabbau entsprechend verlangsamten. Im Gegensatz zu solchen Annahmen und Schlussfolgerungen ist festzustellen, daß der Bund in der Festsetzung seiner Verkaufspreise für Monopolwaren den gestiegenen Einstandspreisen dieser Waren nach Weltmarktlage während des Krieges nicht gefolgt ist, sondern sie jeweilen wesentlich billiger abgegeben hat. Die Verkaufspreise der meisten Monopolwaren des Bundes stehen auch zurzeit noch erheblich unter den Gestezungspreisen nach gegenwärtiger Weltmarktlage. Die überseelischen Einkaufspreise dieser Waren und auch die Seefrachten, die während des Krieges eine außerordentliche Höhe erreicht haben, sind bisher nur unwesentlich zurückgegangen; auf einzelnen Waren ist in neuerer Zeit sogar eher noch eine Erhöhung des Weltmarktpreises festzustellen.

Der Einstandspreis der derzeitigen Weizenvorräte des Bundes beträgt zirka Fr. 78, der Gestezungspreis für neue Anläufe nach gegenwärtiger Weltmarktlage zirka Fr. 74, während der Abgabepreis des Bundesweizens heute auf Fr. 63 pro 100 Kilogramm festgesetzt ist. Der Verkaufspreis des Bundes für Reis beträgt unverändert Fr. 87, während der Einstandspreis nach gegenwärtiger Weltmarktlage sich immer noch auf Fr. 120 pro 100 Kilogramm beläuft. Der Bund liefert den Konsumzucker zu Fr. 115, bei einem Einstandspreis nach gegenwärtiger Weltmarktlage von zirka Fr. 120 pro 100 Kilogramm.

Unter Beibehaltung des derzeitigen Abgabepreises von Fr. 63 pro 100 Kilogramm Bundesweizen, sowie der gegenwärtigen Beschaffenheit und Preise des Vollmehles, wird der Bund zugunsten der allgemeinen Brotverbilligung im Jahre 1919 ein Opfer von rund 55 Millionen Franken zu tragen haben. Dazu kommt noch der Beitrag für die besondere Verbilligung des Brotes der Notstandsberechtigten im Betrage von rund 10½ Millionen Franken.

Unter Annahme der derzeitigen Produzenten- und Abgabepreise der Milch, werden sich pro 1919 die Leistungen des Bundes für die Konsummilchversorgung des Landes voraussichtlich auf rund 38½ Millionen Franken belaufen, wovon zirka 10½ Millionen auf die weitere Verbilligung der Milch für Notstandsbeschäftigte entfallen.

Für einzelne Lebensmittel, wie Hülsenfrüchte, Dörrrobt, Dörrgemüse, Kaffeesurrogate, Kartoffeln, Fleisch, Fleischwaren, Speisefette und Speiseöle, sowie für Getränke, Brennmaterialien und einzelne Bekleidungsstoffe ist in neuerer Zeit ein Preisrückgang festzustellen. Die allgemeine Teuerung besteht aber dennoch in kaum vermindertem Grade weiter, weshalb eine Verbilligung der Lebenshaltung auf ganzer Linie angestrebt werden muß.

Der Bundesrat hat sich mit den Fragen des Preisabbaues wiederholt eingehend befaßt und in seiner Sitzung vom 16. Juni die begleitenden Grundzüge für die vom Eidg. Ernährungsamt zu verfolgende Preispolitik aufgestellt. Er hat dieses beauftragt und ermächtigt:

1. Die Monopolwaren des Bundes und andere in seinem Besitze befindliche Waren für die Inlandsversorgung zu einem Preise abzugeben, der nicht höher ist, als er sich aus der jeweiligen Weltmarktlage ergibt. Die Abgabepreise für Monopolwaren, die jetzt schon unter diesem Ansatze stehen, sollen nicht erhöht werden.

2. Die Verkaufspreise, soweit sie für einzelne seiner Waren noch höher sind, als die Preise, die sich nach Maßgabe des vorstehend entwickelten Grundgesetzes ergeben würden, entsprechend herabzusetzen. Daraus ergibt sich eine Herabsetzung der Preise für Getreide, Mais und einzelne Mäseerzeugnisse.

Bei der Festsetzung der Futtermittelpreise ist der Preislage für vöhwirtschaftliche Produkte angemessen Rechnung zu tragen.

3. Eine weitere Herabsetzung der Preise für Speisefette und Speiseöle zu prüfen und nach Möglichkeit in geeigneter Weise durchzuführen.

4. Die in Aussicht genommenen und fernerhin eintretenden Preisreduktionen auf Waren sollen für alle Konsumenten gleichmäßig in Anwendung kommen. Eine weitere Preisdifferenzierung nur zugunsten der Notstandsbeschäftigten ist somit zu vermeiden.

Die Durchführung dieser Grundzüge wird den Bund pro 1919 mit rund 150 Millionen Fr. belasten, einschließlich Beiträge für die besondere Bewilligung von Lebensmitteln (Brot, Milch, Kartoffeln, Petrol, Brennmaterialien) für Notstandsbeschäftigte.

Das Eidg. Ernährungsamt wurde sodann beauftragt, den Antrag der Eidg. Ernährungskommission betreffend die Durchführung einer weiteren Brotverbilligung allseitig zu prüfen. Mit der angelegten Verbilligung ist aber gleichzeitig auch die Frage der Aenderung der Maßvorschriften im Sinne der Verbesserung des Mehlsops sowie der Erfassung des Inlandsgetreides und allfälliger weiterer damit zusammenhängender Fragen zu untersuchen.

19. VII. 1919

19
88

Die Bekämpfung der Ernährungs- Schwierigkeiten.

Vorschläge des Ausschusses.

Der Ernährungsausschuss der Preussischen Landesversammlung hat am Dienstagabend nach eingehenden Beratungen folgende Entschliessungen gefasst: „Die Staatsregierung zu ersuchen: 1. sobald die ausländische Zufuhr von Getreide resp. Mehl es gestattet, die Auswahlung des Getreides herabzusetzen und die freiwerdende Arie sofort als Viehfutter zur Verfügung zu stellen; 2. die Zwangswirtschaft, a) soweit sie Getreide, Stroh, Gemüse, Obst und sonstige verderbliche Gegenstände sowie Futtermittel betrifft, völlig abzubauen und das Futtergetreide nur insoweit zu erfassen, als es zur Herstellung der menschlichen Ernährung erforderlich ist, b) soweit sie Kartoffeln betrifft, nur den tatsächlichen Bedarf zu erfassen, den Rest aber der Landwirtschaft freizulassen; 3. Zucht- und Zugvieh nach Möglichkeit zu schonen; von weiteren Eingriffen in die Milchviehbestände ist Abstand zu nehmen; 4. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, namentlich auch das Brotgetreide, in das richtige Verhältnis zu den Produktionskosten zu bringen; 5. der Landwirtschaft die nötigen Kohlen, Brennstoffe und Betriebsstoffe schleunigt zuzuführen; 6. das bei der Demobilisierung freigewordene Heeresgut der Landwirtschaft, soweit es von ihr verwendet werden kann, zu mäßigen Preisen und ohne Zwischenhandel zur Verfügung zu stellen; 7. der Landwirtschaft sofort und für die Zukunft in ausreichendem Maße künstliche Düngemittel zur Verfügung zu stellen und zu mäßigem Preise und gerecht zu verteilen a) durch sofortige Inbetriebsetzung der Stickstoff erzeugenden Fabriken, b) durch energische Einwirkung auf die Friedensverhandlungen in dem Sinne, daß die Möglichkeit der Versorgung der Landwirtschaft mit Phosphorsäure sichergestellt wird, c) durch energische Förderung von Kali.

Sicherung und Steigerung der Lebensmittelversorgung: a) Organisierung von Arbeitsgemeinschaften der Landwirte zu gegenseitiger Hilfe; b) genossenschaftliche Beschaffung und Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte unter Aufbesserung der Heeresbestände und Sicherstellung der Betriebsmittel dafür; c) Förderung der Produktion der künstlichen Düngemittel, Bereitstellung und Verteilung derselben unter behördlicher Aufsicht, insbesondere für den Kartoffel-, Getreide- und Milzbau; d) Beschaffung von geeignetem Saatgut zu erschwinglichen Preisen; e) Ausbildung und Fortbildung der Landwirte, u. a. auch durch Veranstaltung von Wanderkursen, Anleitung zu weiterer Bestellungs- und Erntetechnik an angelegten Versuchsfeldern; f) zwangsweise Bewirtschaftung brachliegender Felder, Verpachtung von geeignetem Freiland für Klein-Gartenbau an kleine Leute zu mäßigen Preisen; g) Beschaffung von Arbeitskräften durch Errichtung öffentlicher paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise und Ausbau bestehender auf dem Lande. Förderung des Wohnungsbaues auf dem Lande. Herbeiführung von Tarifverträgen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Löhne und Arbeitsbedingungen und Sicherstellung derselben.

Bewirtschaftung der Lebensmittel: a) Vorläufiges Festhalten an der öffentlichen Bewirtschaftung der für die Volksernährung wichtigsten Lebensmittel. Mitwirkung der Genossenschaften und der Vertreter der Organisationen der Produzenten und Verbraucher bei Durchführung der Erfassungs- und Verteilungsmaßnahmen. b) Möglichste Durchführung des Zwangsan schlusses der Kuhhalter an Molkereien, evtl. Errichtung von Beihilfsmolkereien. c) Allgemeine Einführung der Viehskatzen. Reorganisation der Viehhandelsverbände durch Heranziehung der Vertreter der Kommunalverbände sowie der Organisation der Verbraucher und der Fleischer in die Vorstände der Viehhandelsverbände.

Systematischer Abbau der Preise und Verteilung der Lebensmittel: a) Zuführung der öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel der eigenen Produktion und der vom Auslande kommenden an die Bevölkerung durch Vermittlung der Kommunalverbände unter Mitwirkung der Konsumgenossenschaften und Vertreter der Verbrauchsorganisationen; b) Bereitstellung der Ueberschüsse der Viehhandelsverbände zur Abgabe von Lebensmitteln zu billigen Preisen an die bedürftigen Kreise der Bevölkerung und Erlass von Zwangsvorschriften an die Gemeinden zur organisatorischen Durchführung dieser Maßnahmen.

Zur besseren Verteilung der Arbeitskräfte und zur Ermöglichung der dringenden Arbeiten in der Landwirtschaft ist die Zurückführung solcher Arbeiter, die früher auf dem Lande beschäftigt wurden, zu erleichtern, insbesondere durch Gewährung freier Eisenbahnfahrt. Landwirtschaftliche Arbeiter, denen Arbeiten in der Landwirtschaft zu angemessenen Bedingungen nachgewiesen werden, sollen zu öffentlichen Notstandsarbeiten nicht verwendet werden.

19. VII. 1919

89

Die Lebensmittellieferungen an Deutschösterreich.

Die Frage der Garantien.

St.-Germain, 17. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Der Oberste Wirtschaftsrat hat den Brief des Staatskanzlers Dr. Renner bezüglich der für die Lebensmittellieferungen zu bestellenden Sicherheiten heute beantwortet.

Der Staatskanzler hatte in diesem Briefe sich bereit erklärt, die vom Obersten Wirtschaftsrat verlangten Sicherheiten: ausländische Werte, Edelmetalle, Gelder der Valuteneingänge aus der Holzaußfuhr, Garantie der Stadt Wien zu gewähren, daran aber das Ersuchen geknüpft, diese Sicherstellungen nicht nur für die schon abgelieferten Lebensmittel, sondern auch für die späteren Lieferungen und für die Sendung von Rohstoffen gelten zu lassen.

Der Staatskanzler hatte ferner die Erwartung ausgesprochen, daß vor Durchführung der einzelnen Verpfändungen die deutschösterreichischen Finanzsachverständigen gehört werden. Das Schreiben Dr. Renners begründete ferner die Notwendigkeit, Schmuckgegenstände der Privaten und das Gold der Oesterreichisch-ungarischen Bank aus diesen Sicherstellungen auszuscheiden.

In der Antwort des Obersten Wirtschaftsrates wird das Schreiben des Staatskanzlers zur Kenntnis genommen und zugleich der Wunsch ausgesprochen, daß zunächst die in deutschösterreichischem Besitz befindlichen ausländischen Werte, die in Deutschösterreich oder in neutralen Staaten erliegen, sowie die Eingänge aus dem Holzexport zur Sicherstellung der Lebensmittellieferungen verwendet werden. Es wird gleichzeitig die Forderung gestellt, daß die dazu notwendigen Maßnahmen binnen kürzester Frist getroffen werden.

20. VII. 1919

20
JL

Abgabe von Monopolwaren

(Mitgeteilt vom Eidgenössischen Ernährungsamt)

Die eidgenössische Ernährungscommission befaßte sich in ihrer Sitzung vom 18. Juni mit den zu erlassenden Vorschriften über die Abgabe der sogenannten Monopolartikel (Reis, Teigwaren, Mais, Gersten- und Haferprodukte), die nach Aufhebung der Rationierung ab 1. Juli Gültigkeit haben werden. Die commission erklärte ihre Zustimmung zu den Entwürfen der Verfügung des Eidgenössischen Ernährungsamtes, sowie des Pflichtenheftes und der Preisliste. Das Pflichtenheft verbietet Ringbildung, um zum Zwecke der Ausschaltung der Konkurrenz die Abgabepreise der Monopolwaren richten sich nach dem Bundesratsbeschuß, der am 18. Juni 1919 in der Presse veröffentlicht worden ist. Demgemäß treten hauptsächlich Preisreduktionen auf Mais, Mais- und Gerstenprodukten und auf einzelnen Sorten von Delfischen ein.

Von seiten der Landwirtschaft wurde im Hinblick auf die herrschende Trockenheit mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit des Importes von Futtermitteln, namentlich von Delfischen, hingewiesen, die im nächsten Winter in einer dem Milchpreis entsprechenden Preislage abgegeben werden sollten. Die Direktion des Eidgenössischen Ernährungsamtes erklärte auch in der eidgenössischen Ernährungscommission, daß sie keine Anstrengungen unterlasse, um geeignete Futtermittel zu importieren.

Zur Besprechung der Brotversorgung (Mehlwanderung, Mehlschmuck usw.), der Milchversorgung und der Schokoladenpreise wurde auf Mittwoch, den 25. Juni, eine weitere Sitzung vorgesehen.

21. VII. 1919

93

Verlangen nach Auslieferung der privaten Goldmünzen und ausländischen Effekten.

Sicherung der Lebensmittellieferungen bis zur neuen Ernte.

Wien, 18. Juni.

Wie ein Telegramm unseres Korrespondenten in Saint-Germain meldet, hat der Oberste Wirtschaftsrat das Verlangen gestellt, daß zur Deckung der Lebensmittellieferungen alle privaten Goldmünzen und Auslandswerte bis längstens 30. d. als Pfand der Bank von Italien in Venedig übergeben werden müssen. Sie stehen dann zur Verfügung des italienischen Finanzministeriums sowie der französischen und englischen Botschafter. Insofern diese Sicherheiten nicht zureichen sollten, werden die Erlöse der Holzexporte an die beteiligten Regierungen abgeliefert werden.

Der Staatskanzler wird eine Verlängerung dieser Frist verlangen. Jedenfalls wäre nach den bisherigen Mitteilungen doch anzunehmen, daß die Lebensmittellieferungen nunmehr bis zur neuen Ernte, das heißt bis Mitte August, gesichert sind, woraus sich auch ergibt, daß wir die entsprechenden Kredite erhalten dürften.

21. VII. 1919

JK

Dauernde Einstellung der Nahrungszüge bei Unruhen in Wien.

Von einer im engeren Verkehre mit der Wiener Entente-Konferenz stehenden Persönlichkeit wird uns mitgeteilt:

„Da in den kommunistischen Kreisen Wiens der sehr bestimmte Eindruck vorzuherrschen scheint, daß für den Fall, als sie der gegenwärtigen Regierung die Macht entreißen sollten, die Entente unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Ordnung ihre Ernährungsaktion fortsetzen werde, sei folgendes festgesetzt: Die jüngste Erklärung der Entente-Mission in Wien, daß Nahrungsmittelzuschüsse nach Deutschösterreich im Falle revolutionärer Umtriebe sofort eingestellt würden, kann nicht dahin gedeutet werden, daß die Einstellung der Nahrungsmittel-lieferungen lediglich für die Zeit der tatsächlichen Unruhen geplant wäre. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Entente irgendwelche Absicht hat, eine Stadt zu ernähren, die von einer Minderheit regiert wird, welche die Herrschaft mit Gewalt usurpiert hat. Daß die terroristischen Elemente Wiens einen solchen Versuch planen, ist der Entente wohl bekannt und die Entente hat entsprechende Vorbereitungen getroffen, um der Lage gewachsen zu sein. Wenn die Bevölkerung Wiens es wünscht, daß ihr die Erfahrungen Petrograds und Budapests erspart bleiben, dann sollte sie sofort energische Maßnahmen treffen.“

21. VI. 1919

95

Speisezettel für die Woche

vom 22. bis 28. Juni 1919.

Sonntag: Einmachsuppe, Schöpfengulhas mit Erdäpfel. — **Abend:** Salat mit Wurstauflage.**Montag:** Paradeisuppe, Kohlrabenknödel. — **Abend:** Gebäckten Reis.**Dienstag:** Gemüsesuppe, Nockerl mit Salat. — **Abend:** Spargel mit Einmachsoße.**Mittwoch:** Gulhasuppe, Schwammsoße. — **Abend:** Karotten.**Donnerstag:** Kohlsuppe, einfaches Reiskoch. — **Abend:** Kohl mit Blutwurst.**Freitag:** Selleriesuppe, Gemüseplatte. — **Abend:** Fischsuppe.**Samstag:** Grünkrautsuppe, Speck mit Spinat. — **Abend:** Mostkraut (Dörrgemüse).

Kohlrabenknödel. Geschälte Kohlraben und rohe Kartoffeln reibt man am Reibeisen und fügt Salz dazu. Dann rührt man diese Masse mit Mehl und heißem Wasser ab und formt Knödel davon. Die Masse muß ziemlich fest sein, eventuell fügt man etwas Mehl bei. Die feingehackten Blätter fügt man zur Einbrenne, löst mit abgeschöpftem Wasser ab, kocht die Knödel ein und richtet sie in dieser Soße an.

Gemüseplatten. Gelbe und rote Rüben geschnitten, Fäulen und Karfiol werden gekocht und abgeseiht. Dann macht man eine Einbrenne, löst sie ab und gibt die Rüben und die Fäulen hinein. In die Mitte der Schüssel kommt der Karfiol, rund herum die Gemüse.

Fischsuppe. Gereinigter Seefisch wird in Stücke zerlegt und mit Salz, Zwiebel und Grünkraut gekocht. Ein Teil des gekochten Fisches wird gebackt, mit etwas Fett, Mehl, Pfeffer und Salz vermischt, zu kleinen Knödeln geformt. Die Brühe wird durchgeseiht und der Rest des Fisches, der durch ein Sieb gedrückt wird, eingerührt. Dann läßt man die Knödel darin aufkochen.

Die Ernährung Wiens.**Die amerikanische Hilfsaktion für die Studenten.****Milchschokolade als tägliches Frühstück.**

Der Rektor der Universität teilte in einer Kundmachung an die Studierenden heute mit, daß die amerikanische Hilfsaktion an dreitausend Hörer der Universität ein Frühstück, bestehend aus Milchschokolade und Weißbrot, gegen einen Regiebeitrag von dreißig Heller für jede Mahlzeit verabreichen wird. In einem besonderen Lokal, dem Restaurant Kaiserhof nächst dem Rathaus, werden schon von Dienstag an etwa 2500 Hörer das tägliche nahrhafte Frühstück erhalten können, weitere 500 Hörer im deutschen Studentenheim der Universität in der Dazarettgasse.

Um die weitesten Kreise der Studentenschaft, für die gerade am Morgen bisher gar nicht für eine ausreichende Mahlzeit vorgesorgt ist, an der Aktion teilnehmen zu lassen, wird verfügt, daß alle Teilnehmer der Mensa Academica, die ordentliche Hörer sind, ferner die Bewohner eines Studentenheims und schließlich sonstige Hörer der Universität nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit und des verfügbaren Platzes das Frühstück erhalten können, das von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags verabreicht wird.

Da die Aktion schon übermorgen, am 24. d., einsetzt, werden die Studenten zur sofortigen schriftlichen Anmeldung (Name, Fakultät, Adresse) in der Rektoratskanzlei aufgefordert.

Folge Eismangels verdorbene Lebensmittel.

Die Approbitionierungsgewerbe führten in der letzten Zeit Klage über den eingetretenen Eismangel. Der Schaden, der ihnen gerade in den letzten heißen Tagen durch das Verderben großer Mengen von Lebensmitteln zugefügt wurde, ist ein sehr großer.

Die Direktion der Vereinigten Eisfabriken teilt nun mit, diese Katastrophe sei darauf zurückzuführen, daß sämtliche Lastenautos, die im Dienste der Approbitionierung Wiens gestanden sind, außer Betrieb gestellt werden mußten, weil trotz aller Eingaben und persönlichen Vorstellungen für diese Autos Benzin nicht zu erlangen war. Die Hauptzufuhren von Eis mußten per Lastenautos erfolgen, erstens wegen der raschen Zustellung und weil der animalische Betrieb der Werke wegen der schwierigen Futterbeschaffung ebenfalls eingeschränkt werden mußte.

Der Unwille über diese neuen Schwierigkeiten in der Approbitionierung ist in den beteiligten Kreisen ein um so größerer, als im Schleichhandel jede beliebige Benzinnmenge erhältlich ist.

Wieder 12 Dekagramm Salzspeck.

Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden vom 22. bis 28. d. per Person 12 Dlg. Salzspeck gegen Abtrennung des R-Abschnittes Nr. 145 und der beiden Abschnitte Nr. 143 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte, sowie Durchlochung der Ziffer 49 der gelben Mehlbezugskarte ausgegeben. 12 Dlg. Salzspeck kosten A. 3.60. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugscheinen erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Amerikanisches Pöckelfleisch.

Die Ausgabe des amerikanischen Pöckelfleisches findet Dienstag für die Bezirke I bis XI und Mittwoch für die Bezirke XII bis XXI von 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags im Schweineschlachthaus in St. Marx statt.

Kartoffeln und Sauerkraut.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 1., 8., 9., 18., 19. und 21. Bezirk Kartoffeln, und zwar 1 Kg. für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte S und T der Kartoffelkarte.

Bei der Abgabe von Sauerkraut in der kommenden Woche, die ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweisarte erfolgt, wird der Kleinhandelspreis auf 70 S. für das Kilogramm festgesetzt.

Abgabe von Unterjühdholz.

Die Abgabe von je 5 Kg. Unterjühdholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 22. bis 28. d. gegen Abtrennung des Bismarckabschnittes 33 des Einkaufscheines.

Die Lebensmittelversorgung.**Tägliches Frühstück für 3000 Universitäts-
hörer.**

Der Rektor der Universität teilt in einer Kundmachung an die Studierenden mit, daß die amerikanische Hilfsaktion an 3000 Hörer der Universität ein Frühstück, bestehend aus Milchsokolade und Weißbrot, gegen einen Regiebeitrag von 30 Heller für jede Mahlzeit verabreichen wird. Im Restaurant „Kaiserhof“ nächst dem Rathaus werden schon von Dienstag an etwa 2500 Hörer das tägliche Frühstück erhalten können, weitere 500 Hörer im deutschen Studentenheim der Universität in der Lazarettgasse.

Um die weitesten Kreise der Studentenschaft an der Aktion teilnehmen zu lassen, wird verfügt, daß alle Teilnehmer der Mensa academica, die ordentliche Hörer sind, ferner die Bewohner eines Studentenheims und schließlich sonstige Hörer der Universität nach dem Grade der Bedürftigkeit und des verfügbaren Platzes das Frühstück erhalten können, das von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags verabreicht wird. Da die Aktion schon übermorgen, am 24. d., einsetzt, werden die Studenten zu sofortiger schriftlicher Anmeldung (Name, Fakultät, Adresse) in der Rektoratskanzlei aufgefordert.

Vom Abbau der Lebensmittelkarten.

Wie wir bereits im gestrigen Abendblatt meldeten, beginnt mit Anfang Juli der Abbau der Lebensmittelkarten. Reis, Mais, Teigwaren, Hafer- und Gerstenprodukte, Fett sind von nun an kartenfrei. Dagegen bleiben noch in Kraft die Brot- und Mehlskarte, die Butter- und Käsekarte, die Milchkarte, die Zuckerkarte. Diese Erinnerung aus der Kriegszeit wird uns wohl noch längere Monate begleiten. Dann haben wir auch immer noch kein Griech; man vermisst dieses schmackhafte Nahrungsmittel, das sich so vielseitig verwenden lässt, recht sehr, namentlich in Familien mit heranwachsenden Kindern.

Es liegt nahe, nachdem der größere Teil der Rationierung aufgehoben wird, einen Rückblick zu werfen auf die sukzessive Einführung der Lebensmittelkarten. Die Rationierung begann am 1. März 1917 mit der Einführung der Zucker- und Reiskarten zu 500, bzw. 400 Gramm. Am 1. September gleichen Jahres folgten die Teigwaren- und die Maiskarte mit 250, bzw. 400 Gramm. Am 1. Oktober wurde die Brotkarte eingeführt mit 250 Gramm täglicher Ration und 350 Gramm Mehl monatlich. Am 1. Dezember wurde in Bern die städtische Butterkarte eingeführt; die Ration betrug 100 Gramm monatlich. Vom 1. Juli bis Oktober wurden zudem im ganzen 4,6 Kilo Konservierungszucker verteilt. Im November 1917 fing sodann auch die Haferrationierung für die Pferde und damit deren Leidenszeit an.

Am 6. Januar 1918 begann die Rationierung der Milch, mit der wir uns wohl noch für einige Zeit abfinden müssen. Die eidgenössische Milchkarte mit den Verbilligungscoupons kam am 1. November 1918. Am 1. März desselben Jahres ward uns die eidgenössische Fett- und Butterkarte beschert mit 350, bzw. 150 Gramm; am 1. April wurde die Rationierung der Hafer- und Gerstenprodukte mit dem Monatsquantum von 75 Gramm eingeführt; am 1. Juni die Käsekarte mit 250 Gramm; am 1. August die Kartoffelkarte mit 90 Kilo Jahresquantum, wie es zuerst hieß. Diese Rationierung wurde am 1. Februar 1919 wieder aufgehoben. Mit der Abgabe von Mais mußte vom 1. April 1918 bis 1. April 1919 ausgekehrt werden, weil keines vorhanden war. Im Jahre 1918 wurden 4 Kilo Konservierungszucker verteilt. Zu erwähnen sind auch die Weizmehlkarten zu 750 Gramm, die für Juni/Juli a. c. Geltung haben. Im vergangenen Winter war auch das Petrol rationiert, was am 1. Februar dieses Jahres aufgehoben wurde. Brot und Milch werden an Mindebemittelte seit Februar 1917 verbilligt abgegeben, ebenso letzten Winter das Petrol und die Kartoffeln.

Eine ganz verunglückte Geschichte war nun einmal die eidgenössische Kartoffelrationierung, die zu wenig bedacht worden. Sie hat den Gemeinden außerordentlich viel Arbeit, Mühe und Kosten gemacht. Dann wurde die Rationierung aufgehoben, als die Gemeinden sich mit den viel zu teuren Kartoffeln eingedeckt hatten, und der Stadtbevölkerung Gelegenheit gegeben, die billigeren Kartoffeln vom Lande zu kaufen. Die Gemeinden mußten sie infolgedessen dann auch zu ermäßigtem Preise abgeben, d. h. unter dem Einkaufspreis verkaufen, und auch der Gemeinde Bern dürfte daraus ein erheblicher Verlust erwachsen; daß er nicht größer ist, ist dem Umstande zu verdanken, daß städtische Kartoffeln als Kompensationsware ins Ausland abgegeben werden konnten.

Auch sonst hat unser städtisches Lebensmittelamt noch viel Waren auf dem Buckel. Daraus ist ihm selbstverständlich kein Vorwurf zu machen, im Gegenteil muß anerkannt werden, daß dieser verantwortliche Zweig unserer städtischen Kriegswirtschaft mit Vorsicht und Klugheit gearbeitet hat. Der Krieg ist formell zu Ende, aber noch wird an manchen Stellen Europas blutig gekämpft und noch wissen wir nicht, wie die Zukunft sich gestaltet. Wir brauchen noch nicht das Schlimmste, die Weltrevolution, die tödlicher die Hungersnot bringen würde, anzunehmen, um zur Erkenntnis zu kommen, daß unsere regelmäßige überseeische Versorgung noch keineswegs sichergestellt ist und wir noch recht froh sein werden über unsere Borräte an Suppeneinlagen und Suppenmehlen, Kaffee, Fleischwaren aller Art.

Das Lebensmittelamt wird übrigens Ende dieses Monats die Verkaufsstelle an der Grabenpromenade und das Fleischverkaufslokal an der Kramgasse für die Monate Juli und August schließen; dagegen wird der Marktverkauf an Dienstagen, Donnerstagen und Samstagen fortgesetzt. Doch ist der Kartoffelvorrat bedeutend zusammengeschrumpft und wer noch Reflektant ist, muß, wie ich gehört habe, sich beeilen.

Und nun wird das in den letzten fünf Jahren so oft variierte Thema „Lebensmittelversorgung“ wohl nach und nach aus den Spalten der Zeitungen verschwinden, um den mehr oder weniger „geistigen Gütern“ Platz zu machen. H. B.

Die Lebensmittelversorgung Deutsch- österreichs durch die Entente.

Von einer mit der Lebensmittelversorgung Deutschösterreichs vertrauten Persönlichkeit aus den Kreisen der Alliierten, erhalten wir die folgende Darstellung:

Wie die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung Deutschösterreichs und insbesondere Wiens zur Zeit des Zusammenbruches des alten Regimes beschaffen waren, steht noch lebhaft in Erinnerung. Für Deutschösterreich, insbesondere für Wien, traten nach dem Waffenstillstand neue Versorgungshindernisse auf; zunächst die Bildung selbständiger Nationalstaaten, die bisher seine Lieferanten waren. Und dieser Zustand verschärfte sich durch die Errichtung von Zollschranken gegen Deutschösterreich. Schließlich versagten die deutschösterreichischen Länder in Bezug auf die Lebensmittelaufnahme nach Wien. Daraus ergab sich ein Zustand, der eine Katastrophe befürchten ließ. Am 28. Dezember 1918 fanden sich die Vertreter der vier Großmächte der Entente in Bern zusammen und stellten die Grundzüge der Hilfsaktion fest. Italien, das infolge seiner Grenzlage und durch die Verführung seiner Truppen mit der Bevölkerung der notleidenden besetzten Gebiete am raschesten Einsicht in unsere Verhältnisse gewann und sich von der Notwendigkeit sofortigen

Eingreifens überzeugen konnte, übernahm es, provisorisch so rasch als möglich und soweit es in seinen Kräften stand, die erste Hilfe zu leisten, obwohl es während des Krieges und in der ersten Nachkriegsperiode selbst mit Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Der italienische Lebensmittelaufuhrdienst begann überdies zur Zeit einer schweren Krise des italienischen Bahnverkehrs; der Hilfeleistung gereichte es zum Vorteile, daß von dem damaligen Versorgungsminister Credpi mit der Durchführung ein Mann betraut wurde, der schon in der Kriegszeit Proben seiner hervorragenden Leistungsfähigkeit gegeben hatte: Comm. Gufrida, der Leiter des Approvisionierungsdienstes des italienischen Königreiches.

Am 1. Jänner konnten nach Deutschösterreich die ersten zwei Züge mit Mehl abgelassen werden. Noch im Verlaufe des Janners und in verstärktem Maße im Februar, wurden die Zuschüsse regelmäßiger und häufiger. Von 270 Tonnen Tagesdurchschnitt im Jänner stieg die Zufuhr auf 630 im Februar. In der ersten Februarhälfte trat in Triest die interalliierte Kommission für die Versorgung Deutschösterreichs ins Leben, die später durch die Entsendung von Delegierten der vier Mächte nach Wien ersetzt wurde. Die Durchführung der beschlossenen Lieferungen blieb eine selbständige Aufgabe für Italien, Frankreich und England. Einem jeden dieser Staaten eröffnete Amerika einen Kredit von 10 Millionen Dollar für den Bezug der für Deutschösterreich bestimmten Güter.

Auf Grund dieser Finanzierung hat Italien schon vor einiger Zeit den Betrag der für Deutschösterreich bestimmten Güter um das Vierfache der fixierten 10 Millionen Dollar überschritten. England begann seine Lieferungen, hauptsächlich Mehl, und erhöhte sie rasch. Im März konnte England 33.714 Tonnen Mehl zuführen, im April erreichten sie bereits die Höhe von 220.449 Tonnen. Auch England hat den Kredit von 10 Millionen Dollar weit aus überschritten. Die französische Zufuhr erlitt eine Verzögerung durch die Forderung der Finanzkommission der französischen Kammer, Österreich möge für diese Lieferungen Sonderbürgschaften leisten; nun haben die französischen Lieferungen über Triest ihren Anfang genommen. Italien begann und verbißte seine Sendungen auch nach der englischen Intervention. Bis Ende April sind die folgenden Lieferungen erfolgt: In Liniertals: Getreide 5.863.600, Mehl 1.363.600, Reis 849.400, Maismehl 480.000, Bohnen 295.100, Fett und Öl 1.229.800, Kondensmilch 94.000.

Italien übernahm die militärische Eskorte aller Lebensmittellieferungen nach Deutschösterreich, auch jener der Alliierten.

Einstellung von Legitimationen für Lebensmittelzufuhr aus der Tschecho-Slowakei.

Die wirtschaftliche Sektion des tschecho-slowakischen Nationalausschusses teilt mit: Legitimationen zur Ausfuhr von Lebensmitteln aus der tschecho-slowakischen Republik werden fernerhin nicht ausgegeben. Alle Gesuche und persönlichen Interventionen sind überflüssig und bedeuten nur einen Zeitverlust. Die ausgefolgten und nicht benötigten Legitimationen sowie solche mit verfallener Gültigkeit werden bis zum 10. Juli nur durch den Approvisionierungsreferenten der Gesandtschaft, 1. Bezirk, Dobrovičplatz Nr. 2, Tür 6, prolongiert.

Die Lebensmittelversorgung.**Abbau der Erzeugung von Kriegsstäfee.**

Das Staatsamt für Volksernährung hat angedeutet, daß die Herstellung der Kriegsstäfeemischung (Kriegsstäfee) allmählich eingestellt werde. Zu dieser Verfügung hat sich das Staatsamt für Volksernährung insbesondere aus dem Grunde entschlossen, da die allgemeine Verteuerung der Rohmaterialien sowie der sonstigen Herstellungs- und Vertriebskosten schon in nächster Zeit eine bedeutende Erhöhung des Preises der Kriegsstäfeemischung notwendig gemacht hätte, die nicht mehr im Einklange mit der Verdrängung des Kriegsstäfees durch den Konsum stünde. Die aus diesen restlichen Rohstoffen hergestellte Ware, welche für eine allgemeine Verteilung nicht mehr hinreicht, wird nicht mehr rationiert auf die Stäfeefarke zur Ausgabe gelangen, sondern fallen frei an die bisherigen Abgabestellen. Die gebräuchlichsten Stäfeeturrogatmarken werden wie bisher im Wege des freien Handels in Verkehr gebracht.

Der Rückgang der Fleischlieferungen.

Die Anlieferungen von Rindfleisch aus den deutschösterreichischen Ländern nach Wien gehen — heißt es in einer Darstellung, die uns von einer unterrichteten Stelle übermittelt wird — seit Monaten ständig zurück und haben gegenwärtig schon einen so tiefen Stand erreicht, daß aus ihnen allein nicht einmal der Bedarf der Spitäler und des Militärs sowie die turnusweise Belieferung der Haushalte mit 10 Kilo. per Woche bestritten werden konnte. Seit Monaten wird vom Ernährungsamt alle Mühe aufgewendet, um von auswärts Fleisch nach Wien zu bringen. Eine wichtige Hilfe bot das Einlangen des von der Entente auf Kredit gelieferten amerikanischen Schweinefleisches. Diese Sendungen haben aber seit einiger Zeit aufgehört, weitere Sendungen auf Kredit konnten vorläufig nicht wieder erlangt werden. Die vorhandenen Vorräte reichen nur mehr für verhältnismäßig kurze Zeit. Alle Versuche, Fleisch anderer Provenienz zu bekommen, stoßen auf die größten Schwierigkeiten.

Wiederholt wurden Versuche gemacht, den Import von argentinischem Gefrierfleisch zu ermöglichen. Da aber nebst der Beschaffung der Zahlungsmittel auch die Schiffsraumfrage große Schwierigkeiten bereitet, war es nur möglich, indirekt argentinisches Gefrierfleisch, das schon in Europa lagerte, zu erlangen. Auf diese Weise konnte in jüngster Zeit ein Quantum von 30.000 Kilo. Gefrierfleisch aus Holland nach Deutschösterreich eingeführt werden. Dieses mußte ab Holland zu 2.70 holländische Gulden per Kilogramm gezahlt werden, so daß sich in Wien ein Verkaufspreis von 32 Kronen 8 Heller ergab. Im Detail wäre der Verkaufspreis auf rund 35 K. zu stehen gekommen. Diese Rindfleischmengen wurden halbamtlich dazu benützt, die turnusweise Fleischverteilung zu ermöglichen, wobei es zum Preise des Einheitsfleisches abgegeben wurde. Inzwischen ist der Kurs noch weiter gestiegen, aber auch zu höheren Preisen ist argentinisches Fleisch derzeit kaum zu bekommen.

Soweit die Mitteilungen der erwähnten Fachstelle, denen allerdings beigelegt werden muß, daß für gewisse Geschäfte, Betriebe und Händler noch immer durchaus kein Mangel an amerikanischem Schweinefleisch zu bestehen scheint. Der Mangel betrifft offenbar nur das Fleisch, das man zu regulärem Preis kaufen will; zu Ueberpreisen findet man es in Form von Würsten, ferner in den Gasthäusern, Pensionen usw., die dieses Fleisch ohne weitere Bezeichnung ihren Gästen als Schnitzel, Gulasch etc. verabreichen. Als bemerkenswert und für die Verhältnisse charakteristisch sei bei diesem Anlasse auch erwähnt, daß die Preise für

Pferdefleisch in Wien seit einigen Tagen sprunghaft steigen. Ein Kilogramm Pferdefleisch wird sogar schon da und dort mit 40 bis 42 K. bezahlt. Daß diese Preise nicht nur gefordert, sondern auch bezahlt werden, beweist, wie arg die gegenwärtige Fleischnot ist.

Wiener

Stimmen

26. VII. 1919

100

Die amerikanische Kinderhilfe für Kärnten.

Spittal a. d. Drau, 25. Juni. Die amerikanische Kommission für die Kinderernährung ist heute in Spittal a. d. Drau eingetroffen und wird mit der Landesregierung die Maßnahmen für die Durchführung dieser Aktion in Kärnten vereinbaren.

Die Versorgung Europas gesichert.

St. Germain-en-Laye, 25. Juni. In der letzten Sitzung des Obersten Wirtschaftsrates der Alliierten erklärte Hoover, daß die Versorgung Europas bis zur neuen Ernte gesichert und eine Hungersnot nicht zu befürchten sei.

G Speisezettel für die Woche

vom 28. Juni bis 5. Juli 1919.

Sonntag: Erdäpfelsuppe, gebratener Speck mit Kochsalat. — **Abend:** Erdäpfelgulasch.

Montag: Petersiliensuppe, Knödel mit Salat. — **Abend:** Ungarisches Sauerkraut.

Dienstag: Kohlsuppe, gefüllte Kohlräben. — **Abend:** Pilzreis.

Mittwoch: Schwammerlsuppe, Leberwurstplättchen mit Spinat. — **Abend:** Spargelsuppe.

Donnerstag: Karottensuppe, Reissfleisch von Wurst oder Schöpfenfleisch. — **Abend:** Karotten.

Freitag: Rühmsuppe, Erdäpfelknödel. — **Abend:** Eingebrennter Kopfsalat.

Samstag: Gemüsesuppe, Nockerl mit Dillsoße. — **Abend:** Röstfleisch.

Ungarisches Kraut. Fein geschnittene Zwiebel läßt man mit Speck rösten, gibt ausgedrücktes Kraut sowie etwas Wasser dazu und dünstet alles zusammen. Etwas Mehl, Salz und Paprika fügt man hinzu und läßt nochmals aufkochen.

Gefüllte Kohlräben. Von geschälten Kohlräben schneidet man den Deckel ab, höhlt sie aus und siedet sie im Salzwasser weich. Dann nimmt man sie heraus, läßt sie gut abtropfen, füllt sie mit fälschter Wurst oder Schöpfenfleisch und gibt auf jede den Deckel. Man streicht eine Kasserolle mit etwas Fett aus, legt die Kohlräbe hinein, gibt etwas Suppe dazu und läßt dünsten.

Spargelsuppe. Die holzigen Teile kocht man im Wasser länger als die oberen. Man macht eine leichte Eingebrenne, gießt sie mit dem Spargelsud auf und verfocht sie. Eventuell kann man ein Dotter einrühren.

Pilzreis. Gedünsteter Reis und gedünstete Schwämme werden zusammen angerichtet.

Englische Hilfe für Wien.

In der Freitagssitzung der Gesellschaft der Aerzte machte Professor Wendebach Mitteilungen von seinen Bemühungen um Aufklärung der englischen Aerzte über den Notzustand Wiens. Die Anregung für seine Aktion ging von England aus. Im Februar dieses Jahres erhielt Wendebach einen Brief seines Freundes, des berühmten Oxfordster Internisten Sir Osler, in welchem um genaue Daten über die Wiener Ernährungslage gebeten wird.

Professor Wendebach entwarf hierauf eine ungeschminkte Schilderung des Wiener Elends, der fortschreitenden Unterernährung und ihrer Folgen: des Hungerödems, der Knochenweichungen, des Umsichgreifens der Tuberkulose. Die jämmerliche Ernährung der Spitalstranken wurde besonders hervorgehoben. Er schloß seinen Brief mit der Bitter: „Macht der Blockade ein Ende!“ In seiner Antwort erklärte Sir Osler, die ganze englische Ärzteschaft sei tief bestürzt. Der Brief Wendebachs enthalte die erste authentische Nachricht über das Wiener Elend, die nach England gedrungen sei. Es bildete sich ein Komitee, das den Wiener Spitalern Hilfe bringen wird. Geld und Lebensmittel werden gesammelt.

Der erste englische Hilfszug rollt schon heran.

Wendebach stellte nun der Gesellschaft den Herrn Dr. Monroe vor, der als Abgesandter der englischen Aerzte nach Wien gekommen ist und das Wort erbittet. Von der Versammlung lebhaft begrüßt, ergreift hierauf Dr. Monroe das Wort und führt in längerer Rede aus, daß die englischen Aerzte von unserer Not geradezu entsetzt seien und daß sie alles anbieten wollen, um uns zu helfen. Alle anglo-amerikanischen Aerzte seien der Wiener medizinischen Schule zu unaussprechlichem Danke verpflichtet und betrachteten sich als zu ihr gehörig. Wenn irgendwo und irgendwann, müsse hier die Solidarität der Ärzteschaft zur Geltung kommen und er sei glücklich, daß gerade ihm die Aufgabe zufalle, zunächst den notleidenden Spitalstranken Hilfe zu bringen.

Er habe sich sofort mit dem Unterstaatssekretär Prof. Tandler ins Einvernehmen gesetzt, der eine vielversprechende Organisation zur raschen und zweckmäßigen Verteilung der zur Verfügung stehenden Hilfsmittel durchführt. Dem notleidenden Wien werde rasch und ausgiebig geholfen werden.

Nachdem Dr. Monroe unter lebhaftem Beifall der Versammlung seine Ausführungen geschlossen hatte, ergreift Professor Tandler das Wort und drückt namens der Ärzteschaft Wiens dem Dr. Monroe innigen Dank aus. Er begrüße diesen Tag, an dem zum erstenmal der Vertreter eines Landes, dem wir bisher feindlich gegenüberstanden, uns freundschaftlich und hilfreich die Hand reiche. Dies sei das erste Zeichen des Friedens.

Die Approbationierung.**Unsre Nahrung.**

In unsern Getreidezufuhren fehlt es an Roggen, und so wurde zur Brotbereitung für die kommende Woche abermals zur Hälfte Weizenbrotmehl und zur Hälfte Backmehl ausgegeben. Das Brot wird daher wieder schön weiß sein, aber trocken, während es durch die Beimengung von Roggenmehl saftiger wurde.

Obwohl der Warenaustauschvertrag mit Polen noch nicht ratifiziert ist, laufen doch schon anhaltend polnische Zufuhren ein, die vornehmlich Kartoffeln und Eier enthalten, doch kommen Eier nicht mehr so zahlreich wie in der vorigen Woche, wo in Erwartung der Ausfuhr angehäuften Vorräte expediert wurden. Aus Jugoslawien haben wir nur sehr geringe Eierzufuhren zu erwarten, denn von dort werden Eier nach der Schweiz und nach Frankreich ausgeführt zu Preisen, mit denen wir infolge des schlechten Standes unsrer Währung nicht konkurrieren können. Der Export von Jugoslawien nach der Schweiz und nach Frankreich wird durch die Führung des Orientexpresszuges über Ugram erleichtert.

Einiges Rindfleisch ist aus Jugoslawien angekommen. Seine Beschaffenheit bekundet, daß es in Jugoslawien noch stattdes gemästete Rinder gibt. Auch Kälber kommen zuweilen aus Jugoslawien, doch stellen sie sich sehr teuer, so daß ihr Fleisch zum Preise von 36 bis 60 K. verkauft wird. Allerdings erscheinen diese Preise annehmbar, wenn man berücksichtigt, daß Schaf- und Ziegenfleisch, welches weder ausgiebig noch beliebt ist, 45 K. kostet. Die Zufuhr inländischer Kälber hat, da die Saison ihren Höhepunkt schon überschritten hat, wieder nachgelassen, und so kann nur sehr wenig Kalbfleisch amtlich ausgegeben werden. Auch Schweinefleisch kommt nur in ganz geringen Mengen an, und es wird mindestens ein halbes Jahr dauern, bis alle Bewohner Wiens auf den Abschnitt 27 Kalb- oder Schweinefleisch bezogen haben.

Nach langer Pause sind aus Jugoslawien zwei Waggonn Mastgeflügel angekommen. So wenig dies auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl Wiens ist, so haben wir doch schon lange nicht über eine solche Menge verfügt. Ein Teil des Geflügels wurde gestern verkauft, ein Teil wird heute verkauft werden.

Für die nächste Woche werden mehrere Waggonn frische Schellfische erwartet.

m. h.

Störung in der Zufuhr von amerikanischem Fett und Fleisch.

Von besonders geschätzter Seite, die vollen Einblick in die einschlägigen Verhältnisse hat, erhalten wir nachstehenden Bericht: Die früher reichlichen Zufuhren an amerikanischen Fett- und Fleischwaren sind seit einigen Wochen ins Stoden geraten. Da nicht mit Bestimmtheit vorausgesehen werden kann, wann es gelingen dürfte, die Zufuhren wieder aufzunehmen, muß mit den noch lagernden Vorräten mit der größten Sparsamkeit vorgegangen werden, zumal aus den amerikanischen Schweinefettwaren auch die Fettausgabe zum großen Teile bestritten werden muß. Unter Berücksichtigung der mäßigen Vorräte an Fettstoffen dürfte es dennoch möglich sein, nach Ablauf der gegenwärtigen Versorgungswoche die Ausgabe von Fett und fettem Schweinefleisch im bisherigen Ausmaße noch durch etwa drei Wochen zu bestreiten. Der Rückgang der Importe an Fett- und Fleischwaren ist insbesondere dadurch herbeigeführt, daß die Ententekredite im wesentlichen nur mehr hinreichen, um den Import von Getreide und Mehl zu ermöglichen. Unsre Delegation in Paris ist auch mit dieser Frage befaßt und wird sicherlich alle Anstrengungen machen, um eine Fortsetzung der Kredite zu ermöglichen. Es ist jedoch immerhin möglich, daß eine Verlängerung der Kredite erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erreicht werden kann. Die Ernährungsbehörden sind inzwischen bemüht, Fleischlieferungen auf noch laufenden Kredit zu erreichen.

Unmittelbare Abschlüsse auf Fleisch, zum Beispiel aus Argentinien, begegnen Schwierigkeiten, weil wir nicht über die erforderlichen fremden Zahlungsmittel verfügen. Das Ernährungsamt hat sich in den letzten Tagen wiederholt an die fremden Missionen wegen Wiederaufnahme der Lieferungen gewendet. Es wird auch versucht, aus anderweitigen Bezugsgebieten, insbesondere durch separate Einkäufe aus Jugoslawien, Fleisch für Wien zu beschaffen. Auch sind Verhandlungen wegen Anlieferungen von Rindern aus den nordischen Staaten im Zuge, woher wir in der letzten Zeit etwas gepökeltes Rindfleisch bezogen haben. Was die Rindfleischlieferungen aus den deutschösterreichischen Ländern anlangt, sind dieselben mit Ausnahme jener von Niederösterreich, die gleichfalls im Rückgange sind, bereits fast auf Null gesunken. Aus Oberösterreich

ist im Juni fast gar kein Fleisch nach Wien gesendet worden.

Wie wir hören, begibt sich der Staatssekretär für Volksernährung in diesen Tagen nach Linz, um insbesondere wegen Fleischlieferungen nach Wien mit der Landesregierung zu verhandeln.

29. VI. 1919

103

Verbilligung ausländischer Lebensmittel.

Berlin, 28. Juni. (Wolff.) Das Reichsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zufuhren endgültig festgesetzt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Unkosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Vadmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden sollen, 80 bis 85 Pfg. (statt bisher 2.20 bis 2.50 Mark; Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit $\frac{1}{4}$ Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 1.10 bis 1.30 Mark (statt bisher über 3 Mark); ausländisches Fleisch, soweit dies infolge des Mangels an inländischem Fleisch auf Rationen verteilt werden muß, 4.50 bis 5 Mark, während bekanntlich zuletzt in Berlin 11 Mark für das Pfund gezahlt werden mußte; amerikanischer Speck, 125 Gramm je Kopf und Woche, 4 bis 4.50 Mark (statt bisher 7 bis 8 Mark); ausländisches Speisefett, 50 Gramm je Kopf und Woche, 5 bis 5.50 Mark (statt bisher 6 bis 7 Mark); ausländische Kartoffeln sollen so weit verbilligt werden, daß die Preise für Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach überschläglicher Berechnung wird der Gesamtbetrag der Verbilligung über $1\frac{1}{2}$ Milliarden betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf das Reich, die Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reiches in dieser Weise sich beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preussische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Schnelligkeit durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Die Approbationierung.

Die Warschauer Verhandlungen.

Die in Warschau seinerzeit unter Führung des Staatssekretärs Ingenieur Zerbik geführten Kompensationsverhandlungen werden gegenwärtig in Wien zum Abschlusse gebracht. Die Verhandlungen werden für die deutschösterreichische Regierung vom Staatssekretär Zerbik und Direktor Koppstein des deutschösterreichischen Warenverkehrsbureaus und für die polnische Regierung von Ministerialrat Krupski und dem Mitgliede der hiesigen polnischen Gesandtschaft Lachozynski geführt. Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnisse soll Deutschösterreich aus Polen monatlich 50,000 Tonnen Kohle, und zwar zur Hälfte Steinkohle und zur Hälfte Braunkohle, erhalten. Wenn auch die aus Polen erzielte Anlieferung nicht allzusehr ins Gewicht fällt, weil Deutschösterreich bei einem monatlichen Bedarfe von 1,150,000 Tonnen Kohle nur 150,000 Tonnen Kohle selbst produziert und der übrige Bedarf durch Einfuhr gedeckt werden muß, so wird die polnische Kohle doch insofern eine leichte Entspannung der ungünstigen Kohlen-situation herbeiführen, als dieses Kohlenquantum fast ausnahmslos industriellen Zwecken zugeführt werden soll. Weiter sollen aus Polen nach Deutschösterreich Erdölprodukte, wie Benzin, Petroleum und Gasöl, ferner Rohhäute und an Lebensmitteln Frühkartoffeln, Eier, Gänse, Fische und Schlachtpferde zur Einfuhr gelangen. Die Wiener Verhandlungen haben eine Steigerung der in Warschau vereinbarten Menge erzielt.

Von Deutschösterreich sollen dafür nach Polen Schuhe, Bekleidungsartikel, Hemische und elektrotechnische Erzeugnisse, Metalle, Wagner- und Papierartikel ausgeführt werden. Es steht zu erwarten, daß die bei den Wiener Verhandlungen erzielten Ergebnisse die Genehmigung der beiderseitigen Regierungen finden werden.

Lebensmittelzubußen für Kinder.

Vom Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Der ungünstige Gesundheitszustand, in dem sich die Mehrzahl der Kinder, insbesondere in den Städten und in größeren Industrieorten infolge ihrer mangelhaften Ernährung befindet, hat den Staatssekretär für Volksernährung veranlaßt, eine Hilfsaktion für die Kinder einzuleiten, welche deren Beteiligung mit regelmäßigen und fallweisen Lebensmittelzubußen zum Gegenstande hat. Während mit der Durchführung dieser Aktion in Wien schon vor längerer Zeit begonnen werden konnte, mußten in den Ländern zunächst umfangreiche Vorarbeiten wegen Erfassung der in Betracht kommenden Kinder durchgeführt werden, die jetzt abgeschlossen sind. Der Staatssekretär für Volksernährung hat nun sämtliche Landesregierungen eingeladen, die Hilfsaktion in den größeren Städten und Industrieorten unverzüglich in der Weise in die Wege zu leiten, daß sämtliche Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre mit regelmäßigen Zubußen an Mahlprodukten betheilt werden.

Für die erste vierwöchige Ausgabeperiode, deren Beginn von den Landesregierungen bestimmt werden wird, werden diese

Zubußen in folgendem Ausmaße festgesetzt: Für die Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 Kilogramm Weizengrieß, für die Kinder vom vollendeten 2. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 1 Kilogramm Feinmehl und für die Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre $\frac{1}{2}$ Kilogramm Haferreis.

Unsere Lebensmittelversorgung

(Mitgeteilt vom Generalsekretariat des eidg. Ernährungsamtes)

Die eidgenössische Ernährungskommission konstatierte in ihrer Sitzung vom 25. Juni an Hand eines Berichtes des Fürsorgeamtes, daß die Preise verschiedener Lebensmittel in neuerer Zeit etwas zurückgegangen sind und daß demzufolge die Kurve, die die Kosten der Lebenshaltung darstellt, seit Anfang Juni in der Schweiz langsam zu sinken begonnen hat. Nach diesem Berichte stehen die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel in der Schweiz in der Hauptsache unter den Preisen des Auslandes. Niedrigere Lebensmittelpreise hat im allgemeinen Holland, dank seiner günstigen Verkehrswege. Das Fürsorgeamt wurde eingeladen, seine Erhebungen über die Kosten der Lebenshaltung im In- und Auslande fortzusetzen.

Die Kommission befaßte sich sodann eingehend mit Fragen der Brotversorgung. Sie vertritt die Auffassung, es seien die Vorarbeiten für die Herstellung eines qualitativ bessern (weißern) Brotes zu beschleunigen, sei es durch Beimischung von amerikanischem Weizenmehl zum Vollmehl oder durch Herabsetzung der Mehlausbeute. Es sind kürzlich wiederum größere Mengen von amerikanischem weißem Weizenmehl für die Schweiz zur Verschiffung gelangt, da vorübergehend kein Weizen verlandbereit war. An Hand von Backproben wurde indessen durch die Kommission festgestellt, daß sich auch durch das gegenwärtig zur Abgabe gelangende Vollmehl (Gemisch von Weizen und Roggen) ein gutes und schmackhaftes Brot herstellen läßt. Die Qualitätsunterschiede des Brotes, denen man so häufig begegnet, sind in sehr vielen Fällen durch das Backverfahren bedingt.

Es wurden im weiteren die Schokoladepreise erörtert. Eine Herabsetzung der Preise für die gebräuchlichsten Schokoladeforten wird erwartet und soll durch entsprechendes Entgegenkommen seitens der Fabrikanten und des Handels erreicht werden.

Endlich wurde an Hand eines Berichtes des eidgenössischen Milchamtes festgestellt, daß die bisherige Trockenperiode den Futterwuchs und damit die Milchproduktion in einzelnen Landesteilen sehr stark beeinträchtigt hat. Trotz einschneidender Maßnahmen konnte die Normalration an Konsummilch für einzelne Konsumplätze nur mit größter Mühe aufgebracht werden.

Verbot des Rucksackverlehres im Tullner Bezirk.

Vom 7. Juli an wird sich der Tullner Bezirk, eines der wenigen fruchtbaren Gebiete in der näheren Umgebung Wiens, gegen den Rucksackverkehr streng absperrn. Die Tullner Bezirks-hauptmannschaft übersendet uns den hierüber gefaßten Beschluß mit dem Bemerkten, durch Veröffentlichung dieser Anordnung „die Bevölkerung vor dem unerlaubten Einkauf von Lebensmitteln im politischen Bezirk Tulln rechtzeitig zu warnen.“ In der Zuschrift heißt es:

Die Bezirkshauptmannschaft Tulln hat auf einstimmigen Beschluß sämtlicher in der Bezirks-wirtschaftskommission vertretenen Produzenten- und Konsumentenvertreter die dauernde strengste Ueberwachung sämtlicher Verkehrswege im politischen Bezirk Tulln vom 7. Juli d. J. an durch Gendarmerie, Ernährungsaufsichtsorgane und freiwillige Ueberwachungsorgane angeordnet. Unbefugte erworbene staatlich bewirtschaftete Lebensmittel werden ohne Rücksicht auf ihre Menge und ihren Verwendungszweck ohne Entschädigung für verfallen erklärt und Veräußerer und Erwerber, insbesondere Schleichhändler, strengstens bestraft. Unbeanstandet bleiben der offensichtliche Mundvorrat von Reisenden für höchstens drei Tage sowie alle sonst erlaubterweise mitgeführten und durch von der Bezirkshauptmannschaft ausgestellte Transportscheine gedeckten Lebensmittel-mengen. Diese Maßregel bedeutet die strenge Durchführung der diesbezüglichen Ernährungsvorschriften, demnach auch die Aufhebung des Rucksackverlehres, läßt jedoch im Hinblick auf die bei früheren Absperungen gemachten günstigen Erfahrungen sowie den Umstand, daß die landwirtschaftlichen Kreise des Bezirkes diese Maßnahme unterstützen und sich für eine ausreichende Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten einsetzen, eine Steigerung der Ausbringungsergebnisse und eine Verbesserung der Ablieferung insbesondere von Kartoffeln und Milch nach Wien und andern Konsumorten gewärtigen.

Hierzu sei bemerkt: Es ist natürlich das gute Recht der Tullner Bezirkshauptmannschaft, den allgemein gültigen Ernährungsvorschriften Geltung zu verschaffen. Ueberflüssig ist die Bemerkung, daß die Uebertretung dieser Vorschriften strengstens bestraft werde. Es gibt keine „strengste“ Bestrafung, sondern nur die in den Ernährungsvor-

schriften festgesetzten Strafen. Recht zweifelhaft ist weiter die Versicherung, daß sich die landwirtschaftlichen Kreise beim Aufhören des unbefugten Einkaufes für eine ausreichende Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten einsetzen würden. Denn wenn sie zur Ablieferung verpflichtet sind, so haben sie unter allen Umständen die ihnen vorgeschriebene Menge zu liefern und dürfen sich nicht auf die Schleichhändler ausreden, deren Lieferanten sie sind. Bringen aber die landwirtschaftlichen Kreise die ihnen zur Lieferung vorgeschriebene Menge auf, so ist nicht einzulehen, warum sie nicht von den ihren Haushaltungen rechtlich verbliebenen Lebensmitteln nach Gutsdünken und natürlich zu redlichen Preisen an die notleidende städtische Bevölkerung abgeben sollten. Der Fall liegt also umgekehrt: das Land sollte mehr liefern, dann bliebe es von dem Besuche der Städte verschont.

1. VII. 1919

MB

Wege der Ernährungswirtschaft

Von

Dr. Ernst von Bachtolsheim.

Während des Krieges haben einzelne große Industriebetriebe, auch manche kaufmännisch wirtschaftlich denkenden Stadtverwaltungen zur Befriedigung ihrer Arbeiterschaft in ihren berechtigten Ansprüchen auf ausreichenden Lebensunterhalt folgenden Weg beschritten: sie verschafften sich zu Wucherpreisen unter der Hand Dünger- und Futtermittel, gaben diese der Landwirtschaft, und siehe da, trotz restloser Erfassung durch die neuerdings vom Ernährungsministerium wieder gepriesene Zwangswirtschaft, erhielt die Arbeiterschaft in diesen Betrieben reichliche Lebensmittel. Leer ging in den betreffenden landwirtschaftlichen Bezirken wahrscheinlich der Geldschleichhandel aus. Die Geldbifferenz aber zwischen teuer erkauften Dünger- und Futtermitteln und verhältnismäßig billig abgegebenen Lebensmitteln trugen vorstufweise die Betriebe und suchten sie auf andere Weise wieder einzubringen.

Nun endlich heute, wo wir Frieden haben, waren ja schließlich die Voraussetzungen gegeben, daß auch das Reich diesen erprobten Weg beschreiten könnte. Bei geschickter Heranziehung des Handels ist es in der Lage, sich aus Uebersee reichlich Futtermittel, insbesondere Mais, zu verschaffen. Es kann sich leicht die gesamte inländische Produktion an Kali, Stickstoff, Phosphor sichern, so daß davon kein Atom in den freien inländischen Handel kommt. Es baue die Kommunalverbände zu Selbstverwaltungskörpern um und liefere diesen Futter und Düngermittel nur gegen Sicherung entsprechender Ablieferungen in Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Fett, Eier, Gemüse usw. Bei Herabgabe der Dünger- und Futtermittel muß es so reichlich Reichszuschüsse aufwenden, als es im darauffolgenden Erntejahre eine Preiserhöhung für die Lebensmittel erreichen will, insbesondere aber müssen die Futtermittel notwendig unter dem Abnahmepreise für Brotgetreide abgegeben werden.

Die Folgen werden sein, daß Brotgetreide und Kartoffeln, da deren Verfütterung unterbleiben wird, so reichlich in die öffentliche Hand kommen, daß ausländische Brotgetreide einführen überflüssig werden. Da aber ausländische Futtermittel billiger als ausländisches Brotgetreide zu haben sind, wird diese Differenz schon an Ausfuhrwerten bzw. Kreditinanspruchnahme gespart. Und bei reichlicher Zuführung von Futtermitteln ist in verhältnismäßig kurzer Zeit eine solche Hebung unseres Vieh-, insbesondere Schweinebestandes möglich, daß nach einer Uebergangsperiode bei sonst sparsamer Wirtschaft auch kaum wesentliche Fett- und Fleischimporte mehr benötigt sind.

Unserörtert können hier bleiben die natürlich notwendige organische Verbindung von Stadt und Land sowie kleine Nebenmittel zur Erleichterung und Sicherung des vollen Erfolges des Planes.

Das ist der Weg zum Abbau der Zwangswirtschaft und zugleich zum Wiederaufbau der Landwirtschaft. Denn ist es noch Zwangswirtschaft, wenn ich dem Landwirt die Produktionsmittel gebe, die er notwendig braucht, um wieder hochzukommen und ich mir dafür Lieferung von all dem ausbedinge, was er entbehren kann? Gern wird er mir alles nur irgend Entbehrliche geben, ohne ihm daneben Vorschriften machen zu müssen, was er selbst verbrauchen darf, mir lieber als dem Schleichhändler, der ihm nur Papier bietet, das doch nichts wert ist, und mit dem er sich das, was er braucht, nicht kaufen kann. Und den Arbeitern und dem darbenenden Mittelstand wird geholfen, weil nun gleichmäßig die Güter verteilt werden können und jeder genügend ohne Schleichhandelspreise erhält.

Und doch, obwohl dieser Weg offen wäre, kann er nicht beschritten werden.

Warum?

Er muß an deutscher Eigenbrötelei, an Ressortschwierigkeiten scheitern!

Wohl haben wir ein Wirtschaftsministerium, das den Wiederaufbau unserer Industrie durchführen soll, und das für diesen einen großzügigen Plan entworfen hat. Aber nicht hat es die Mittel in der Hand, den Plan auch auszuführen! Warum gibt man dem Wirtschaftsministerium nicht das Produktionsmittel in die Hand, mit dem es allein die Industrie wieder hochbringen kann? Mit dem es allein in der Lage ist, die Industriearbeiterschaft dahin zu lenken, wo es sie braucht, in die Betriebe, in denen vor allem gearbeitet werden muß und gearbeitet werden kann?

Und ebenso, wie anfangs erwähnt, die Industriebetriebe es taten, wird dann das Wirtschaftsministerium Zuschüsse geben, die allein zu einem Abbau der Preise, und zu einer

Wiederbelebung der ganzen Wirtschaft führen können. Und das Wirtschaftsministerium, das die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft kennt und überblicken kann, wird diese Zuschüsse auch an der richtigen Stelle einsetzen.

Also: ein Wirtschaftsministerium, mit einem Industrie- und Gewerbedirektorium, einem (Industrie-) Ernährungsdirektorium, einem Landwirtschaftsdirektorium! Keine Unterstaatssekretariate, sondern kaufmännisch wirtschaftliche Direktorien, denn wir sind angewiesen, ein Wirtschaftsstaat zu sein, der Staat mit Sekretären hat aufgehört zu existieren!

Kein neues Landwirtschaftsministerium, das nur Ressortkonflikte schaffen würde, in denen die Landwirtschaft als schwächerer Teil notwendig unterliegen müßte! Landwirtschaft ist Bedarfswirtschaft, Bedarf, den die Industrie hat, und so kann die Landwirtschaft getrost erwarten, daß das an sich nach der Industrie gravierende Wirtschaftsministerium alles tut, auch diese zu kräftigen und wieder hochzubringen.

Die Lebensmittellieferungen der Entente.

Aus verlässlicher Quelle erhalten wir die folgenden Daten über die Lebensmittellieferungen von Italien, England, Frankreich und Amerika von der Zeit ihres Beginns im Januar dieses Jahres bis Ende Juni.

Im ganzen wurden von den vier Mächten der Entente in dieser Periode in den sechs Monaten 2,397.393 Quintale Lebensmittel geliefert, mit einer sich steigenden Vermehrung von den ersten Tagen an.

Die einzelnen Staaten teilten sich in die Lieferung wie folgt:

Italien	1,457.808
England	461.500
Frankreich	436.790
Amerika	41.295

Aus der folgenden Zusammenstellung wird ersichtlich, welche Lebensmittelsorten, nach Mengen gesondert, von jedem Staat zur Einfuhr gelangten:

	Italien	Frankreich	England	Amerika	Quintale Summe
Getreide	942.986	122.100	—	—	1,065.536
Mehl	237.692	301.360	448.120	7.670	994.842
Reis	80.825	—	—	—	80.825
Fett	137.047	—	—	25.356	162.403
Kondensmilch	7.460	—	13.380	8.260	29.109
Lebensmittel für Kinder	6.479	—	—	—	6.479
Bohnen	37.130	6.900	—	—	44.040
Gübfrüchte	6.673	—	—	—	6.673
Linjen	660	—	—	—	660
Fleisch	—	—	—	906	906
Heu	—	6.430	—	—	6.430

3./VII. 1919

115

Die Sicherstellung der ausländischen Lebensmittel- und Rohstoffkredite.

Die Staatsregierung hat heute in der Nationalversammlung eine Vorlage eingebracht, welche die Staatsverwaltung ermächtigen soll, die im privaten Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapiere in Anspruch zu nehmen. Die Goldmünzen und Wertpapiere dienen zur Sicherstellung oder Bedeckung der von der Entente zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen gewährten oder noch zu gewährenden Kredite. Abgabepflichtig sollen sein 1. Deutschösterreicher, die im Inlande ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben; 2. Firmen, Gesellschaften und juristische Personen, die im Inlande ihren Sitz oder ihre Hauptniederlassung haben; 3. Ausländer, sofern sie vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz im Inlande genommen haben und ihn jetzt noch im Inlande haben; 4. Ausländer, die im Inlande ihren Wohnsitz haben, sofern sie in der Zeit seit dem 1. August 1914 im Inlande geschäftlich tätig gewesen sind, so daß sie zur Entrichtung einer Erwerbssteuer im Inlande verpflichtet waren oder sind; 5. ausländische Firmen, Gesellschaften und juristische Personen bezüglich ihrer im Inlande befindlichen Niederlassungen oder Geschäftsstellen. — Als Inlande gilt hierbei das Gebiet Deutschösterreichs, soweit es nicht von einer ausländischen Macht besetzt ist. Von der Abgabepflicht sind die Angehörigen Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas befreit. Das Gleiche gilt auch vom Goldschatz der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, sowie von den Schaumünzen und von jenen Münzen, denen ein überwiegend künstlerischer oder numismatischer Wert zukommt. Die Goldmünzen werden nach dem bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank geltenden Ankaufspreis vergütet werden. Die Inhaber der fremdländischen Wertpapiere haben ihre Effekten dem Staate auf dessen Verlangen käuflich oder leihweise zu überlassen. Eine Leihgebühr wird nicht ausbezahlt werden. Man hält sich also diesmal in Wien ausnahmsweise nicht an das deutsche Beispiel, wo die Reichsregierung vorläufig von einem Ankauf der ausländischen Wertpapiere abgesehen hat und sich dafür mit der leihweisen Ueberlassung dieser Effekten begnügt, für die eine besondere Leihgebühr von $\frac{1}{4}$ bis 1% entrichtet wird. Dagegen wird man wohl bezüglich der Art, wie die Inanspruchnahme der Goldmünzen und der Wertpapiere durchgeführt wird, in Wien die gleichen Richtlinien befolgen wie in Berlin. Dort hat man mit der Ausweisung gewisser Kategorien von ausländischen Papieren bereits begonnen und es sind auch tatsächlich ganz bedeutende Beträge flüssig gemacht worden. Wie hoch sich bei uns das Ergebnis dieses neuesten Eingriffes in das Eigentumsrecht jedes Einzelnen stellen wird, läßt sich dagegen auch nicht einmal andeutungsweise feststellen. Oesterreich hat nie besonders viel fremde Wertpapiere besessen und auch dieser Besitz hatte sein ganz bestimmtes Charakteristikum, da er sich vorzugsweise auf Balkanwerte und insbesondere Türkenpapiere (Orientbahnen, Tabakaktien usw.) konzentrierte. Diese letzteren haben im Auslande nur ein ziemlich eng begrenztes Absatzgebiet und was die anderen Effekten anbelangt, so wird es nicht immer leicht sein, sie an den Mann zu bringen. Für den Staat überhaupt nicht in Frage kommen natürlich die vielen

Millionen, die im Laufe des Krieges in bulgarischen und türkischen Anleihen und Schatzscheinen angelegt worden sind und auch die deutschen Aktien und Pfandbriefe scheiden bei der Auswahl der zu erfassenden Papiere von vornherein aus. Das gleiche gilt auch von dem deutschösterreichischen Effektenbesitz, der im feindlichen Ausland deponiert ist. In Paris, London und Rom hat man schon bald nach Beginn des Krieges die Hand auf diese Depots gelegt und betrachtet sie auch jetzt noch als ein willkommenes Pfand, um die eigenen Forderungen gegenüber Deutschösterreich auf alle Fälle zu sichern. Ziemlich bedeutend dürfte der deutschösterreichische Effektenbesitz sein, der in Deutschland und im neutralen Ausland untergebracht ist, zumal, da es im Kriege Finanzleute genug gegeben hat, die es vortrefflich verstanden, ihre fremdländischen Wertpapiere bei irgend einer Bank in Berlin oder Zürich in sichere Verwahrung zu bringen. Um diesen Leuten beikommen zu können, bedarf es nicht eines besonderen Gegenseitigkeitsabkommens mit jenen Staaten, in denen dieser Wertpapierbesitz untergebracht ist. Es sind daher auch, wie verlautet, bereits diesbezügliche Verhandlungen im Gange und bei den in allen Ländern herrschenden Finanzkalamitäten ist es wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen auch wirklich von Erfolg begleitet sein werden, denn heute hat jede Regierung ein Interesse daran, sich mit den Nachbarstaaten auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem sich überall drückenden Großkapital zu einigen.

Die Arbeiterräte im Ernährungsamt.

Delegierte der Reichskonferenz der Arbeiterräte waren gestern im Ernährungsamt erschienen, um sich dort in Angelegenheit der Approvisionierung über den Stand der Dinge zu informieren. Der Sitzung, die vom Staatssekretär für Volksernährung Dr. Doewenfeld-Ruß mit einem nahezu zweiwöchigen Exposé über die Ernährungslage eingeleitet wurde, wohnten die Hauptreferenten und als Sektionsvorstände die Ministerialräte Dr. Grienheraer, Dr. Saafer und Dr. Stettner bei.

Staatssekretär Dr. Doewenfeld-Ruß gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er Gelegenheit habe, mit den Vertretern der Arbeiterräte direkt in Fühlung zu treten. Eine ähnliche Besprechung werde er demnächst mit den Vertretern der Bauernräte haben, und er hoffe, daß diese beiden Organisationen im Ernährungsdienst gemeinsam wirken können. Die derzeitige Ernährungslage und die Aussichten für die nächste Zeit sind ungünstig, und es erscheint fast wie ein Wunder, daß wir seit dem politischen Umsturz — wenn auch unter Hunger und unerhörten Entbehrungen — durchgekommen sind.

Au den ungünstigen allgemeinen Bedingungen für die Ernährung in Deutschösterreich komme noch, daß durch den Umsturz die Verwaltung nicht mehr so funktionierte wie noch während des Krieges, daß die Transportverhältnisse sehr ungünstig geworden sind, daß wir unter Kohlen- und Rohstoffmangel leiden, kurz, daß wir uns selbst aus eigener Kraft unmöglich ernähren können. Sodann gab der Staatssekretär einen ausführlichen

Ueberblick über unsere Ernährungslage, wobei keinerlei unbekannte Einzelheiten auftauchten.

Dr. Doewenfeld-Ruß befaßte sich sodann eingehend mit den Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels, wobei er bemerkte, daß es sich hier um eines der schwierigsten Probleme handelt. Er werde den Arbeiterräten dankbar sein, wenn sie Vorschläge zur Bekämpfung des Schleichhandels machen. Doch müssen sich die Arbeiter- und Soldatenräte wie auch die Bauernräte, wenn sie sich in den Dienst der Sache stellen, vor Augen halten, daß sie für die Allgemeinheit arbeiten. Wenn daher Waren beschlagnahmt werden, so dürfen sie nicht etwa einem kleinen Kreise der Bevölkerung, sondern der Gesamtversorgung zugute kommen.

An die ausführliche Darstellung des Staatssekretärs knüpfte sich eine eingehende Diskussion.

Nach dem Referat des Staatssekretärs Dr. Doewenfeld-Ruß erariff die Nationalrätin freundlich das Wort, die sich in ihren Ausführungen auf die Beschlüsse des Ernährungsausschusses der Reichskonferenz der Arbeiterräte stütze und das Begehren wiederholte, daß dem Staatsamt für Volksernährung eine Reichswirtschaftskommission beigegeben und Landeswirtschaftskommissionen, wie solche mit ihrer Tätigkeit bereits in Ober- und Niederösterreich eingesetzt haben, auch in den übrigen Ländern gebildet werden sollen.

In der sehr eifrig fortgesetzten Diskussion wurde die Notwendigkeit der schärfsten und rücksichtslosesten Bekämpfung des Kriegswuchers und Schleichhandels sehr lebhaft erörtert und mitgeteilt, daß die Arbeiterräte in Stadt, Land und Gemeinde sofort an die Wahl von Ernährungsausschüssen schreiten werden, deren Hauptaufgabe darin und in der Kontrolle der Durchführung der behördlichen Ernährungs-, Preis- und Ablieferungs Vorschriften bestehen wird.

Gegen 2 Uhr nachmittags wurde die Sitzung der Delegierten der Reichskonferenz der Arbeiterräte im Ernährungsamt abgeschlossen.

Vorwärts
4. VII. 1919

VH
M7

Das Kinderelend in Mitteleuropa.

Die furchtbaren Folgen der Hungerblockade werden jetzt allmählich auch in England bekannt. Das Elend der Kinder, namentlich im östlichen Europa, wird auf Grund der Mitteilungen des Internationalen Roten Kreuzes von M. P. Willcocks in einem englischen Blatt geschildert: „Der Hungerthypus wütet in Deutsch-Österreich, in Polen, Litauen und Weiß-Rußland. Hunderttausende von Menschen in diesen Gebieten müssen sich mit einem Teller Wasseruppe und mit ein paar schlechten Kartoffeln als Tagesnahrung begnügen. Pockenfälle sind in Siebenbürgen sehr häufig. Zahlreiche Kinder der Mittelmächte werden blind werden, weil die notwendigen Medikamente zu ihrer Heilung fehlen. Seltsame Krankheiten, wie Knochenerweichung und bisher unbekannte Formen der Tuberkulose, treten unter den Kindern in Deutschland und Oesterreich auf.“

Alle Kinder unter zwei Jahren sind in Petersburg tatsächlich tot. Es gibt Teile Rumäniens, wo überhaupt keine Kinder unter zwölf Jahren mehr leben. In Russisch-Armenien ist die Nahrungszufuhr so ungenügend, daß sich nur ein Teil der Bevölkerung ernähren kann, und natürlich sind die Kinder die ersten Opfer. Man muß, so schwer es einem fällt, die Geschichten von Menschenfresserei glauben, die von hier gemeldet werden. In Prag gibt es weder Brot noch Milch, noch Fett oder Reis. Die Kinder, die hier noch am Leben sind, können nach dem Bericht der Ärzte kaum noch auf ihren Beinen stehen und sehen mehr wie traurige Gespenster, als wie menschliche Wesen aus. Im Balkangebiet kommen nach den Mitteilungen des amerikanischen Roten Kreuzes die Flüchtlings in Scharen zu den Rettungstationen, Frauen mit ihren toten Kindern auf dem Arm, junge Mädchen, die vor Hunger wahnsinnig sind, und Kinder, die nur noch lebende Skelette darstellen. Unter der Hungersnot leiden ebenso Rumänien wie Serbien, Montenegro wie Albanien und Bosnien. In Armenien, Syrien und im Kaukasus gibt es eine halbe Million verelender und hilfloser Kinder. Die Pocken wüten in Konstantinopel unter dem Nachwuchs.

Alle diese Dinge sind Tatsachen, furchtbare Tatsachen, die von den Behörden des Roten Kreuzes, von neutralen Kommissionen, die aus Ärzten und Gelehrten bestehen, von unseren eigenen Offizieren gemeldet werden. In Ost- und Mitteleuropa — aber auch in Teilen von Italien herrscht Hungersnot — ist die Jugend dem Untergang geweiht, wenn nicht Hilfe kommt. Und dieser schwer erkrankte Körper muß ohne die schärfsten Abwehrmaßregeln ganz Europa vergiften. Wenn erst einmal der Hungerthypus und die Pocken über halb Europa verbreitet sind, dann wird all unsere

Wissenschaft nicht imstande sein, das übrige Europa vor der Ansteckung zu schützen.

Aber blicken wir noch weiter: Was für Hoffnung besteht auf einen Wiederaufbau der Welt, wenn die Kinder Europas, die überleben, von Rachitis und Tuberkulose so geschwächt sind, daß ihr Leben nur ein halbes Leben ist? Es gibt Kinder in den Wiener Krankenhäusern und anderwärts, die niemals werden sehen können; es gibt unzählige andere, die nie einen zum Arbeiten gesunden Körper erlangen werden. Wie kann die Welt von Völkern wieder aufgebaut werden, die in ihrer Lebenskraft so schwer erschüttert sind? Denn es handelt sich nicht nur um die Lebenden, sondern um die degenerierten Nachkömmlinge der heute Lebenden. Wir fragen mit Entsetzen, was für eine Zivilisation von dieser wachsenden Masse menschlichen Elends ausgehen soll. Diesem Kinderelend in Ost- und Mitteleuropa nach Möglichkeit zu steuern, das muß die erste praktische Aufgabe des Geistes sein, der in dem Völkerbund zum Ausdruck kommen soll.“

Freilich müßte sie das sein. Aber der Geist des Völkerbundes wird vorläufig nur dann praktische Aufgaben als zur Durchführung reif anerkennen, wenn damit ein Weltgeschäft zu verbinden ist. Einstweilen hat der Kapitalismus der Weltländer sein Geschäft mit der großen europäischen Kindervernichtung gemacht. Und nicht zum erstenmal hat der Kapitalismus ein Blatt seiner blutbesudelten Geschichte mit der Bestätigung beschrieben, daß bethlehemitischer Kindermord ihm ein Wohlgefallen ist, weil er sich üppig rentierte.

Die billigeren Lebensmittel.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Freistaaten, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet: Um die Absichten, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisentung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Ware zu billigem Preise zur Verfügung gestellt wird. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenstellen und Zwischenhandel genommen werden, welche die Absicht der Verbilligung teilweise unwirksam machen. Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt:

Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, insoweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufshöchstpreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufshöchstpreise festzusetzen. Hierbei wird die Beachtung folgender Grundsätze bringend empfohlen:

Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,50 M. je Kg.; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhändlers zusammen je Kg. 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 M. — Hülsenfrüchten: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 M. je Kg.; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhändlers zusammen je 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 M. — Mehl: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1,30 M. je Kg.; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhändlers zusammen 20 bis höchstens 22 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel 14 bis höchstens 16 Pf. je Kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von 82 bis höchstens 84 Pf.

Für Fleisch und Speck sind die gemäß den Richtlinien der Reichsfleischstelle aufgestellten Kalkulationen zugrunde zu legen. Sie werden in der Regel ermöglichen, daß in kleineren und mittleren Städten das Fleisch, welches zu 7,60 M. je Kg. abgegeben wird, zu 9 M. je Kg. in den Verbrauch abgegeben werden kann, in größeren Städten, insbesondere wenn Pöfelsfleisch hinzukommt, zu höchstens 9,50 M. je Kg. Bei Speck, welcher zu 6,80 M. je Kg. abgegeben wird, wird der Verkaufspreis im Kleinhandel überall mit 8 M. je Kg. ausreichend bemessen sein. Für Speisefett, welches zu 9 M. je Kg. ausgegeben wird, sind höchstens die Zuschläge zu berechnen, welches durch die Reichsfettstelle zulässig sind. — Kondensmilch, welche zu 1,50 M. je Büchse abgegeben wird, wird zu 1,80 M. in den Verbrauch gegeben werden können.

Bei ausländischen Kartoffeln, bei welchen für alte Kartoffeln der Abgabepreis an den Kommunalverband 20 Pf. je Pfund und Frühkartoffeln 30 Pf. je Pfund beträgt, sind die Zuschläge für Gemeinde und Handel nach denselben Grundsätzen zu berechnen, nach denen am 1. Juli diejenigen für Inlandskartoffeln berechnet wurden. Wo bisher Marktpreise für ausländische und inländische Kartoffeln bestanden, hat eine entsprechende Ermäßigung einzutreten.

Bei den Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen Ueberschüsse aus der Verteilung der ausländischen Lebensmittel nicht erzielt werden.

5. VII. 1919

118

**Lehrlingsausweisung aus der amerikanischen
Hilfsaktion.**

Anmeldungen von Lehrlingen und Lehrlingmädchen zur Ausweisung aus der amerikanischen Hilfsaktion werden ab 1. Juli d. J. nur mehr im Amte des Fortbildungsschulrates, 6. Bezirk, Mollardgasse 87, an Werktagen in der Zeit von 8 bis 2 Uhr vormittags und von halb 5 bis halb 7 Uhr nachmittags entgegengenommen.

Die amerikanische Kinderernährung in Niederösterreich.

Am 11. wird mitgeteilt: Von maßgebender Stelle wird erklärt, daß die Ärzte und Lehrer in der Auswahl der für die Ernährung bestimmten niederösterreichischen Kinder rigoros vorgehen müssen. Es handelt sich darum, die Bedürftigsten zu nähren, und nicht um eine Massenverköstigung mit Rekordziffern. Das niederösterreichische Landesjugendamt bringt gleichzeitig zur Kenntnis, daß es die vielbegehrten Lebensmittel, Reis, Fleisch, Erbsen, noch nicht erhalten hat, über wenig Fett verfügt und auch bezüglich der Bohnen auf Zufuhren wartet.

Der Lebensmittelbezug aus Holland.

Einem Berichte des deutschösterreichischen Konsulates in Amsterdam zufolge hat der Verband vor kurzem gestattet, daß Waren, welche nach Holland unter Verpflichtung des Verbleibens in Holland zur See eingeführt wurden, nach Deutschösterreich ausgeführt werden dürfen, ohne daß hiezu jedesmal die Bewilligung des interalliierten Komitees in Haag eingeholt werden muß. In Zukunft ist daher zur Ausfuhr lediglich die Ausfuhrbewilligung der holländischen Regierung notwendig. Die Verbandsregierungen haben aber diese Wiederausfuhr an die Bedingung geknüpft, daß diese Ware nur über neutrales und besetztes deutsches Gebiet transportiert werden darf. Diese Beschränkung dürfte jedoch nach der Ratifizierung des Vertrages durch Deutschland wegfallen. Der freien Ausfuhr holländischer Landesprodukte (Milch, Butter, Käse usw.) nach Deutschösterreich, steht noch ein im Vorjahre zwischen Holland und dem Verbande geschlossenes Uebereinkommen im Wege. Holland hat kürzlich vergeblich versucht, von diesen Beschränkungen befreit zu werden. Der Verband hat bloß zugestanden, daß 80% der aus Holland auszuführenden Marmelade nach Zentraleuropa ausgeführt werden dürfen. Außerdem erwägt der Verband die gegenwärtig unterbundene Ausfuhr von Milchprodukten nach den mitteleuropäischen Staaten in einem gewissen Umfange wieder zuzulassen und zu diesem Zwecke neue Ausfuhrkontingente festzusetzen.

Die italienischen Waren in Wien

In Wien hat, wie auch in einem am 9. d. in unserem Blatt erschienenen Artikel erwähnt wird, allenthalben das Gerücht Verbreitung gefunden, daß die ausländische Begleitmannschaft der aus Italien nach Wien rollenden Lebensmittelzüge hin und wieder Schleichhandelsgeschäfte abwickle.

Einer unserer Redakteure hatte jetzt Gelegenheit, mit einem der hiesigen italienischen Militärmission zugeteilten höheren Stabs-offizier über diese Angelegenheit zu sprechen.

„Die von Triest nach Wien abgehenden Lebensmittelzüge,“ so wurde uns mitgeteilt, „werden neben den deutschösterreichischen Eisenbahnbediensteten von italienischen Offizieren und Soldaten bewacht, die in Graz, wo die Umladung stattfindet, die Transporte verlassen. Nach erfolgtem Umschlag übernehmen deutschösterreichische Organe die Begleitung der Transporte bis Wien. Ich will nicht behaupten, daß mit diesen Lebensmittelzügen nichts mitgeschmuggelt wird, aber es ist nicht anzunehmen, daß italienisches Militär Waren mit diesen Äläen für den Handel nach Wien bringt. Dies ist nämlich schier unmöglich, weil das italienische Zugbegleitpersonal gar nicht über die steirische Grenze kommt. Aber auch aus anderen Gründen ist die Möglichkeit einer Mitführung von zum privaten Verschleiß bestimmten Waren durch das italienische Begleitpersonal so gut wie ausgeschlossen. So werden oft, um die Transportmöglichkeit bis zum größten Ausmaß auszunützen, ohne vorheriges Wiß in einer vor Graz liegenden Zwischenstation durch amerikanische und andere Missionen weitere Waggons eingeschoben und Trainings ausgewechselt, so daß auch aus diesem Grunde ein Schmuggel nicht gut möglich ist.“

Die Ausstreunung derartiger Gerüchte, für die die Verbreiter in der Regel nie einen Wahrheitsbeweis erbringen konnten, kann unter Umständen für Deutschösterreich insofern unangenehme Folgen haben, als bei hartnäckiger Weiterverbreitung derartiger Mitteilungen es sich die italienische Militärverwaltung dann möglicherweise überlegen wird, die Lebensmittelzüge von Triest an weiter unter den Schutz ihrer Soldaten zu stellen. Ob dann die Sendungen in demselben Zustand ankommen werden wie bisher, ist eine andere Frage, die sich diejenigen beantworten mögen, die derlei Verdächtigungen aussprengen. Wer Beweise dafür zu haben glaubt, daß die italienischen Soldaten hier dem privaten Handel Waren zuführen, möge dies der italienischen Militärmission mitteilen, die in einem solchen Falle sicher nicht eine unangebrachte Milde walten lassen wird.“

Eine Erklärung der Regierung.

Das Korrespondenzbureau versendet eine Erklärung, in der es heißt:

„In der letzten Zeit haben einige Wiener Blätter ungerechtfertigte Beschuldigungen gegen die italienische Waffenstillstandskommission in Wien und ihre Organe erhoben. Eine Wiener Zeitung ist sogar so weit gegangen, gegen den Chef der Mission, General Segre, ehrenrührige Anschuldigungen zu erheben. Die deutschösterreichische Regierung bedauert diese durch nichts gerechtfertigten Presseangriffe nicht nur deshalb, weil sie nach dem Waffenstillstandsvertrag verpflichtet ist, der Waffenstillstandskommission Schutz zu gewähren, sondern auch und vor allem deswegen, weil ihr sehr wohl bekannt ist, wie sich die italienische Waffenstillstandskommission jederzeit um unsere Lebensmittelversorgung und um die Binderung des Schicksals unserer Kriegsgefangenen in Italien bemüht hat.“

Das amerikanische Jugendhilfswerk.

In Wien derzeit 99.944 Portionen täglich ausgegeben.

Die amerikanische Kinderhilfsaktion, die in raschem Ausbau Kleinkinder, Schulpflichtige, Lehrlinge, Mittelschüler und die akademische Jugend erfasst hat, gibt nach dem gegenwärtigen Stande in Wien täglich 99.944 Portionen zu einem Kilonem aus. Die Einzelzahlen dieses außerordentlich großartigen Werkes der Kinderfürsorge sind: In der offenen Auspeisung, in den zahlreichen Küchen der Kinderhilfsaktion (Schönbrunn, Augarten, Baraden in der Forsthausgasse etc.) werden verköstigt: 25.255 Kinder, 4748 Mittelschüler und 4750 Hochschüler (diese im Restaurant Kaiserhof und in den Mensen), insgesamt 34.277. In halboffenen Anstalten werden 27.398 Portionen täglich verabfolgt, und zwar 990 in den städtischen Kindergärten, 20.880 in den privaten Tagesheimen und Krippen und 5528 in Lokalen, die offenen Küchen angeschlossen sind. Den geschlossenen Anstalten werden im Tag 10.191 Portionen übergeben, und zwar den Spitälern 2434, den städtischen Waisenhäusern 720, den privaten Waisenhäusern 759, den Pensionaten und Internaten 6278. Der Erholungsfürsorge, den Ferienaktionen werden 28.078 Portionen zugewiesen.

Die Tätigkeit der Schweizer Hilfsaktion. In der gestrigen Stadtratsitzung berichtete Bürgermeister Reumann über die Tätigkeit der Schweizer Hilfs-

aktion für Wien. Der erste Liebesgabenzug langte am 8. Februar mit 270 Tonnen Lebensmitteln, der zweite Liebesgabenzug, bestehend aus 18 Eisenbahnwagen, am 1. März in Wien ein. An 133.340 Kinder, an die Tuberkulosenfürsorgestellen, an die Kinderambulatorien, an das städtische Jugendamt wurden Lebensmittel aller Art, an Greisenasyle und an die Klinik Eiselsberg Kaffee und Kakao, zusammen 479.519 Kilogramm, abgegeben. Am 8. Mai langten 300 Säcke Reis, 400 Kisten Kondensmilch und 89 Kisten Schokolade im Lagerhause ein, ebenso 115 Kilogramm Kautschukwaren und 421 Kilogramm Effekten. Am 7. Juni erhielten wir 10.000 Kilogramm Reis, etwa 3000 Kilogramm Schokolade und Kakao sowie 302 Gros Gummisauger. Die Gummiswaren wurden dem städtischen Gesundheitsamt übergeben, während die Lebensmittel, die Effekten und die von den ersten zwei Liebesgabenzügen stammenden Fettmengen von ungefähr 11.000 Kilogramm für die Ferienversorgung der Kinder bestimmt wurden.

Verbot des Rucksack- verkehrs.

Im politischen Bezirke Korneuburg.

Die Bezirkshauptmannschaft Korneuburg hat mit Wirksamkeitsbeginn vom 14. Juli die vollständige Einstellung des Rucksackverkehrs mit allen staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln (Getreide, Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Milch, Fett, Butter, Eier, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch) verfügt. Sie hat ihre Organe angewiesen, alle Verkehrswege und -punkte strengstens zu überwachen und alle unbefugt mitgeführten staatlich bewirtschafteten Lebensmittel ohne Rücksicht auf die mitgeführte Menge mit Beschlagnahme zu belegen. Sie werden ohne Anspruch auf Entschädigung zugunsten des Staates für verfallen erklärt.

Der Beschlagnahme und Verfallserklärung unterliegen auch alle zum Eintausch gegen Lebensmittel mitgeführten Bedarfsartikel.

Dazu wird in der Korr. Wilhelm halbamtlich erklärt, daß es sich bei dieser Verfügung nicht um eine Wien feindliche Abperrungsmaßnahme handelt, sondern, daß nur bezweckt werden soll, daß die im Bezirke vorhandenen Lebensmittel der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung nicht entzogen werden, sondern im Wege der staatlichen Ausbringung den Verbrauchern zu den reichlichen Höchstpreisen zur Verfügung gestellt werden können. Selbstredend werden Ueberschüsse an aufgebrauchten Lebensmitteln nach Wien geliefert werden.

Die Bezirkshauptmannschaft sah sich, wie weiter erklärt wird, zu dieser Maßnahme gezwungen, weil der bisher geduldet beschränkte Rucksackverkehr die beabsichtigte Wirkung verfehlt habe, da sich der Schleichhandel zum größten Teil in der Form des Rucksackverkehrs abspiele. Insbesondere wurde wahrgenommen, daß die Gamsterer unreife Frühkartoffeln in Aufgröße erworben und zum Preise von 16 (!) Kronen per Kilogramm abgesetzt haben.

Warten wir ab, ob auch erreicht wird, was als Zweck der Maßregel bezeichnet wird, die nämlich nicht nur die Schleichhändler, sondern auch Tausende von auf die „Rucksackzufuhr“ bisher angewiesenen Wiener Verbrauchern sehr schwer treffen wird. Auf den Erfolg kommt es an, er wird den Maßstab zur Beurteilung des drakonischen anmahnenden Verbotes abgeben, dessen Beweggründe jedem Billigdenkenden ja einleuchten.

13./VII. 1919

M6

Reichsbauernrat und Ernährungsamt.

Die Mitwirkung der Bauernräte im Ernährungsdienste.

Auf Einladung des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Nuß fanden sich am 1. d. M. die Mitglieder des Exekutivkomitees des Reichsbauernrates zu einer Besprechung im Ernährungsamt ein. Der Staatssekretär gedachte zunächst von der Vormache abgehaltenen Besprechung mit den Vertretern der Bezirksarbeiterräte, welche den Zweck hatte, die Vertreter breiter Massen der Bevölkerung über die allgemeine Ernährungslage zu orientieren und die Umstände der Heranziehung der Arbeiterräte zur Mitwirkung im Ernährungsdienste zu erörtern. Den gleichen Zweck verfolgte die heutige Besprechung mit den Vertretern der Bauernräte. Auf die Besprechung der gegenseitigen Ernährungslage und deren Entwicklung für die nächste Zeit übergehend, betonte der Staatssekretär die Notwendigkeit der möglichststen Heranziehung der heimischen Produktion für die Versorgung der Bevölkerung, was heuer hinsichtlich des Getreides und der Mahlprodukte nach dem Kontingentierungssystem erfolge. Der Staatssekretär fuhr hierauf fort:

Reichlich werden die Kartoffeln bewirtschaftet werden. Hinsichtlich der Viehproduktion wurde in den im Ernährungsamt für Landwirtschaft abgehaltenen Besprechungen daran festgehalten, vorläufig die Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Hinsichtlich Milch, Fett, Eier, Butter beabsichtigt das Staatsamt, die Aufzucht neu zu organisieren und zu verbessern. Die Preise von Getreide- und Kartoffelpreisen werden in den nächsten Tagen dem Ernährungsamt der Nationalversammlung vorgelegt werden. Es wird eine Erhöhung der Preise für Getreide sowie für Kartoffeln unter Rücksichtnahme auf die gestiegenen Gesehungskosten eintreten. Eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird jedoch nicht stattfinden.

Das Staatsamt für Volksernährung hat sich bei allen seinen Verfügungen immer vor Augen gehalten, die Anforderungen, die an die Landwirtschaft gestellt werden, sowohl mit den Interessen der Produktion als mit denen der Konsumenten im Einklang zu halten. Heute ist eine produktionsfördernde Politik unbedingt notwendig. Damit ist allerdings noch nichts getan, wenn nicht sowohl auf dem Lande als auch in den Städten und im gegenseitigen Verkehr die von den Behörden getroffenen Verfügungen beachtet werden. Gerade für die Heranbringung und Verwertung unserer Ernte wäre es sehr gefährlich, wenn die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht verbürgt werden könnte. Es besteht die Gefahr, daß ein Teil der Ernte durch Veranbrungen, Plünderungen, Feldfrevel und ähnliches, namentlich in der Nähe der Großstädte, überhaupt verloren gehe. Außer durch allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, daß dadurch unwiederbringlicher Schaden verursacht wird, muß es möglich sein, durch ein Zusammenwirken der Bauern- und Arbeiterräte eine

Organisation zum Schutze der Feldfrüchte

zu schaffen, durch die diesen Gefahren vorbeugt wird. Eine Mitwirkung der Arbeiter- und Bauernräte im Ernährungsdienste wird sicher überaus nützlich sein. Denn das selbständige und unüberlegte Eingreifen einzelner fördert unmögliche Zustände zuwege, die Einheitlichkeit und das Einbernehmen mit den Behörden ist gerade im Ernährungsdienste unentbehrlich. Diese Organisation muß von unten auf lokal aufgebaut werden und sich in Bezirks- und Landesorganisationen fortsetzen, wobei dann in zweckdienlicher Weise die Verbindung mit dem Staatsamt für Volksernährung als Spitze des ganzen Ernährungsdienstes herzustellen sein wird.

Eine Exekutive der Reichsbauern- und Reichsarbeiterschaft.

Landesrat Strohbach (N.-Oe.) dankt dem Staatssekretär für die den Vertretern der Bauernräte gegebenen Aufklärungen. Die Bauernräte haben sich für die Getreidebewirtschaftung festgelegt und es besteht in ihren Reihen der feste Wille und die lebhafteste Absicht, in der Getreideaufzucht das Mögliche zu leisten. Es steht zu erwarten, daß die Bezirksbauernräte sich mit den Arbeiterräten in den Bezirkskommissionen gut verstehen werden. Redner verlangt Maßnahmen zum Schutz der Fluren und der Ernte, verweist auf den dringenden Bedarf an Kohle und Benzin für die Landwirtschaft und beschäftigt sich eingehend mit der Preisfrage, die so gelöst werden müsse, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit den Gesehungskosten übereinstimmen. Er begrüßt schließlich die Anregung des Staatssekretärs, im Staatsamt für Volksernährung eine Exekutive aus Vertretern der Reichsarbeiter- und Reichsbauernschaft einzusetzen, von der er die Festlegung möglichst einheitlicher, für die Länder gültiger Richtlinien für den Ernährungsdienst erwartet.

Abg. Kreilmann (O.-Oe.) verweist auf die Lohnforderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter, gibt dem Wunsche Ausdruck, es möge von allen Seiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie bei Einbringung der Ernte im Dienste der Allgemeinheit, nicht aber in dem des Besitzers, stehe.

Abg. Eisenhut (N.-Oe.) würde ein Zusammenarbeiten der Arbeiter und Bauern lebhaft begrüßen. Um das Kontingent aufzubringen, wäre Aufklärung nötig, und gerade die Arbeiterräte müßten auf die Arbeiter einwirken, daß nicht Forderungen aufgestellt werden, die der Bauer zu erfüllen nicht in der Lage wäre.

Die Notwendigkeit des Flurschutzes.

Bauernrat Pfarrer (Niederösterreich) betont, die Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter müßten auf jenes Maß gebracht werden, das der selbsttätige Bauer zu bewilligen imstande ist. Er bespricht die Notwendigkeit des Flurschutzes und tritt dafür ein, daß dieser den Landwirten selbst in die Hand gegeben werde.

Abg. Hans Doser (Niederösterreich) erklärt, die landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation sei lauffähig der Aufgabe, die sie zu erfüllen habe, voll und ganz gewachsen und werde alles daran setzen, um das Kontingent aufzubringen. Er wendet sich gegen die eigenmächtig eingeleiteten Beschlagnahmen durch einzelne Arbeiter- und Soldatenräte, wodurch Unsicherheit und Abneigung gegen die Ablieferung geschaffen werde.

Abg. Emmrich freundlich stellt fest, daß die Vertreter der Arbeiterschaft und Bauernschaft darin einig sind, auf dem Gebiete der Ernährungsorganisation gemeinsam zu arbeiten.

Vizepräsident Bank bemerkt, die gemeinbere Autorität der Behörden und manch andere Umstände, vor allem der ungeheure Ernährungsbedarf der Bevölkerung in den Industriezentren und Städten habe dazu geführt, daß die Feldfrevel in geradezu entsetzlicher Weise zugenommen haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, daß es nur einen sicheren Feldschutz gibt, u. zw. durch die Landwirte selbst. Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft hat sich bereit erklärt, für den Flurschutz Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Sektionsrat Dr. Mazanec gibt Aufklärungen über die Bemühungen des Staatsamtes zur Sicherstellung der Kohlen- und Benzinmengen für Durschzwecke.

Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Nuß stellt abschließend die Bereitwilligkeit der Bauern- und Arbeiterräte zur gemeinsamen Arbeit fest. Nunmehr werde das Staatsamt für Volksernährung mit den Vertretern der von der Reichskonferenz der Arbeiterräte eingesetzten Reichswirtschaftskommission einerseits und dem Exekutivkomitee des deutschösterreichischen Bauernrates andererseits den weiteren Ausbau und die Durchführung dieser Zusammenarbeit besprechen. Die Absicht des Staatssekretärs gehe dahin, daß die Vereinigungen auch Delegierte ins Staatsamt für Volksernährung selbst entsenden, um die notwendige Verbindung herzustellen.

17. IV. 1919

127

Ein Weltmonopol in Fleisch, Getreide und Kaffee. Wie „Echo de Paris“ meldet, ist der amerikanische Fleischtrust daran, durch Beherrschung der Produktion und der Märkte der Vereinigten Staaten, Argentiniens, Australiens und Uruguays die Kontrolle über die Ernährung der Welt zu erlangen. Der Trust, der die Kontrolle über Zerealien, Leder, Kaffee, Fleisch und eine große Anzahl von Artikeln, deren Preise mit dem Waffenstillstand rapid gestiegen sind, anstrebt, ruft eine gewisse Agitation hervor. Man verlangt eine energische Gesetzgebung oder Nationalisierung der Märkte, um die Konstituierung eines Weltmonopols zu verhindern.

Die Versorgung Europas mit Lebensmitteln.

Amsterdam, 15. Juli. (Wolff.) Der „Manchester Guardian“ meldet: Die britische Regierung hofft, daß eine Art Weltkooperation eingerichtet wird, um die Lebensmittelversorgung Europas sicherzustellen. Sie schlägt vor, den Obersten Wirtschaftsrat bestehen zu lassen; er soll seinen Sitz in Washington haben. Nicht nur den Neutralen soll geraten werden, der Organisation beizutreten, sondern auch Deutschland und die übrigen früher feindlichen Staaten sollen binnen kurzem zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde der Oberste Wirtschaftsrat auf gleichen Fuß mit dem Völkerbund gebracht; man rechnet zugleich damit, daß er sich vielleicht zu einer Abteilung des Völkerbundes entwickeln werde. Amerika hat dem Plan noch nicht zugestimmt und soll auch nicht dazu geneigt sein. Die Amerikaner wollen nicht länger als nötig irgendwelche Verantwortung in Europa übernehmen oder Europa Einfluß auf ihre eigenen Angelegenheiten gestatten.

18. VII. 1919

128

Ein Aufruf der amerikanischen Kinderhilfsaktion.

Der Kommissär der amerikanischen Kinderhilfsaktion Dr. Hermann Geist veröffentlicht folgenden Aufruf an die Eltern jener Kinder, die an der amerikanischen Ausspeiseaktion teilnehmen:

„Die ‚American Relief Administration‘ verabreicht täglich eine Mahlzeit an 100.000 Kinder, und zwar in 77 offenen Küchen und Ausspeisestellen und in ungefähr 320 anderen Anstalten wie Tagesheimstätten, Waisenhäusern usw. Als Kommissär für die Stadt Wien ersuche ich die Eltern und Angehörigen dieser Kinder, die Verabreichung von Lebensmitteln im eigenen Heim wie früher fortzusetzen. Die amerikanischen Lebensmittel bestehen aus Fleisch, Kakao, Zucker, Mehl, Schweinefleisch usw. und besitzen außerordentlich hohen Nährwert. Dennoch wird jedes Kind benachteiligt, wenn es nicht nebenbei frische Gemüse und andere frische Nahrungsmittel zu Hause erhält. Gemüse und dergleichen wird in den amerikanischen Küchen nicht verabreicht. Ueberdies darf nicht vergessen werden, daß die amerikanische Mahlzeit ungefähr ein Drittel dessen ist, was das Kind innerhalb eines Tages erhalten sollte. Die amerikanische Mahlzeit ist bloß als eine Zuhilfenahme gedacht und können die Angehörigen der Kinder daher das bisherige Ausmaß der zu Hause verabreichten Nahrung nicht herabsetzen, ohne die Kinder zu schädigen. Wenn sie das täten, würden die Kinder ebenso unterernährt bleiben, als sie es vor dem Einschreiten der Amerikaner gewesen sind. Jede Familie kann zum erwünschten Erfolg beitragen, indem sie den Kindern so viel frisches Gemüse, Fett und Obst gibt, als irgend möglich.“

18. VII. 1919

130

Die Erzeugerpreise im Jahre 1919.

Das Reichsernährungsministerium hat mit Zustimmung des Staatsausschusses und der Nationalversammlung durch Verordnung vom 15. Juli die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1919 festgesetzt.

Die neue Festsetzung wird bedingt durch die Tatsache, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft, wie Löhne, Düngemittel, Maschinen und sonstiges Betriebsmaterial zum Teil um ein Vielfaches im Preise gestiegen sind, und daß die Betriebsmittel zurückgegangen und die Erträge gesunken sind. Um die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, war eine Erhöhung des Getreidepreises ein zwingendes Gebot. Die Kostspieligkeit der Auslandszufuhren stellt die höchsten Anforderungen an die Produktion der heimischen Scholle.

Entsprechend der Steigerung der Produktionskosten ist der Roggenpreis für das Berliner Preisgebiet auf 405 M. festgesetzt und der des Weizens auf 450 M. Der Preis der Gerste ist auf der Höhe des Roggenpreises gehalten.

Um eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen durch die Erhöhung des Brotgetreidepreises zu vermeiden, wird die Erhöhung des Brotgetreidepreises bis zum 1. Oktober auf die Reichsstufe übernommen.

Der Kartoffelpreis stieg auf 125 M. für die Tonne. Er kann nach den regionalen Verschiedenheiten bis zu 145 M. erhöht werden.

Im Interesse der Fettversorgung besteht das dringende Bedürfnis einer besonderen Förderung des Oelfruchtbaumes. Nach der Bewertung des in den verschiedenen Oelfrüchten enthaltenen Einzeles sieht daher die Verordnung eine Erhöhung der bisherigen Preise vor.

Die neue Verordnung setzt auch die Schlachtviehpreise fest. Neben der Wiederholung der Preise für Schlachtrinder sind weiter

Preise für Schlachtkühe und Schlachtschweine vorgegeben. Der Kühepreis ist auf 120 M. für den Zentner Lebendgewicht, der Preis für Schlachtschweine auf 120 M. festgesetzt. Um die bestehenden Lieferforderungen auf den Viehmarkten zu befriedigen, sind außerdem für Ferkel und Läuferchweine Richtpreise von 10 bzw. 6 M. für das Kilogramm Lebendgewicht vorgegeben.

Die Preiserhöhungen dürften den berechtigten Klagen der Landwirtschaft über ein Zurückbleiben der Preise hinter den Gestehungskosten voll gerecht werden. Sie werden dazu beitragen, den Schlachthandel zugunsten der gesetzlichen Ration wesentlich einzuschränken.

Neben einer ausreichenden Preisnormierung ist zur Förderung der Produktion und zur Verbilligung der Erzeugnisse vor allem auch die Bereitstellung einseitiger Futtermittel dringend geboten. Andererseits besteht der dringende Wunsch der Verbraucher, das Brot wohlgeschmeckender zu gestalten. Falls die begründeten Aussichten auf namhafte Getreidezufuhr aus dem Ausland sich erfüllen und die Eingänge aus heimischer Ernte sich normal gestalten, wird darum die Ausmahlung des Brotgetreides auf 81 v. H. herabgesetzt werden.

19./VII. 1919

13

BA

Abgabe von Sardinen in der nächsten Woche.

Die von der Deutschösterreichischen Fischeinfuhr-Gesellschaft eingelaufenen Sardinen sind erst zum Teil eingelangt, wodurch sich die Ausgabe verzögert. Außerdem erfordert, wie die Gesellschaft mitteilt, die Übernahme und Verteilung der Ware mehrere Tage, so daß die Ausgabe der Sardinen erst im Laufe der nächsten Woche erfolgen kann.

Kaffee, Tee, Kakao.

Die Ausichten für die Versorgung.

Nach einer Aeußerung des Reichskommissars für Kolonialwaren müssen die Ausichten für den Handel und die Verbraucher von Kaffee nicht minder auch für die Produktionsländer als recht ungünstig bezeichnet werden. Die Rolle als Volksgetränk wird der Kaffee nicht mehr spielen können, da abgesehen von der Verarmung Deutschlands, der außerordentlich hohe Weltmarktpreis, der in keinem Verhältnis zu den Weltvorräten steht, verbrauchs-hindernd wirkt. Ferner ist der schlechte Stand der Marktsaluta zu berücksichtigen. Das Pfund gerösteter Kaffee wird im Kleinhandel auf 8 bis 9 M. zu stehen kommen, so daß nach Ansicht des Reichskommissars der deutsche Gesamtverbrauch für das erste Friedensjahr etwa nur ein Drittel des früheren, also etwa 1 Million Sack, betragen wird.

Was Deutschlands Tee-Versorgung anlangt, so spielt der deutsche Verbrauch gegenüber dem Weltverbrauch keine wesentliche Rolle. Er wird in Zukunft kaum hinter dem Friedensverbrauch zurückbleiben, weil Tee vorzugsweise von den wohlhabenden Volksschichten genossen wird, die trotz der auch hier unvermeidlichen Mehraufwendung ihren Verbrauch nicht wesentlich einschränken dürften.

In der Frage der Kakao-Versorgung ist festzustellen, daß Rohkakao in der Welt reichlich vorhanden ist; auch werden die Pflanzern zum Verkauf geneigt sein, da die Kakaobohne besonders in tropischen Ländern nicht lagerbeständig ist. Kakaoverzeugnisse werden reichlich angeboten, besonders scheint in England und Amerika ein Ueberangebot von Kakaopulver vorhanden zu sein. Infolge Mangels an Zahlungsmitteln sind wir aber gezwungen, uns in der Zulassung zur Einfuhr von Kakaoverzeugnissen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Es kommt hinzu, daß wir auf die heimische Schokoladenindustrie angesichts ihrer erheblichen volkswirtschaftlichen Bedeutung Rücksicht nehmen müssen. Die ersten deutschen Fabrikate dürften schon Anfang August auf dem Markt erscheinen. Die Preise für Schokolade dürften sich auf 10 bis 15 M. und für Kakaopulver auf 7,50 bis 10 M. für das Pfund stellen.

23. VII. 1919

133

Gänzliche Einstellung des Ausfuhrverkehrs im Bezirk Mistelbach.

Nach einer Verlautbarung der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach ist im dortigen politischen Bezirke der Ausfuhrverkehr vom 23. Juli an vollständig und dauernd eingestellt. Alle unbefugt mitgeführten Lebensmittel werden von der Gendarmerie in jeder Menge beschlagnahmt und verfallen zugunsten des Staates.

Sardinenabgabe.

Von Mittwoch, 23. d., an gelangen bis zur Erschöpfung des derzeitigen Vorrates Sardinen zum Preise von Kronen 6.20 für die Dose im Gewichte von ungefähr 200 Gramm zum Verkauf. Die Sardinen werden in den einschlägigen Geschäften und in den Abgabestellen der Konsumentenorganisationen gegen Abtrennung des Abschnittes 63 des weißen, grünen, blauen und braunen Einkaufsscheines abgegeben. Zur Abgabe gelangen auf Einkaufsscheine, welche auf 1 bis einschließlich 4 Personen lauten 1 Dose, auf Einkaufsscheine mit 5 und mehr Personen 2 Dosen.

Kartoffelabgabe.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag werden im 5. Bezirk Kartoffeln, und zwar 1 Kilogramm für den Kopf abgegeben. Abgetrennt wird der halbe Abschnitt C der Kartoffelliste.

Die heutigen Lebensmittelmärkte.

(Nach marktamtlichen Mitteilungen.)

Die Märkte waren trotz des anhaltenden Regens sehr gut besucht. Auf den **Maschmarkt** wurden von Gärtnern 34.650 Kilogramm Grünwaren zugeführt, ferner wurden 17.500 Kilogramm Wurzelgemüse, 21.200 Kilogramm grüne Erbsen, 12.120 Kilogramm Zwiebel, 340 Kilogramm Spargel, 1400 Kilogramm Kohl und 900 Kilogramm Kohlräben zugeführt. Aus der Tschecho-Slowakei kamen 10.600 Kilogramm Zwiebeln an. In Herrenpilzen wurden 120 Kilogramm, das Kilogramm zu 18 Kr. zum Verlaufe gebracht. Möllinge kosteten Kr. 7.60 bis 8.— per 1 Kilogramm. In Südtiroler Birnen werden im Laufe des Vormittags 33.000 Kilogramm erwartet. Das Kilogramm kostet 8 Kr. An Ananaserdbeeren wurden nur 350 Kilogramm auf den Markt gebracht, an Feigen 2300 Kilogramm. Einige Kilogramm Heidelbeeren fanden raschen Absatz. Die Märkte in den Bezirken waren mit Grünwaren ausreichend versehen. Eier fehlten fast auf allen Märkten. In der Viktualienhalle des 3. Bezirkes gab es 1700 Kilogramm Gärtnerwaren und 15.000 Kilogramm grüne Erbsen. In der **Großmarkthalle** wurden 500 Kilogramm amerikanisch raroniertes Rindfleisch sowie 26 Schafe, 4 Ziegen und 1 Ritz im Kleinhandel abgegeben. An die Wirte und Institute kamen 300 Kilogramm amerikanisches Schweinefleisch und 200 Kilogramm Rindfleisch zur Abgabe. Auf dem Fischmarkt gab es größere Mengen geräucherter Klippfische zu Kr. 18.50. Einige hundert Kilogramm gefasene Schellfische konnten nur schleppend abgesetzt werden. An Heringen kamen 300 Kilogramm, das Kilogramm zu 3 Kr. zum Verkauf. Die Ware ging reißend ab. Einige Kilogramm Weichwürste konnten nur sehr schwer abgesetzt werden.

Aus den Wirtschaftsorganisationen.

Lebensmittelabgabestelle der R. F. D. Diese Woche gelangen folgende Lebensmittel zur Abgabe: Marmelade, Datteln, Nüsse, Salzheringe, Schokolade, Zwiebel, Puddingpulver, Zitronen, Mustard, Senf, Suppenwürfel, Frankfurter, Schuppa, Schuhwichse, Lavarin, Kerzen, Schuirmen, Jbo (Metallpulver) und sämtliche raronierte Artikel. **Konsumverein von Bantangeleiten.** 30. Woche vom 21. Juli bis 26. Juli 1919. Verkaufszeit von 1/8 bis 1 und 3 bis 5. Dienstag Kr. 1 bis 1000, Mittwoch bis 2000, Donnerstag bis 3000, Freitag bis 4000, Samstag über 4000. Im **Volle Schottenbafel**: Mahlprodukte für eine Woche, Bohnen, Speck, Seife, Frankfurter, 1a Kaffeemischung, Salz für alle Mitglieder. Im **Volle Kochgasse**: Pflanzwurst, Schweizer Schokolade, 1a Kalao, Mandeln, Nüsse, Ragout, Knorr- und Graf-Suppenwürfel, Senf, Pfeffer, Paprika, Nektar, Lorbeerblätter, Fenchel, Anis, Kümmel, Sardellen, Kognat, Rum, Mineralwasser, Marsalawein, 1/2 Liter Marke „Florio“, Flasche Kr. 16.60. 1a Speiseschwämme, Leigwaren, Bänder, Speckfleisch für Mehrraronierte ab Freitag.

Reichswirtschaftsbund der Festangestellten. Im Schuh- und Kleidergeschäft, L. Hohenstaufengasse 10, gelangen Herrenstoffsachen, Stidereiblußen, Sportblusen, diverse Stoffe für Damenblusen, Vorhänge, Handtücher, Rollinowäsche, garnituren sowie schöne Damen- und Herrenschuhe an unsere Mitglieder zum Verkauf.

Wiener Konsumverein. Die Abgabe der eingestellten Artikel erfolgt in dieser Woche für die erste Gruppe der Mitglieder am Donnerstag, für die zweite Gruppe am Freitag und für die dritte Gruppe am Samstag. Zur Abgabe gelangen per Person 1/2 Kilogramm Mehl, 1/2 Kilogramm Maisgrieß, als Zubuße 1/2 Kilogramm Maisgrieß, 1/2 Kilogramm Reis, 24 Dekagramm Speck für zwei Wochen, Heringe, solange Vorrat, auf Grund der Nummer 73 der rosa Bezugskarte, weiters Salz. In allen Verschleißstellen Schokolade, Mandeln, Rosinen, Feigen, italienische Nährmehle, Elbowitz, Einsteckgläser in diversen Größen.

Die Lebensmittelversorgung der Deutschösterreicher in Rumänien.

Die Agentur Dacia meldet: Der rumänische Minister des Innern Marjoseu hat auf Grund eines Ansuchens den in Rumänien lebenden Deutschösterreichern die Bewilligung zur Gründung einer selbständigen Stelle erteilt, der die Versorgung der Deutschösterreicher mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln obliegt. Die Deutschösterreicher haben eine Vertretung mit der Leitung dieses Amtes betraut, die sich bereits mit den Entente-Bevollmächtigten in Bukarest wegen des Anlaufes solcher Artikel in den Ententestaaten in Verbindung gesetzt hat.

24. VII. 1919

135

Das amerikanische Kinderessen. Unter Kind hat man hier den winzigen Säugling im Bettel der Kinderkrippe zu verstehen und ebenso auch den baumlangen Gymnasiasten mit dem Flaum auf der Oberlippe. Beide werden nach dem Dem-System ausgespeist, das aber leider von den Leiterinnen nicht immer vernünftig gehandhabt wird. Das Essen wird bekanntlich in einzelnen Großküchen hergestellt, dort teilweise auch eingenommen, größtenteils aber in Kesseln in die verschiedenen Kinderauspeisungen gebracht. Die Schönbrunner Küche hat für 4000 Kinder das Essen zu kochen, das in gleichen Portionen ausgeteilt wird, d. h. man gibt für den Säugling genau dieselbe Menge wie für den Oktavianer und zeigt sich den Vorstellungen der einzelnen Kinderhortleiterinnen völlig unzugänglich; einen Unterschied zwischen den einjährigen und den achtzehnjährigen Menschen zu machen, sei nicht möglich. In Schönbrunn scheint man überhaupt in der Wahl der Küchenleiterinnen Pech zu haben, da man eben bei der dritten angelangt ist. Der Wechsel war vollauf begründet, denn das Essen ließ manchen Tag viel zu wünschen übrig, obwohl das dazu verarbeitete Material als tadellos feststellbar war. Die Kinder in den Krippen bekommen in der Regel Milchspeisen, die man in Schönbrunn nicht ungerne anbrennen läßt, um sie hernach nicht gar zu kochen. Die hungrigen Kinder müssen dann den harten Reis essen, der ihnen vielfach nicht mundet, den Säuglingen aber geradezu schadet. Man sollte doch denken, daß ein so einfaches Essen ohne Schwierigkeiten gut und genießbar hergestellt werden kann, wenn so ausgezeichnetes Material zur Verfügung steht. Es scheint aber bei uns an Leuten zu fehlen, die so großen Betrieben gewachsen sind; es rächt sich auch hier wieder die stiefmütterliche Behandlung der Mädchenfortbildung in den früheren Jahren. Die Auswahl an tüchtigen hauswirtschaftlichen Kräften ist überraschend klein und dadurch ist die nicht immer rationelle Verwertung des Materials in einzelnen Küchen erklärlich. Eine tägliche Inspektion erscheint hier am Platze, ebenso eine strengere Ueberwachung der Vorräte in Schönbrunn.

Die amerikanische Auspeisung in Wien.**Voraussichtliche Dauer bis Dezember.**

Am 1. d. M. wird mitgeteilt: Die Gesamtziffer der zur Auspeisung durch die amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien zugelassenen Kinder und Jugendlichen beträgt 100.000. Da nun die Zahl der bedürftigen, unterernährten Kinder in Wien eine weit höhere ist, erscheint es angemessen, einen Teil der bisher schon Ausgespeisten durch anspruchsberechtigte Kinder abzulösen, die der Wohlfahrt noch nicht teilhaftig geworden sind. Die Auswahl jener Kinder, die ausscheiden sollen wird auf Grund einer ärztlichen Untersuchung erfolgen und es werden bloß jene Kinder in Betracht kommen, die schon durch einige Wochen, und zwar mit nachweisbarem Erfolg aufgenährt worden sind. Die Gesamtziffer von 100.000 Kindern und Jugendlichen in Wien, die ausgespeist werden, bleibt selbstverständlich aufrecht. Die amerikanische Kinderhilfsaktion sieht sich um so mehr zu dieser Einführung eines Turnus veranlaßt, als Dank der neuerlichen Spenden der amerikanischen Relief-Administration, die Auspeiseaktion, die im Mai begonnen worden ist, nicht bloß drei Monate, sondern bedeutend länger dauern wird, und zwar voraussichtlich bis Dezember.

Christlichsoziale Rudolfschmerzen.

Der Beschluß des Stadtrates, den Schleichhandel mit aller Energie zu bekämpfen und den Rudolfverkehr gänzlich zu verbieten, bringt die zahlungsfähigen Christlichsozialen Bürger in furchtbare Aufregung. Den Christlichsozialen Vizebürgermeister H o h, der am Mittwoch an den Beratungen im Stadtrat nicht teilnehmen konnte, bedrückten die Rudolfschmerzen derart, daß er gestern der Rathauskorrespondenz eigens erzählte und von ihr an die Zeitung ausschicken ließ, was er gesagt hätte, wenn er dabei gewesen wäre. Nun ist gewiß kein einziger Mensch in Wien, der sich beim Lesen des gestrigen Stadtratberichts aufgeregt gefragt hätte: „Und was sagt der Vizebürgermeister H o h dazu?“ Jeder Wiener weiß, daß Herr Vizebürgermeister H o h derselbe Mensch ist, wie alle anderen Christlichsozialen. Kein Mensch in Wien hat noch einen Unterschied zwischen ihm und seinen anderen Parteigenossen festgestellt. Da man doch nicht annehmen kann, daß sich der Herr Vizebürgermeister nur paßig machen wollte, so ist der besondere Bericht darüber, was er gesagt hätte, wenn er etwas hätte sagen können, wohl nur ein Ausfluß der großen Angst über den bedrohten Rudolfinhalt der Schleichhändler, der den zahlungsfähigen Christlichsozialen Wählern den Magen besser füllen soll, als es die rationierten Rationen können, mit denen sich die große Masse der weniger zahlungsfähigen Wiener begnügen muß. Und was bringt Herr Vizebürgermeister H o h Neues für den Rudolfverkehr? Gar nichts. Daß auf Grund einer Vorberatung der Magistratsreferent beantragte, den Rudolfverkehr mit besonderen Anweisungen zu erlauben, hat der Referent K o r d a im Stadtrat selber berichtet. Nur konnte er über das, was Herr Vizebürgermeister H o h erzählt, hinaus noch mehr berichten, insbesondere das, daß sich der Magistratsvizebürgermeister Dr. M a y e r dagegen mit aller Entschiedenheit ausgesprochen, weil der Beamtenapparat hierfür nicht aufzutreiben ist und zu befürchten wäre, daß die städtischen Lebensmittelämter wegen solcher Anweisungen gestürzt würden. Um den Rudolfverkehr zu retten, verweist Herr H o h in seiner Rede, die er gehalten hätte, wenn er dabei gewesen wäre, auch auf die Kranken und Kinder, denen „unersehlige Lebensmittel“ durch das Verbot entzogen würden. Als ob für die Kranken und Kinder die Lebensmittel mit den Rudolfen nach Wien geschleppt würden! Gerade darüber erfuhr man im Stockwerk, Stadtrat, durch einen Magistratsbericht, daß die Milchzufuhr stets zurückgeht und die Kranken und Kinder nicht einmal ihre rationierten Rationen erhalten, weil im Schleichhandel und Rudolf täglich „30.000 bis 40.000 Liter Milch nach Wien verschleppt und an besonders geldkräftige Verbraucher abgegeben werden.“ Der Versuch, mit der Verufung auf die Kinder und Kranken den Rudolf für den Schleichhandel zu retten, ist schon in der Stadtratsitzung mißglückt. Alles, was der Herr Vizebürgermeister in dem Bericht über die nicht gehaltene Rede erzählt, haben

seine Parteigenossen im Stadtrat angeführt und sogar noch viel mehr. Stadtrat Biber erklärte sogar, wenn der Rudolfverkehr vollständig eingestellt werde und der Schleichhandel nicht mehr zu erhalten sei, dann dann werde auch er revolutionär und mache Revolution, denn man kann nicht erwarten, daß einer ruhig verhungert.

Aber selbst alle diese Argumente könnten die sozialdemokratische Mehrheit von der Ueberzeugung nicht abbringen, daß der Rudolfverkehr vollständig verboten werden muß, wenn dem Schleichhandel, der zu Gunsten der Reichen der Allgemeinheit Lebensmitteln entzieht, ein Ende gemacht werden soll. Es ist eben der Gegensatz zwischen den Vertretern der Besthenden, die sich durch den Schleichhandel ein Wohlleben verschaffen, und den Besitzlosen, die unter dem Schleichhandel leiden und selbst der Milch für ihre Kinder beraubt werden, der sich bei dieser Frage abspielte und wobei sich die Christlichsozialen und Sozialdemokraten als die Vertreter der entgegengesetzten Interessen ganz klar schieden. Selbst wenn die Christlichsozialen mit der Revolution drohen, wenn man ihnen ihren geliebten Schleichhandel mit dem Rudolf verbietet, können die Sozialdemokraten ihnen nicht helfen; denn wir wissen, daß die Hunderttausende, die in Wien bei den rationierten Hungerrationen leben müssen und daher heute schon nach Christlichsozialer Auffassung ein Recht auf Revolution hätten, weil sie sich durch Schleichhandel und Rudolf nichts beschaffen können, in der großen Uebersahl sind und ein höheres Recht haben, daß man sie vor dem Schaden und der Erbitterung, die der Schleichhandel verursacht, bewahre, als die Schar jener Leute, denen der Schleichhandel in der Hungerzeit ein üppiges Wohlleben sichert. Wir begreifen die Rudolfschmerzen des Herrn Vizebürgermeisters H o h und aller Christlichsozialen Stadträte; aber wir können ihnen nicht helfen. Das Brassen der Reichen ist neben dem Hungern der Massen unerträglich und dem Schleichhandel muß ein Ende gemacht werden.

Das Verbot des Rucksackverkehrs.

Der gestrige Beschluß des Wiener Stadtrates auf vollständige Abstellung des Rucksackverkehrs hat in der Bevölkerung begreifliche Erregung hervorgerufen. Gerade in erster Linie die minderbemittelte Bevölkerung betrachtet das Verbot des Rucksackverkehrs begreiflicherweise gegen sie gerichtet.

Es ist richtig, daß sich des Rucksackverkehrs im Laufe der Zeit auch der kleine Schleichhandel bemächtigt hat. Den Schleichhandel kann man aber nur dann unterbinden, wenn man nicht Wien absperrt, sondern im ganzen Staate eine gleichmäßige vernünftige Organisation und Kontrolle schafft und den legitimen Handel zunächst in einzelnen Fällen wieder zuläßt.

Wie uns W. H. S. H., der an den gestrigen Verhandlungen über den Rucksackverkehr im Stadtrat infolge einer gleichzeitig im Arbeitsstaatsamt tagenden Sitzung über die Kohlenversorgung Wiens nicht teilnehmen konnte, mitteilt, hat sich das Gemeinderatspräsidium bereits am 22. d. in einer Vorberatung, bei welcher auch der Stadtrats- und Magistratsreferent anwesend war, mit der Frage des Rucksackverkehrs beschäftigt. Damals machte W. H. S. H. bereits geltend, daß bei den derzeit knappen Versorgungsverhältnissen der Bevölkerung mit den staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln die vollständige Einstellung des Rucksackverkehrs für einen großen Teil der berücksichtigungswürdigen seßhaften Bevölkerung eine bedeutende Schädigung ist und daß insbesondere Familien, in denen sich kranke Personen oder Kinder befinden, dann auf unersehbliche Lebensmittel verzichten müßten. Durch eine papierene Verordnung der Landesregierung werde nur die große Masse geschädigt, während der gemeinschädliche Schleichhandel sein verdammenwertes Geschäft weiter betreiben werde. Unter diesen Schleichhändlern befinden sich bedauerlicherweise, sagte W. H. S. H., auch viele Personen, die zum Teile berechtigt die Uniform tragen, zum großen Teile aber ganz unbefugt sich des Soldatenkleides bedienen, weil sie ihr Treiben auf diese Art ungestörter fortsetzen können. Der Schleichhandel werde leider auch von Personen zu wenig ernst aufgefaßt, die eigentlich zur strengsten Handhabung der bestehenden Vorschriften gegen den Schleichhandel berufen wären. Dadurch ist die Bekämpfung dieses Wuchers bedeutend erschwert. Zur Durchführung der gänzlichen Ausschaltung des Rucksackverkehrs gehört auch eine entsprechende Machtkompetenz der Behörden, die leider bis jetzt nicht aufgebracht werden konnte. Es sei zu befürchten, daß dies auch in Zukunft nicht möglich sein werde und damit das ganze Verbot ein Schlag ins Wasser sei.

In der Präsidialsitzung drang schließlich auch die Ansicht durch, daß sich wohl die schärfste Bekämpfung des

Schleichhandels empfiehlt, daß jedoch gewisse Erleichterungen einzutreten hätten. Leider beschloß im Stadtrate die sozialdemokratische Mehrheit gegenüber allen sachlichen Erwägungen doch das Verbot.

Der verbotene Rusack.

In einer Anfrage der Abgeordneten Spawlowitz und Kollegen betreffend den Rusackverkehr und den Schutz der Bevölkerung gegen Uebergriffe Unberechtigter wird auf die Wünsche des Schleichhandels, der oft von sehr fragwürdigen Elementen betrieben wird, hingewiesen. Die Produzenten, die wenig Lust zeigen, den Schleichhändlern Lebensmittel zu verkaufen, werden oft durch Drohungen, Raub, Diebstahl und andere Gewalttaten gezwungen, nachzugeben. Auf dem Lande ist eine bedenkliche Unsicherheit eingerissen. Der Schleichhandel gefährdet also die staatliche Bewirtschaftung und die Sicherheit der Bevölkerung. Das Eingreifen gegen den Schleichhandel ist daher zu begrüßen, doch darf nicht übers Ziel geschossen werden. Dies gilt auch von dem Verbot des Rusackverkehrs. Zwischen den Rusackträgern und den Schleichhändlern ist ein großer Unterschied, und es wäre ein schwerer Fehler, gegen beide dasselbe Mittel anzuwenden. Neben den staatlichen Organen wenden sich auch die Arbeiterräte der Mobilisation an. Diese sind nach der ausdrücklichen Mitteilung des Staatskanzlers vom 26. Mai „eine Einrichtung von politischen Parteien“.

Es wird daher gefragt: Ist die Staatsregierung geneigt, bei den Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels dafür zu sorgen, daß jene Personen, die im Rusackverkehr geringe Lebensmittelmengen für den eigenen Gebrauch mit sich führen, von den staatlichen Organen unbehelligt bleiben? Ist die Staatsregierung geneigt, dafür zu sorgen, daß Korruptionen mit parteipolitischen Charakter keine Möglichkeit der Einmischung in den Lebensmittelverkehr geboten werde und jeder solche Uebergriff verhindert wird?

Die ersten Folgen des Verbotes des Rusackverkehrs stellen sich bereits ein. Auf dem Ostbahnhof ereigneten sich gestern bei der Ankunft der Rüge wüste Szenen. Aus Volkswehr, Arbeiterräten und Finanzwache war ein dreifacher Kordon gezogen, der, obwohl das Verbot erst mit 1. August in Kraft tritt, sämtliche Lebensmittel mit Beschlag belegte. Auch die kleinsten Mengen, wie ein Viertelliter Milch oder zwei Stück Eier, wurden den Leuten weggenommen, die, mit Recht erregt, gegen diesen Gewaltakt protestierten. Es scheint, daß man es nicht genug eilig damit haben kann, daß „alle zusammen Sunaers sterben“, wie der Herr Stadtrat Ländler sich ausdrückte. Ganz ungeklärt ist die Rechtslage jener Familien, die in der Nähe Wiens auf Sommeraufenthalt weilen und entweder weiter aus der Stadt verpflegt werden oder einen Teil ihrer Lebensmittel bei der Uebersiedlung wieder nach Wien zurückbringen. Vielleicht entschließen sich die Behörden, der allgemeinen, immer ärger werdenden Rechtsunsicherheit wenigstens in diesem Punkt ein Ende zu bereiten.

Auch in der Räterepublik.

Aus Budapest, 26. d., wird uns berichtet: Mit dem heutigen Tage hat der Rusackverkehr, der bisher wenigstens einigermaßen den herrschenden Lebensmittelmangel abzuschwächen imstande war, vollständig aufgehört. Das Ernährungsamt stellt fest, daß das Verbot des Rusackverkehrs deshalb jetzt erfließen mußte, weil die Druscharbeiten auf

dem Lande überall im Gange sind und die Gefahr bestand, daß die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung durch den Rusackverkehr einen namhaften Teil der neuen Ernte im Schleichhandel erstehen und so die arme Bevölkerung Budapests im Winter vielleicht sogar ohne Mehl sein würde.

Die Folgen des Ruckfachverbotes.

10- bis 20prozentige Preissteigerungen in den Gasthäusern. — Drohende Arbeitslosigkeit der Wiener Kellner. — Eine geplante Kellnerdemonstration gegen das Ruckfachverbot.

Das Verbot des Ruckfachverkehrs, das nicht nur die Versorgung zahlreicher privater Wiener Haushalte, sondern auch vor allem die der Gastwirte auf das ärgste bedroht, hat für die vielen Tausende der Bevölkerung, die auf die Gasthausverköstigung angewiesen sind, schon die ersten Härten gezeigt. Eine größere Anzahl von Gastwirten, die Fleisch, Fett, Mehl und Eier nahezu ausschließlich im Ruckfachverkehr aufbrachten, sind in den letzten Tagen mit den Preisen für Fleischpreisen bereits um 10 bis 20 Prozent hinausgegangen. Gestern mußten auch zahlreiche Gastwirtschaften ihren hungrigen Gästen fleischlose Menüs vorlegen, und für die nächsten Tage steht, wie wir aus Gastwirtekreisen erfahren, die Sperrung einer großen Anzahl von Wiener Gastwirtschaften bevor, die ohne Schleichhandel und Ruckfachverkehr außerstande sind, ihre Küchenbetriebe weiterzuführen.

Weil dadurch eine große Anzahl von Wiener Kellnern arbeitslos würde, hat sich der Gehilfenschaft wegen des Ruckfachverbotes große Aufregung bemächtigt. In einer gestern um 11 Uhr nachts in der Volkshalle des neuen Rathauses abgehaltenen Versammlung der Vertrauensmänner der Kellnerschaft wurde beschlossen, für Mittwoch den 30. d. um 11 Uhr nachts in das Arbeiterheim in Favoriten eine Versammlung der organisierten Gastwirtschaftsgehilfenschaft Wiens einzuberufen. In dieser Versammlung werden, wie wir hören, die Vertreter der Gehilfenschaft die Aufhebung des ihre Existenz bedrohenden Ruckfachverbotes verlangen. Sollte dem nicht entsprochen werden, so sind die Wiener Kellner gewillt, mit ihren Forderungen auf die Straße zu gehen und gegen die Anreger dieses Verbotes zu demonstrieren.

Das Ruckfachverbot tangiert aber auch die Versorgung einzelner großer Betriebe, ja sogar Gemeindefunktionen in sehr unangenehmer Weise, da mit den staatlich zugewiesenen Artikeln die Verköstigung der Küchenbesucher nicht bestritten werden kann.

Es entbehrt nicht der Pikanterie, wenn man erfährt, daß auch die meisten der in den einzelnen Staatsämtern untergebrachten Speiseaktionen für die Beamten und Angestellten die notwendige Ergänzung des Warenbezuges einzig und allein dem Schleichhandel verdanken.

Wie man aus diesen Feststellungen ersehen kann, stiftet das gänzlich deplacierte Ruckfachverbot überall nur Unheil. Da es sich auch auf die kleinsten Mengen der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel erstreckt, so wird durch das Verbot auch die Versorgung der sogenannten „kleinen Leute“, die sich durch die Anshillen ihrer ländlichen Angehörigen durch die Hungerperiode hindurchsetzen konnten, besonders hart und grausam getroffen.

Wenn man erwägt, daß die Gastwirtschaften und die Betriebs- und Anstaltsküchen den Schleichhandel direkt notwendig haben, um die Hunderttausende ihrer Besucher halbwegs zu sättigen, die staatliche Aufbringungsmöglichkeit aber infolge der sich ständig verstärkenden politischen Losreißungsbestrebungen des flachen Landes immer tiefer zurücksinkt, so erscheint einem das erlassene Ruckfachverbot direkt als eine weltfremde Regierungshandlung.

Heute sollen übrigens auch die vereinigten Approvisionierungsgewerbe in einer Versammlung gegen das Verbot des Ruckfachverkehrs Stellung nehmen und gleichzeitig die Beseitigung der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel fordern.

Vorwärts

30. IV. 1919

V
30

Mh

Unzulässiger Zwang bei Lebensmittelverkäufen.

Es mehren sich die Klagen, wonach jetzt Geschäftsleute versuchen, ihre alten Ladenbüter meistens noch zu den früheren teuren Preisen mit der Entnahme von begehrten Artikeln loszuschlagen. Besonders das Backobst in seinen verschiedenen Arten ist ein solcher Artikel, der jetzt in Massen auf den Markt kommt und nun von den Geschäftsleuten schnell abgesetzt werden soll. Da

aber bei der jetzigen Gemütslage beim laufenden Publikum kaum Reizung besteht, jetzt Backobst zu kaufen, so sind viele Geschäftsleute auf die Idee verfallen, sehr begehrte Artikel anzubieten, aber bei der Abnahme verlangen, daß zugleich Backobst mit erstanden wird. Gegen diesen Unfug sollte mit aller Energie eingeschritten werden. So schreibt uns ein Leser, daß er bei der Firma: Kaiser's Kaffee-Geschäft, Kistale Nürnberger Straße gebrannten Kaffee kaufen wollte. Es wurde ihm gesagt, daß er 1 Pfund Kaffee für 6,80 M. haben könnte, er müßte aber auch $\frac{1}{2}$ Pfund getrocknete zum Teil schlechte Birnen nehmen. Das $\frac{1}{2}$ Pfund kostete 4,10 M. Das ganze Pfund davon kostet in jedem Geschäft 5,50 M.

Auch aus Neudorf sind uns mehrere Beschwerden darüber zugegangen, daß dort der Magistrat Zucker an die Bevölkerung ausgibt, dabei aber auch die Entnahme von Backobst abhängig macht. $\frac{1}{2}$ Pfund Zucker und 1 Pfund Backpflaumen kosten zusammen 5 M., das wäre, da das halbe Pfund Zucker 29 Pf. kostet, für das Pfund Backpflaumen immerhin noch 4,71 M., unseres Erachtens ein reichlich hoher Preis.

Wir wehren uns in erster Linie gegen die Geyflogenheit, den Verkauf einer Ware von der Entnahme einer anderen abhängig zu machen, sonst werden die Hausfrauen schließlich nächstens noch gezwungen, das ja wohl noch reichlich vorhandene Dörrgemüse bei der Entnahme fehlender, sehr begehrter Artikel mit abnehmen zu müssen.

Das Verbot des Rucksackverkehrs.

Ein Antrag auf Aufhebung im Stadtrat.

Obwohl das gänzliche Verbot des Rucksackverkehrs noch nicht einmal in Kraft getreten ist, hat dessen Bekanntmachung bereits für die Verhältnisse Wiens schlimme Folgen gezeitigt. Prügelstrafen und Schießereien bei Requisitionen waren zunächst die Folge und werden unter den heutigen Verhältnissen immer mehr zunehmen. Die Ernährung jenes Teiles der Bevölkerung, der sich bisher in Gasthäusern und Gemeinschaftstischen verpflegte, ist vollständig gefährdet. Die Versorgung zahlreicher ärmerer Privathäushalte und Mittelfamilien ist arg bedroht. Die drohende Schließung von Gasthäusern und Gemeinschaftstischen schafft Tausende neue Arbeitslosen. Die Erregung der um ihre Existenz Fürchtenden droht sich der Straße zu bemächtigen. StM. Rummelhardt (Christlichsozial) hat auf Grund dieser Tatsachen einen Dringlichkeitsantrag im Stadtrat eingebracht, der dahinzielt, der Stadtrat wolle angesichts dieser neuen Verhältnisse be-

schließen, von der Landesversammlung die Zurücknahme des gänzlichen Verbotes des Rucksackverkehrs zu fordern.

Zum Verbot des Rucksackverkehrs wird uns von einem Staatspensionisten geschrieben: Ich spreche gewiß im Namen vieler, welche sich in ähnlicher Lage befinden. Bei meiner Hungerpension von 10 Kronen 80 Heller täglich samt Feuerungszulage, ist es mir nicht möglich, mich, meine Gattin und zwei Kinder zu erhalten, wenn ich nicht von den Verwandten meiner Gattin, welche sich auf dem Lande in Niederösterreich befinden, eine Zubuße an Lebensmitteln erhalten würde; nur ihnen verdanke ich es durch diese Zuwendungen, daß wir uns noch am Leben befinden. Wird mir dies durch die weise Fürsorge der sozialdemokratischen Landesregierung untersagt, so bleibt mir nichts anderes übrig, als langsam zu verhungern. Ich sehe ja ein, daß der Schleichhandel unterdrückt werden soll, man soll aber dort anfangen, wo es am ersten am Platz wäre. Es müßte und könnte für berücksichtigungswerte Fälle der Rucksackverkehr ganz wohl zugelassen werden, namentlich wenn es sich um Notleidende handelt, die, von Verwandten geschenkt erhaltene Lebensmittel nach Wien bringen. Es wäre dies am leichtesten durch die Beibringung einer Transportbescheinigung durch den Gemeindevorsteher, welcher die Verwandtschaft bestätigt, zu ermöglichen, denn die Besorgung einer Transportbescheinigung durch die Bezirkshauptmannschaft ist viel zu umständlich und verursacht erhebliche Kosten.

Schleichhandel und Rudjaderverkehr.

Ein aussichtsloses Kampfmittel gegen den Schleichhandel.
Die Mitarbeit der Ortsbehörden an dessen Bekämpfung.

Von einem derzeit am Lande wohnenden Wiener Lehrer, der Einblick in die gegebenen Verhältnisse in Stadt und Land besitzt, erhalten wir folgende Zuschrift:

Durch das Verbot des Rudjaderverkehrs sollen die bekannten Schäden des Schleichhandels hintangehalten werden; damit ist wohl jeder, der nicht selbst Schleichhändler oder Kriegsgewinner ist, in Stadt und Dorf vollkommen einverstanden. Diese beiden Klassen von Menschen werden aber mit dem zugestandenem, viel zu allgemein gehaltenen Transportschein ihr schädigendes Treiben ganz gut aufrecht erhalten können. Durch das Verbot werden aber die meisten Wiener Haushalte betroffen, die sich nicht im Schleichhandel versorgen können, die aber vielfach Besitzer oder Teilhaber von landwirtschaftlichen Betrieben sind oder durch verwandtschaftliche Beziehungen zur Landbevölkerung bis jetzt Zubußen für ihren Haushalt beschafften und die Sachen ohne Tauschhandel und ohne Wucherüberzahlung auf dem Lande erwerben. Diese Parteien können nach der Verordnung wohl auch mit dem Transportschein ihre städtische Hungerration ergänzen, sie können so wie bisher ab und zu einmal ins Dorf kommen; der Schleichhändler kann aber mit dem gleichen Transportschein alle Tage oder doch so oft, wie er es eben mit dem Schleichhandelsbauern vereinbart hat, seinen Rudjaad füllen. Ein Herabgehen der Preise wird durch die Einführung des Transportscheines nicht erzielt werden. Die Dorfbewohner aber würden ersöt aufatmen, wenn nicht jeder Zug, der von der Stadt kommt, eine Horde von Hamstern brächte, die häufig nicht sehr vertrauenswürdig in ihrem Aeußern, mit Zudringlichkeit und mit aller möglichen Kniffen um Tauschartikel die Herausgabe von Lebensmitteln um jeden Preis und unter allen Umständen betreiben. Es wäre eine Befriedigung für die Nichtselbstversorger unter der Landbevölkerung, wenn ihnen nicht jeder herführbare Tropfen Milch und jedes freie Ei vor der Nase weggeschleppt würde aus den Häusern der Geizbauern, zu denen wir gottlob nicht alle Wirtschaftsbesitzer rechnen dürfen.

Die Bezirkshauptmannschaften oder die magistratischen Bezirksämter in Wien können als Ausgabestellen der Transportscheine die Unterschiede zwischen dem Schleichhändler und dem Bedauernswerten, der für eine kranke Frau oder ein krankes Kind eine Flasche Milch oder einige Eier aufzutreiben sucht, wohl nicht leicht unterscheiden. Besser könnte das die in jedem Dorfe bestehende Lebensmittelkartonabgabestelle oder der Wirtschaftsrat, dem die Ueberwachung der Versorgung des Dorfes anvertraut ist. Diese Ortsbehörden kennen jeden persönlich, der für sich und die Seinen auf ehrliche Weise ab und zu eine Zubuße in die Stadt bringen will, die ihm gewährt wird von Verwandten, und die von diesen nur durch spärliches Eintreten erübrigt werden kann; er bekommt sonach nur Rationen, zu deren Abgabe für die Allgemeinversorgung diese Besitzer nie verhalten werden könnten. Diese Ortsbehörden kennen auch recht gut diejenigen, die allwöchentlich mehrmals als Berufsämter, oft als Nebenbeschäftigung zur Arbeitslosigkeit, das Dorf unsicher machen. Diese Ortsbehörden könnten am besten ermächtigt werden, für jeden einzelnen Fall mit Bezeichnung der mitzunehmenden Lebensmittel hinsichtlich Art und Menge Passierscheine auszustellen und würden es gewiß als Ehrenpflicht betrachten, Schleichhändlern diese Passierscheine zu verweigern und Schleichhandelsbauern zur Verantwortung zu ziehen.

Das Rußsackverbot.

Die angekündigte Verordnung über das Verbot des Rußsackverkehrs ist zwar noch nicht publiziert, doch ist an informierten Stellen nichts von einer geplanten Aufschubung oder gar Wilderung bekannt. Es sind auch keine Weisungen an die Bauern- und Soldatenräte, beziehungsweise an die Volkswehr ergangen, die schon in Übung stehende Kontrolle einzustellen.

Folgen des Rußsackverkehrsverbotes.

Der Uebereifer, mit dem die untergeordneten Organe das Rußsackverkehrsverbot handhaben, hätte gestern bald zu einer diplomatischen Verwicklung — allerdings mit einem humoristischen Einschlag — geführt. Gestern sind nämlich, nach einer Mitteilung der tschechoslowakischen Gesandtschaft — wie beinahe täglich — aus Mähren auf dem Franz Josefsbahnhof etwa 80 Kilogramm Fleisch eingetroffen, das für die Beamten der tschechoslowakischen Gesandtschaft bestimmt war. Knapp vor dem Abtransport des Fleisches vom Bahnhof erschienen Organe der Volkswehr und erklärten es unter Berufung auf das Verbot des Rußsackverkehrs für beschlagnahmt. Organe der Gesandtschaft wendeten sich an Staatssekretär Elderich, der sich sofort bereit erklärte, den Organen der Gesandtschaft für die Zukunft eine Anweisung zur freien Einfuhr des Fleisches zu geben, sie aber gleichzeitig darauf aufmerksam machte, daß die Volkswehr sich um diese Anordnung wahrscheinlich nicht kümmern werde. Schließlich wurde die tschechoslowakische Gesandtschaft an das Ministerium des Innern verwiesen, dem eigentlich die Volkswehr unterstehe. Auf dessen Anordnung wurde das Fleisch sogleich zurückgestellt und gleichzeitig durch einen „Tagesbefehl“ jede Sicherheit für die Zukunft geschaffen.

Passierscheine für den Rußsackverkehr.

In der Bezirksvertretung Währing rief das Verbot des Rußsackverkehrs eine lebhafteste Debatte hervor. Trotzdem die sozialdemokratischen

Bezirksräte für die Aufrechterhaltung desselben eintraten, wurde in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Christlichsozialen und der Deutschnationalen mit knapper Stimmenmehrheit folgender Antrag angenommen: Bis auf weiteres ist verlässlichen Personen, die sich mit einem von der Bezirksvorsteherung beglaubigten Passierschein ausweisen, daß sie keine Schleichhändler oder gemeingefährliche Individuen sind, einmal in der Woche der freie Bahnverkehr und die Mitnahme von höchstens 15 Kilogramm verschiedenartiger, ehrlich erworbener Lebensmittel für die eigene Familie zu gestatten. Bei Mißbrauch ist der Passierschein sofort einzuziehen. Die Kontrolle ist bei der Fahrkartenausgabe durch Abstempelung des Passierscheines zu erwirken.

1./8. 1919.

1/8.
146**Die Geltung des Rucksack-
verbotes.****Von heute an.**

Die n.-ö. Landesregierung hat bekanntlich am 25. Juli einen Runderlaß an sämtliche Bezirksbehörden herausgegeben, in dem die unterstehenden Behörden von dem Verbote des Rucksackverkehrs verständigt werden. Die Herausgabe einer diesbezüglichen Verordnung war überflüssig, da der Rucksackverkehr nie gesetzlich geregelt wurde, sondern sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herausgebildet hat. Von dem Verbote sind nur die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel betroffen. Unter den freigegebenen Artikeln befinden sich Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linjen), ferner Buchweizen, Hirse, Reis und Mais, also auch Maismehl. Außerdem wurden die Kontrollorgane angewiesen, einen Mundvorrat für höchstens drei Tage zuzulassen.

Die Kontrolle soll im Herkunftsorte durchgeführt werden, auf keinem Falle auf der Strecke. Von Zeit zu Zeit wird auch eine Kontrolle auf den Bahnhöfen und den Verkehrswegen geübt werden.

Die Organe, die mit der Kontrolle betraut sind, wurden von der Landesregierung angewiesen, mit größter Schonung und ohne unnötige Belästigungen des Publikums vorzugehen. Die beschlagnahmten Lebensmittel werden nur gemeinnützigen Zwecken zugeführt. Es hat sich aber bereits der Fall ereignet, daß Leinwand konfisziert wurde. Gehört diese vielleicht auch zu den staatlich bewirtschafteten Artikeln?

3./8. 1919

2/8

148

**Im Zeichen des verbotenen Rucksack-
verkehrs.****Der Kontrolldienst auf den Wiener Bahnhöfen.**

Seit heute wird die Ueberwachung des Rucksackverkehrs auf den Wiener Bahnhöfen mit allem Eifer betrieben. Bei den Bahnhofsausgängen stehen vier und sechs Mann Volkswehr als Posten mit Gewehren, die jedem Reisenden, der einen Rucksack oder Reisekoffer mitbringt, zur Ausweisleistung auffordern. Wer Lebensmittel mitführt, wird zur Untersuchung in das Lokal der Finanzwache geschickt, wo gleichfalls Volkswehr antwesend ist. Die staatlich bewirtschafteten Artikel, insbesondere Mehl, Fett, Butter und Milch, werden den Reisenden abgenommen, ohne daß die Betroffenen ein Entgelt dafür erhalten. Dabei spielen sich selbstverständlich erregte Szenen ab. Die Tröstungen mit dem Hinweis auf den notwendigen Kampf gegen den Schmuggel nimmt das Publikum sehr unglaublich auf.

Für die Mitnahme von Lebensmitteln aus Wien nach den Sommerfrischen wird ein genereller Transportschein verlangt, der von den magistratischen Bezirksämtern bei Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines, des Wiener Meldezettels und des Meldezettels oder eines ähnlichen Ausweises für die betreffende Sommerfrische ausgefolgt wird.

Die Not Europas.

St. Germain, 3. August. Dem „Temps“ zufolge hat Hoover bei der Londoner Beratung des Obersten Wirtschaftsrates festgestellt, daß die Kohlenproduktion Europas in gefährlichem Maße gesunken sei, daß man aber andererseits den Verbrauch nicht einschränken könne, ohne die unentbehrliche Versorgung zu gefährden. Das Defizit könne daher nur durch Steigerung der Produktion und bessere Verteilung behoben werden. Die damit zusammenhängenden Fragen wurden einer Subkommission zugewiesen, die morgen in Paris zusammentreten soll.

Dem „Matin“ zufolge hat Hoover dem Obersten Wirtschaftsrat einen Bericht vorgelegt, in dem es heißt, daß Europa gegenwärtig für mehr als 100 Millionen Menschen Lebensmittel einführen müsse. Nach seiner Meinung beruhe die wirtschaftliche Krise in Europa auf der Demoralisation der produktiven Kräfte. Ein Beweis dafür sei, daß trotz des großen Arbeitsangebotes in Europa 15 Millionen Familien Arbeitslosen-Unterstützungen beziehen. Hoover folgert daraus, daß zur Wiederkehr der Produktivität, wie sie vor dem Kriege bestand, das „Stimulus des Individualismus“ unentbehrlich sei.

„Journal des Debats“ meldet: Die Rückkehr der Flüchtlinge nach den befreiten Gebieten macht sich in dem zunehmenden Arbeitermangel geltend. In einigen Monaten wird in Frankreich zwischen dem Personal und dem Material ein enormes Mißverhältnis bestehen, das nur durch fremde Arbeiter wird vermindert werden können.

London, 3. August. (Reuter.) Der Oberste Wirtschaftsrat hat am 1. und 2. August unter Vorsitz Lord Cecil's die durch die gegenwärtige Wirtschaftslage Europas aufgeworfenen dringenden Fragen geprüft, darunter Hoovers Bericht über die Versorgung im Juni. Es wurde auch die Frage der Heimführung der Kriegsgefangenen aus den östlichen Gegenden erwogen, ferner die Aufrechterhaltung des Verkehrs auf der Donau und die vorübergehende Aufteilung der feindlichen Tonnage unter die Alliierten und Assoziierten. Der wichtigste Gegenstand der Beratung betraf die Schwierigkeiten, die gegenwärtig in der Versorgung Europas mit Lebensmitteln, Kohle und Bedarfsartikeln bestehen. Der Rat ist der Ansicht, daß die Lage der Kohlenversorgung in ganz Europa ernst ist.

St. Germain, 3. Juli. Bei den Verhandlungen des Obersten Wirtschaftsrates in London haben die französischen Unterhändler durchgesetzt, daß Frankreich eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zuteil werde. Das Geld wird durch eine amerikanische Anleihe aufgebracht, der Schiffsraum von den Alliierten garantiert. Dagegen scheinen die Bemühungen der Franzosen, englische Kohle zu erhalten, angesichts der schwierigen Lage in England vollständig gescheitert zu sein. Sir Auckland Geddes hatte vor einiger Zeit erklärt, daß England eine Ausbeute von 230.000 Tonnen haben werde und bereit sei 9000 Tonnen an Frankreich zu liefern. Die Produktion ist aber, wie Geddes jetzt mitteilte, in einem so erschreckenden Maße gesunken, daß nur mehr 180.000 Tonnen gefördert werden, die nicht einmal den eigenen Bedarf Englands decken. Von einem Export, auch einem solchen nach Frankreich, könne daher beim besten Willen nicht die Rede sein.

6./8. 1919.

6/8

1752

Die Durchführung des Rückfahrverbots.
Dienstag nachmittag fand in der Landesregierung eine Sitzung des Approvisionierungsausschusses der Landeswirtschaftskommission statt, bei der auch die Arbeiterräte vertreten waren und in der die geregelte Durchführung des Rückfahrverbotes besprochen wurde. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß in den Bahnhöfen Wiens zwar strenge Vorkehrungen getroffen werden sollen, daß das Verbot strikte eingehalten werde, daß aber auch alle dabei beteiligten Faktoren Rücksicht darauf zu nehmen hätten, daß das reisende Publikum nicht unnütz belästigt werde.

Die Tumultszenen auf dem Westbahnhofs.

Der Bürger- und Ständerat gegen den Mißbrauch des Ausfahverbotes.

Am 6. d. fand, wie uns vom deutschösterreichischen Bürger- und Ständerat mitgeteilt wird, eine Sitzung des Präsidiums statt, in der Präsident Landeshauptmannstellvertreter Steiner ausführlich über den Fortschritt der Organisation des Wiener Bürger- und Ständerates berichtete. Die unhaltbaren Verkehrsverhältnisse auf den Wiener Bahnhöfen wurden eingehend erörtert und dem tiefsten Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Staatsregierung duldet, daß Volkswehr und Arbeiterräte ohne jede Berechtigung und unter gänzlicher Ausschaltung der amtlichen Bahn- und Finanzorgane das Reisegepäck der ankommenden Reisenden untersuchen und hierbei ganz geringfügige, kaum nennenswerte Lebensmittelmengen beschlagnahmen, welches Vorgehen zu stürmischen Ausritten Anlaß gibt. Gegen diese Eigenmächtigkeiten hat Präsident Steiner in Vertretung des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Wien und namens des Wiener Bürger- und Ständerates beim Präsidenten Seitz, beim Polizeipräsidenten Schober und bei den zuständigen Regierungsstellen Einspruch erhoben, um diese den guten Ruf der Stadt sowie die ohnehin schwierige Versorgung schädigenden Eigenmächtigkeiten unberufener Organe abzustellen. Von den maßgebenden Stellen wurde dem Präsidenten Steiner versprochen, Abhilfe zu schaffen.

Ausbau der Bürgerräte in Steiermark.

Den „D. W.“ wird aus Graz berichtet: Die Bürgerrätebewegung schreitet in den Städten Steiermarks rüstig vorwärts. Die einzelnen Bürgerräte werden sich demnächst auf einem Landesverband der Bürgerräte zusammenschließen. Die gründende Versammlung findet am 11. August in Graz statt. An der Versammlung werden auch Vertreter der niederösterreichischen Bürgerräte teilnehmen. Die nächste und wichtigste Aufgabe der Bürgerräte wird es sein, die vollständige politische und wirtschaftliche Gleichstellung mit den Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräten zu erlangen und in den gleichen Behörden und Organisationen vertreten zu sein, wie diese Rätegruppen.

8./VIII. 1919.

159

Milderung des Rucksackverbots.

Das Verbot des Rucksackverkehrs, noch mehr aber die Art der Durchführung desselben durch gänzlich unverantwortliche Organe, hat in Kleinbürgerlichen und Arbeiterkreisen die größte Erbitterung hervorgerufen. Gerade jene Schichten der Bevölkerung, die dem Verdacht des Schleichhandels am fernsten stehen, werden durch das Verbot am schwersten getroffen, während der Schleichhandel sich durchzuhelfen versteht.

Obwohl man, wie die Deutschösterreichische Korrespondenz meldet, an leitender Stelle der Landesregierung sich der Einsicht nicht mehr verschließen kann, daß das Rucksackverbot in der jetzigen Form unhaltbar geworden ist, machen sich von sozialistischer Seite, hinter der besonders die Wünsche der Volkswehr zu stehen scheinen, kräftige Widerstände gegen eine Abänderung des Verbotes geltend. Am Laufe des heutigen, eventuell morgigen Tages wird eine Zusammenkunft der maßgebenden Stellen stattfinden, in der die Entscheidung über den Rucksackverkehr fallen wird. Angesichts der Tatsache, daß das absolute Verbot entschieden eine Gefahr sowohl für die Ernährung, als im Hinblick auf die künftigen Vorkommnisse auch für die Ruhe der Stadt Wien bedeutet, gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Entscheidung in jener Zusammenkunft wenigstens für eine einschneidende Milderung des Verbotes fallen wird.

8. VII. 1919

1755

Die Arbeiterräte und der Rucksack.**Eine Beschimpfung der Eisenbahner. — Die beschlagnahmten Lebensmittel für Parteianstalten!**

Im Ernährungsausschusse des Floridsdorfer Arbeiterrates wurden Freitag die bitteren Erfahrungen über die Durchführung des Rucksackverbotes ausgetauscht. Ein Genosse R ö s c h erklärte hierbei als Berichterstatter: „Der Widerstand ist groß. Es muß leider betont werden, daß sich selbst ein kleiner Teil der Eisenbahnbediensteten uns feindlich gegenüberstellt. Das sind freilich nur Mit-sch-mar-ker, die lediglich an sich denken. Die Kinderfreunde (!) in Jedlersdorf wie in Floridsdorf, Spitäler und Siechenhäuser bekommen die Waren überwiesen.“ Es werden sonach die den Leuten von den Arbeiterräten abgenommenen Lebensmittel, über deren Verwendung sich die Bevölkerung schon lange den Kopf zerbricht, an Parteivereine verteilt, die dadurch gegen christliche und unpolitische Wohltätigkeitsvereine konkurrenzfähig gemacht werden und in denen die Kinder, wie man weiß, bereits auf das Parteiprogramm mit allen Mitteln eingedrillt werden. Also Parteipolitik auf Kosten der Rucksackverpflegung.

Weiter berichtet das sozialdemokratische Organ über die Beratung der Floridsdorfer Arbeiterräte: „Bitter wurde in der Debatte die Haltung der leitenden Kreise in Reich und Land wie in der Gemeinde zu der Frage der Bekämpfung des Schleichhandels beurteilt. Ebenso der Umstand, daß die Arbeiter-presse in der Frage eine erstaunliche Unentschlossenheit zeigt. Es wäre schon wirklich am Platze, daß sich an so wichtigen Versammlungen wenigstens einer der Genossen Mandatare des Bezirkes beteiligte.“ Es ist halt doch nicht ganz geheuer, mit diesen Dingen zu spielen.

9./VIII. 1919.

156

Der Rückzug der Rucksackfeinde.**„Milderungen“ in Aussicht genommen.**

Die „Korr. Herzog“ meldet: Die Sitzung der maßgebenden Stellen, die über den Rucksackverkehr zu entscheiden haben wird, findet erst kommenden Dienstag statt. Mit einer allgemeinen Aufhebung des mit 1. d. in Kraft getretenen Rucksackverbotes ist nicht zu rechnen. Möglich ist nur eine mildere Handhabung dadurch, daß den mit der Ueberwachung des Bahnverkehrs betrauten Personen Weisungen gegeben werden, in jenen Fällen, in denen es sich zweifellos nur um ganz geringe Mengen handelt, die betreffenden Parteien nicht zu beunruhigen sind, während bei größeren Mengen oder in jenen Fällen, wo zweifellos die Hamsterei nur im Dienste des Schleichhandels steht, die strengste Anwendung des Rucksackverbotes in Kraft bleibt. Eine Milderung der Praxis ist auch in den Fällen zu erwarten, in welchen rationierte Lebensmittel von Wien aus in die Sommerfrische mitgenommen werden.

9. VIII. 1919

1757

Fortsetzung der amerikanischen Kinderhilfsaktion.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Amerikaner haben im Mai mit einem großartigen Hilfswerk begonnen. Sie haben allen notleidenden Staaten Europas Nahrungsmittel gespendet um dem Kinderelend zu steuern. Auch Deutschösterreich wurde noch vor dem Friedensschluß in die Hilfsaktion einbezogen, wodurch es möglich wurde, zweihunderttausend Kinder durch hundert Tage auszuspeisen, so daß zwanzig Millionen Mittagsmahlzeiten verabreicht werden konnten.

Nun hat der frühere Lebensmittelminister von Amerika und Europa Mr. Herbert Hoover seine Tätigkeit ganz auf das Kinderhilfswerk, das seine Lieblingsidee ist, konzentriert und will auch die deutschösterreichischen Ausspeisungen, die ursprünglich nur für drei Monate bestimmt waren, fortführen. Dazu braucht er die Unterstützung weiterer Kreise. Mr. Hoover wird in Amerika für uns werben unter der Bedingung, daß wir auch in Deutschösterreich Geld und Nahrungsmittel aufbringen. Wenn wir auch finanziell auf tiefste heruntergebracht sind, so ist es doch jedem einzelnen möglich, ein kleines Scherlein zu Gunsten der hungernden Kinder beizutragen, damit sie über die schlimmste Zeit ohne dauernden Schaden hinwegkommen. Was wir hier in Deutschösterreich aufbringen, oder mit deutschösterreichischem Gelde ankaufen wollen, sind Nahrungsmittel, die zur Ergänzung der von Amerika gespendeten notwendig sind. Wir erhalten aus Amerika: Mehl, Kondensmilch, Kalao, Speck und Reis, aber keine Gemüse und sonstigen Zutaten. Wir wollen nach der Ernte hauptsächlich Kartoffeln hier oder in den Nachbarstaaten erwerben. Beim Einkauf in den Nachbarstaaten werden uns die Amerikaner behilflich sein. Außer Kartoffeln brauchen wir Eier, Rohh, Zwiebeln etc.

Wir bitten Sie, auch mit der kleinsten Gabe zu uns zu kommen. Je mehr Spender sich melden, desto mehr wird dies beweisen, wie viel Verständnis das deutschösterreichische Volk für die Notwendigkeit der Kinderernährung hat. Geldspenden werden entgegengenommen bei allen Hauptstellen und Filialen der Anglo-österreichischen Bank, des Wiener Bankvereins, der Kreditanstalt, ferner beim Postsparkassenamt auf das Konto: Deutschösterreichisches Jugendhilfswerk Nr. 182.331 sowie bei allen Küchen und Ausspeisestellen der amerikanischen Kinderhilfsaktion. Bei diesen sind auch Posterslagscheine erhältlich.

Sammelstelle für Naturalspenden I. Hofburg.

Professor Dr. Clemens Pirquet,
Kommissär des Deutschösterreichischen Jugendhilfswerkes für die
amerikanische Kinderhilfsaktion.

Die Gepäckrevision auf dem Westbahnhof.

Zeichnung von Fritz Schnepflug.



Der Arbeiterrat zu Staatssekretär E l d e r s h: „Glauben Sie, ich bin was Bessers?“

Unser Ernährungsabgang im kommenden Wirtschaftsjahre.

7.000.000 Meterzentner Getreide!

Die Ernährung Deutschösterreichs wird auch im kommenden Wirtschaftsjahre großen Schwierigkeiten begegnen. Es kann sich nicht selbst ernähren und es ist daher auf riesige Zuschüsse aus dem Auslande angewiesen. Selbst wenn wir in Deutschösterreich die volle Friedensproduktion hätten, was doch noch lange ausgeschlossen sein wird, könnten wir nach Auflassung der Rationierung unseren vollen Bedarf an Getreide, Mehl und Brot nicht befriedigen. Wir hatten im Frieden im jetzigen Gebiete Deutschösterreichs nach der amtlichen Statistik eine Ernte an Weizen, Roggen und Gerste von zehn Millionen Doppelzentnern gehabt. Wenn man das Saatgut abrechnet, was man unbedingt tun muß, so bleiben 8½ Millionen Meterzentner übrig, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung 120 Kilogramm Getreide jährlich. Das ist natürlich weniger, als nach den Erhebungen im Frieden auf den Kopf entfallen ist, denn es kamen damals auf den Kopf der Bevölkerung 149 Kilogramm Getreide. Dabei dürfte von diesen 8½ Millionen Meterzentnern auch nicht ein Kilogramm verfüttert worden sein, was doch ganz unmöglich ist, denn ein Teil der Gerste und auch des Brotgetreides muß ja verfüttert werden, und dabei wäre auch der Bedarf der Industrie an Getreide noch gar nicht berücksichtigt, das heißt, es hätte zum Beispiel überhaupt nicht ein Liter Bier erzeugt werden dürfen. Unsere schlechten Ernährungsverhältnisse werden bei dem ungünstigen Stande unserer Valuta unsere Verschuldung

an das Ausland noch größer machen. Es ist daher schon aus staatsfinanziellen Erwägungen an die Auflassung der Mehl- und Brotkarte im kommenden Wirtschaftsjahre leider noch nicht zu denken, denn die Getreideeinfuhr kann nicht unbeschränkt sein und muß mit unserer finanziellen Leistungsfähigkeit mehr oder minder im Einklang stehen.

Wie verhält es sich mit unserer Getreideversorgung im kommenden Wirtschaftsjahre? Die Nichtselbstversorger hatten bis 20. April eine Verschleißmehlrations von 250 Gramm, sowie eine Brotmehlrations von 1600 Gramm für Schwerarbeiter und 900 Gramm für sonstige Verbraucher (zusammen 1850, bezw. 1150 Gramm) wöchentlich erhalten. Dann erfolgte eine Erhöhung der Ration. Die Verschleißmehlrations wurde auf 500 Gramm wöchentlich und die Brotrations um 25 Prozent erhöht. Es erhalten somit gegenwärtig die Schwerarbeiter 2500 Gramm und die übrigen Verbraucher 1625 Gramm Mehl in der Woche, was einer durchschnittlichen Verbrauchsration von 1860 Gramm entspricht. Zur Verbesserung der Ernährung im kommenden Wirtschaftsjahre wird die durchschnittliche Versorgung mit einer Mehlrations von 400 Gramm täglich von der Regierung angestrebt. Dies ergibt einschließlich des Bedarfes der Spitäler, Anstalten und Küchen einen Getreidebedarf von jährlich 8.800.000 Meterzentnern. Gegenüber der voranschlagten inländischen Aufbringung von 1.800.000 Meterzentnern beträgt also der Abgang für die menschliche Ernährung bei einer wöchentlichen Verbrauchsquote von 2800 Gramm 7.000.000 Meterzentner!

Dieses ungeheure Defizit würde sich natürlich noch erhöhen, wenn die Zuweisungen an die getreideverarbeitenden Industrien vergrößert würden. Der Friedensbedarf der Brau- und Malzindustrie, Backhefeindustrie, Raffinerieindustrie, Nahrungsmittelindustrie usw. betrug mehr als 2.500.000 Meterzentner. Es wird also auch im kommenden Wirtschaftsjahr ein Ding der Unmöglichkeit sein, diese Industrie auf die Höhe der Friedensproduktion zu bringen.

Als Reichskontingent wurden für das kommende Wirtschaftsjahr, wie gesagt, 1.800.000 Meterzentner Brotgetreide und 250.000 Meterzentner Hafer vorgegeben. Bisher wurden abgeliefert:

	Brotgetreide	Hafer
1915/16	2.272.500 Meterzentner,	631.200 Meterzentner,
1916/17	1.563.400 "	980.400 "
1917/18	2.038.900 "	357.800 "
1918/19	1.652.200 "	380.800 "

Durchschnitt . . 1.881.800 Meterzentner. 587.500 Meterzentner.

Die Aufteilung des Reichskontingent soll wie folgt durchgeführt werden:

	Brotgetreide	Hafer
Niederösterreich .	1.123.200 Meterzentner	150.000 Meterzentner
Oberösterreich .	534.900 "	80.000 "
Salzburg	12.000 "	2.000 "
Steiermark	86.100 "	14.000 "
Kärnten	27.800 "	3.000 "
Tirol	16.000 "	1.000 "

Unsere Versorgung.

Zur Erleichterung der Ernährungsnot.

Die „Deutschösterreichische Landwirtschaftsstelle“ veröffentlicht jetzt eine von Direktor Albert Geymann jun. verfaßte Broschüre, in der alle zum Teil bereits durchgeführten, zum Teil erst geplanten Maßnahmen dargelegt werden, die auf eine Intensivierung der deutschösterreichischen Landwirtschaft und damit auch auf eine Erleichterung der Ernährungsnot hinarbeiten. Der Verfasser weist auf das Widersprüchliche der jetzigen Zustände hin, daß sich in der Hauptstadt zahllose Tausende von Arbeitslosen aufhalten, während auf dem Lande ein Deutemangel herrscht, der bei längerem Fortbestande einfach die Produktionsfähigkeit aller mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betriebe untergraben muß. In der Denkschrift werden sodann im einzelnen die Maßnahmen gegen die allgemeine Deutenot und von der dringend notwendigen Intensivierung der heimischen Landwirtschaft erörtert, das sind zwei Probleme, die sich nicht voneinander trennen lassen und die daher zur gleichen Zeit gelöst werden müssen. Es heißt da in der Denkschrift unter anderem: „Der Gedanke, daß eine später einmal mögliche Verbilligung des überseeischen Getreides unsere Intensivierungsarbeit unrentabel machen könnte, darf nicht heiraten. Die hohen Frachttarife werden durch lange Jahre für unsere inländischen Produkte ein genügender Zollschutz sein; nicht minder auch der Tiefstand der Valuta, welche sich infolge der für lange Zeit noch notwendigen Importe nur allmählich wird bessern können. Auch bei jenen landwirtschaftlichen Betrieben ist heute eine weitgehende Intensivierung notwendig, bei denen dieselbe für die allernächsten Jahre einen Rückgang am Reinertrage zur Folge haben könnte. Es handelt sich in unserer Zeit nicht mehr allein um das private Interesse an Höchsterträgen für die einzelnen Wirtschaftsbesitzer, sondern es liegt auch ein öffentlicher, vom Standpunkte der Allgemeinheit begründeter Anspruch auf Höchstserträge vor, die durch alle nur irgendwie möglichen Mittel angestrebt werden müssen.“

Wird die Handarbeit durch Maschinen ersetzt, so tritt im allgemeinen ein Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft ein. Auch in der Landwirtschaft würde eine vermehrte Anwendung von Maschinen einen Teil der Arbeitskräfte überflüssig machen, wenn an der Betriebsweise nichts geändert wird. Da jedoch für den einzelnen Landwirt, wie für die Allgemeinheit die Erzielung höchster Ernterträge notwendig ist, wird mit der Verwendung von Maschinen

stets auch eine weitgehende Betriebsintensivierung verbunden sein. Tatsächlich sehen wir, daß die intensiv geführte Wirtschaft auch dann, wenn sie mit den besten Maschinen arbeitet, zumindest ebensoviel, in der Regel aber bedeutend mehr menschliche Arbeitskräfte erfordert, als die extensive Bewirtschaftung ohne Maschinen. Die allgemeine Anwendung verbesserten Saatgutes, verbunden mit sorgfältiger Bodenbearbeitung und reichlicher Düngung bedeutet aber für Deutschösterreich die Erhöhung der Gesamtproduktion um mindestens fünfzig Prozent (!).

Der Verfasser der Denkschrift fordert sodann die Heranziehung der städtischen Jugend, die in besondere Lehrlingsgruppen eingeteilt und so für die landwirtschaftliche Arbeit geschult werden soll. Die Praxis habe ergeben, daß Industriearbeiter und erwachsene Arbeitslose aus der Großstadt nur in den seltensten Fällen zu brauchbaren landwirtschaftlichen Arbeitern werden. Soll nun wirklich zwischen der Deutenot auf dem Lande und der Ueberfülle an Arbeitskräften in der Großstadt ein Ausgleich geschaffen werden, so ist dies nur auf dem einen Wege möglich, daß die städtische Jugend für die Landwirtschaft gewonnen werde.

Der Bezug des frischen Schweinefleisches.

Die Rathauskorr. meldet: Wenn auch die zur Verfügung stehenden Mengen von frischem Schweinefleisch gering sind, so soll doch deren gleichmäßige Verteilung für alle Haushaltungen geregelt werden. (Ist doch selbstverständlich!) Die Besitzer der amtlichen Einkaufsscheine (weiß, grün, blau, braun) haben sich daher vom 13. bis 16. d. bei einer amtlich befugten frei gewählten Abgabestelle für frisches Schweinefleisch in die Kundenliste eintragen zu lassen. Als amtlich befugte Verkäufer sind nur jene Fleischhändler anzusehen, welche amtlich beliefert werden und an deren Geschäftslokal eine mit der Aufschrift „Amtlich befugte Abgabestelle für frisches Schweinefleisch“ versehene Tafel angebracht ist. Von den Konsumentenorganisationen wurden als amtlich befugte Abgabestellen u. a. folgende erklärt: der Wiener Konsumverein, der Reichswirtschaftsbund der Festangestellten, die Lebensmittelmagazine der Bediensteten der deutschösterreichischen Eisenbahnen und die sozialdemokratischen Arbeiterkonsumvereine in Wien. Die Mitglieder dieser Konsumvereine sind aber nicht verpflichtet, das frische Schweinefleisch durch ihre Konsumentenorganisation zu beziehen, sondern können sich auch in die Kundenliste eines anderen Fleischhändlers eintragen lassen. Bei der Anmeldung wird von der Abgabestelle der Abschnitt mit der Ziffer „62“ des amtlichen Einkaufsscheines abgetrennt. Der Tag, an welchem die neue Bezugsregelung eintreten wird, wird besonders verlautbart werden. Bis dahin wird frisches Schweinefleisch in der hiesigen bisher angeordneten Weise zur Ausgabe gelangen.

Wir haben in dem obigen Teil jene Konsumentenorganisationen wiedergegeben, die für die weitaus

überwiegende Majorität der Bevölkerung in Frage kommen. Im Rathaus hat man es zwar für notwendig befunden, noch eine Reihe von sozialistischen Konsumvereinen in die offizielle Liste aufzunehmen, trotzdem es sich da um Organisationen handelt, die vielleicht für einen einzelnen Bezirk, niemals jedoch für die Wiener Arbeiterschaft als solche eine Bedeutung haben. Wenn man nun aber in der Auslese der Konsumvereine schon einmal so weit geht, weshalb hat man dann z. B. die Organisation der Zeitungsangestellten übergangen, der doch Tausende von Arbeiterfamilien angehören und weswegen werden dann die bürgerlichen Konsumvereine oder der Wirtschaftsverband der Kriegsbeschädigten kurzerhand beiseite geschoben.

Kinderrubiken.

Für Kinder bis zu 14 Jahren werden vom 13. bis 22. d. abgegeben: Für jedes Kind bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 Kilogramm Kindernährmehl; für jedes Kind vom vollendeten 2. Lebensjahre bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 1 Kilogramm Haferflocken und für jedes Kind vom vollendeten 6. Lebensjahre bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 1 Kilogramm Kindernährmehl, $\frac{1}{4}$ Kilogramm Teigwaren. Der Bezug der Rubiken erfolgt wie bisher gegen Vorweisung der gelben, bezw. der lilafarbenen Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes „2“ der grauen, rosa und lilafarbenen Mischkarte. Detailverkaufspreis der Rubiken: Kindernährmehl Kr. 5.40, Haferflocken Kr. 3.40, Teigwaren Kr. 7.—, alles per 1 Kilogramm.

Die Aussichten unserer Lebensmittelversorgung.

Ueber die nächsten Aussichten unserer Lebensmittelversorgung äußerte sich ein leitender Funktionär des Staatsamtes für Volksernährung einem unserer Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen: Während jetzt die Zushübe von Mehl und Getreide durch die Entente wieder regelmäßiger erfolgen und höchstens noch durch die vielen Transportschwierigkeiten zuweilen behindert werden, sind die Aussichten für eine bessere Versorgung mit Fleisch und Fett noch immer recht trostlos. Schlachtvieh wird jetzt fast nur noch aus dem Lande Niederösterreich geliefert, da auch Jugoslawien seine Sendungen nach Deutschösterreich vollkommen eingestellt hat. Wir sind daher gegenwärtig vor allem, was Wien anbelangt, nur auf die überseeischen Fleischlieferungen angewiesen, die zunächst schon aus valutatischen Gründen fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Für weitere Sendungen vom amerikanischen Schweinefleisch sind die Kredite erschöpft, und es kann an eine Erneuerung von diesen schon deshalb nicht gedacht werden, weil ja zunächst die regelmäßige Lieferung von Getreide und Mehl für den allgemeinen Bedarf noch wichtiger ist. Durch die Einstellung dieser Fleischsendungen leidet zunächst auch unsere Fettversorgung, da dafür das amerikanische Speckfleisch einigen Ersatz geboten hatte. Für die Beschaffung von Fett sind daher die Aussichten auch am ungünstigsten. Vorläufig sind für die Lieferung von amerikanischem Gefrierfleisch (Rindfleisch) Abschlüsse für 150 Waggons in einer Gewichtsmenge von zusammen 1500 Tonnen gemacht worden, die sehr unregelmäßig anrollen, so daß etwa zwei bis drei Waggons täglich in Wien einlangen. Die jeweilige Zuteilung an die Verbraucher hängt daher auch ganz von den Zufälligkeiten des Transports ab. Dabei ist natürlich diese Menge für den Wiener Bedarf verschwindend klein, wenn man bedenkt, daß, wenn an jedem Verbraucher die kleine Wochenmenge von 10 Dekagramm Fleisch ausgegeben werden soll, 363.000 Kilogramm Fleisch gebraucht werden. Soll die Wochenkopfquote auf 12 Dekagramm erhalten werden, so sind 390.000 Kilogramm oder 40 Waggons Fleisch in der Woche notwendig.

Für den Herbst besteht allerdings die schwache Hoffnung, daß sich die Ausbringung von Vieh im Inland etwas besser gestalten werde. Sobald dann die Zeit der Grünfütterung vorüber ist, stoßen die Landwirte einen Teil ihres Viehbestandes schon deshalb ab, weil die Tiere mehr angefleischet sind, so daß höhere Verkaufspreise erzielt werden können. Erfahrungsgemäß haben Tiere, die nach dieser Zeit zur Schlachtung kommen 80 bis 100 Kilogramm mehr an Lebendgewicht, so daß die Schlachtung weit rationeller ist. Freilich muß heuer auch damit gerechnet werden, daß wir ein gutes Futterjahr haben, so daß, wenn der Landwirt über genügend Raufutter verfügt, mit einer stärkeren Zurückhaltung von Vieh für die Aufzucht gerechnet werden muß. Aber auch daran haben schließlich die Verbraucher ein gewisses Interesse, wo wir unter allen Umständen daran denken müssen, unseren stark heruntergekommenen Viehbestand wieder zu ergänzen und zu vervollständigen.

Was die Kartoffelversorgung anlangt, so hängt diese heuer mehr noch als sonst mit der Frage der Transportmöglichkeit und der Kohlenversorgung zusammen. Das Staatsamt für Volksernährung gibt sich alle Mühe, von auswärts Kartoffeln zu bekommen, und muß damit rechnen, ob der Verkehr nach der Ernte für einen regelmäßigen und klaglosen Transport ausreichen werde. Aus der Ukraine wären bedeutende Kartoffelmengen zu bekommen gewesen, aber man knüpfte daran die Bedingung, daß wir zuerst genügende Mengen Kohlen hinschiessen, über die wir leider nicht verfügen. Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß man sich in Deutschland mit der Herstellung von Kartoffeltrodnungsprodukten beschäftigt, während bei uns nicht daran gedacht wird, vergiftet aber, daß wir weder über genügend Kartoffeln noch über die dazu nötigen Kohlen verfügen. Im allgemeinen kann wohl gesagt werden, daß sich unsere Ernährungslage langsam bessert, daß wir aber noch zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden haben, bis wir wieder zu geregelten Verhältnissen kommen werden.

Lebensmittelfontrolle.

1917

Zeichnung von Fritz Schönpflug.

1919



Motto : „Nehmen ist seliger denn Geben !“

Gefährdung der Volksernährung.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift ist am 5. August d. Js. in der Nr. 333 des „Vorwärts“ die Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums kritisiert worden. Dabei wurde zum Teil von Voraussetzungen ausgegangen, die in dem Inhalt der Denkschrift keine Stütze finden. Diese hat nicht den freien Handel ganz allgemein verlangt, sie ist vielmehr zunächst nur für den freien Verkehr eines Teils der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für die Befreiung der landwirtschaftlichen Hilfsmittel eingetreten. Daß es nicht möglich ist, bei der gebundenen Wirtschaft eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern, Schuhen und eine bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Hilfsstoffen zu erreichen, kann heute kaum mehr ernstlich bestritten werden. Günstig der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde in der Denkschrift betont, daß die Bewirtschaftung von Brotgetreide und Fleisch beibehalten, daß aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Schweinehaltung die Gerste ebenso behandelt werden sollte, wie der Hafer, das heißt bei diesen Sommergetreidearten sollte der für die öffentliche Hand unentbehrliche Anteil durch Landlieferung aufgebracht, der Rest aber freigegeben werden. Wenn das beim Hafer möglich ist, warum sollte sich dann das Verfahren nicht auch für die Gerste durchführen lassen? Die Frage der Freigabe der Kartoffeln sollte nach der Denkschrift in ernsteste Erwägung gezogen werden und zwar deshalb, weil die Erfahrungen der Kriegsjahre zur Genüge erwiesen haben, daß sich dieses Produkt für die öffentliche Bewirtschaftung noch weniger eignet als das Getreide.

Der Gedanke der Denkschrift ist aber der, daß die einheimischen Ernten noch dem Rückgang, den die landwirtschaftliche Erzeugung im Krieg erfahren hat, bei weitem zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, daß aber die Deckung des Fehlbetrages auch durch Einkauf aus dem Ausland wegen mangelnder Zahlungsmittel auf die Dauer nicht möglich sei, daß daher Abhilfe nur erwartet werden kann durch äußerste Steigerung der eigenen Erzeugung. Diese sei aber durchführbar, sobald der richtige Weg eingeschlagen werde. Daran ändert die Tatsache, daß in diesem Jahr die Witterung besonders günstig war und daß eine größere Ernte im Felde steht als in irgendeinem der Kriegsjahre, nicht das geringste. Die Tatsache bleibt leider bestehen, daß die zu erwartenden Ernten der nächsten Jahre im Durchschnitt zur Deckung des Bedarfs bei weitem nicht ausreichen, wenn nicht für eine wesentliche Vergrößerung dieser Ernten alles geschieht, was im Bereich des Möglichen liegt.

Das erste hierzu ist aber die gesteigerte Kunst- und Düngungszufuhr. Dies ist der ausschlaggebende Gesichtspunkt. Die der Landwirtschaft ferner stehenden Kreise vermögen sich keinen Begriff davon zu machen, in welchem Maße die Ernten gesteigert werden könnten, wenn man dem Acker das Doppelte an Düngungsstoff und an Düngerkali zuführte, das ihm früher zugeführt wurde, und wenn man für die Zufuhr der absolut notwendigen Phosphorsäuremenge Sorge trüge.

Offenbar liegt der Grund, warum der Sinn der Denkschrift von dem Kritiker nicht verstanden wurde, in seiner Unkenntnis der Wirkung stärkerer Düngung. Würde diese Forderung erfüllt, dann wären die Schwierigkeiten schon in der nächsten Ernte behoben, dann würden die Ernten mit einem Male so viel größer werden, daß die Schweinehaltung und Schweinemast aus inländischem Getreide — nicht wie dort gesagt wird, mit Hilfe der Auslandsgerste — wieder zur Blüte kommen und die Fleisch- und Fettversorgung gesichert wäre.

Was die Ernährung so ungenügend macht, ist das Fehlen von Fleisch und Fett; darin stimmen aber alle Sachverständigen, vor allem auch die Reichsfleischstelle überein, daß eine hinreichende Fleischversorgung nur durch die Schweinehaltung erreicht werden kann und daß das durch die Rindvieh- und Schafhaltung allein, zumal bei dem heutigen Zustand unserer Viehstände gänzlich unmöglich ist. Will man aber die Schweinehaltung für die Erfüllung dieser Aufgabe aus der durch Kunstdünger gesteigerten Ernte 1920 fähig machen, so muß schon jetzt mit ihrem Wiederaufbau begonnen werden und darum muß für eine schnelle möglichst weitgehende Freigabe der Gerste und später vielleicht auch der Kartoffeln schon im gegenwärtigen Augenblick mit allem Nachdruck eingetreten werden.

Hierbei kommt aber der Kritiker der Denkschrift wieder mit dem Einwand, daß das Futter durch den Tierkörper bis zum vierten Teil für die menschliche Ernährung verwertet werde. Das ist richtig. Er vergißt aber ganz und gar, daß das den Schweinen gereichte Krossfutter — in diesem Falle also die Gerste — bei den heutigen Preisen nicht allein zur Schweinemast verwendet wird, daß vielmehr die Schweine außer der Gerste eine sehr große Menge von Grünfutter und Abfällen aller Art zum Aufbau des Körpers verwenden, die andernfalls der menschlichen Ernährung überhaupt nicht nutzbar gemacht werden könnten. Vor dem Krieg mag das wohl in einzelnen Gegenden, wie z. B. in Hannover der Fall gewesen sein, für die heutigen Verhältnisse trifft das aber unter keinen Umständen mehr zu. Die Dinge liegen vielmehr so, daß die Gerste, die jetzt für die Schweinehaltung freigegeben wird, infolge der Ausnutzung des Verfutters nach wenigen Monaten in Form von Speck und Fleisch weit mehr Nährstoffe der menschlichen Ernährung zuführt, als die Gerste an solchen enthalten hat.

Es muß also daran festgehalten werden, daß die Fleisch- und Fettversorgung und damit die Gesamternährung nur dann wieder besser werden kann, wenn die Schweinehaltung, die schon im Frieden den Fleischbedarf zu 60 bis 65 Proz. gedeckt hat, wieder zu ihrem Recht kommt.

19./VIII. 1919

19
265

Unterredung mit Mr. Hoover.

Außerungen des amerikanischen Lebensmitteldiktators.

Der amerikanische Lebensmittelfontrollor Mr. Hoover, der gestern früh aus Prag in Wien angekommen war, hat noch gestern abends seine Reise nach Paris fortgesetzt. Mr. Hoover konferierte während des ganzen gestrigen Tages mit den Mitgliedern der hiesigen amerikanischen Mission und der amerikanischen Lebensmittelfunkmission, deren Leiter Captain Gregory aus diesem Anlaß von Budapest nach Wien gekommen war. Mit Vertretern der deutschösterreichischen Regierung ist Mr. Hoover während seines hiesigen Aufenthaltes nicht in Fühlung getreten.

In einer Unterredung, die Mr. Hoover einem Vertreter unseres Blattes gewährte, äußerte er sich folgendermaßen über seine Tätigkeit:

„Ich bin kein politischer Beamter meiner Regierung und habe daher auch keine politische Mission zu erfüllen. Ich war von der amerikanischen Regierung und von den Regierungen der Ententestaaten berufen, in deren Auftrag jene Lebensmittel-, Kohlen-, Verkehrs- und anderen wirtschaftlichen Maßnahmen zu organisieren, die erforderlich waren, um Europa bis zur Einbringung der neuen Ernte am Leben zu erhalten.

Europa hat die größte Hungersnot seit dem Dreißigjährigen Krieg durchgemacht. Aber im Gegensatz zu jener Zeit hat die Hungersnot von 1919 keine Verluste an Menschenleben gekostet, obwohl auch sie der Bevölkerung eine Unsumme von Entbehrungen auferlegt hat und noch immer auferlegt.

Die Ernte ist da, und damit ist meine Aufgabe, soweit sie die allgemeine Lebensmittellieferung betrifft, erfüllt. Ich bin jetzt lediglich damit beschäftigt, die Bilanz meiner Aktion zu machen. Zu diesem Zweck habe ich mich zwischen zwei Rügen auch in Wien aufgehalten und lediglich über die wirtschaftlichen Fragen mit unserem hiesigen Stabe beraten.

Wir beabsichtigen, die besondere Ernährung von mehr als drei Millionen unterernährten Kindern in Europa mit Einschluß jener in Wien so lange fortzusetzen, bis wieder normale Verhältnisse eingetreten sein werden, oder aber zumindest solange, als wir die äußerst großen Mittel aufzubringen vermögen, die für diesen Zweck erforderlich sind.“

21. VII. 1919

21.

168

Arbeiterrat und Ernährungs- politik.

Der Wiener Kreisarbeiterrat hat gestern der Regierung das Programm ihrer Ernährungspolitik vorgelegt. Die Arbeiterräte sind nach ihren Statuten Parteiorganisationen und es wäre nichts dagegen zu sagen, daß die sozialistischen Regierungsmitglieder sich vor ihren Organisationen über ihre Absichten äußern. Es ist aber äußerst bedenklich und reimt sich mit der vor acht Tagen verkündeten demokratischen Republik unmöglich, daß umgekehrt die Arbeiterräte der Regierung die Marschroute vorschreiben, die natürlich über die Interessen der nichtsozialistischen Staatsbürger einfach hinweggeht. Eine Parteiorganisation kann nicht einfach beanspruchen, allein die Konsumenteninteressen zu vertreten; denn es gibt gottlob noch immer auch nichtsozialistische Arbeiter, es sind ferner auch die Gewerbetreibenden, Fixangestellten, freien Berufskonsumenten — soweit ihr schlaffer Beutel dies zuläßt — ohne in den Arbeiterräten nennenswert vertreten zu sein. Die Arbeiterräte lehnen aber die Mitarbeit der Organisationen aller anderen Stände, soweit sie sich nicht unter die sozialistische Parteifuchtel begeben, auch bei den ernährungspolitischen Maßnahmen glattweg ab und daraus ergeben sich Zustände, daß z. B. bei einem und demselben Kommunalbetriebe die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation mit beträchtlichen Zubußen bestraft werden, welche die Gemeinde auf Stadtkosten, also auch aus dem Säckel der „Bourgeois“-Steuerträger beschafft, während die nicht sozialdemokratisch organisierten Angestellten leer ausgehen. Die Folge einer solchen Partei-Wirtschaftsorganisation müßte letzten Endes nur die Fortsetzung der bisherigen Ungleichheiten in der Versorgung sein; Ungerechtigkeit bleibt Ungerechtigkeit, auch wenn man sie umkehrt. In dem Berichte, der dem Kreisarbeiterrat vorgelegt wurde, wurde nun erklärt, die Bürgerräte seien in der Ernährungspolitik auszuschalten, weil diese Kreise den Schleichhandel betreiben; der Referent selbst hat aber zur Begründung des Rückfahverbotes angeführt, daß dadurch den Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen, die Gelegenheit zum Schleichhandel genommen werden soll, und wer die Revolution infolge des Verbotes, von dem der Referent sprach, hervorgerufen hat, das haben die Arbeiterräte auf den Wiener Babenhöfen am eigenen Leibe verspürt.

Trotz dieser hartnäckig behaupteten, einseitigen Zusammenfassung und Wirkamkeit verlangen die Arbeiterräte nun eine „Finanzierung“ ihrer Tätigkeit aus Staatsmitteln und, um zu beweisen, daß ihre „Arbeit keine parteipolitische ist, sondern der ganzen Bevölkerung zugutekommt“, haben sie Richtlinien für die Ernährungspolitik zusammengestellt und den Behörden vorgelegt, in denen verlangt wird: Einsetzung einer Kriegswucherkommission in Wien, die aus dem Bürgermeister oder einem von ihm bestimmten Gemeindefunktionär als Vorsitzenden, sechs Vertretern des Kreisarbeiterrates und fünf Vertretern der verschiedenen Behörden bestehen wird. Dieser Stelle im Rathaus sollen Bezirksstellen untergeordnet werden, deren jede aus drei oder vier Arbeiterräten und einem öffentlichen Beamten bestehen werden. Das Kriegswucheramt bleibe bestehen und werde gleichsam die Oberbehörde bilden. — Die Kommission hätte also, was die nicht-beamteten Vertreter betrifft, rein parteimäßigen Charakter. Ind der Referent fügte denn auch ganz klar hinzu: „Der Staat hat nicht mehr allein die Exekutivgewalt, die Arbeiterräte müssen ihn unterstützen.“

In den letzten Tagen sind von Seite der christlich-sozialen Regierungsmitglieder sehr ernste Warnungen an die Arbeiterräte gerichtet worden, die Annäherung staatlicher Befugnisse aufzugeben. Man hat drüben diese Rufe wohl noch nicht genug verstanden. Immerhin erwiderte der Staatssekretär des Innern E. L. d. e. r. s. c. h. ganz deutlich, die Arbeiterräte sollen Hilfsorgane der Behörden sein und fügte hinzu:

Es ist zu bemerken, daß daraufhin fast sämtliche Redner gegen Staatssekretär E. L. d. e. r. s. c. h. polemisierten, der jedoch von dem Vertreter der Leopoldstadt und von der Frau Abg. freundlich unterstützt wurde.

Zwist im Roten Hause.

Wir erhalten von einer uns parteimäßig nicht nahestehenden Seite folgende Nachricht, die wir nur als Beitrag zu dem allgemeinen Stimmungsbilde wiedergeben: In den Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich in Deutschösterreich seit dem Umsturz in Ungarn merkwürdige Veränderungen eingestellt. Die mit großem Lärm ver kündete Einheitsfront des Proletariats wird sabotiert. An Stelle des Einvernehmens, wie es bei den vertraulichen Besprechungen betont wurde, ist rücksichtsloser Parteiterror getreten. Die Kommunisten werden jetzt auch von ihren ehemaligen Verbündeten angegriffen. Am rühmlichsten zeigt sich dabei die Frey-Fischer-Gruppe. Diese ehrgeizigen Umsturzkonkubinen, die durch Monate von hinterlistigen Ränken Nahrung überflossen, um gegebenenfalls mit beiden Füßen ins Rätelager zu springen, — hierüber stehen Beweise zur Verfügung — haben ihre politische Neuorientierung vollzogen. Der gewesene tschechische Großbourgeois Frey vergaß zwar noch am Donnerstag, den 14. d., Tränen über das Unglück der Bolschewiken in Budapest-ungarn, was ihn jedoch nicht hinderte, noch am selben Tage Vertrauensmännern der Wiener Kommunisten gewisse Stellen aus dem „Götter von Verdingungen“ drastisch vorzuführen. So wie er seine Anhänger abgerichtet hatte, bei der Parade vor dem Parlamente das Responsorium über die Habsburger zu sprechen, so hatte dieser ehemalige Habsburgergendarm auch den würdigen Einfall, sich für seine Angriffe gegen die Kommunisten eine Terrorleibgarde sicherzustellen. Als die Vertrauensmänner der Kommunisten dem Herrn Dr. Frey ihre Meinung heraus sagten, brach auf ein Zeichen Freys ein wohl vorbereiteter Entrüstungssturm aus den Reihen der anwesenden Sozialdemokraten los. Drohungen wurden laut, wobei Frey und Fischer auf ihre Arsenalgarden, ihre roten Batterien und ihre im geheimen mit Panzerungen ausgestatteten Streikbrecherautos hinviesen. Die kommunistischen Vertreter erklärten, daß sie noch aufzeigen wollten, woher dieser plötzliche Sinneswechsel der Stützen der Revolution in Deutschösterreich herrührt.

Wir enthalten uns des Kommentars.

Kabinettsrat. — Die nächste Beratung im Parlamente.

Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt unter Vorsitz des Vizekanzlers F. i. n. k., der von einem kurzen Aufenthalte in Vorarlberg nach 47stündiger Bahnfahrt in Wien wieder eingetroffen ist.

Nach den in Wien eingelangten Meldungen wird die Ueberreichung des Friedensvertrages in St.-Germain für den Beginn der kommenden Woche erwartet; in diesem Falle wird der Hauptausfluß Mitte nächster Woche, die Nationalversammlung in den letzten Augusttagen wieder zusammentreten.

Wien in Nöten.

Einzelheiten aus englischen Berichten. — Die Spitäler entbehren des Wichtigsten. — Der Schrecken der Tuberkulose. — Amerika für die Jugend Wiens.

Aus Bern, 20. d., wird gemeldet:

Dr. Silda Clark von der englischen Hilfsaktion schreibt in ihrem letzten Bericht aus Wien: Ohne Zweifel hat sich die Lage hier wegen des Sommerwetters, infolge der Gemüsezufuhr sowie durch die amerikanische Kinderaktion und eine gewisse Zunahme in der Einfuhr oberflächlich verbessert. Die Kinder, die jetzt in den Straßen und in den Parks spielen, sehen zwar ein bißchen besser und fröhlicher aus, aber wenige von ihnen werden ohne unsere Hilfe den Winter überleben können. Die Lage der Wiener ist für die Zukunft fast hoffnungslos. Außerdem leiden die künftigen Wiener selbst so sehr an Unterernährung, daß sie für die Öffentlichkeit nicht so wirksam tätig sein können, wie es sonst der Fall wäre.

Dr. Rektor Munro berichtet über die Lage der Wiener Spitäler: Die Spitäler sind bankrott, ohne Vorräte an Seife und Verbandzeug. Die wichtigsten Medikamente sind einfach nicht vorhanden. Die Anstalten sind überfüllt und eine Heilung in vielen Fällen ausgeschlossen, weil weder die notwendige Medizin vorhanden ist noch die Patienten entsprechend genährt werden können. Namentlich bei der Tuberkulose ist die Ernährung der wichtigste Faktor, weil von ihr fast ausschließlich die Widerstandsfähigkeit des Patienten abhängt. Wenn die Patienten nicht gut genährt werden, werden sie alle früher oder später der Krankheit erliegen. Aber namentlich die in ambulatorischer Behandlung stehenden Patienten haben meistens kein Fett, kein Brot, keine Eier, keine Milch und kein Mehl.

...

In der „New-Yorker Staatszeitung“ vom 22. Juli ist ein Aufruf erschienen, der der menschenfreundlichen Gesinnung der Amerikaner alle Ehre macht. Er führt den Titel: „Helft den Kindern Deutschösterreichs! Mehr als 300.000 Menschenknospen warten dahin. Ein Hilfskomitee will vor allem Milch nach dem hungernden Wien senden!“

In dem Aufruf heißt es, daß der Krieg die am schlimmsten getroffen hat, die an dem Völkerverderb gänzlich unschuldig waren: die Kinder, besonders in den durch die Hungerblockade abgehebrten Ländern, in denen eine Not herrsche, die wohl gelindert, aber nicht ganz beseitigt werden könne. Es ist eine Katastrophe über die besten Kräfte der weißen Rasse herein gebrochen, die in ihren unheimlichen Folgen, in Spektum, Krankheit und Degeneration sich auf späte Generationen, auf Kindesfinder und noch ungeborene Geschlechter erstrecken wird. Die Erinnerung an die verhungerten Burenfrauen des Transvaalkrieges verblasse vor der grauenerregenden Tragweite des langsamen Hungertodes tausender deutscher und österreichischer Kinder. Kann sich jemand unheimlichere Vorkommnisse denken, als die, die das Herz der Mutter einschnürt, die ihr eigenes Blut tagtäglich dahinfließen sieht?

Das Leiden wirke auf Körper und Geist der jungen Menschen und mache die geistige Verkümmern fast unausbleiblich und beschwöre die Gespenster des Wahnsinns und aller Hirndeformationen herauf. Vor dem entsetzten Auge der zivilisierten Welt enthülle sich heute das tragische Bild tausender junger Menschenblüten, die in den ersten Stadien der Entwicklung gebrochen, wie argeifenhafte Schemenwesen mit blutleeren Gesichtern, blauen Lippen und todesmatten Zügen vorbeiwanken. Das sei nicht sentimentale Uebertreibung, sondern allzutraurige erhaltene Tatsache, wie Augenzeugen und Vertreter des amerikanischen Roten Kreuzes in Berichten melden, in denen sie, die einstigen Feinde Deutschlands und Oesterreichs, in flehenden Bitten um Hilfe ersuchen: denn nirgends schlug der Krieg tiefere und blutigere Wunden, nirgends traf die Geißel des großen Krieges Unschuldige und Wehrlose im zartesten Kindesalter härter, als in den deutschsprachigen Ländern!

Der Aufruf führt aus einem Brief der von Hoover nach Oesterreich entsendeten Schriftstellerin und Arbeiterin des Roten Kreuzes S. Vorje an: „Das Elend der Kinder in Deutschösterreich, besonders in Wien, ist unendlich schlimmer als der der Jugend Nordfrankreichs. Ihr Anblick würde jeden, der sie sehen könnte, zu Tränen rühren. Das Schrecklichste ist, daß Kinder von dreizehn bis fünfzehn Jahren das Aussehen von vier- und fünfjährigen haben. Unterernährung hat die Entwicklung aufgehalten. Ihre gelbe Gesichtsfarbe verkündet nur allzu deutlich die Hungerqualen, und ihre Lippen sind blau und schmal. Manche haben Magenvergrößerung infolge Mangels an Nahrung während der langen Zeit. Die Kennzeichen sind die gleichen, die ich bei österreichischen Gefangenen in Italien beobachtete. Aber in Deutschösterreich gibt es mehr als 300.000 hungernde Kinder, davon in Wien allein mehr als 100.000.“

Frau Vorje schildert nun das amerikanische Liebeswerk in Wien, das so viel Gutes wirkt und bis zum 15. d. fortgesetzt werden könne, und fährt fort: „Meines Erachtens sollte das amerikanische Publikum in diesem Liebeswerk fortfahren. Wenn es nicht ausgiebig beisteuert, werden wir im August aufhören müssen.“ An diese Worte knüpft der Aufruf mit der Aufforderung an, in dem von der Kriegsgeißel verschonten Amerika zu helfen, den hungernden Kindern Nahrung zu verschaffen und zu retten, was noch zu retten ist. Religions-, Nationalitäts- und Rassenunterschiede müßten vor den Leiden der Hilfsbedürftigen zurücktreten.

Für die Stadt Wien hat sich bereits ein besonderes Hilfskomitee gebildet, das vor allem für Milch sorgen wird. An der Spitze der Organisation „Vienna Children's Milk Relief“ steht die Gattin des Geigenkünstlers Fritz Kreisler. Das Komitee hat einen Aufruf um Spenden erlassen und schreibt: Wer helfen kann, der helfe schnell! denn jeder Tag des Zögerns kostet ein jenseitiges junges Menschenleben.

21./VIII. 1919

21

170

Amerika will den Wiener Kindern helfen!

Ein erfreulicher Aufruf in der „New Yorker Staatszeitung“.

Die Wiener Kinder brauchen Milch. Wohl haben die Amerikaner bisher schon viel für die Wiener Kleinen getan, aber was nützt das alles, wenn ihre menschenfreundliche Aktion nicht so ausgiebig ist, daß sie wirkliche Erfolge erzielen kann? Ein knapp zwei Jahre alt gewordenen Kind kann mit einer Dose flüssiger und obendrein noch ungezuckerter Kondensmilch nicht 14 Tage ausreichen, niemand wird glauben, daß es für seine Gesundheit, für den Aufbau seines Körpers damit genug hat. Jeder besorgten Mutter greift es ans Herz, wenn sie ihrem Kinde das kaum noch reden kann, nur Tee und wieder Tee verabreichen kann, weil sie außer der einzigen Dose nirgends Milch aufzutreiben imstande ist.

Nun ist in der „New Yorker Staatszeitung“ vom 22. v. M. ein Aufruf erschienen, welcher der menschenfreundlichen Gesinnung der Amerikaner hohe Ehre macht. Er führt den Titel „Helft den Kindern Deutschösterreichs! Ueber 300.000 Menschenknospen welken dahin. Ein Hilfskomitee will vor allem Milch nach dem hungernden Wien senden!“

In dem Aufruf heißt es, daß mit der Ratifizierung des Friedensvertrages die Nachwirkungen des jahrelangen Ringens noch nicht aus der Welt geschafft sind, daß Generationen darunter schwer zu leiden haben, da doch der Krieg die am schlimmsten getroffen hat, die an dem Völkervertrag gänzlich unschuldig waren: die Kinder, besonders in den durch die Hungerblockade abgesperrten Ländern, in denen eine Not herrsche, die wohl gelindert, aber nicht ganz beseitigt werden könne. Es ist eine Katastrophe über die besten Kräfte der weißen Rasse hereingebrochen, die in ihren unheimlichen Folgen, in Siechtum, Krankheit und Degeneration sich auf späte Generationen, auf Kindeskinder und noch ungeborene Geschlechter erstrecken wird. Die Erinnerung an die verhungerten Bureaufrauen des Transvaalkrieges verblasse vor der grauenerregenden Tragweite des langsamen Hungertodes Tausender deutscher und österreichischer Kinder. Kann sich jemand unmenschlichere Folterung denken, als die, welche das Herz der Mutter einschürten, die ihr eigenes Blut tagtäglich dahinsiechen sah? Das Leiden wirkt auf Körper und Geist der jungen Menschen und mache die geistige Verkümmern fast unausbleiblich und beschwöre die Gespenster des Wahnsinnes und aller Hirndeformationen herauf. Vor dem entsetzten Auge der zivilisierten Welt enthülle sich heute das tragische Bild Tausender junger Menschenblüten, die in den ersten Stadien der Entwicklung gebrochen, wie greisenhafte Schemenwesen mit blutleeren Gesichtern, blauen Lippen und todesmatten Zügen vorbeiwanken. Das sei nicht sentimentale Uebertreibung, sondern allzutraurige erhärtete Tatsache, wie Augenzeugen und Vertreter des amerikanischen „Roten Kreuzes“ in Berichten melden, in denen sie, die einstigen Feinde Deutschlands und Oesterreichs, in flehenden Bitten um Hilfe ersuchen; denn nirgends schlug der Krieg tiefere und blutigere Wunden, nirgends traf die Geißel des großen Krieges Unschuldige und Wehrlose im zartesten Kindesalter härter, als in den deutschsprachigen Ländern.

Der Aufruf führt aus einem Brief der von Hoover nach Oesterreich entsendeten Schriftstellerin und Arbeiterin des „Roten Kreuzes“ Mary S. Borse folgende Stelle an: „Das Elend der Kinder in Deutschösterreich, besonders in Wien, ist unendlich schlimmer, als das der Jugend Nordfrankreichs. Ihr Anblick werde jeden, der sie sehen könnte, zu Tränen rühren. Das schrecklichste ist, daß Kinder von 13 bis 15 Jahren das Aussehen von vier- bis fünfjährigen haben. Unternährung hat die Entwicklung aufgehalten. Ihre gelbe Gesichtsfarbe verkündet nur allzu deutlich die Hungerqualen und ihre Lippen sind blau und schmal. Manche haben Magenvergrößerung infolge Mangels an Nahrung während der langen Zeit. Die Kennzeichen sind die gleichen, die ich bei österreichischen Gefangenen in Italien beobachtete. Allein in Deutschösterreich gibt es über 300.000 hungernde Kinder, davon in Wien allein mehr als 100.000.“

Frau Borse schildert nun das amerikanische Liebeswerk in Wien, das so viel Gutes wirkte und bis zum 15. d. fortgesetzt werden könne, und fährt fort: Meines Erachtens sollte das amerikanische Publikum in diesem Liebeswerk fortfahren. Wenn es nicht ausgiebig beisteuert, werden wir, schreibt Frau Borse, im August aufhören müssen. An diese Worte knüpft der Aufruf mit der Aufforderung an, in dem von der Kriegsgeißel verschonten Amerika zu helfen, den hungernden Kindern Nahrung zu verschaffen, zu retten, was noch zu retten ist. Religions-, Nationalitäts- und Rassenunterschiede müßten vor den Leiden der Hilfslosesten schwinden.

Für die Stadt Wien hat sich bereits ein besonderes Hilfskomitee gebildet, das vor allem für Milch sorgen wird. An der Spitze der

Nur die

Verköstigung der Transporte

Während der Fahrt ist durch die Anlage von Verköstigungsstationen in allen größeren Verkehrspunkten vorgesehen.

(Einem weiteren Teil der ausführlichen Anstrahlung)

21./III. 1919

M7A

Wiens große Not.

Die Folgen einer verfehlten Politik.

Wiens Lebensverhältnisse gestalten sich immer düsterer. Wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde Hilfe zu schaffen, droht uns eine wirtschaftliche Katastrophe mit unabsehbaren Folgen. Wien ohne Kohle — das Schreckensbild ist in greifbarer Nähe. Ein Wien ohne Kohle bedeutet ein Wien ohne Arbeit, ohne Gas, ohne Beleuchtung, ohne Straßenbahnverkehr und für viele tausend Haushaltungen die Unmöglichkeit der Speiserebereitung; nicht zu reden von den Schreden eines Winters ohne Kohlen, von dem uns nur mehr ein paar Monate trennen; die unterernährten, durch jahrelanges Darben und Leiden zermürbten Massen der Bevölkerung wären einfach physisch und moralisch außerstande, einen Winter ohne Licht und Ofenwärme durchzuhalten. Von den Wirkungen solcher Zustände auf unser öffentliches Leben braucht gar nicht geredet zu werden. Wo alles aufhört, hört eben alles auf, auch Ruhe und Ordnung. Das sollten sich doch auch unsere gegenwärtigen Herren, die Ententemächte, sagen, die doch zweifellos daran, daß Wien nicht in Nacht und Grauen verfällt, ein gewisses Interesse haben. Die endlose Verzögerung des Friedens, für die gewiß nicht uns, nicht Deutschösterreich die Verantwortung trifft, die vor dem Weltgericht der Geschichte zu tragen den Schuldigen sauer werden wird, trägt ja die Hauptschuld an unserer trostlosen Lage. Es ist in der Macht der Entente, uns zu helfen, es ist aber auch ihre Pflicht.

Dabei sollen die Fehler und Unterlassungen, die in Wien selber geschehen sind und noch immer geschehen, nicht übersehen oder verkleinert werden. Unsere auswärtige Politik war bisher entweder nicht darauf eingestellt, uns die Freundschaft jener Nachbarstaaten zu erwerben, mit denen im Warenaustausch zu leben wir von der Natur angewiesen sind, oder aber sie war unfähig, das Ziel zu erreichen. Von der durch Jahrzehnte mit Varnumkellame angepriesenen „völkerveröhnenden“ Kraft und Kunst der Sozialdemokratie, die bei uns seit dreiviertel Jahren herrscht und insbesondere die auswärtige Politik macht, war bisher nichts zu spüren. Die kostbare Zeit wurde mit verunglückten Projekten vertröbelt, die zum Teil aus Dr. Bauers politischer Bankrotterklärung bekannt sind. Als Bauer endlich ging, versprach man uns einen „neuen Kurs“. Es war bitter genug, nach neunmonatigen Experimenten von dem geistigen Führer der herrschenden Partei vernehmen zu müssen, daß man bisher falsche Wege gegangen, aber es muß jetzt allen Ernstes gefragt werden, ob man seither mit der erforderlichen Entschiedenheit den rechten Weg eingeschlagen hat. Die verlorene Zeit ist freilich unwiederbringlich dahin. Die Frist, die uns zur Gutmachung der Fehlspekulationen von neun Monaten noch übrig blieb, ist überaus kurz und am Rande gähnt der schauerlichste Abgrund.

Wir benötigen vor allem und dringendst Kohlen, also ist eine Politik zu machen, die uns — wenn es jetzt noch eine solche gibt — die Kohlenbeschaffung ermöglicht. Wir wollen leben, also müssen wir die Voraussetzungen erfüllen, ohne die es für uns kein Leben gibt. Andere Sorgen sind spätere Sorgen. Kommt Zeit, kommt Rat. Zunächst einmal wollen wir den Winter erleben und überleben. Das ist der kategorische Imperativ für die Machthaber in Deutschösterreich und Wien.

Ihre Ratschläge.

Die Bevölkerung braucht Lebensmittel, Kleider, Wohnungen, Kohle, Holz und hundert ähnliche Dinge. Was für eine Hilfe wissen die Quacksalber der verschiedenen „sozialistischen“ Riten in solcher Not der Bevölkerung? Hören wir, was das „Organ des herrschaftslosen Sozialismus“ — Druck selbstverständlich in der Laborstraße, aus der ja überhaupt das neue Weltheil stammt — in einem Aufrufe seinen „Freunden und Freundinnen“ rät:

Wir, die wir den Kampf um den Austritt aus dem Sisyphus und um den Aufbau einer von Gesezen und Herrschaftsmächten freien Gesellschaft führen, müssen und sollten uns geistig bereits befreit haben von allen autoritären, uns von anderen auferlegten Fesseln unseres Geistes und Gemütes. Den geistigen Staat und Unterdrücker der freien Individualität, die vorbereitende, geistige Grundlage für jegliche Knechtungsmöglichkeit gegenüber den Menschen, stellen die Kirchen aller Konfessionen dar. Darum ist es Pflicht eines jeden denkenden und frei fühlenden Menschen, einer jeden Mutter, die ihre Kinder liebt, jedes Vaters, der für den Geistesfortschritt kämpft, aus der Kirche seiner Konfession auszutreten, dadurch den dogmatisch-theologischen Wahnideen, denen er sonst untertan ist, den Rücken zu kehren. Der Kirchenaustritt allein ermöglicht es dem Menschen, die Reinheit seines religiösen Empfindens sich zu bewahren, erst die Konfessionslosigkeit gegenüber der Zwangsanstalt der Kirchlichkeit und der Lüge der Theologie erringt ihm die wahre Innerlichkeit reiner Religiosität. Um den Austritt aus den Kirchen sämtlicher Konfessionen zu erleichtern, besonders den Schwankenden, Unsicheren und Unklaren, hat der Wiener „Freidenker“ (Wien, 16. Bezirk, Bernhardstraße 9) eine Rundfrage über das Thema: „Warum werden Sie nicht konfessionslos?“ ausgeschrieben.

Also der „Freidenker“ steckt hinter dieser Propaganda. Von ihm bis zum ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Wuttschl ist es bekanntlich nicht weit und von diesem bis zur sozialdemokratischen Parteizentrale ist

der Weg gleichfalls ganz kurz. Es ist immer die gleiche Quelle. Der Aufruf will der Bevölkerung die „Pflicht“ auferlegen, aus der kirchlichen Gemeinschaft auszutreten, die er eine „Zwangsanstalt“ nennt, und in die Anstalt der konfessionslosen Freidenkerei einzutreten, die seiner Versicherung nach eigens zu dem Zwecke erfunden wurde, um „dem Menschen die Reinheit seines religiösen Empfindens zu bewahren“. Die Verpflichtungen der kirchlichen Gemeinschaft sollen mit der „Pflicht“, von der der „herrschaftslose Sozialismus“ und „der Freidenker“ sprechen, vertauscht werden. Das ist der „sozialistische“ Weisheitsschluß. Mehr hat sie der Bevölkerung nicht zu bieten. Andere Ratschläge hat sie nicht auf Lager. Von allen „Erläutern“, welche die Ericksenheit erfunden, ist die sozialistische Ericksenheit wohl das flüglichsie Erzeugnis.

Die Einstellung der amerikanischen Lebensmittellieferungen.

Italien wird weiter liefern.

In einer Unterredung, die der amerikanische Lebensmittellieferkontrollor So o b e r während seiner Anwesenheit in Wien einem unserer Mitarbeiter gewährte, hat er die Erklärung abgegeben, daß mit der Einbringung der neuen Ernte die amerikanische Lebensmittelaushilfe eingestellt werde und daß in Zukunft nur noch die Kinderauspeisung fortgesetzt werde.

Die Beunruhigung, die diese Erklärung in der breitesten Öffentlichkeit hervorgerufen hat, hat uns veranlaßt, an zuständiger Stelle Erkundigungen einzuziehen. Wie man uns mitteilt, steht die Tätigkeit der amerikanischen Lebensmittellieferkommission tatsächlich vor ihrem Abschluß. Die Vollmacht Soobers war von Anfang an zeitlich, auf ein Jahr begrenzt, und es wird nicht daran gedacht, die der deutsch-österreichischen Regierung eingeräumten Kredite, die mit den noch unterwegs befindlichen Getreidebeförderungen erschöpft sein werden, zu erneuern. Die Wiederaufnahme der Lieferungen wird erst möglich sein, nachdem die Wiedergutmachungskommission, die nach Friedensschluß zusammentreten soll, eine neue finanzielle Basis für diese Transaktionen gefunden haben wird.

Es wird sich nun darum handeln, ob die Erwartungen, die an die Arbeiten der Wiedergutmachungskommission geknüpft werden, sich rasch genug erfüllen werden, um selbst um den Preis neuerlicher schwerer finanzieller Opfer eine Verschärfung der Ernährungsschwierigkeiten hinauszuhalten. Was das Getreide anlangt, so werden wir mit der

eigenen Ernte zweifellos drei bis vier Monate das Auslangen finden. Ob aber, wie amtlich behauptet wird, die Vorräte an überseeischem Fleisch und Fett hinreichen werden, um wenigstens die mehr als bescheidenen Rationen, die noch zur Ausgabe gelangen, aufrechtzuerhalten, muß nach den uns gewordenen Informationen zumindest als fraglich bezeichnet werden.

Mr. So o b e r hat während seines Aufenthaltes in Wien „zwischen zwei Stühlen“ nur Zeit gefunden, einige Konferenzen mit den Mitgliedern seines Stabes abzuhalten, und es war daher den leitenden Faktoren unserer Ernährungspolitik leider nicht möglich, ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die für Wien aus der Einstellung der amerikanischen Lebensmittellieferungen erwachsen. Um so mehr wäre es nun Aufgabe unserer Delegation in Saint-Germain, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die bereits völlig entkräftete Bevölkerung Wiens eine weitere Verschärfung der Hungersnot nicht mehr zu ertragen vermag.

Eine offizielle Erklärung der italienischen Waffenstillstandskommission.

Die italienische Waffenstillstandskommission ermächtigt uns zur Veröffentlichung der Erklärung, daß die italienische Lebensmittelaushilfe in keinem Zusammenhang mit der von Mr. Hoover geleiteten Aktion steht und daß die Lieferung von Lebensmitteln von seiten Italiens nach Deutschösterreich auch in Zukunft in vollem Maße aufrechterhalten wird.

22. VIII. 1919

773

Der Direktor der amerikanischen Auspeisung in der Gernalseer Auspeisestelle. Anlässlich des Beginnes des zweiten, ebenfalls 100.000 Kinder umfassenden Turnus der amerikanischen Auspeisung in Wien wurde in Gernals eine neue große Küche im modernen Schulgebäude am Frauenfelderplatz (Galirgasse) eingerichtet und am 20. August eröffnet. Sie verköstigte an diesem ersten Tage 1450 Kinder. Der Direktor des amerikanischen Kinderhilfswerkes für ganz Deutschösterreich, Schiffsleutnant Gilchrist Baker Stockton, besuchte, vom Generalkommissär des deutschösterreichischen Jugendhilfswerkes Universitätsprofessor Dr. Pirquet und Universitätsassistenten Dr. Nobel begleitet, die Auspeisungslokale, inspizierte die Vorräte und den von bloß fünf Kräften tatsächlich musterhaft besorgten Betrieb dieser Auspeisung. Im Schulgebäude in der Galirgasse sprachen zwei kleine Mädchen aus dem 17. Bezirke, die an dem eben abgeschlossenen Turnus fast drei Monate teilgenommen hatten, dem Schiffsleutnant Stockton den Dank der Kinder aus.

Kinder aufs Land. Freitag um 4 Uhr nachmittags, findet eine Elternbesprechung der Ferienkolonie Rastwald des Wirtschaftsverbandes nichtaktiver Offiziere und Gleichgestellter im Alten Rathaus, 1. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 8. statt. Die Abreise erfolgt Sonntag, um 8 Uhr früh, vom Südbahnhof.

24./VIII. 1919

774

Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes.

In der Zeit vor dem Kriege galt es als zweckmäßige wirtschaftspolitische Maßnahme, das Kleingewerbe gegenüber den Konzentrationsbewegungen zu schützen und so einen selbständigen Mittelstand zu erhalten. Heute sind wir dahin gekommen, daß es gilt, den Mittelstand vor der Vernichtung durch kommunale Zwangsmaßnahmen zu bewahren und seine Angehörigen davor zu sichern, daß sie in der Zeit gegenwärtiger und kommender Arbeitslosigkeit auf's Wasser geworfen werden. Unter diesen sozialen Gesichtspunkten erörtert Dr. Bruno Heinemann, Rector Syndikus der Handelskammer zu Berlin, in einer interessanten Abhandlung (Verlag von Carl Curtius, Berlin) die „Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes“. Ausschlaggebend in dieser Frage ist für den Verfasser aber keineswegs die Rücksicht auf bestimmte Schichten der gewerbetreibenden Bevölkerung, sondern die Wirkung, welche Kommunalisierungsbestrebungen auf diesem Gebiete für die gesamte Bevölkerung nach sich ziehen.

Dr. Heinemann unterzieht für die Kommunalisierung drei Formen der Unternehmung: die genossenschaftlichen Bildungen, die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen und die städtische Regie bzw. Eigenwirtschaft. Als Grund gegen Zwangsgenossenschaften wird angeführt, daß, wenn sie den Zutritt von neuen Gewerbetreibenden und die Gründung von neuen Betrieben verhindern, sie eine Bevorzugung der bestehenden Betriebe bedeuten und zum Absterben der Jünger vergangener Zeiten werden. Nur unter dem Druck einer Notlage, wenn offene Mißstände dauernd vorhanden sind, dürfe an die Bildung solcher Zwangsgenossenschaften herangegangen werden. Ebenso erscheine es fraglich, ob die moderne Betriebsform der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung im Lebensmittelgewerbe Aussichten auf Erfolg hat. Bäckereien und Fleischereien auf Aktien haben sich nicht durchgesetzt. Aber weitere Versuche mit gemischtwirtschaftlichen Zwangsunternehmungen, die aus einer öffentlichen Stammesgesellschaft und einer privaten Betriebsgesellschaft bestehen, läßt sich an abschließendes Urteil noch nicht fällen.

Die dritte Form der städtischen Regie oder des städtischen Eigenbetriebs eines ganzen Gewerbegebietes gilt bei Untersuchung privater Betriebe als Vollkommunalisierung. Es hat sich verschiedentlich gezeigt, daß der städtische Eigenbetrieb in der Konkurrenz mit dem freien Gewerbe nicht lebensfähig gewesen ist, daß also der städtische Betrieb mit Verlust arbeitete und die Kommune gezwungen war, aus den Steuererträgen ihrer Bürger hinzuzuschlagen. In solchen Fällen ist es oben erwiesen, daß das freie Gewerbe seine Aufgabe besser versteht und eine Kommunalisierung antunlich ist. Zuschußbetriebe sind nur dann gerechtfertigt, wenn es sich um Betriebe handelt, die für Wohlfahrtszwecke eingerichtet werden können und allgemein hygienische oder kulturelle Zwecke verfolgen. Erschließt aber der private Betrieb unter Ausnutzung der bestehenden Konkurrenzverhältnisse seine Aufgaben und ist andererseits eine billigere Versorgung der Bevölkerung durch kommunale Eigenbetriebe nicht zu erwarten, sondern vielmehr ein Zuschuß aus Steuerbeträgen der Kommune zu befürchten, so ist die Vollkommunalisierung unbedingt zu verwerfen. Anders ist die Sachlage in den Fällen, in denen es sich um das Bestehen lebensfähiger Monopole handelt, wie z. B. in der Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität sowie in Betrieben von Verkehrsunternehmungen. Hier liegt die Gefahr einer übermäßigen Verteuerung der Leistung und somit der Ausnutzung der Zwangslage der Konsumenten vor. Wo ein Monopol in der Natur des Betriebes liegt, wie z. B. im Verkehrswesen, ist das öffentliche System das gegebene. Wo bereits Privatmonopole mit großbürokratischer Organisation bestehen und wo es sich um die Herstellung einheitlicher Massenprodukte im Großbetriebe für einen ziemlich gleichbleibenden Bedarf handelt und somit eine starke Betriebskonzentration der Herstellung und ein gewisser technischer Fortschritt erreicht ist, da kann die Kommune eintreten, da kann die gemeinwirtschaftliche Betriebsform gleiche oder sogar höherwertige Erfolge aufweisen als die Privatwirtschaft. Allerdings ist auch hier nicht immer gesagt, daß die Stadt besser zu wirtschaften in der Lage ist als die private Hand. Das Gegenteil beweist der Verfasser an dem Beispiel eines mitteldeutschen Elektrizitätswerkes. Wo es sich aber darum handelt, den an Umfang und Art ständig wechselnden Bedarf an unendlich viel und verschiedenen Artikeln zu befriedigen, ferner darum, beim Einkauf von Lebensmitteln die jeweilige Marktlage, die späterhin genau so wie früher wiederum vom Stande des Weltmarktes abhängig sein wird, auszunützen und dabei schnelle Entscheidungen zu treffen und eventuell große Risiken zu übernehmen, soweit leichtverderbliche Lebensmittel durch eine entsprechende Preispolitik sofort in den Konsum überzuführen, da muß der städtische Eigenbetrieb elend in die Brüche gehen. In

solchen Fällen werden Kommunalisierungsexperimente die Versorgung der Bevölkerung nicht bessern, zum großen Teil sogar verschlechtern und den städtischen Finanzen teuer zu stehen kommen. Staat und Kommune tun nach den bisherigen Erfahrungen gut, aus den feineren Verästelungen unserer gewerblichen Produktion sowie in der Verteilung insbesondere leichtverderblicher Ware ihre Hand herauszulassen. In der Natur der öffentlichen Gemeinwirtschaft, in ihrer Starrheit und in ihrem Mangel an Beweglichkeit liegen auch die Grenzen ihrer Betätigung.

Gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung liegt eine Reihe von Momenten vor, wie z. B. der freie Wettbewerb zahlreicher Betriebe untereinander, Dezentralisation der Herstellung und Verteilung der Waren in vielen kleingewerblichen Unternehmungen, leichte Veränderlichkeit vieler Artikel, die gegen die Kommunalisierung sprechen! Es ist unstreitbare Tatsache, daß im Lebensmittelgewerbe sich private Mittel- und Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben durchaus konkurrenzfähig erwiesen haben. Es ist vollkommen irrig, die Träger des Lebensmittelgewerbes, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl keinen Achtstundentag kennen, als Müßiggänger zu betrachten. Gerade die Mittel- und Kleinbetriebe des Lebensmittelgewerbes zeigen in der für sie typischen Vereinigung von Bearbeitung und Verkauf der Ware eine auch heute noch leistungsfähige Betriebsform, die in der Mitarbeit von Familienangehörigen Produktivkräfte zur Entfaltung bringt, die sonst vielleicht brach liegen würden. Im Lebensmittelgewerbe spielt die Verantwortung an der Ware, das persönliche Interesse an ihrer sachgemäßen Aufbewahrung und auch an ihrer rechtzeitigen Verwertung eine besonders wichtige Rolle, da es sich in starkem Umfange um Waren handelt, die leicht verderblich sind. Werden diese Waren nicht nach den Grundzügen des privaten Geschäftsverkehrs behandelt, so besteht ständig die Gefahr, daß große Verluste entstehen. Auch dieser Grund spricht gegen die Kommunalisierungsbestrebungen.

Für die Kommunalisierungsfrage kommt wesentlich in Betracht, daß ein Teil unserer Lebensmittel vom Auslande eingeführt werden muß. Es handelt sich dabei nicht nur um Beschaffung einer Ware, sondern um eine Menge verschiedener Artikel von verschiedener Herkunft, die in Preis und Qualität Schwankungen ausgesetzt sind. Alle Vorgänge über ausländische Ernten, über die Gestaltung des ausländischen sowie inländischen Handels müssen genau beobachtet werden. Ferner müssen die schwankenden Transportkosten besonders in Rücksicht gezogen werden. Es ist sehr fraglich, ob Kommunen oder Kommunalverbände diese Funktionen, die auch ein beträchtliches Risiko in sich schließen, mit der gleichen Sachkenntnis und der gleichen Wahrnehmung sämtlicher sich bietender Vorteile versehen können, wie der Fachhandel.

Dr. Heinemann unterzieht nun einzelne Gewerbegebiete — den Milchhandel, das Bäcker-, Fleischer- und Gaststättengewerbe — einer eingehenden Prüfung und kommt dann, in Übereinstimmung mit dem Gutachten der hiesigen Handelskammer, zu dem Schluss:

„Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte geben den Kommunalisierungsbestrebungen in reichem Maße Raum. Gerade das Lebensmittelgewerbe umfaßt aber die Wirtschaftszweige, in denen noch der Kleinbetrieb vorherrscht, wo am allerwenigsten von einem Monopol die Rede sein kann, sondern der freie Wettbewerb regiert. In Übereinstimmung mit der Marginalistischen Theorie läßt sich daher behaupten, daß das Lebensmittelgewerbe das Gebiet darstellt, welches für die Kommunalisierung am allerungeeignetsten ist.“

Reformen der Lebensmittelimporte.

Weiterer Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft.

Zu den vom Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß für die nächste Zeit in Aussicht gestellten weitgehenden Reformen in der Frage der Einfuhr von Lebensmitteln erfahren wir von eingeweihter Seite das folgende:

„Der bevorstehende Friede, der gleichzeitig auch die Beendigung der Tätigkeit der in Wien amtierenden fremdländischen Lebensmittelmissionen mit sich bringt, zwingt uns auch, unsere Ernährungswirtschaft den geänderten Verhältnissen anzupassen und vor allem an den Abbau von gewissen Zwangsmaßnahmen zu schreiten, die sich der Einfuhr von Lebensmitteln hinderlich in den Weg stellen.“

Die Frage der geplanten Erleichterungen hinsichtlich der Lebensmittelimporte befindet sich vorläufig aber noch in einem embryonalen Zustand. Als sicher anzunehmen ist aber, daß an eine größere Freiheit in der Einfuhr von Lebensmitteln gedacht werden muß; sollen wir nach dem Aufhören der Tätigkeit der Ententemissionen und nach dem Aufbruch der zur Verfügung gestellten Lebensmitteln nicht vor eine direkte Ernährungskrise gestellt werden.

Vor allem dürften in der Art der Erteilung von Einfuhrbewilligungen, die jetzt nur schwer erhältlich sind, und hinsichtlich des bisher für bestimmte Waren dekretierten Anbotzwanges grundlegende Änderungen notwendig werden, soll es in Zukunft gelingen, für unsere Ernährung aus den Ententeländern und aus den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie größere Warenbezüge zu erlangen. Diese Reformen sind vor allem notwendig geworden, um den Handel und die Importeure, die uns wirklich notwendige Lebensmittel zu angemessenen Preisen hereinbringen, nicht weiter durch Zwangsmaßnahmen abzusprechen.

Die Lösung der Frage der geplanten Reformen ist sehr schwierig, doch muß sie beschleunigt werden, da die Gefahr besteht, daß sich zwischen dem Aufbruch der zuletzt zugeführten Entente-Lebensmittel und der Verwirklichung der in Aussicht genommenen Erleichterungen der Einfuhrbedingungen für Lebensmittelimporte leicht ein Vacuum einschleichen könnte, besonders deshalb, weil die Ablieferungsfreudigkeit der heimischen Landwirte als nicht allzu hoch eingeschätzt werden darf.“

In maßgebenden Kreisen der Kaufmannschaft wird die neueste Enunziation des Staatssekretärs über den Abbau der Zwangswirtschaft hinsichtlich der Lebensmitteleinfuhr als ein weiteres Dokument der Erkenntnis des Versagens der staatlichen Lebensmittelwirtschaft aufgefaßt und im besonderen darauf verwiesen, daß zu dieser Kursänderung im Ernährungsamt auch der Umstand beigetragen haben mag, daß der Kredit des Staates und der sonstige öffentliche Kredit deutschösterreichischer Städte im Auslande als vollauf erschöpft anzusehen sind, währenddem eine große Anzahl deutschösterreichischer Firmen durch ihre Vorkriegsbeziehungen zur ausländischen Handelswelt und durch das alte Renommee doch noch als kreditwürdig angesehen werden. Vor allem erwartet die deutschösterreichische Kaufmannschaft, daß durch die Sinnesänderung der Behörden auch die Monopolstellung der deutschösterreichischen Lebensmitteleinfuhrstelle erheblich beschnitten wird und daß auch andere Zentralen von diesem Abbau der Zentralwirtschaft verührt werden.

In erster Linie, so wird von hiesigen Kaufleuten versichert, werden die Einfuhrserleichterungen hinsichtlich der Lebensmittelimporte der Handelswelt der Entente und den Sukzessionsstaaten zugute kommen und sie hoffentlich auch zu einem Wettbewerb im Anbot veranlassen, wodurch auch eine Regulierung der Preisverhältnisse zu unseren Gunsten möglich ist.

Für die Verbraucherkreise ist jede Verbesserungsmöglichkeit in der Einfuhr von Lebensmitteln zu begrüßen. Hauptsächlich kommt es für die Konsumentenwelt auf eine gerechte, gleichmäßige Verteilung der aufgebrachten Waren an. Das Wichtigste bei der ganzen Sache ist aber, daß wir die uns gelieferten ausländischen Lebensmittel nicht, um die Teuerung noch weiter zu steigern, mit unserem total entwerteten Gelde, sondern mit den Produkten der wieder-einsetzenden Arbeit bezahlen. Diesbezüglich sieht es bei uns aber mehr als traurig aus: einerseits stehen wir ständig in einer Kohlenkrise, die unser gesamtes Wirtschaftsleben zu vernichten droht, andererseits leiden wir bei gleichzeitig täglich gesteigerten Lohnansprüchen an einer beängstigend sinkenden Arbeitsfreudigkeit weiter Kreise der Bevölkerung, wodurch hauptsächlich der Abbau der Preise aufgehalten wird.

Gegen die Hungerer Wiens.

Große Kundgebung in Perchtoldsdorf gegen die rote Wirtschaft in Stadt und Land.

Aus Perchtoldsdorf wird uns berichtet: Das Doppelspiel der Sozialdemokraten, in der Stadt mit den Konsumenten nach billigen Lebensmitteln zu rufen, auf dem Lande aber die Produzenten zur Verleerung der Produkte anzuweisen, ja vielfach selbst die Zufuhr nach Wien zu verbieten, hält nicht mehr länger, es ist durchschaubar. Mit größter Erbitterung wurde auf dem Sonntag, den 31. August, in Fuggers Saal in Perchtoldsdorf abgehalten, von den Landwirten der Bezirke Gießing-Umgebung und Mödling massenhaft besuchten Bauerntag das unehrliche Treiben der Sozialdemokraten besprochen, und Abg. Hans Söfer, dem als Obmann der ländlichen Genossenschaften die gesamte Frucht- und Viehzucht in Niederösterreich obliegt, gab namens der im Niederösterreichischen Bauernbund organisierten Bauernschaft die Erklärung ab, daß es den Bauern unter solchen Umständen unmöglich sei, auch nur ein Körnchen Brotfrucht abzuliefern. In geregelter Weise wurde auch gegen den Bezirkshauptmann Doktor Wächter in Gießing Stellung genommen, der dem „Arbeiterrate“ bei den unglaublichen Uebergriffen die Mauer mache. Die Versammlung nahm folgenden Verlauf:

Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Bezirksbürgermeisters Schwaninger ergriff Landesrat Karl Wutzel das Wort, zunächst die politische Lage streifend, um dann die heillose Wirtschaft zu schildern, in der Stadt, Land und Gemeinde dem Abgrunde zuweilen. Der sozialdemokratische Bezirksarbeitsrat von Korneuburg zum Beispiel verbietet den Bauern, ihr Gemüse nach Wien zu führen. Das Gemüse müsse nach Korneuburg gebracht werden und solle dort zur Verteilung kommen. Das Gemüse ist in 12 Stunden verdorben, die Wiener aber haben nichts zu essen. (Große Entrüstung.)

Was die Wirtschaftskommission anlangt, so habe diese keine andere Aufgabe, als die Ernte zu erfassen und sie gerecht zu verteilen. Die Bauernschaft habe nichts dagegen, daß die Bürger räte daran teilnehmen, da sie aber wie die Arbeiter den Konsumenten vertreten, können die Bauern von ihren Mandatärn nichts hergeben, sonst würden sie in den Kommissionen vollständig erdrückt werden. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft seien geradezu trostlos. Wir stehen vor dem drohenden Zusammenbruch. (Anhaltende Bewegung.) Die Beiträge für die staatlichen Krankenanstalten wachsen bedrückend. Ein Krankentag koste heute 20 Kronen und werde in Kürze 25 Kronen kosten. Das ärztliche Genausschnellen eines jeden Bedarfs wolle wie ein Loch ohne Grund, in dem alle Summen versinken. Bis Ende dieses Jahres werde das Defizit auf 50 Millionen anwachsen, das heutige Rechnungsjahr werde mit einem Abgang von 150 bis 160 Millionen Kronen abschließen. Dann verbreitete sich der Redner über Bezirksfragen, so über die Nebenverteilung, berichtete über den Fortgang der Arbeiten für den Bessingstallanal, von dem eine Strecke von 5 Kilometer von der Ausmündung in Mannsdorfbis nach Groß-Schwechat bereits fertig sei. Was den Fuhrgeld gegen die katastrophal überhandnehmenden Feldüberfälle anbelangt, so sei alles vorgesorgt worden. Natürlich müssen die Grundbesitzer bewacht werden. Nun verweigere man uns jetzt die Ausrüstung der Waffen und erkläre, es sei nichts da. Demgegenüber nehme es sich sonderbar an, wenn man hört, daß vor einigen Tagen aus dem Regazien am Mittel auf dem Steinseelbühel 1000 Repetierpistolen gestohlen worden seien.

Abg. Hans Söfer besprach zunächst die Sozialisierung. In der Landwirtschaft sei das, was zweckmäßig gemeinschaftlich betrieben werden könne, bereits sozialisiert. Unser ausgebautes landwirtschaftliches Genossenschaftswesen beschränke auch die Grenze, wie weit man gehen könne. Eine gemeinsame Bewirtschaftung von Grund und Boden würde den Landwirten und der Gesamtheit zum Unheile gereichen; denn es sei unmöglich, durch diese Bewirtschaftung denselben Ertrag zu erzielen, den der einzelne Bauer durch seinen Fleiß und durch seine jahrelange Praxis erteile. In der letzten schweren Zeit gebe es nur zwei Dinge, die uns retten können. Nr. 1. Beileben und sparen. Und gerade das suche man in unserer öffentlichen Verwaltung vergeblich. Wir werden übermorgen im Landtage über die Aufnahme eines Darlehens beraten, damit wir die Forderungen der Landesangehörigen und Lehrer bewilligen können. Die Bauernschaft Niederösterreich wird es, da es anderswärts nicht aufzutreiben war, beistellen. Wir werden uns aber bei dieser Gelegenheit alle Eingriffe der Sozialdemokraten in unsere Rechte verbitten, wie sie in letzter Zeit im Wiener Neustädter Bezirke so zahlreich vorgekommen sind: Man hat knapp vor der Ernte manchem Bauer den letzten Saß Frucht weggenommen. Dem Redner obliege als Obmann des Verbandes der ländlichen Genossenschaften die gesamte Frucht- und Viehzucht in Niederösterreich, bei welcher ein Beitrag von 150 Millionen Kronen gebraucht werde. Sonderbarerweise sei Redner zur Preisbestimmung gar nicht eingeladen worden; sonst wäre ein Preis von 130 Kr. pro Meterzentner, bei dem die Gesteckungskosten nicht gedeckt seien, nicht festgesetzt worden. Ein Druschtag koste dem Bauer heute 1300 Kronen. Dabei werde er jeden Tag von neuen Lohnforderungen überrascht, bekomme für den Drusch kein Benzin, indessen in Blumau, wo die kommunistischen Soldaten alles beherrschen, noch heute 20 Waggons Benzin lagern. Trotz der Anforderung des Staatsamtes für Heerwesen gehen die roten Blumauer das Benzin nicht heraus, sondern betreiben einen schandhaften Schleichhandel damit.

Drohender Lieferungsstreik der Bauern gegen die Uebergriffe der Arbeiterräte.

Direktor Sturm des n.-ö. Bauernbundes besprach die Landarbeiterfrage und den von den Sozialdemokraten ausgearbeiteten „Kollektivvertrag“, in dem u. a. gefordert werden, an Milch das doppelte der behördlich festgesetzten Mation, (wie soll dann noch etwas für die Wiener übrig bleiben?), an Mehl und Fleisch das Zehnfache, an Kartoffeln das Sechsfache usw., was also eine Uebersteigerung der Ernährungsvorschriften und eine Benachteiligung der ganzen übrigen Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterkraft in den Städten bedeuten würde. Das freche Beispiel der sozialdemokratischen Diktierungspolitik. Außerdem seien z. B. einem Schaffner monatlich 350 Kr. Feuerungszulage und ein Anschaffungsbeitrag von 400 Kronen zu geben. Redner forderte unter stürmischem Beifall auch die endliche Entfernung Bela Kuns aus Niederösterreich, da sich sonst der Unwille der Bauernschaft in elementarer Weise äußern könnte. Redner verwurte auch scharf die Uebergriffe der Arbeiterräte und betonte, daß wenn das so weiterginge, die Bauern das Vorgehen durch einen Lieferungsstreik beantworten würden. Abg. Hans Söfer erklärte, daß weder der Landesregierung, noch dem n.-ö. Bauernbund dieser Kollektivvertrag, der unmögliche Forderungen enthalte, vorgelegt worden sei. Die Sozialdemokraten seien aber in Kenntnis gesetzt worden, daß unter solchen Verhältnissen die Bauernschaft keine Frucht abliefern könne, weil sie nicht einmal auf die Gesteckungskosten kommen. Die Bauern werden nur das ausreichen, was sie für sich brauchen. Soll die Fruchtlieferung möglich sein, dann müßten erstens die Uebergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte endlich einmal ein Ende nehmen und zweitens ein entsprechender Preis gezahlt werden.

Es sprachen dann Dr. Bernhard und Herr Lieh (Mauer).

4./IX. 1919

777

Wie die Sozialdemokraten die Lebensmittel verteuern.

Von einem niederösterreichischen Bauernführer.

Eine aufgeblasene, schimmernde Phrase überwiegt oft zentnerschwere Tatsachen. „Der Sozialismus ist das starke, unbezwingbare, völkerveröhnende Element, er ist der Herkules, der den Augiasstall des Wuchers und des Schleichhandels räumt, der das Gespenst der unnötigen Lenerung verjagt u. s. f.“, heißt es in den sozialistischen Zeitungen, die auf die Leichtgläubigkeit ihrer Leser bauen. Es dämmert aber schon in den Köpfen vieler . . .

Ein kleiner Beitrag zur Beleuchtung dieser sozialistischen Phrasen ist die Geschichte des Kollektivvertrages des sozialdemokratischen Verbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter. Im sozialdemokratischen Organ vom 19. August wurde mit sichtlichem Hochgefühl die „Errungenschaft“ des obgenannten Kollektivvertrages mitgeteilt. Es heißt dort u. a.:

Der Vertrag ist der erste Vertrag der Landerbeiter und regelt als solcher die bisher gänzlich ungeordneten Lohn- und Arbeiterverhältnisse auf dem flachen Lande. Den Fortschritt, den dieser Lohnvertrag bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man die bisherigen, geradezu unerhörten (!) Löhne, die in den land- und forstwirtschaftlichen Mittel- und Großbetrieben herrschten, ins Auge faßt. Vierteljahrsgehälter von 0 bis 80 Kronen waren keine Seltenheit. Die Arbeiter wurden als Knechte betrachtet und häufig genug beschimpft und mißhandelt. (!) Die Landerbeiterschaft hatte keine Kranken- und Unfallversicherung. Sie war in jeder Weise der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Der Kollektivvertrag verhilft den Arbeitern zu den ihnen gebührenden Rechten; bezeichnenderweise findet sich in ihm der bislang gebräuchliche, herabsiehende Ausdruck „Knecht“ nicht wieder.

Der Vertrag ist als Rahmenvertrag für Niederösterreich entstanden und dient beim Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen als Grundlage. Für den Wiener Boden gelten folgende Monatslöhne für Monatslöhner (für den Monat): Professionisten erster Klasse Monatslohn 380 Kr.; Professionisten zweiter Klasse 350 Kronen; Aufseher, Ober- und Unterführer 350 Kronen; Pferdeputzger erster Klasse 300 Kronen; sonstige Aufseher 231 Kronen; männliches Kuchstallpersonal 81 und 900 Kronen; weibliches Kuchstallpersonal 204 und 20 Kronen. Für ständige Tagelöhner sind folgende Barlohnsätze für den Tag festgesetzt: Männliches Personal 4 bis 5 Kronen, weibliches Personal 3 Kronen 50 Heller bis 5 Kronen je nach Alter und Beschäftigung.

Von diesen nur für den Wiener Boden geltenden Barlohnsätzen werden für die anderen Produktionsgebiete nachfolgende Abzüge gemacht: Für das Marchfeld 7, für das Tullnerfeld 14, für das Hügelland 25 und für das Gebirgsland 30 Prozent. (Wer wird da im Gebirge noch Arbeiter bekommen? D. N.)

Außer den Barlöhnen erhalten alle ständig in der Wirtschaft beschäftigten Arbeiter, die derzeit der Gesinde- oder der Gewerbeordnung unterstehen, ferner die ständigen Tagelöhner folgende Deputate für den Monat und den Kopf: 15 Liter Milch, 20 Kilogramm Mehl (!), 4 Kilogramm Hülsenfrüchte, 1 Kilogramm Fett, 1 Kilogramm Fleisch und 50 Kilogramm Kartoffeln; dazu für die Familie monatlich 100 Kilogramm Kohlen und 0,33 Raummeter Holz. Im Falle daß das eine oder das andere dieser Naturalien nicht verabfolgt werden kann, kann ein noch Menge und Art leichtverleibliches Produkt oder der festgesetzte Einheitspreis gegeben werden. Weibliche Arbeitskräfte erhalten die Deputate nur im Ausmaß von drei Viertel der den männlichen Deputatisten zugestandenen Mengen. Der Vertrag enthält weiter Bestimmungen über Deputatselber und Deputatsvieh. In dem Naturallohn ist auch eine gesundheitlich einwandfreie, er Zahl der Familienmitglieder entsprechende Wohnung inbegriffen. Ständige Tagelöhner, die auf dem Gute nicht untergebracht werden können, bekommen eine Wohnungsgebühr von 0 Heller für den Tag. Die Wochenarbeitszeit ist mit 40 Stunden begrenzt. Ueberstunden werden mit 0 Prozent des auf die Stunde entfallenden Barlohnes vergütet. Die Arbeiten an Sonntagen, zu Ostern, Pfingsten, Beihnachten, am 1. Jänner, 1. Mai und 12. November werden für die Arbeitsstunde mit 100 Prozent des Stundenbarlohnes vergütet. Betreffs der Kranken- und Unfallversicherung gelten folgende Bestimmungen: Der ständig beschäftigte Arbeiter (Arbeiterin) hat im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalles auf freie ärztliche Behandlung, Beistellung der Heilmittel und auf ein tägliches Krankengeld in der Höhe von 10 (!) Prozent des Barlohnes während der Dauer von 26 Wochen Anspruch.

Wir sind als Kenner der ländlichen Verhältnisse weit davon entfernt, leugnen zu wollen, daß die soziale Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter, wie die aller Berufe, einer den Verhältnissen entsprechenden Verbesserung bedarf. Nur muß selbstredend dieses Stück sozialer Arbeit steten Schritt mit den gegebenen Verhältnissen halten, es darf nicht einseitig demagogisch herausgerissen werden. Aber dieser Kollektivvertrag ist Demagogie reinsten Wassers. Er ist in manchen Belangen ein volkswirtschaftlicher Insinn, ein Verbrechen an den Konsumenten.

Einen klaren Beweis liefert die Eingabe, die wir vom Niederösterreichischen Bauern- und Landeskulturrat im Verein mit dem Landesökonomikrat und dem Verband ländlicher Genossenschaften an das Staatsamt für Volksernährung am 1. September richten mußten. Es heißt darin:

Die für die heurige Körnerfruchtlieferung festgesetzten Preise, und zwar:

für Weizen und Korn Kr. 1.30 per Hg.
für Gerste und Hafer „ 1.18 „

entsprechen bei weitem nicht den Herstellungskosten. Dies anzubieten im Viertel unter dem Wienerwald, weil dort die Arbeitslöhne gegenüber jedem andern Landesviertel um 7

bis 40% teurer sind. Die Folge davon ist, daß wenigstens dem Scheine nach bis jetzt passive Resistenz gegen die Fruchtanlieferung gemacht wird und es ist zu fürchten, daß die Bauern überhaupt die Ablieferung verweigern. Wenn man bedenkt, daß ein Tagesertrag mit der Dampfmaschine bei einer Arbeitsleistung von 60 bis 80 Meterzentnern Frucht 1200 bis 1400 Kronen kostet und für ein Hectar abmähen 120 bis 180 Kronen bezahlt wird, die ganze Kost nebst einem Liter Wein pro Person gegeben werden muß, und wenn man die furchtbaren Kollektivverträge kennt, so ist es ein Leichtes, zu berechnen, daß der Meterzentner Frucht mit den Herstellungskosten allein weit höher als auf 130 Kronen kommt. Wo bleibt da aber noch der Arbeitslohn für den Bauer? Unter diesen Umständen ist es nicht zu verlangen, daß der Bauer zu den bekannten Höchstpreisen Frucht abgeben kann. In Erwägung vorangeführter Tatsachen stellen die Gefertigten, denen an der reiblosen Aufbringung des vorgeschriebenen Kontingents sehr gelegen ist, das dringende Ersuchen, ein verehrliches Staatsamt für Volksernährung wolle gütigst veranlassen, daß die Höchstpreise für Weizen, Korn, Gerste und Hafer entsprechend erhöht werden. Schließlich machen wir noch aufmerksam, daß unter den Bauern ein furchtbarer Widerwille gegen die Ablieferung besteht und ist im Nichtberücksichtigungsfalle das Schlimmste zu befürchten.

Die Sozialdemokraten werden wieder vom „wucherischen“ Bauer reden wollen. Jeder ehrliche Mensch wird aber zugeben müssen, daß man diese Form von Altruismus, von aufopfernder Selbstlosigkeit schwerlich vom wichtigsten Arbeiter im Reiche, vom Bauer verlangen wird können, daß er draufzahle, für seine Arbeit nichts habe, nur damit die Sozialdemokraten Stimmenfang treiben können! Wird der Landwirt nicht geradezu zum Schleichhandel getrieben? 20 (!) Kilo Mehl muß der Arbeiter monatlich als Deputat bekommen. Dem Landwirt bewilligt das Gesetz bis 15 (!) Kilo Brotgetreide pro Monat. Dazu muß er seinen Beitrag zur Brotsteuer außerdem leisten!

Vielleicht muß die Sozialdemokratie solche Auswütsche zeitigen. Sie bricht um so rascher zusammen. Das Doppelgesicht muß denn doch in Bälde erkannt und verachtet werden: in der Stadt der „Ketter“ der Konsumenten, auf dem Lande der demagogisch verheerende Verteuerer der Lebensmittel. Die Brennholzverordnung sowie die Handhabung des Ruckackverbotes werden gewiß in absehbarer Zeit ein neues Bild roter Verwaltungskunst aufzeigen. Wir warten ruhig zu.

J—w,

Die Reorganisation im Staatsamt für Volksernährung.

Nach dem Zusammenbruch waren die Aufgaben des Staatsamtes für Volksernährung wesentlich anders als die in der alten Monarchie. Vor allem war die Aufbringung im eigenen Lande wesentlich vermindert und auch die Erzeugung industriell erzeugter Lebensmittel im Lande war vermindert. Hatten wir früher eine reiche Zuckerindustrie, eine Spiritusindustrie und andere Industrien, die eine Bewirtschaftung erforderten, so haben wir nun nur noch eine Zuckersabrik, wenige kleine Spiritusfabriken und Brennereien, kaum eine nennenswerte Kaffeesurrogatenindustrie, und die Industriegruppe, die das alte Volksernährungsamt hatte, mußte stündlich abgebaut werden, ohne daß an eine Verminderung der Beamten und eine Reorganisation des Amtes geschritten werden konnte. So lange man nicht wußte, wie der neue Staat beschaffen sein wird, konnte an dem inneren Gefüge nichts geändert werden; nun aber, da wir wissen, daß das neue Reich ein kleines Land sein wird, dessen Lebensmittelversorgung fast reslos aus dem Ausland zu decken ist, nun müssen endlich auch die Beamten den neuen Bedürfnissen angepaßt werden. Das dürfte in der nächsten Zeit von allen Staatsämtern in Erwägung gezogen werden müssen und es ist deshalb nur verständlich, wenn das Ernährungsamt damit beginnt. Das Amt hat ja genau umschriebene, nicht zu erweiterte Kompetenzen, die sich in der Zukunft nicht vermehren, sondern vermindern werden und die vieles überflüssig machen, was früher zur Leistung des großen Reiches notwendig gewesen ist.

Ueber diese Vereinfachung wird berichtet: Der Staatssekretär für Volksernährung hat an Stelle der bisherigen zwanzig Abteilungen eine Einteilung der gesamten Geschäftsgängen in nur neun größere Abteilungen verfügt. Die Abteilungen sind folgende:

1. Für landwirtschaftliche Bodenerzeugnisse (Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Obst u. s. w.).
2. Für als Lebensmittel zur Verwendung kommende tierische Erzeugnisse (Vieh, Fleisch, Fett, Geflügel, Eier, Milch und Molkereiprodukte u. s. w.).
3. und 4. Für industriell erzeugte Lebensmittel (Zucker, Preßhefe, Nahrungsmittel, Kaffeesurrogate, Bier, Spiritus sowie die Nebenprodukte der Lebensmittelindustrie).
5. Für die legislativen und organisatorischen Fragen der Lebensmittelverteilung (Lebensmittelarten, Lebensmittelmärkte, allgemeine Angelegenheiten der Preisregelung sowie Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiberei, organisatorische Fragen des äußeren Ernährungsdienstes).
6. Für die Förderung und Belieferung der Konsumentenorganisationen, Gemeinschafts- und Kriegsküchen, Fürsorge für die Versorgung bestimmter Konsumentengruppen sowie die Angelegenheit der Diskussionen zur Erleichterung der Lebensführung der mindestens mittelsten Volksschichten sowie des Mittelstandes u. s. w.
7. und 8. Auslandsverkehr (Verhandlungen mit den fremden Staaten über die Einfuhr von Lebensmitteln, Kompensationsverkehr).
9. Für Transportfragen und Statistik. Das bisherige Präsidialbüro wurde in eine Abteilung für Präsidial- und Personalangelegenheiten umgewandelt und in seinem bisherigen Wirkungskreis verringert.

Es wäre nur zu wünschen, daß die Verkleinerung die straffere Zusammenfassung der Agenden tatsächlich bringen würde und daß man nicht wegen jeder Sache einige Abteilungen aufsuchen müßte, von denen oft keine allein entscheiden kann. Deshalb wäre es vielleicht besser gewesen, wenn man

die nun so wichtige Auslandsgruppe nicht in zwei Teile gespalten hätte und wenn man wirklich nur sechs Abteilungen geschaffen hätte, wie früher geplant gewesen sein soll. Je kleiner die Unterteilung des Amtes ist, je mehr Agenden in einer Hand entschieden werden können, um so besser. Man muß die Staatsämter eben auch den Grundsätzen angleichen, die einem großen Geschäftshaus eignen, das niemals mit einer großen Zahl Unterabteilungen arbeiten kann, wo vielmehr immer große Kompetenzgruppen geschaffen werden müssen, die übersehbar und von wenigen zu leiten sind. Eines aber wird auch die Reorganisation des Amtes laun bringen, denn das kann nur der Neuaufbau des Staates bringen, die Zusammenarbeit des Staatsamtes mit den Landesregierungen. Wenn es nicht gelingt, den Länderseparatismus zu bannen, dann müssen wir auf die einheitliche Führung des Ernährungsdienstes verzichten und jedes Land muß sehen, was es bleibt. Es wäre aber gewiß wertvoll und von größter Bedeutung, wenn es gelänge, den organisatorischen Aufbau des Amtes so zu gestalten, daß eine ständige Verbindung mit den Ländern hergestellt werden könnte. Sei es nun durch Vertreter der Länder im Amt oder sei es durch Delegierte des Amtes in den Ländern. Die Verbindung aber muß geschaffen werden, wenn die Reorganisation dazu führen soll, den Ernährungsdienst zu verbessern. Die Staatsämter können nicht mehr über den Ländern thronen, sie müssen vielmehr den ständigen Kontakt und das gegenseitige Verständnis suchen.

Jedenfalls aber wollen wir hoffen, daß die Reorganisation des Amtes ein rascheres Funktionieren des Amtes bringen werde.

17. IX. 1919

17

181

Ein verhängnisvoller Mißgriff in der Ernährungspolitik. Die deutsche Zuckerindustrie ist durch den Reichskohlenkommissar benachrichtigt worden, daß den Zuckerraffinerien nicht die benötigten Kohlen zur Verfügung gestellt werden könnten, um den ganzen aus Zuckerrüben gewonnenen Rohzucker auf Verbrauchs-(Kristall- oder Würfel-)Zucker zu verarbeiten. Im Anschluß hieran wird dem Publikum der Rat erteilt, sich auf den Verbrauch von Rohzucker einzurichten. Gegen diese Verordnung muß energisch protestiert werden; sie legt in erschreckendem Maße Zeugnis davon ab, wie die Ernährungspolitik in völlig falsche Bahnen gelenkt wird. Für die Zuckerraffination kommen jetzt kaum mehr als 30 Fabriken in Betracht, und ihr Kohlenverbrauch ist durchaus nicht so überwältigend, daß dadurch empfindliche Schädigungen für die Gewerbetätigkeit

verursacht werden könnten. Für die Entschließung, die Zuckerraffinerien nicht ausreichend mit Kohlen zu beliefern, dürften lediglich Grundsätze der Gleichmäßigkeit und Gleichmacherei ausschlaggebend gewesen sein. Dabei verleugnet man aber die Tatsache, daß jetzt alles darauf ankommt, unsere nahrungswirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande so fest wie irgend möglich zu begründen. Unsere Zuckerzeugung bildete in Friedenszeiten ein Zeichen unserer wirtschaftlichen Stärke. Je eher wir sie wieder aufrichten und von den Fesseln der unheilvollen Zwangswirtschaft befreien, desto eher können wir unsere Zukernot beseitigen und mit dem Auslande wieder in erprießlichen Tauschverkehr treten. Es müssen deshalb alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um der Zuckerindustrie zu neuer Blüte zu verhelfen, statt dessen will man ihr, was ganz unbegreiflich ist, einen sehr wichtigen Rohstoff entziehen. Es wird die höchste Zeit, daß die Reichskohlenstelle ihren Irrtum erkennt und der überaus lebenswichtigen Zuckerindustrie die benötigten Kohlen unter allen Umständen liefert. Noch verwunderlicher als die Entschließung bezüglich der verminderten Kohlenbelieferung klingt der dem Publikum erteilte Rat, sich auf den Verbrauch von Rohzucker einzurichten. Damit wird die Erinnerung an den Kampf um den „Edelzucker“ geweckt, das heißt nicht völlig gereinigten Rohzucker, dessen Genuß als gesundheitschädlich bezeichnet werden mußte. In höherem Maße würde das für den 88 prozentigen Rohzucker zutreffen. Uebrigens gibt es ja ein einfaches Verfahren, welches die Verarbeitung von Roh- zu Verbrauchszucker in jeder Fabrik gestattet. Aber gegen den menschlichen Verbrauch von Rohzucker müßte von unseren Ernährungsphysiologen Einspruch erhoben und ebenso auch verlangt werden, daß unsere Zuckerindustrie um keinen Zentner Kohlen gekürzt wird. Ohnehin sind die Aussichten für die Zuckerrübenenernte durchaus nicht so günstig, daß wir uns auf eine auskömmliche Versorgung mit Zucker im laufenden Erntejahre gefaßt machen könnten.

Eine Massenausspeisaktion in Wien und Deutschösterreich.

Frühstück, Mittag- und Abendessen um 3 Kronen 80 Heller.

Die Landwirtschaftsgesellschaft plant unter dem Namen „Segea“, neue österreichische Großküchenbetriebsgesellschaft m. b. H., die Gründung von Großküchenbetrieben in Wien und in zahlreichen Städten Deutschösterreichs. In den Betrieb sollen 50 Millionen Kronen investiert werden und man wird um 3 Kr. 80 H. Frühstück, Mittagmahl und Nachtmahl erhalten. Der Betrieb, der durch direkte Belieferung durch die Großgrundbesitzer und die Bauernschaft ermöglicht wird, wird in Wien allein täglich anfänglich 50.000 Menschen auspeisen. Die Idee erfreut sich der Unterstützung sämtlicher Staatsämter.

Ueber den Plan wird mitgeteilt: Die „Segea“ wird schon im Oktober mit der Auspeisaktion beginnen. Die Aktion soll allmählich in großem Maßstabe ausgebaut werden, da die Gesellschaft sowohl finanziell als auch mit Lebensmitteln bereits voll eingedeckt ist. Sie wandte sich an die Gemeinde Wien, die ihre Kriegsküchenaktion zu liquidieren beabsichtigt, um Ueberlassung sämtlicher Kriegsküchenbetriebe ab 1. Oktober im Amortisationswege. Der Stadtrat lehnte aber den Antrag in dieser Fassung ab, weil die Gemeinde die Fortführung der Kriegsküchen für eine Pflicht des Staates halte und ihn selbst zu dieser Aktion zwingen will. Es mag dahin gestellt bleiben, ob dieser Standpunkt praktisch durchführbar sein wird. Es steht fest, daß es unverantwortlich wäre, große Bevölkerungsschichten, für die endlich eine alle Not bannende Aktion durchgeführt werden soll, durch Vorenthaltung passender Lokale und als mögliche Folge davon durch Hintertreibung der geplanten Auspeisung schwer zu schädigen.

Das Frühstück wird bestehen aus einem halben Liter geäußtem Milchkafee zum Preise von 30 H. Abgabe von 6 bis 8 Uhr. Mittagessen: Suppe, Gemüse, Mehlspeise (einmal in der Woche Fleisch zum Preise von Kr. 2.50. Abgabe von 11 bis 1 Uhr. Abendbrot ein halber Liter warmes Essen (einmal in der Woche Fleisch), Preis 1 Kr. Abgabe von 5 bis 7 Uhr.

Die Gesellschaft (Wien, 1. Bezirk, Schauslegasse 6) bittet die Bevölkerung, ihr passende Lokale bekanntzugeben, und die Bürgermeister aller größeren Städte um Mitteilung, ob sie für ihre Bevölkerung auf eine Auspeisung durch diese Aktion reflektieren.

Die Versorgung Deutschösterreichs aus Rumänien.

Der rumänische Gesandte und bevollmächtigte Minister in Budapest Diamandi hat dem Staatskanzler Dr. Renner einen Besuch abgestattet, um ihm zu versichern, daß die rumänische Regierung, obwohl sie den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet habe, den Frieden mit Deutschösterreich für hergestellt halte und sofort die freundschaftlichen Beziehungen aufzunehmen gedenke. Er legte Wert darauf, der österreichischen Öffentlichkeit zu versichern, daß Rumänien alles tun wolle, um mit seinen Ernteüberschüssen an der Versorgung Deutschösterreichs teilzunehmen. Der Staatskanzler nahm diese Versicherung mit Dank entgegen.

Einer zweiten Unterredung, die gestern stattfand, wurde auch Staatssekretär für Volksernährung Doktor Poewenfeld-Ruß beigezogen, der die Möglichkeiten der Lebensmittellieferung seitens Rumäniens auf der Donau und im Eisenbahnverkehr im einzelnen erörterte und dem Gesandten eine darauf bezügliche Denkschrift überreichte. Die Verhandlungen gipfelten darin, daß in kürzester Zeit die rumänischen und deutschösterreichischen Fachreferenten womöglich in Budapest zusammentreffen sollen, um die Aufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs einzuleiten.

Der Kampf um die Sardinen.

Es hat der Fischeinfuhr beliebt, bei der bevorstehenden Sardinenverteilung wieder ein Manöver zu versuchen, und wenn es ihr gelungen wäre, dann hätte wieder ungefähr die Hälfte der Sardinen den gewöhnlichen Weg des Schleichhandels gefunden.

Die Fischeinfuhr hat nämlich eine sogenannte Beratung der Interessenten einberufen, zu der alle Organisationen geladen wurden, nur der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute wurde merkwürdigerweise einzuladen übersehen. Bei dieser Beratung wurde folgender seine Plan ausgeheißt: 20 Prozent an die Mitglieder des Verbandes der Käsehändler, 20 Prozent an die Käsegruppe, 10 Prozent an die Wieseleggruppe, 48 Prozent an die Großhändler und 2 Prozent an den Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute. Also von 10.000 Kisten etwa wären 48 Prozent, das sind 4800 Kisten, an 28 Großhändler zu verteilen, während für die Gruppe der sozialdemokratischen Kaufleute, bestehend aus etwa 800 Gemischtwaren- und Delikatessenhändlern und 67 legitimierten Sardineenhändlern, bloß 200 Kisten zugeteilt worden wären!

Was die Großlisten anlangt, so ist es überflüssig, zu sagen, wie sie diese Ware, wenn man's noch so nennen kann, verkaufen. Uns liegen Lieferhefte vor, wonach Großhändler die Dose Sardinen um 11.40 Kronen und sogar um 12.40 Kronen an Detailhändler verkaufen. Wenn nun eingewendet wird, die Großhändler kaufen auch außerhalb der Fischeinfuhr und bezahlen höhere Preise, sie müssen daher auch teurer verkaufen, dann mag das in einzelnen Fällen wohl wahr sein, aber das muß doch zugegeben werden, daß durch Zuweisungen der billigen Sardinen durch die Fischeinfuhr diese Herren Großlisten von anderer Qualität sein müßten, als wir sie kennen, um dem Antriebe zu widerstehen, auch die billigen Sardinen teurer zu verkaufen, das heißt die Fischeinfuhr verleitet diese Großhändler geradezu, die billigen Sardinen teurer zu verkaufen, indem ja die Großlisten die gute Ausrede haben, diese Sardinen teurer gekauft zu haben. Der Zweck der Fischeinfuhr ist übrigens, die Sardinen zu einem einheitlichen Preise einzukaufen, um auch den Verkauf zu einheitlichen Preisen durchzuführen. Wie kommt nun diese Fischeinfuhr dazu, den Großlisten die Erlaubnis zu erteilen, Sardinen teurer einzukaufen, als sie selbst kauft? Die Obstverteilungsstelle zum Beispiel konfisziert jeden Waggon Kessel jedem Händler, der zu teureren Preisen eingekauft hat als sie selbst, und bezahlt ihm nur den vorgeschriebenen Höchstpreis und bringt die Ware zum amtlichen Verkaufspreis auf den Markt. Warum übt auch nicht die Fischeinfuhr denselben Vorgang? Nun begnügt sich die Fischeinfuhr nicht damit allein, zwei Duzend Millionäre und Kriegsgewinner mit der österreichischen Valuta nach Belieben schalten zu lassen, sondern sie öffnet ihnen noch Tür und Tor, um auch die durch die Fischeinfuhr billiger gekauften Waren zu verteuern und zu verschleichhandeln.

Das Staatsamt für Volksernährung wird hoffentlich auf die Wünsche der Großhändler nicht eingehen und wird die Verteilung so vornehmen, wie es der Sozialdemokratische Verband vorgeschlagen hat.

Die Beziehungen mit Rumänien.

Rumänien will Lebensmittel liefern.

Näherlich wird gemeldet: Der rumänische Gesandte in Budapest Diamandi hat dem Staatskanzler Dr. Renner einen Besuch abgestattet, um ihm zu versichern, daß die rumänische Regierung, obwohl sie den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet habe, den Frieden mit Deutschösterreich für hergestellt erachte und sofort die freundschaftlichen Beziehungen aufzunehmen gedenke.

Der Staatskanzler versicherte dem Gesandten, daß die Deutschen Österreichs gegen die rumänische Nation niemals andere als freundschaftliche Gefühle gehegt haben und wenn das Verhältnis zwischen ihnen und den Rumänen getrübt war, so sei die unglückliche staatsrechtliche Verbindung Deutschösterreichs mit Nationen, die andere Interessen hatten, daran schuld gewesen. Nachdem diese Verbindung nun gerissen sei, könne das alte freundschaftliche Verhältnis wieder hergestellt werden. Grenzfragen und politische Gegensätze trennen die beiden Nationen nicht und infolgedessen können auch die wirtschaftlichen Beziehungen ohne alle Nebenabsichten gepflegt und gestärkt werden.

Gesandter Diamandi legte Wert darauf, der österreichischen Öffentlichkeit zu versichern, daß Rumänien alles tun wolle, um mit seinen Erntehäberschüssen an der Versorgung Deutschösterreichs teilzunehmen. Der Staatskanzler nahm diese Versicherung mit Dank entgegen.

Einer zweiten Unterredung, die gestern stattfand, wurde auch Staatssekretär für Volksernährung Dr. Böhmefeldt hinzugezogen, der die Möglichkeiten der Lebensmittellieferung Rumäniens auf der Donau und im Eisenbahnverkehr im einzelnen erörterte und dem Gesandten eine darauf bezügliche Denkschrift überreichte. Die Verhandlungen gipfelten darin, daß in kürzester Zeit die rumänischen und deutschösterreichischen Sachreferenten in möglich in Budapest zusammentreffen sollen, um die Aufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs einzuleiten.

26./IX. 1919

187

Die Rathauskellerweine werden teurer. Im Stadtrate berichtete StR. David (Sozialdemokrat) über eine Sitzung der Rathauskellerkommission, in der beschlossen wurde, die Preise der heurigen Weine von Kronen 2.50 auf Kronen 3.50, die der alten von Kronen 3.50 auf Kronen 4.—, bezw. Kronen 5.—, und die der Rotweine von Kronen 3.50 auf Kronen 4.50 zu erhöhen. Spezialweine sollen von Kronen 10.— auf Kronen 14.— und Kronen 15.— erhöht werden. Die bezüglichlichen Anträge des Referenten wurden ohne Debatte angenommen.

Für eine Milderung des Auslad- verbotes.

Einführung von „Hamsterarten“.

In der gestrigen Sitzung der Bezirksvertretung Wien war von nationaldemokratischer Seite die Aufhebung des Ausladverbotes beantragt worden. Bei dieser Gelegenheit gab der sozialdemokratische Bezirksvorsteherstellvertreter Herrlein seine Meinung über den Ausladverkehr zum besten, die stark von der seiner Parteigenossenführer abweicht. Er gab zu, daß der Ausladverkehr trotz aller Maßnahmen bestehe (Zwischenruf: Die Schleichhändler arbeiten jetzt nur waggonweise!), aber viel mehr Schuld trügen an den Uebelständen die bestehenden Zentralwirtschaften. Eine werde aufgelöst, dafür entstehe sofort eine andere. Die „Gos“ wurde aufgelöst, sagte Redner, aber in Wirklichkeit besteht sie noch immer. Sie hat seit den letzten zehn Monaten nur viermal den Namen geändert. Die Beamten bleiben dieselben, und noch dazu sind es nicht einmal Deutschösterreicher. (Aufse: Sehr richtig!) Damit man sie nicht als Fremdlinge ausweisen könne, führt man sie als Studenten. Es ist ganz interessant, daß die Zentralen, die dem Volke dienen sollten, auf rein kapitalistischer Grundlage aufgebaut seien. — Auch der sozialdemokratische Bezirksrat Wiener fasste ganz merkwürdige Töne an, die in starkem Gegensatz zu den Ausführungen der Rathausoffiziösen stehen. Er trat für eine Milderung des Ausladverbotes ein. Der Vater, meinte er, wäre auch dumm, wenn er seine Ware nach Wien bringen und hier um den Höchstpreis absetzen möchte, wenn er vom Schleichhändler an Ort und Stelle mehr bekommt. — Dr. Werth (christlichsozial) stellte den Zusatzantrag, für die „Hamsterer“ Karten auszugeben, und zwar sollten dies die Bürgermeister jener Gemeinden tun, wo gehamstert wird, da sie ihre Leute kennen und wissen, ob sich einer für den Schleichhandel Lebensmittel holt oder für den eigenen Bedarf. Die Anträge wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Ernährungsorgen.

Die Brot- und Mehlique. — Die Kartoffelversorgung.
— Die Aussichten der Fleisch- und Fettzufuhren.

Die Kohlenkatastrophe und der Umstand, daß die uns von der Entente eingeräumten Lebensmittelfreidite erschöpft sind, haben auch unsere Ernährungslage sehr empfindlich beeinträchtigt. Wie wir aus dem Staatsamte für Volksernährung erfahren, entspricht die gestern von einigen Blättern veröffentlichte Meldung, wonach schon für die nächste Woche mit einer Kürzung der Brotquote gerechnet werden müsse, wohl keineswegs den Tatsachen, da unsere Brot- und Mehloversorgung noch für vierzehn Tage gedeckt erscheint. Für später besteht allerdings die Gefahr, daß, wenn nicht unterdessen in den Zuschieben eine Besserung eintritt, eine Verbrauchseinschränkung Platz greifen müßte, bei der zunächst nur an eine Kürzung der Mehlique gedacht ist.

Die Aussicht, daß eine solche in der gegenwärtigen Zeit die Bevölkerung schwer treffende Maßregel vielleicht doch vermieden werden kann, gründet sich zunächst darauf, daß uns die Entente noch einige Lieferungsreste schuldig ist, von denen seit voriger Woche 6000 Tonnen Mehl im Anrollen sind. Größere Ankäufe wurden auch in Argentinien gemacht, wobei es sich um etwa 30.000 Waggons handelt, die für unsere Brot- und Mehloversorgung in Betracht kommen. Ein Teil dieser Lieferungen befindet sich bereits in Rotterdam und Mannheim und kann infolge der bestehenden Transportschwierigkeiten nicht weiter befördert werden. Auch in den mit Jugoslawien kürzlich abgeschlossenen Verträgen werden uns 1315 Waggons Weizenmehl Nr. 0, 900 Waggons Weizenmehl Nr. 6, 2800 Waggons Korn und Gerste unvermahlen und 2400 Waggons ungerebelter Mais aus der vorjährigen Ernte zugeführt, wobei natürlich gleichfalls die Frage für das Einlangen entscheidend ist, wie sich die Transportverhältnisse auf den Bahnen gestalten werden. Vor allem haben wir keine Kohlen und auch der Waggommangel verursacht uns große Schwierigkeiten. Die jugoslawische Regierung verlangt von uns, daß wir für den Abtransport der Lebensmittel unsere eigenen Eisenbahnwaggons zur Verfügung stellen, die wir in solchen Fällen gewöhnlich erst nach längerer Zeit wieder zurückbekommen, wodurch sich der Waggommangel auf unseren eigenen Bahnen erhöht.

Die eigene Getreideaufbringung aus der heurigen Ernte geht nur langsam und schleppend vor sich. Oesterreich, das im vorigen Jahre um diese Zeit schon 1100 Waggons abgeliefert hatte, hat heuer erst 315 Waggons aufgebracht und in den übrigen deutschösterreichischen Ländern steht es nicht viel besser. Einerseits ist es der Mangel an Benzin und Druschlohe, der die Erntearbeiten behindert, andererseits aber werden die Landwirte durch eine eifrige Agitation der großdeutschen Agrarier zu einer „passiven Resistenz“ veranlaßt, mit der eine Erhöhung der Getreidepreise erpreßt werden soll, die den Preisen, die wir für das von der Entente gelieferte Getreide bezahlen, gleichgestellt werden sollen.

Was die Aussichten für die Versorgung mit Kartoffeln betrifft, so werden uns in dem mit Jugoslawien abgeschlossenen Vertrag 8000 Waggons zugesichert, ebenso sind Verhandlungen mit Polen, mit der Tschechoslowakei und mit Deutschland angebahnt worden. Deutschland hat heuer eine ausgezeichnete Kartoffelernte und wird in der Lage sein, für jeden Kopf wöchentlich acht Pfund Kartoffeln abzugeben. Diese Wochenkopfquote wird während der Wintermonate sogar auf zehn Pfund erhöht werden. Wiewohl also hier die Aussichten für eine größere Lieferungsmenge, die wir erhalten können, günstig sind, haben wir auch da wieder mit der Transportfrage zu rechnen, da wir sowohl für den Einkauf wie für den Abtransport selbst sorgen müssen.

Mit Fett und Fleisch sind wir bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kopfquoten für weitere zwei Monate versorgt. Aber auch diese Zusage kann nur unter der Voraussetzung gemacht werden, daß der Transport regelmäßig vor sich geht und nicht durch unvorhergesehene Ereignisse irgend welche Störungen erleidet. Die Gesamtlage unserer Ernährungswirtschaft muß jedenfalls als eine sehr ernste bezeichnet werden und ist vor allem mit der weiteren Gestaltung unserer Valuta und unserer Transportverhältnisse verknüpft.

Die Ernährungsaussichten.

Gegenüber den vielfach geäußerten lebhaften Befürchtungen über die künftige Lebensmittelversorgung erfahren wir an zuständiger Stelle:

Die Getreideernte ist sowohl hinsichtlich der Qualität wie der Menge noch ausgezeichnet ausgefallen. Wenn die Landwirte das geerntete Getreide richtig abliefern, besteht für die Brotversorgung während des Winters keinerlei Gefahr. In Dänemark wurde eine Million Zentner Kartoffeln eingekauft, insbesondere zur Belieferung der Seestädte, falls die eigene Ernte den an sie gestellten Anforderungen nicht entspricht. Für die Versorgung mit anderen Auslandslebensmitteln sind die Aussichten ebenfalls als günstig zu bezeichnen. Große Fleisch- und Fettlieferungen von Amerika stehen vor dem Abschluß. In Norwegen wurden Heringskäufe getätigt, die den Bedarf bis zum 1. März völlig decken. Auch kondensierte Milch wurde in großen Mengen eingekauft, so daß auch hinsichtlich der Milchversorgung Befürchtungen ungerechtfertigt sind.

Es steht danach außer Frage, daß für die kommende Lebensmittelversorgung ausreichend Getreide und Einfuhrlebensmittel vorhanden sind. In dieser Richtung sind also alle Befürchtungen überflüssig. Die Notrufe, die vom Berliner Oberbürgermeister Bernuth ausgestoßen worden sind, und die in weiten Volkskreisen große Besorgnis hervorgerufen haben, wenden sich aber gegen die Gefahr, daß die Landwirte nicht genügend Brotgetreide und Milch abliefern werden. Da die bisher angedrohten und angewandten Strafmittel nicht den Erfolg gezeitigt haben, die Landwirte von diesen Drohungen abzubringen, wäre es angebracht, darüber Aufklärung zu geben, wie man etwaigen Versuchen eines Lieferungsstreiks und der Drohung der Landwirte, von der Intensiv- zur volkswirtschaftlich schädlichen Extensivwirtschaft überzugehen, entgegenzutreten gedenkt. In jedem Falle scheinen die schwarzgefärbten Darlegungen über unsere Ernährungswirtschaft nach dieser Mitteilung in einem andern Lichte. Nachdem die Zwangswirtschaft schon so oft tot gesagt worden ist, haben wir auch jetzt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß es dem Reichswirtschaftsministerium gelingen wird, die zur Volksernährung nötigen Brotgetreidemengen beizutreiben.

27. IX. 1919

Wst
24

181

Die Rätegefahr für die Ausspeiseaktion.

Uebergriffe roter Räte in Hernals. — Energische Zurechtweisung durch die Amerikaner.

Auf der Hernalser Hauptstraße wohnt ein Schuhmachermeister namens R i s m a r t g. Seit Jahren lungenkrank, lebt er, obwohl Besitzer eines kleinen Hauses, in den traurigsten Verhältnissen und besitzt drei vollkommen unterernährte Kinder, die durch die Mittelstandsdelegation der amerikanischen Ausspeisung zugewiesen wurden.

Wie den „Wiener Stimmen“ berichtet wird, erschienen kürzlich bei der Ausspeisestelle zwei Arbeiterräte, deren einer ein sozialdemokratischer Lehrer ist, und erhoben Einspruch gegen die Ausspeisung dieser drei Schuhmacherskinder. Der Leiter der Ausspeiseaktion erklärte den beiden, daß ihnen diesbezüglich kein Einspruchsrecht zustehe, was diese aber nicht hinderte, von dem Leiter die Ausfolgung der Karten für die drei Kinder zu verlangen. Der Leiter der Ausspeisestelle übergab ihnen nun die verlangten Karten, fügte jedoch bei, daß er über diesen Vorfall an die Zentrale der amerikanischen Ausspeiseaktion berichten werde. Nun stiegen den beiden Arbeiterräten die Grausbirnen auf und sie schickten nach 24 Stunden die widerrechtlich abverlangten Karten wieder zurück. Aber die Zentrale der amerikanischen Ausspeiseaktion ließ es dabei nicht bewenden, sie schickte nach Benütznahme von dem Vorfalle einige Herren in die Ausspeisestelle und erklärte: nach neuerlicher Schilderung des Geschehenen durch den Leiter der Stelle, die zwei „Arbeiterräte“ müßten sich bei dem Leiter ob ihres Vorgehens entschuldigen. Dann fuhren sie im Auto vor dem sozialdemokratischen Parteisekretariat vor und erhoben dort den Namen des zweiten Arbeiterrates. Gleichzeitig erklärten sie, daß sie bei einer etwaigen Verweigerung der für den Leiter der Ausspeisestelle von ihnen verlangten Genugthuung die Ausspeisestelle in diesem Bezirkteile sperren würden.

Nach einigen Verhandlungen im sozialdemokratischen Parteisekretariat im 17. Bezirke gaben sie sich schließlich mit einer formellen Entschuldigung vor der amerikanischen Kommission zufrieden, womit der Zwischenfall beigelegt wurde.

Wie man sieht, gefährden die Eigenmächtigkeiten und Kopflosigkeiten der roten „Räte“ sogar die amerikanische Hilfsaktion für Wien. Dank der Energie der Amerikaner konnte diesmal größeres Unglück verhindert werden. Aber es ist klar, daß die auf die amerikanische Ausspeiseaktion angewiesene unbemittelte Wiener Bevölkerung, so lange diese heillosen roten Rätewirtschaft leiert, übel daran ist.

27. IV. 1919

192

6. Schriftführerin GN. Bod (liest):

Anfrage des GN. Schmitz:

Nach dem Berichte der Presse soll auf Grund von Beschüssen der derzeitigen Mehrheit im Stadtrate durch Verordnung der n.ö. Landesregierung ab 1. August 1919 der sogenannte Rückkehrverkehr fast vollständig gedrosselt werden. Da eine sehr große Zahl von Wiener Familien ohne Unterschied des Berufes und Standes in n.ö. Landgemeinden in der Weise Sommerwohnungen gefunden hat, daß sie mit allen rationierten Lebensmitteln in Wien rationiert bleibt, erscheint es unbedingt notwendig, sofort Vorkehrungen zu treffen, damit jene Wiener Männer und Frauen, die für ihre in Sommerfrischen weilenden Angehörigen die rationierten Lebensmittel hinausbringen müssen, von allen Sekkaturen und Schädigungen durch gesetzliche und ungesetzliche Ueberwachungsorgane in Wien, auf den Bahnen und auf dem flachen Lande selbst verschont bleiben. Werden diese Vorkehrungen nicht rechtzeitig getroffen, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als daß viele Tausende von Wiener Familien des Arbeiter- und Mittelstandes, die sich kostspielige Kurorte, weite Reisen u. s. w. nicht leisten können, daher auf leicht erreichbare Sommerfrischen mit Wien als Versorgungsbasis angewiesen sind, gezwungen würden, vorzeitig ihren Sommeraufenthalt abzubrechen, oder ihn überhaupt nicht mehr anzutreten. Welche Auswirkungen auf die Gesundheitsverhältnisse sich daraus ergäben, ist wohl nicht nötig, anzuführen.

Ich richte daher die Anfrage:

Hat der Herr Bürgermeister als verantwortliches Haupt der Stadt Wien im Hinblick auf das Verbot des Rückkehrverkehrs Vor sorgen für den ungehinderten Transport der rationierten Lebensmittel für die gegenwärtig auf Sommerfrischen weilenden Wiener getroffen? Welche Schritte hat der Herr Bürgermeister unternommen, um bei den zuständigen Behörden ausreichenden Schutz der hier in Betracht kommenden Wiener vor Sekkaturen und Schädigungen zu erwirken?

Bürgermeister: Das Verbot des sogenannten kleinen Rückkehrverkehrs erstreckte sich nach dem klaren Wortlaut des an alle politischen Behörden und bestellten Aufsichtsorgane gerichteten Erlasses der Landesregierung nicht auf Lebensmittel aller Art — also ob rationiert und rationiert oder nicht — welche ein Wiener seinen in einer Sommerfrische weilenden Angehörigen hinausbringen oder hinausenden wollte, soferne er sich mit einem bezüglichen Sommerfrischler-„Generaltransportschein“, den jeder mann bei dem zuständigen Bezirksamte anstandslos erhalten hat, ausweisen konnte. In dieser Beziehung konnte sich daher jeder Wiener vor Sekkaturen und Schädigungen schützen; allerdings haben sich die Sommerfrischler, trotzdem sie in der Presse hierauf ausdrücklich wiederholt aufmerksam gemacht worden sind, solche Generaltransportscheine nur in einer verhältnismäßig geringen Zahl ausstellen lassen.

Bei diesem Anlasse will ich aber, da die vorliegende Anfrage jetzt wohl nicht mehr aktuell ist, zur Beruhigung der Wiener Bevölkerung noch auf folgendes ausdrücklich aufmerksam machen: Gelegentlich der Rückkehr der Wiener Sommerfrischler wird diesen in vielen Bezirken und Gemeinden der Rücktransport ersparter Lebensmittel gestattet und ihnen zu diesem Zwecke ein Transportschein von der bezüglichen politischen oder Gemeindebehörde ausgestellt; die so gedeckten Lebensmittel sollen angeblich — konkrete Fälle wurden nicht angegeben — den Sommerfrischlern auf den Wiener Bahnhöfen von den Aufsichtsorganen trotzdem abgenommen worden sein. Ich habe den Magistrat beauftragt, gegen dieses gesetzwidrige Vorgehen sofort bei den zuständigen Stellen energisch Stellung zu nehmen; der Magistrat berichtet mir nunmehr, daß die Aufsichtsorgane der Wiener Bahnhöfe genauestens informiert und angewiesen worden sind, daß so gedeckte Lebensmittel den rückkehrenden Sommerfrischlern unter keinen Umständen beschlagnahmt werden dürfen.

27/X. 1919

183

7. Anfrage des G. R. Schmitz:

Die trostlosen Verhältnisse in der Versorgung Wiens, insbesondere aber der Wiener Kinder mit Milch sind unzählige Male bereits Gegenstand von Erörterungen im Wiener Gemeinderate gewesen. Es ist bekannt, daß eine der offiziell nach Wien eingelieferten Milchmenge fast eine gleich große Menge des kostbaren und unersehblichen Nahrungsmittels durch den „Rucksackverkehr“ nach Wien gebracht wurde. Gewiß wurde, was alle anständigen Leute bedauern und schmerzhaft beurteilen, ein sehr großer Teil dieser Milch um ungeheuerliche Preise solchen Leuten zugeführt, die zwar gesundheitlich die Milch nicht so notwendig brauchen, dafür aber das Geld haben, um sich zu höchsten Preisen alles leisten zu können. Ein bedeutender Teil der im Rucksackverkehr nach Wien gebrachten Milch wurde aber durch Väter und Mütter heringebracht und unmittelbar den eigenen Kindern oder alten kranken Leuten zugeführt. Das ausnahmslose Verbot des Rucksackverkehrs soll, wie es heißt, die verbrecherische Tätigkeit der Schleichhändler treffen, sicher aber ist leider schon jetzt, daß dieses Verbot es den um Leben und Gesundheit ihrer Kinder besorgten Wiener Eltern vollständig unmöglich macht, künftighin ihre Kinder wenigstens zeitweise mit selbst aufgebrachter Milch zu versorgen. Dieser Umstand fällt um so schwerer ins Gewicht, als derzeit Kinder unter zwölf Monaten nur höchst unzulänglich, Kinder über zwölf Monate aber überhaupt nicht mit Milch beteiligt werden. Wer den „Rucksackverkehr“ restlos verbieten will, ist auch verpflichtet, unnützen Härten und volksschädlichen Folgen dieses Verbotes vorzubeugen. Im Hinblick auf alle diese Tatsachen frage ich:

Welche Schritte hat der Bürgermeister getan, beziehungsweise welche Vorkehrungen beabsichtigt er, um die bisher im Rucksackverkehr nach Wien gebrachten Milchmengen auch künftighin nach Wien schaffen und ausschließlich den Säuglingen und den Kindern über zwölf Monaten zuwenden zu lassen?

Bürgermeister: Ich habe bereits in den Tagesblättern veröffentlicht, daß das seinerzeit über Antrag des Wiener Stadtrates statuierte ausnahmslose Verbot des Rucksackverkehrs, das in der Öffentlichkeit teilweise sehr skeptisch aufgenommen wurde,

den beabsichtigten Zweck der Vermehrung der Milchzufuhren nach Wien vollauf erreichte. Tatsache ist, daß die in Wien einlangenden Milchmengen in stetem Ansteigen begriffen sind und das trotz des Umstandes, daß ein großer Teil sonst für die Zufuhr nach Wien freier Milch von den Tausenden von Sommerfrischlern auf dem flachen Lande konsumiert wurde.

Während in Wien vor Statuierung des Verbotes, also um Mitte Juli, durchschnittlich nur täglich zirka 64.000 l einlangten, ist dieses Quantum derzeit auf nahezu 73.000 l gestiegen. Dabei ist zu beachten, daß nach den Berichten, die aus der Provinz kommen, dieses Quantum noch bedeutend steigerungsfähig ist, wenn es gelänge, auch jene Milch zu sammeln, die in zerstreuten Gehöften erzeugt wird und mangels nahe gelegener Sammelstellen dermalen für den Wiener Konsum nicht dienstbar gemacht werden kann. In diesem Belange sind übrigens die entsprechenden Schritte bereits eingeleitet. Da das mehrgewonnene Milchquantum von 9000 l im Wege der allgemeinen Rationierung nur an Kinder bis zu einem Jahre und Kranke ausgegeben wird, so ist dem Wunsche des Herrn Antragstellers, die seinerzeit mit dem Rucksackverkehr nach Wien eingelangten Milchmengen auch künftighin nach Wien zu schaffen und damit Säuglinge, beziehungsweise Kinder zu beteiligen, Genüge geleistet und dies um so mehr, als sehr bezweifelt werden muß, ob die seinerzeit im Schleichhandel eingebrachte Milch tatsächlich nur Säuglingen und Kranken zugute gekommen ist. Bei dieser Sachlage bin ich naturgemäß nicht in der Lage, mich für eine Aenderung des bestehenden Zustandes einzusetzen.

Soziale Wirren und Volksversorgung.

Wir leben in Zeiten, in denen von einer Rücksichtnahme des Einzelnen auf das Ganze kaum noch die Rede ist. Der Selbsterhaltungstrieb, der in geregelten Verhältnissen das ganze Wirtschaftsleben leitet, ist durch den Krieg und durch die Revolution vielfach ausgeartet. Er findet seine Betätigung nicht mehr in der Förderung der Gesamtheit durch die möglichste Verwertung der eigenen Arbeitskraft zur Erzielung hoher Entlohnung, die dem einzelnen die Mittel zur Schaffung der Lebensbedürfnisse für sich und seine Familie gaben. Heute heißt der Grundsatz der meisten Arbeiter: „möglichst hoher Verdienst bei möglichst geringem Maß von Arbeit“ und bei vielen, die aus eigenem Antrieb Arbeitslose sind: „Bezug einer regelmäßigen Rente durch den Staat ohne jede Gegenleistung an Arbeit.“ So lange solche Verhältnisse andauern, kann die Produktion unseres Landes den eigenen Bedarf nicht befriedigen, sie kann noch weniger Werte schaffen, die als Tauschmittel aus Rohmaterialien und fertige Bedarfsartikel vom Auslande zuführen. Was wir bisher eingeführt haben und mit Gold, Guthaben bzw. Auslandswerten bezahlten, hat uns von solchen noch verfügbaren Zahlungsmitteln ziemlich entblößt, ohne an irgendeinem Punkte unseres Wirtschaftslebens bestehende Bedürfnisse auf längere Zeit zu befriedigen. Die 1½ Milliarden, die ausgegeben sind, um unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln zu bessern und möglichst die Teuerung zu mildern, sind dahin; daraus stammende Verteilungen an Mehl und Fett werden noch einige Male erfolgen, dann ist es damit Schluss, und es ist alles beim alten geblieben, ja die Teuerung ist noch fühlbarer als vorher. Unsere Valuta ist so schwindsüchtig, daß selbst der bemerkenswerte Anlauf zur Erholung in den letzten Tagen der verfloffenen Woche noch keine Sicherheit für eine dauernde, ernste Besserung bietet. Mit dem heutigen Werte unseres Geldes und der auch im Auslande bestehenden Teuerung müssen wir jede Einfuhr fremder Materialien mit so horrenden Summen bezahlen, daß es zu größeren Abflüssen in Rohstoffen, wie sie für unseren Veredelungsverkehr mit dem Auslande Vorbedingung sind, nicht im entsprechenden Umfange kommen will. Luxusgüter, die wir nicht brauchen, kommen gegen den Willen der Behörden ins Land. Die halb-offenen Grenzen in den besetzten Gebieten des Westens lassen jedes Verbot machtlos verfallen, und ebenso ist es mit der verbotenen Ausfuhr unseres Getreides, das durch die entwertete Valuta ziemlich offen vorläufig in Futtergetreide, auf geheimem Schleichwege aber wahrscheinlich auch in Brotgetreide, den Weg ins Ausland nimmt. Es ist bis jetzt nicht zu übersehen, ob wir es schon heute mit ernsterem Abfluß unserer wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel zu tun haben. Aber wenn die Dinge im besetzten Gebiete so bleiben, wie sie sind, dann müssen sie auf der einen Seite den unnötigen Import von entbehrlichen Sachen, auf der anderen die Ausfuhr des Getreides, das wir dringend selbst zur Ernährung unseres Volkes gebrauchen, bis zu gefährdender Höhe steigern.

Man gibt sich in Deutschland vielfach der Hoffnung hin, daß die Entente selbst die Hand dazu bieten dürfte, um die deutsche Mark-Valuta zu sanieren. Sicherlich hätte sie Grund genug dazu; denn je länger je mehr wird der niedrige ausländische Wert der Mark gegenüber einem immer noch verbliebenen mäßigen Kaufwerte im Inlande zu einer gewaltigen Schleuderausfuhr deutscher Produkte, und damit zu einer Bedrängung der ausländischen Industrie führen, der diese auf vielen Gebieten nicht auf die Dauer stand zu halten vermöchte. Man darf nicht vergessen, daß wir selbst in dem verkleinerten Deutschland es noch mit einer Sechzig-Millionen-Bevölkerung zu tun haben, die nach Ueberwindung der jetzigen trostlosen Übergangsverhältnisse schließlich doch zur Tätigkeit zurückkehrt. Und wenn wir nicht imstande sind, zu rationellen Preisen ausländische Rohstoffe zur Verarbeitung und zur Wiederausfuhr der veredelten Ware zu beziehen, so wird sich die Arbeitskraft um so mehr auf Fabrikation von Erzeugnissen aus unseren eigenen Materialien werfen, und wir werden in Eisen- und Stahlwaren, Maschinen, Porzellan- und Töpferwaren, in der Möbel- und Spielwarenindustrie usw. so gewaltige Ueberschüsse produzieren, daß bei einer Mark-Valuta heutigen Standes auf diesen Gebieten die ausländische Konkurrenz vernichtet werden müßte, während andererseits die deutsche Käuferkraft bei dem geringen Zahlwerte der Mark dem Auslande verlorengehen würde. Wenn ferner, wie es immer mehr den Anschein gewinnt, auch die englische, französische und italienische Währung sich in Amerika und den neutral gemessenen Ländern nicht zu halten vermag, dann müssen die europäischen Ententegebiete ihre Bezüge aus Amerika einschränken, und sie werden sich, wie sie es leider mit unserem Getreide und auch manchen anderen Bodenprodukten bereits zu tun versuchen, auch mit industriellen Käufen mehr nach Deutschland wenden, für dessen aus eigenem Material gefertigte Fabrikate und Ausrüstungsgegenstände der niedrige Valutastand als Exportprämie wirken müßte.

In einer oder der anderen Weise muß sich aus diesem Wirrwarr ein Ausweg finden lassen, und es gibt viele unbeteiligte Beobachter, die immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß nur der uneingeschränkte freie in- und ausländische Verkehr in allen Zweigen der Volkswirtschaft unter Beseitigung jeder behördlichen Bevormundung die Kraft und die Wege finden kann, um uns allmählich zu geregelten Verhältnissen zu führen. Es soll nicht bestritten werden, daß die Rücksichtnahme auf billiges Brot für das ärmere Volk eine Berechtigung hat, aber darunter darf weder der freie Verkehr leiden, noch darf man es den Erzeugern zumuten, die Kosten für die Niedrighaltung der Brot- und Getreidenährmittelpreise aus ihrer Tasche zu bezahlen. Auch in England wird das Brot unter Herstellungspreis verkauft; aber der Farmer erhält dort den vollen Getreidewert bezahlt, und um was das Mehl und Brot sich teurer stellen, als deren Verkaufspreis ergibt, das legt der englische Staat zu. Da diese Zubeute, die für das laufende Jahr auf nicht weniger als 47 Mill. Pfund. berechnet ist, von den Steuernzahlern wieder eingebracht werden muß, so ist es das gesamte Volk, welches die durch billiges Brot entstehenden Kosten trägt, und nicht wie bei uns, der Landwirt allein, der eben sein Getreide billiger hergeben muß, als es nach der Steigerung der gesamten Produktionskosten, der Preiserhöhung sämtlicher sonstigen Lebensbedürfnisse und der Kaufkraft der Marktwährung gerechtfertigt ist. Wenn heute der Landwirt für sein Brotgetreide den festgesetzten Höchstpreis von 400 M. für die Tonne erhält, so kann er sich für diese 400 M. nicht so viel kaufen, wie er in Friedenszeiten für 100 M. erhielt. Da der Friedenspreis für Roggen aber in nicht teuren Jahren schon 160 Mark, für Gerste 180 M. und für Weizen 200 M. war, so bekommt der Erzeuger tatsächlich im Verhältnis viel weniger für sein Getreide als vor dem Kriege. Diese widersinnigen Zustände, die zum Teil auch bei wichtigen anderen Erzeugnissen der Landwirtschaft bestehen, sind schuld daran, daß die Bewirtschaftung so bedenklich verlagert. Die Behörden erhalten nur einen kleineren Teil derjenigen Mengen, die wirklich erzeugt werden. Sie haben dem Volke Brot nur geben können, indem sie die gesamte, dem Vieh bestimmte Kleie im Mehle ließen und bald das eine, bald das andere Strectmittel zur Verlängerung ihrer ungenügenden Zufuhren verwandten. Von Butter gab das Dispositionsrampel der Zahl der zu versorgenden Bevölkerung in die erschaßbare Buttermenge ein so winziges Butterbröckchen auf Kopf und Woche, daß diese Verteilung fast dasselbe war wie keine Verteilung und die durch die Bewirtschaftungskosten arg verteuerten sogenannten billigen Butterpreise eben nur auf dem Papier standen. Das Gedeihen der Versorgung mit Butter für reich wie arm geschah auf dem Schleichwege. Wäre die Bewirtschaftung

nicht gewesen, so würde der Preis der Butter wohl höher als die Preise der Bröckchen, aber doch im Durchschnitt wesentlich billiger gewesen sein, als sie jedermann auf dem Schleichwege bezahlen mußte.

Unsere Ernten, die in allen vier Getreidesorten schon früher an dieser Stelle als gute bezeichnet wurden, werden neuerdings auch von der Reichsgetreidestelle als günstige und an Roggen, Weizen und Gerste ausreichend für unseren Brotbedarf selbst bei der beabsichtigten geringeren Ausmahlung angesehen, vorausgesetzt, daß die Landwirte gut liefern. Bisher hatten sie bekanntlich so spärlich ihr Getreide abgeliefert, daß unsere Versorgung bereits in Gefahr kam. Der Grund war die Verspätung der Ernte, die Ablehnung der Frühdruschprämien, durch welche die Landwirte besondere Leute für die Drescharbeiten nicht annehmen konnten, hauptsächlich aber auch der Mangel an Kohlen für die Dreschmaschinen. Zum Teil trugen auch die im freien Handel für Hafer bezahlten wesentlich höheren Preise als für Brotgetreide dazu bei, daß die Erzeuger zunächst mehr Hafer als Brotgetreide ablieferierten. Seit Anfang September sind nun hohe Druschprämien für Brotgetreide (150 M. pro Tonne) eingeführt, die Ablieferungen sind infolgedessen beträchtlich gestiegen, zumal für Hafer ein Druschverbot bis Mitte Oktober und eine Erschwerung des Eisenbahntransports des Hafers veranlaßt wurde, aber trotzdem scheint es nicht, als ob die R. G. auch nur annähernd so große Vorräte für die Versorgung während der nächsten zehntelosen Monate anjammeln wird, wie im Vorjahre.

Der Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft.

Die Forderungen des Ernährungsausschusses des Bürger- und Ständerates.

Die aus allen Wiener Bezirken gewählten Mitglieder des Ernährungsausschusses des Bürger- und Ständerates traten vorgestern unter dem Voritze des **GR. SUBER** zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen, um die gegenwärtige Ernährungslage zu besprechen.

Der Präsident des Bürger- und Ständerates **Landeshauptmannstellvertreter SIEINER** betonte, daß die Besprechung rechtzeitig zu den verschiedenen Ernährungsfragen Stellung nehmen und den Interessenten die Möglichkeit bieten soll, ihre Meinungen abzugeben. Er legte das Verlangen der Zentralen dar und sagte: Wir erheben rechtzeitig unsere warnende Stimme und fordern, daß die Bürgerschaft in der Ernährungsfrage nicht einseitig behandelt wird. (Lebhafter Beifall.)

GR. SUBER verwies auf die schweren Unzulänglichkeiten in der Gemüseversorgung und auf die Eigenmächtigkeiten der Arbeiterräte gegen die Gärtnere und fuhr dann fort: Wir haben in Niederösterreich 4500 Waggon Kartoffeln kontingentiert, so daß auf den Kopf in Wien 16 Kilogramm entfallen. Die Westungen haben eine Anforderung in Kartoffeln und würden gerne heranschiefern. Nun soll die Kartoffelversorgung durch die Obst- und Gemüsestelle durchgeführt werden. In Jugoslawien stehen hunderttausende Schweine für den Abtransport bereit; aber man schickt einen Fachmann der Textilbranche (Vernehmung), so daß die Ware zugrundegeht. So wirtschaften die Zentralen. Die Fettzentrale hat 20 Millionen Kronen durch valutäre Spekulationen daraufgezahlt. Wenn der Kaufmann wieder zum Kaufmann kommt, hören sich die valutäre Bedenken auf. Ein Kaufmann wird einem Wiener Kaufmann gerne Kredit einräumen, eher nicht der Zentrale, weil man weiß, wie dort gewirtschaftet wird. (Zustimmung.)

Zwei Milliarden Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

Wie verlautet, hat die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ein Defizit von zwei Milliarden Kronen. Wir verlangen die Einführung nicht des freien, sondern des legitimen Handels. Wir wollen auch nicht die Preisfestbestimmung, sondern Fakturrenlegung - Preisbestimmung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der legitime Handel Waren hereinbringt, werden sich die Preise von

selbst abbauen. Der Ernährungsausschuss des Bürger- und Ständerates wird seinen Forderungen Nachdruck verleihen; wir lassen uns nicht weiter an die Wand drücken. (Lebhafter Beifall.) Von den folgenden Rednern wurde in lebhafter Weise gegen das Vorgehen der Arbeiterräte Stellung genommen, die den zur Belieferung von Wien fahrenden Bauern vor den Toren der Stadt ihre Produkte wegnehmen, die dann vielfach im Schleichhandel wieder auftauchen.

Die Preisfestsetzungen des Ernährungsamtes.

Im Laufe der weiteren Debatte machte **Gottlieb Keller** aufsehenerregende Mitteilungen über die Preispolitik des Ernährungsamtes. So wurde dem Gremium der Hoteliers jugoslawisches Schweinefleisch um 28 Kronen per Kilogramm franko Grenzstation angeboten. Der Ankauf wurde uns wegen des zu teuren Preises vom Ernährungsamt abgelehnt und heute beziehen wir hier das Schweinefleisch vom Ernährungsamt um 50 Kronen! Wir hatten ein Reisangebot von 8 Kronen per Kilogramm franko Bahnhof Wien, ohne jedes Risiko des Verlustes während des Transportes. Am 23. August hat uns das Volksernährungsamt in einer Note mitgeteilt, daß die Regierung über Reisvorräte nicht verfügt, daher eine Reiszuteilung nicht stattfinden kann. Am selben Tage hat uns eine andere Abteilung des Volksernährungsamtes eine Note geschickt, daß der Preis von 8 Kronen zu hoch ist und uns der Reiseinkauf nicht bewilligt werden kann. Am gleichen Tage hat wieder eine andere Abteilung des Volksernährungsamtes die telefonische Mitteilung gemacht, es wären 15 Zentner Reis durch das Volksernährungsamt zu haben, wir möchten uns entscheiden, der Preis wäre franko Bahnhof Willach 21 Kronen. (Anhaltende Bewegung.) Weiter sind uns Bohnen zu 10 Kronen 5.50 angeboten worden; der Ankauf wurde uns vom Ernährungsamt abgelehnt. Wir haben dann vom Ernährungsamt Bohnen zum Preise von 10 Kronen zugewiesen bekommen. Wir haben sächsische Förderkohle direkt von Grubenbesitzern angetragen bekommen; die Kohle käme mit Versicherung usw. auf 10 Kronen 56. — per Meterzentner, also sehr hoch. Man hat uns heute mitgeteilt, wir bekommen die Erlaubnis zur Einfuhr dieser Kohle, wenn wir die Hälfte dem Staatsamt um 10 Kronen 22. — abtreten. Es wurde uns der Einkauf von jugoslawischen Eiern gestattet, wenn die Hälfte der Ware zum Höchstpreise dem Volksernährungsamt abgetreten wird. Es stehen jedem Fachmann die Haare zu Berge, wenn er sieht, wie dort gearbeitet wird. Wir hätten genügend Ware hereinbekommen, wenn nicht überall die Behinderungen des Ernährungsamtes gewesen wären. Wir müssen die kategorische Forderung auf Beiziehung von Beratern mit vollkommenem Kontrollrecht für das Ernährungsamt stellen. (Lebhafter Beifall.)

Für eine entsprechende Versorgung der Bevölkerung.

Nachdem **GR. FELDMANN**, Vorsteher der Fleischaugergenossenschaft, **Sütter**, Herr **Debidé**, Bädermeister **Stumpf**, Herr **Mayer**, Frau **Dank**, Frau **Sieglmayer** und Herr **Salmislaeger** gesprochen hatten, wurde im Sinne der Ausführungen der Redner beschlossen, eine paritätische Vertretung bei allen Stellen zu beantragen, in welchen Arbeiterräte vertreten sind.

Ueber Antrag des Gemeinderates **Suber** wurden zwei Entschlüsse angenommen, in denen verlangt wird, daß nach Ablieferung der kontingentierten 4500 Waggon Kartoffeln durch die bürgerlichen Organisationen Niederösterreichs der Ueberschuß sofort zum freien Einkauf für die Konsumenten gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte freigegeben wird, um die überschüssigen Kartoffeln dem Schleichhandel zu entziehen und einer Ernährungskatastrophe vorzubeugen. Ferner wird davor gewarnt, die eisernen Vorräte an Mehl für den Fall der äußersten Not zu sparen, und verlangt, daß die Regierung alles aufbiete, damit die Bevölkerung mit Mehl und Brot genügend versorgt und nicht eines Tages vor eine noch verhängnisvollere Tatsache gestellt wird, wie dies in der Kohlenfrage geschehen ist.

Der Bürger- und Ständerat, Gruppe Wieden

hielt kürzlich unter dem Voritze des Obmannes **Böck** eine Vertrauensmännerberatsammlung ab. Mittwoch, den 1. Oktober, findet in den „Drei-Engel“-Gärten, 4. Bezirk, Große Neugasse, eine große Frauenversammlung statt, in welcher namens der deutschen Hausfrauenorganisation Frau **Lotte Furrer**, namens der „Möhö“ Frau **Präsidentin Markus Freund** und namens der Christlichen und Katholischen Frauenorganisation Frau **Stadtrat Dr. Seitz** über die Bedeutung der Bürger- und Ständeratsorganisation sprechen werden. Bezügliche Verbeschreibungen wollen in **Klabenstys Gastwirtschaft**, 4. Bezirk, Rechte Wienzeile 9, behoben werden.

30. IX. 1919

186

Kulturbanferott?**Kunstschätze für Lebensmittel.**

Die Staatskorrespondenz teilt mit: Um die zum Ankauf der notwendigen Lebensmittel erforderlichen ausländischen Valuten zu beschaffen, hat der Kabinettsrat am 26. und 29. d. beschlossen, gewisse für Deutschösterreich kunsthistorisch und kulturell minder belangreiche, wenn auch an sich wertvolle Kunstgegenstände, Antiquitäten, Manuskripte, Kodizes, Möbel usw. aus staatlichem, bezw. hof-ärarischem und hofideikommissarischem Besitze, soweit deren Veräußerung nicht durch den Friedensvertrag untersagt ist, an das Ausland zu verkaufen.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist der Kabinettsrat befugt, bewegliches Staatseigentum zu veräußern. In diesem Fall aber handelt es sich um Kulturgüter, an denen nicht allein die Ehre des Staates, sondern auch vielfach die Liebe der Bürger hängt, um Güter, die nicht mehr ersetzt werden können, und die Forderung, eine Beschlußfassung über diesen äußersten Schritt der Not der Nationalversammlung vorzubehalten, erscheint daher mehr als billig. Der Verantwortungsfreudigkeit des Kabinettrates hätte unserer Staatswirtschaft, die Millionen um Millionen an Unterstützungsschwindler hier und an Arbeiterräte dort verschleudert, Gelegenheit genug, sich angeregt zu betätigen, um durch Sparmaßnahmen einem Kulturbanferott, dem der Verkauf der Kulturgüter gleichkommt, vorzubeugen. Die Erfahrungen, die in den letzten zehn Monaten über den Verkauf staatlichen Eigentums aufgehäuft worden sind, ermutigen zudem schwerlich zur Hoffnung, daß die in Betracht kommenden Kulturgüter eine ebenbürtige Summe ausländischer Valuta einbringen werden. Doch wie immer, es geht jedenfalls nicht an, über solche Gegenstände, die mehr noch als materieller geistiger Besitz der Gemeinschaft sind, mit einem kalten Beschlusse zu verfügen, ohne daß über jeden einzelnen derselben die begründeten Gutachten unbefluchteter Fachleute und Gelehrter eingeholt und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Mit jedem Stück geht ein Stück Volksehre in das Ausland, das in seiner Meinung über die „deutschen Barbaren“ nur bekräftigt werden wird.

Lebensmittel aus Frankreich für Oesterreich.

Täglich zwei Güterzüge.

Bern, 10. Mai.

Wie der „Bund“ aus Buchs meldet, sollen in nächster Zeit aus Frankreich täglich zwei Güterzüge mit Lebensmitteln eintreffen und nach Oesterreich geleitet werden.

Die Aussichten für die Erhöhung der Brotquote.

Der Tagesbedarf Deutschösterreichs an Mehl ist in der letzten Zeit sehr bedeutend gestiegen. Er hatte sich vor Monatsfrist um rund 1100 Tonnen bewegt und wird jetzt in den amtlichen Ausweisen mit 1488 Tonnen beziffert. Die durchschnittlichen Tagesankünfte seit dem 1. Mai übersteigen diesen Bedarf nur um wenige Tonnen. Damit ist die Erhöhung der Brotquote, die man zu Beginn des Monats Mai einführen zu können geglaubt hatte, wieder auf ganz unbestimmte Zeit hinausgerückt. Eine zureichende Erklärung für das Sinken der Mehlankünfte fehlt. Tatsache ist, daß jetzt ein Lebensmittelzug täglich weniger aus Italien ankommt und daß auch qualitativ die Mehlankünfte der letzten Tage anders geartet sind, als es die Aprilsendungen waren. Wir erhielten jetzt ziemlich viel Mais geliefert. Schon das in der morgen beginnenden Woche zur Ausgabe gelangende Brot wird zu einem Viertel mit Mais vermischt sein. Das kuchenartige Weißbrot der letzten Zeit ist damit wieder von der Tagesordnung abgesetzt. Nach langer Pause erhalten wir wieder Weizenbrot. Der Weizenbrot ist erfreulicherweise nicht so hoch wie vor Jahresfrist, wo wir fast nur aus Mais bestehende Fladen erhielten, die mit ihrem bitteren Geschmack der Bevölkerung noch in unangenehmer Erinnerung sind. Immerhin wird das Brot viel dunkler in der Farbe sein, einen gelben Stich haben, trockener und rissiger werden als unser jetziges Gebäck. Manche Bäcker werden auch wiederum eine Ausrede mehr haben, mindergewichtiges Brot zu liefern. Bekanntlich nimmt Mais noch weniger Wasser an als das amerikanische Weizenmehl, so daß selbst der Schwund von drei Dekka für den Laib, der den Bäckern zugestanden worden ist, um endlich vollgewichtiges 1 Kilogramm 26 Dekagramm schweres Brot zu erhalten, sich als nicht ausreichend erweisen wird. Im Ernährungsamt wird versichert, daß dieser Maiszusatz nur ein Zwischenspiel von kurzer Dauer sein werde. Die Minderlieferungen an Mehl aus Italien hängen vielleicht mit den politischen Ereignissen zusammen, welche die Verarbeitung und die Beförderungsgelegenheit ungünstig beeinflussen. In Italien und im südspanischen Staat sind verschiedene militärische Vorbereitungen getroffen worden, durch die ein Teil der Transportmittel mit Beschlag belegt wurde. Die amerikanische Kommission ist bemüht, auch diese Phase möglichst rasch zu überwinden. Deswegen wird an zuständiger Stelle versichert, daß der Tagesbedarf Deutschösterreichs an ausländischem Mehl bald wieder einen Rückgang erfahren werde. Die sprunghafte Steigerung des Erfordernisses wurde dadurch hervorgerufen, daß Oberösterreich in den Kreis der zu versorgenden Bevölkerung mit einbezogen werden mußte; dies aus dem Grunde, weil in Oberösterreich nur mehr wenig weißes Mehl vorhanden ist, im Gegensatz zu den beträchtlichen Roggenvorräten daselbst, die Landesversammlung von Oberösterreich aber nachdrücklich darauf besteht, Weizenmehl zu beziehen. Erst wenn all diese Faktoren wieder beseitigt sein werden, wird an die Anlegung einer Manipulationsreserve in Brotmehl geschritten werden können, welche die unerlässliche Voraussetzung für die Erhöhung der Brotration bildet. Unter diesen Umständen ist auch die Frage wieder gegenstandslos geworden, in welchem Ausmaß die Erhöhung erfolgen soll, ob man zu einem Brotlaib von 1½ Kilogramm übergehen oder 1¼ oder 1½ Laib Brot des jetzigen Formats zur Ausgabe zu bringen hätte.

Leider hat sich das Nachlassen der Ankünfte nicht auf Mehl allein erstreckt. Auch die Zufuhren in amerikanischem Getreide haben sich stark verzögert. Die Gefahr liegt nahe, daß die Brotmengen für den Kopf nicht herab-

gesetzt werden müssen. Es wäre sehr bedauerlich, daß es jetzt, wo es gelungen ist, den Verkaufspreis zu reduzieren, zugleich auch eine Verringerung der Rationen Platz greifen würde. Gegen eines muß natürlich im Interesse der Bevölkerung schärfste Verwahrung eingelegt werden, daß mit Rücksicht auf die dem Staatsschatz aus der Preisherabsetzung für das Schweinefleisch erwachsende Belastung der Bezug dieser Ware von der Entente nicht mit der gleichen Intensität betrieben werde, wie früher, um so das Ausmaß des Zuschusses zu verringern. Der Turms für die Abgabe von Rindfleisch zieht sich immer mehr hinaus. Wir werden vielleicht jetzt nur alle sechs oder sieben Wochen einmal 10 Dekagramm Rindfleisch erhalten und ohne das amerikanische Schweinefleisch geraten wir wieder in die Situation, die im März bestanden hat und so unerträgliche Zustände schuf.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß ebenso wie für das Schweinefleisch auch der Preis für Kondensmilch herabgesetzt worden ist. Das wäre gewiß nur zu begrüßen, wenn nicht gleichzeitig gemeldet würde, daß auch die Zufuhren in Kondensmilch nachlassen. Frischmilch wird in kaum mehr nennenswerter Menge nach Wien gebracht. Die warme Jahreszeit, in der erfahrungsgemäß ein Teil der Milch infolge der langen Transporte und der mangelhaften Reinigung der Geschirre dem Verderben anheimfällt, wird das Quantum noch weiter herabsenken. Von 900.000 Liter im Tag, die Wien im Frieden bezog, sind wir bei 30.000 Liter angelangt. Die Kondensmilch bietet bereits die einzige Möglichkeit, den Kindern Milch zu liefern. Hier muß alles daran gesetzt werden, keine Störungen in den Zufuhren eintreten zu lassen.

Auch der Preis für Reis, Del und Bohnen soll schon in naher Zeit eine Herabminderung erfahren. Hoffentlich zeigt sich nicht da die gleiche Erscheinung, daß die Verbilligung von der Verringerung der Zufuhr begleitet wird. Erst war es der Bevölkerung bei der gesunkenen Kaufkraft unumgänglich, die reichlich zugeführte Ware zu beziehen, jetzt werden die Preise herabgesetzt und die Ware verschwindet. Die Ernährungsfrage bleibt nach wie vor das U und Auf der Tagespolitik, und es hängt zu viel davon ab, als daß nicht jede Verschlechterung der Zufuhren mit einer gewissen Sorge verzeichnet werden müßte.

Zufuhren für die Kinder in Wien.

In der Zeit vom 15. d. bis 12. Juni werden in Fortsetzung der vom Staatsamt für Volksernährung im April l. J. eingeleiteten Aktion an die Kinder in Wien folgende Zufuhren abgegeben werden:

an die Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre wöchentlich ¼ Kilogramm Weizen-gries sowie einmalig ¼ Kilogramm Reis und ¼ Kilogramm Kunsthonig;

an die Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre wöchentlich ¼ Kilogramm Feinmehl sowie einmalig ¼ Kilogramm Reis, ¼ Kilogramm Kunsthonig und ¼ Kilogramm Malzsaft;

an die Kinder vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre wöchentlich ¼ Kilogramm Saferreis sowie einmalig ¼ Kilogramm Reis und ¼ Kilogramm Leguar.

Einschränkung der Abgabe von Kondensmilch.

Eine Verteilung der Kinder mit Kondensmilch kann, wie bereits verlautbart wurde, im Hinblick auf die geringfügigen Zuschüsse vorläufig in der Zeit vom 11. d. bis zum 24. d. nur im beschränkten Umfange stattfinden.

6 Dekagramm Fett, 6 Dekagramm Del.

Auch in der nächsten Woche vom 11. bis 17. d. wird es möglich sein, die erhöhte ganze gesetzlich normierte Wochenquote von 12 Dekagramm pro Person zur Ausgabe zu bringen, so daß auch die Fettartenabschnitte für nichttrayoniertes Fett zur Einlösung gelangen. Bei den städtischen Schweinespedabgabestellen wird per Person 6 Dekagramm Salzspeck (Rüden- oder Hamburger) gegen Abtrennung des R-Abschnittes Nr. 139 der Fettkarte und Durchschneidung der Ziffer 44 der gelben Mehlbezugskarte zum Preise von 1 K. 80 H. abgegeben. Außerdem erhält jeder Verbraucher in dieser Woche 6 Dekagramm Del zum Preise von 1 K. 68 H. gegen Abtrennung der beiden Abschnitte Nr. 139 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte bei seiner Butterabgabestelle. Organisierte Verbraucher (mit blauen Mehlbezugscheinen) erhalten Speck und Del bei ihren Konsumentenorganisationsstellen.

Marmeladeabgabe.

Am 15. d. beginnt die nächste Abgabe von Marmelade in folgender Ordnung: Donnerstag 15. A bis G, Sch, Freitag 16. H bis L, St, Samstag 17. M bis R, Montag 19. d. S bis Z. Vom 20. an bekommen jene Haushalte Marmelade, die sie an den genannten Tagen nicht beziehen konnten. Für jede im Haushalt verbliebene Person wird ein halbes Kilogramm abgegeben. Kinder unter 14 Jahren und Schwerarbeiter bekommen eine Zuzufuhr von je einem viertel Kilogramm. Bei der allgemeinen Ausgabe wird die Ziffer 19 des Einkaufsscheines abgetrennt, während für die Marmeladezuzufuhr für Schwerarbeiter der Abschnitt S der Fettkarte und für die Zuzufuhr für Kinder das am Stamm der Kindermehlkarte oben befindliche Wort „Wien“ abgetrennt wird. Im Kleinhandel beträgt der Preis für 1 Kilogramm ohne Verpackung für Feinmarmelade 12 K. 88 H. und 14 K. 40 H., für Zweier-Marmelade 9 K. 44 H., für Dreier-Marmelade 9 K. 8 H.

Kartoffelabgabe.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 9., 11., 14. 15. und 20. Bezirk Kartoffeln, und zwar ein halbes Kilogramm für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte K bis N der Kartoffelkarte.

Erhöhung des Preises für die Kriegskaffee-mischung.

Mit Rücksicht auf die im März eingetretene Erhöhung der Zuckerpriese hat sich das Staatsamt für Volksernährung genötigt gesehen, den Preis der Kriegskaffeesmischung vorläufig durch Festsetzung eines Zuschlages von 3 Kronen 20 Heller pro Kilogramm (80 H. für die ¼ Kilogramm-Packung) zu erhöhen; der Detailverkaufspreis beträgt (nach der Kilogramm 8 K. 32 H., für ¼ Kilogramm 2 K. 8 H.). Die Zuschlagspflichtige, das ist die nach dem 29. März erzeugte Ware wird durch Aufkleben einer Signette mit entsprechendem Aufdruck auf den Packungen kenntlich gemacht sein.

Westungarn für Deutsch- österreich. *)

Die Bevölkerungszahl der Komitate Debenburg, Wieselburg und Eisenburg, die für den Anschluß an Deutschösterreich in Betracht kommen, betrug nach der ungarischen Statistik im Jahre 1912: im Komitat Wieselburg 95.100, im Komitat Debenburg 250.000, in der Stadt Debenburg 34.000, im Komitat Eisenburg 437.700, zusammen 816.800. Die Landwirtschaft dieses Gebietes steht auf einer recht hohen Kulturstufe, sie wird jedoch im wesentlichen von der Zuckerrübenproduktion beherrscht. Die Anbaufläche für die Hauptgattungen der Getreidearten und sonstigen Bodenprodukte wird für das Jahr 1912 folgendermaßen verzeichnet (in Hektar): 138.000 Weizen, 96.800 Roggen, 77.200 Gerste, 48.700 Hafer, 38.800 Mais und 38.520 Kartoffeln. Das gesamte Ackerland wurde für das Jahr 1912 mit 574.000 Hektar beziffert. Das Erntejahr 1912 war insbesondere für Getreidearten als mittelmäßig zu bezeichnen. Im genannten Jahre gestaltete sich das durchschnittliche Ertragnis pro Hektar in Meterzentnern: Weizen: Komitat Wieselburg 15,3, Debenburg 15,91 und Eisenburg 12,42; Roggen: 12,69, beziehungsweise 18,11 und 13,77; Hafer 16,29, beziehungsweise 17,53 und 13,90; Mais: 20,94, beziehungsweise 19,88 und 15,06, endlich Kartoffeln: 135,94, beziehungsweise 120,95 und 94,02 Meterzentner.

Die im Jahre 1912 abgeerntete Gesamtmenge der genannten Getreidearten betrug in Meterzentnern an Weizen 1.900.000, an Roggen 1.099.000, an Gerste 1.239.000, an Hafer 736.000, an Mais 730.000, und an Kartoffeln 4.185.000 Meterzentner.

Der Viehbestand betrug im Jahre 1911 totale 389.946 Rindvieh, 58.412 Pferde, 330.776 Schweine und 78.954 Schafe.

Wird nun der Eigenbedarf an Getreide für die erwähnten drei Komitate bestimmt, so muß von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung aus Gewohnheit, die sich in keiner Weise abändern läßt, eine viel größere Quote für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt ist.

Als Brotfrucht kamen in der Friedenswirtschaft selbstverständlich ausschließlich der Weizen und der Roggen in Frage, und erst die Kriegswirtschaft hat dazu geführt, daß man auch zu Gerste und Mais, teilweise auch zu Hafer greifen mußte. Wenn wir vorerst ausschließlich Weizen und Roggen als Brotgetreide in Anrechnung bringen wollen, so standen für den allgemeinen Konsum nach Abzug des Saatgutbedarfes 2.680.000 Meterzentner zur Verfügung. Wird nun der Eigenbedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit dem Quantum von 240 Kg. pro Kopf und Jahr in Anschlag gebracht, so beträgt das Erfordernis 1.200.000 Meterzentner. Für die übrige Zivilbevölkerung von 316.000 Köpfen kann dieses Quantum wohl auf 180 Kg. pro Kopf und Jahr herabgesetzt werden, und das Erfordernis beträgt daher 568.000 Meterzentner, insgesamt somit 1.768.000 Meterzentner. Es ergäbe sich demnach ein Ueberschuß von rund 900.000 Meterzentner, die für den Export nach Deutschösterreich in Betracht kommen könnten. Es ist dies eine ungemein bescheidene Ziffer, doch war auch die Berechnung sehr vorsichtig. Da der Importbedarf Deutschösterreichs, wenn eine normale Kopfquote zur Verfügung stehen soll, zwischen 4 und 5 Millionen Meterzentner Brotgetreide pro Jahr schwanken dürfte (wenigstens so lange die einheimische Produktion nicht wieder auf den Friedensstand gebracht werden kann), so würde die zur Verfügung stehende Menge eine Deckung von einem Fünftel des Importbedarfes ergeben. Wohl aber wäre zu bedenken, daß auch ein Teil der Gerste für diese Zwecke in Anspruch genommen werden könnte, und der Gerstebedarf der drei Komitate würde sich, abgesehen von der Bierbrauerei und der sonstigen industriellen Verarbeitung, nur noch auf Fütterungszwecke erstrecken, so daß von der verfügbaren

Gesamtmenge in der Höhe von 1.100.000 Meterzentner zumindest die Hälfte, das ist rund 550.000 Meterzentner nach Deutschösterreich importiert werden könnte. Das würde einen weiteren Zuschuß von 11 Prozent des Importbedarfes ergeben.

Vom Hafer stehen nach Abzug des landwirtschaftlichen Bedarfes 655.000 Meterzentner zur Verfügung, und es ist keine optimistische Berechnung, wenn man annimmt, daß hiervon 300.000 Meterzentner für Deutschösterreich greifbar gemacht werden könnten. Der Bedarf an Pferdefutter ist jedoch in Deutschösterreich viel zu groß, als daß man hiervon auch nur einen geringen Teil für Zwecke der menschlichen Ernährung in Anschlag bringen sollte. Mit Rücksicht auf den großen Schweinebestand der drei Komitate dürfte auf einen Maisimport nur in geringfügigem Maße zu rechnen sein. Von den abgeernteten 4.185.000 Meterzentnern Kartoffeln verbleiben nach Abzug des Saatgutes und des Abfalles rund 3.300.000 Meterzentner. Wahrscheinlich wird ein großer Teil davon zur Erzeugung von Spiritus herangezogen, doch auch der Eigenbedarf der gesamten Bevölkerung von 816.000 Seelen muß mit der eigenen Produktion versorgt werden. Ein Quantum von 250 Kilogramm pro Kopf und Jahr, was allerdings ein sehr hoher Ansaß wäre, würde ein Erfordernis von rund 2.000.000 Meterzentnern ergeben, immerhin könnte trotzdem ein Import von etwa einer halben Million Meterzentnern nach Deutschösterreich in Frage kommen.

Seit Jahrzehnten hat sich ein ziemlich bedeutender Export von Futtergewächsen, auch Raufutter, von den drei Komitaten nach Deutschösterreich, bezw. nach dem ganzen früheren österreichischen Gebiete entwickelt, und es läßt sich mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß unsere Futterversorgung im Falle des Anschlusses eine wesentliche Erleichterung erfahren würde.

Im Bereiche der Mühlenindustrie verfügen die drei Komitate wohl über einige für den Eigenbedarf mehr als zureichende Unternehmungen, doch bildet keines dieser Komitate ein sogenanntes Zentrum dieser Industrie, und Großbetriebe, die auf den großzügigen Export eingerichtet wären, gibt es in diesem Gebiete kaum. Tatsächlich wurde in der Friedenswirtschaft ein wesentlicher Teil des Bedarfes, insbesondere der niederösterreichischen und der steirischen Mühlen aus den erwähnten drei Komitaten gedeckt, und es wäre jedenfalls auch für die heimische Mühlenindustrie förderlich, wenn der Anschluß zur Tat werden sollte.

Alle diese Zahlen zeigen immer wieder, daß der Anschluß Westungarns vom Gesichtspunkte der Versorgung Deutschösterreichs mit den wichtigsten Lebensmitteln, und dazu gehören zweifellos außer Getreide auch Vieh und Fleisch, von ungemein großer Tragweite wäre.

*) Vgl. Nr. 49 „Der Neue Tag“ vom 11. Mai d. J.

ng

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 1.-, Abendblatt unter Text 1.50,
Reklamen 1.-, Abendblatt 1.40, 50%, Teuerungszuschlag, Stellengesuche 1.- ohne Teuerungszuschlag.
Familienanzeigen Sondertarif. Platz- u. Datenvorsch.
ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Geschäftsstelle Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20, Mainz, Berlin: Mauerstr. 16/18, Dresden A: Waisenhausstr. 25, München: Perusstr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstr. 62. Unsere Agenturen und die Annoncen-Expeditionen.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4438.

Die Lieferung von Vieh und Kohlen.

Der Vertrag von Versailles, dessen Unterzeichnung man von uns zu erpressen gedenkt, enthält nur Verpflichtungen Deutschlands. Wir sollen uns dies und das nehmen lassen, Rechte aufgeben, auf Forderungen verzichten, unsinnige und unmögliche Kriegsschadigungen leisten und zu guter Letzt glaubt man dem deutschen Leichnam auch noch Naturalleistungen auferlegen zu können. Nur Böswilligkeit kann behaupten, daß Deutschland schon jetzt nicht ein vollkommen ausgehungertes Land sei, daß seine natürlichen Mittel ausreichen, seine Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Gewiß kann Arbeit Reichtum ersetzen, aber sie kann weder Vieh noch Bodenschätze schaffen.

Als die Entente von uns die Lieferung von 140 000 Milchkühen und 120 000 Pferden verlangte, so mag bei ihr ganz das Gefühl des Siegers vorgeherrscht haben, der den Fuß auf den Nacken des Besiegten setzt, um nun alle unvermeidlichen Wechsellieferungen des Krieges auf einen Gewinnnenner zu bringen. Wir haben von dem Recht der Requisitionen nach den Vorschriften der Haager Konvention Gebrauch gemacht, wir haben sogar die Pferde in Belgien, die wir brauchten, sehr hoch bezahlt. Aber jetzt will man noch einmal alles und noch mehr in Natur von uns zurückfordern. Pferde und Kühe hat der Krieg wie vieles andere verschlungen, wir sollen nun von unserem eigenen Bestand abgeben. Wohl gemerkt, nicht vom Bestand des Deutschen Reiches, wie es 1914 in den Krieg zog, sondern vom Bestand des blutenden Rumpfdeutschlands, das nach der Amputation bleiben wird. Braucht sich der Sieger zu überlegen, daß die Gebiete, die man Deutschland nehmen will, zu den viehreichsten gehören, daß man unmöglich von einem kleineren Deutschland dasselbe wie vom einstigen großen verlangen kann? Er braucht es nicht, er diktiert. Ihn wird nicht der erwiesene Wahnsinn seiner Forderung schrecken, er wird die Zahlen auswischen, die gegen ihn sind. Alle die aber, die nicht vom sich überschlagenden Haß leben, auch die Einsichtigen der Ententevölker, werden nicht über sie hinweg können.

Am 1. Dezember 1915 betrug der Bestand an Kühen 10 970 000. Von dieser Zahl ist abzusehen der Viehbestand der Teile des Reiches, die uns verloren gehen sollen. Bei sehr vorsichtiger Schätzung muß man in Abzug bringen: Für Ost- und Westpreußen 600 000, Schlesien 400 000, Schleswig-Holstein 200 000, Posen 250 000, Saargebiet, Eupen, Malmedy 200 000, Elßaß-Lothringen 270 000, zusammen 1 970 000. Dazu käme die Pflichtlieferung von 140 000 Kühen, so daß vom Bestand noch 7 930 000 blieben = 74 Proz. Unser Rindviehbestand blieb während des Krieges einigermaßen erhalten, die in letzter Zeit immer häufiger werdenden Schwarzschlachtungen werden ihm nun sehr zugesetzt haben. Die Zwangszulieferung an Kühe dürfte daher mit mindestens 2,2 Proz. anzunehmen sein. Jedermann weiß, daß gerade die Milchknappheit verheerend für unseren Nachwuchs ist; nun, wir werden ein paar Büchsen kondensierte Milch einführen, wie wir sie zahlen, wissen wir nicht, aber vielleicht sammeln die Vereinigten Roten Kreuze für unsere Säuglinge, auf daß die Gummipfropfen nicht umsonst geschenkt wurden.

Wir besaßen am 1. Dezember 1915 3 341 024 Pferde und Küllen; von dieser Zahl gehen 800 000 ab, nämlich Ost- und Westpreußen 280 000, Posen 200 000, Schleswig-Holstein 100 000, Saargebiet, Eupen, Malmedy 50 000, Schlesien 100 000, Elßaß-Lothringen 70 000. Abzüglich der 120 000, die wir liefern sollen, blieben uns 2 421 024, mithin 73 Proz. unseres ehemaligen Bestandes.

Den Vorwand zur Besetzung des Saargebietes bieten die Zerstörungen der nordfranzösischen Gruben. Aber das genügt nicht. Man verpflichtet uns zu Lieferungen an die einzelnen Ententeländer, von denen Frankreich der Löwenanteil zu fallen soll. Man zahlt diese Lieferungen? Das wäre zu viel, man rechnet sie auf unsere Schuldsomme an. Zu welchem Preis, das ist Sache des Siegers. Und man kennt ihre Rechnung. Die Franzosen zahlen im Saargebiet die Tonne mit 40 Mk., um sie allerdings für 120 Frs. nach der Schweiz zu vermarkten. Der letzte Höchstpreis des Kohlenyndikats beträgt 64 Mk. Wir sollen also nicht nur ganz gewaltige Lieferungen, wie wir im folgenden zeigen werden, machen, ohne bezahlt zu werden, wir werden sie uns höchstwahrscheinlich zu einem Preis anrechnen lassen müssen, der jeden Betrieb unrentabel macht. Rentabilität ist eine Sache der Unternehmer oder der Gemeinschaft von Unternehmern (das ganze Volk), in Deutschland soll es eben nur eine Gemeinschaft von Sklaven geben. Von was sollen die Bergbetriebe leben? Von der Anrechnung auf die deutsche Kriegsschuld? Der Sieger braucht sich darüber nicht den Kopf zu zerbrechen.

Am 1. Dezember 1915 betrug die deutsche Steinkohleproduktion 146 867 563 t. Deutschland verliert seine Kohlengebiete in Oberschlesien und im Saargebiet, das Aachener Kohlenrevier bleibt außerhalb unserer Einflußsphäre. Zu dem angegebenen Zeitpunkt betrug die Produktion in Oberschlesien 38 106 787, im Saargebiet 10 345 417, im Aachener Revier 2 251 260; zusammen 50 703 464 (34,4 Proz. der Gesamtproduktion). Es bleibt uns also nur eine Produktion von 96 164 099 t. Aber dieses Resultat ist stark zu berichtigen. Die

14
16

vermittelte. Sie würde dadurch von dem langsameren Nachrichtenendienst der Depeschendüros unabhängig. Aber auch alle Einzelpersonen, die die Telegraphenzeichen entziffern können, vermögen durch eine solche Anlage Kenntnis von allen Funktendepeschen zu erlangen, die in offener Sprache mitgeteilt werden.

Alle Zensurverordnungen und Monopole werden hinfällig. Jeder kann unbemerkt seine Station haben. Damit wird der Verkehr im Staate und über alle Grenzen möglich. Kein feindliches Land wird seinen Nachrichtendienst so absperren können wie bisher. Es wird keine Grenzen mehr geben. Alle Welt kann die Meldungen hören. Auch das Fernsprechen wird von jeder Wohnung aus in Zukunft möglich werden. Diese wichtige Verbesserung der Funkentelegraphie ist also ein Bahnbrecher gegen künftige Kriege, gegen Zensur und Ab-sperrungsmahregeln. So ist dieser Kulturfortschritt auch im sozialistischen Sinne zu begrüßen.

G. W.—r.

Die Kinderauspeisung der amerikanischen Hilfsmission.

Am 16. d. fand eine Sitzung der amerikanischen Kinderhilfsaktion unter dem Vorsitz des Kapitäns Clare M. Torrey statt, der in seinen einleitenden Worten betonte, daß die amerikanische Lebensmittelpende als Ausdruck der Sympathie des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschösterreich und als Beweis des Mitgeföhls für die notleidenden, unterernährten Kinder Wiens betrachtet werden möge. Durch gemeinsames Zusammenarbeiten der Amerikaner mit den Wiener Behörden ist es gelungen, daß bereits am 16. d. zwei Küchen (Meidlinger Baraden-lüche und Rita-Küche, Forsthausgasse) dem Betrieb übergeben werden konnten. In den nächsten Tagen werden noch weitere Küchen eröffnet werden. Für ganz Deutschösterreich wurden an Lebensmitteln folgende Mengen gespendet: 250 Tonnen Kalao, 900 Tonnen Kondensmilch, 425 Tonnen Zucker, 1450 Tonnen Mehl, 105 Tonnen Erbsen, 105 Tonnen Bohnen, 225 Tonnen Reis, 18 Tonnen Rindfleisch, 110 Tonnen Schweinefleisch, 40 Tonnen Speck, 30 Tonnen Fett und 15 Tonnen Lebertran. Auf Wien entfällt ungefähr die Hälfte dieser Mengen, während der Rest prozentuell auf das übrige Gebiet Deutschösterreichs aufgeteilt wird.

Die amerikanische Kinderpeisaktion wird folgende Kategorien von Kindern umfassen: Säuglinge, Kinder von ein bis sechs Jahren, Schulkinder von sechs bis vierzehn Jahren und Jugendliche von vierzehn bis siebzehn Jahren. Es werden keine Nahrungsmittel abgegeben, sondern nur Mahlzeiten verabfolgt. Die Maren, die das Recht zum einmonatigen Besuch der Auspeisung geben, werden in den Bezirksjugendämtern nach Maßgabe der körperlichen Bedürftigkeit des Kindes ausgeteilt; über diese Bedürftigkeit entscheidet die ärztliche Untersuchung. Das Jugendamt Innere Stadt, Belinlagasse Nr. 5, entscheidet über die Zuweisung der Kinder der Bezirke Innere Stadt, Neubau, Josefstadt, Währing und Döbling, das Jugendamt Landstraße Hauptstraße Nr. 96 über die Zuweisung der Kinder der Bezirke Leopoldstadt, Landstraße und Simmering, das Jugendamt Favoriten, Lagenburgerstraße Nr. 47, über die Zuweisung der im Bezirk Favoriten, das Jugendamt Meidling, Hauptstraße Nr. 2, über die Zuweisung der in den Bezirken Wieden, Margareten und Meidling sowie über die Zuweisung der Kinder, welche im Bezirk Rudolfsheim, südlich der Mariahilferstraße wohnen, das Jugendamt Rudolfsheim, Nasinagasse Nr. 4 (magistratisches Bezirksamt), über die Zuweisung der in den Bezirken Mariahilf und Hiezing wohnhaften Kinder sowie über die im Bezirk Rudolfsheim nördlich der Mariahilferstraße und im Bezirk Fünfhaus wohnhaften Kinder, das Jugendamt Ottakring, Hafnerstraße (magistratisches Bezirksamt), über die Zuweisung der in den Bezirken Ottakring und Hernals und das Jugendamt Brigittenau, Leystraße, entscheidet über die Zuweisung der in den Bezirken Brigittenau und Floridsdorf wohnhaften Kinder.

Die Eltern werden aufmerksam gemacht, daß es keinen Zweck hat, die Zentrale der amerikanischen Kom-mission, die magistratischen Bezirksämter, die Kinderpitäler u. s. w. aufzusuchen, um Empfehlungen für die Auspeisungen zu erlangen. Der direkte Weg besteht darin, daß sie mit dem bedürftigen Kinde zu dem zuständigen Bezirksjugendamt gehen, soweit sie nicht schon bei einer Fürsorgeaktion beteiligt werden. Solchen Kindern, welche jetzt schon an Auspeisungen in einem der Wohlfahrtsvereine (Tagesheimstätten, Kinderfreunde, Settlement, Kinderschuttlationen u. s. w.) teilnehmen, ist zu empfehlen, daß sie sich nicht in die neu errichteten Auspeisestellen einschreiben lassen, da die amerikanische Kinderhilfe die Absicht hat, im Laufe der nächsten Wochen alle bewährten Kinderauspeisungen zu betreiben, so daß überall eine reichliche Wohlzeit ausgegeben werden kann.

Für Niederösterreich und das niederösterreichische Landesjugendamt wurde der Leiter Dr. Richard Donin beiraut, der bereits die sämtlichen 70 Landes-berufsvormundschaften der einzelnen Bezirke in den Dienst der Aktion gestellt hat, die zusammen mit allen lokalen Faktoren, insbesondere mit den Vereinen der Bezirke, die Auspeisungsaktion durchführen werden. Es werden daher alle Anfragen und Zuschriften für Niederösterreich entweder an die Bezirksberufsvormundschaft oder direkt an deren Hauptstelle, das Landesjugendamt, Währing, Erdögasse Nr. 27, zu richten sein.

Die amerikanischen Delegierten beim Präsidenten Seih.

Gestern erschienen Kapitän Torrey und Dr. Hermann Seih beim Präsidenten Seih, um ihm die Absichten der von den Vereinigten Staaten eingeleiteten Aktionen für die deutschösterreichischen Kinder näher darzulegen. Sie verwiesen darauf, daß ihre Heimat 800.000 Dollar, das ist 24 Millionen Kronen, den Hilfsbedürftigsten unter der deutschösterreichischen Jugend zuwenden wolle. Die Hilfeleistung soll nach den Wün-

37

Die Approbationierung.**Die Ueberwachung des Lebensmittelhandels in Wien.**

Die Marktamtsdirektion hat folgenden Auftrag an die Marktamtsabteilungen gerichtet:

Es erscheint dringend geboten, daß die Herren Abteilungsleiter für eine ständige Ueberwachung der Märkte und Markthallen, aber auch der Lebensmittelgeschäfte in den Bezirken sorgen. Ein besonderes und scharfes Augenmerk wird darauf zu richten sein, daß die für die einzelnen Märkte, Markthallen und Geschäfte zugewiesenen Lebensmittelmengen nicht verschleppt und zu Schleichhandelspreisen nur an Bevorzugte abgegeben, sondern unter Aufsicht der Amtsorgane zu den gesetzlichen Preisen ausgelegt und an die Bevölkerung unterschiedslos abgegeben werden.

Auch haben die Marktamtsorgane strenge darüber zu wachen, daß auf den Kleinmärkten nur an unmittelbare Verbraucher abgegeben und somit eine Abgabe in größeren Mengen an Personen, die nicht unmittelbare Verbraucher sind, hintangehalten werde. Die Marktamtsdirektion wird die einklangenden Anzeigen alltäglich in ein Verzeichnis bringen und Namen und Adresse sowie Art der Uebertretungen für die Zwecke der Verlautbarung in der Tagespresse herstellen. Die Marktamtsdirektion wird sich durch häufige Kontrollen von der Durchführung dieser Maßnahmen überzeugen.

Durch einen gleichzeitigen Erlaß des Bürgermeisters wurden die magistratischen Bezirksämter angewiesen, die in ihren Wirkungskreis fallenden diesbezüglichen Straßamts handlungen mit der erforderlichen Strenge und Raschheit durchzuführen.

Einfuhr von amerikanischem Gefrierfleisch.

Seit einiger Zeit beschäftigen sich die hiesigen amtlichen Stellen mit Verhandlungen, welche Fleischbezüge aus Uebersee zum Gegenstande haben. Es handelt sich um Gefrierfleisch aus Argentinien, Nordamerika, ferner aus Brasilien, aus welchem Lande seit kurzem ebenfalls Offerten erstellt wurden. Die Preise sollen sich allerdings recht hoch stellen. Die Verladung würde auf den Kühlschiffen der Austro-Americana erfolgen.

Die Durchführung der Transporte hängt allerdings in letzter Linie von der Zustimmung der Entente ab. Es wäre nämlich, wie es heißt, wenn auch nicht wahrscheinlich, so doch immerhin möglich, daß die Entente das amerikanische Gefrierfleisch für ihre Länder reklamieren würde mit der Begründung, daß auch in Gebieten der Entente der Fleischbedarf, beziehungsweise seine volle Deckung auf den Bezug von Gefrierfleisch angewiesen sei. Es wird aber doch erwartet, daß die Westmächte in der Erkenntnis unserer ihnen vollends bekannten traurigen Ernährungsverhältnisse den deutschösterreichischen Fleischbezüglern keine Hindernisse in den Weg legen werden, da wir der Lieferungen ungleich dringender bedürften als irgendeines der andern Länder.

Der tägliche Mehleinlauf.

An Getreide und Mehl sind mit Entente sendungen in Deutschösterreich eingelaufen: Am 24. Mai 2495 Tonnen, am 25. Mai 2877 Tonnen Mehl. Einlauf seit 1. Mai (25 Tage) zusammen 52,497 Tonnen Mehl.

Derzeitiger Tagesbedarf 1716 Tonnen Mehl. Erhöhung des Tagesbedarfes infolge Erhöhung der Brotquote sowie volle Einbeziehung von Tirol und Oberösterreich in die Versorgung. Vorarlberg wird bis auf weiteres von der Schweiz versorgt.

3./VII. 1919

60

Das Jugendhilfswert der Amerikaner

Gestern vormittag fand vor dem „Stöckl“ des Augartenpalais die feierliche Eröffnung der ersten Auslieferungsstelle des deutschösterreichischen Jugendhilfswerkes statt. Dieser offizielle Akt bot dem Präsidenten der Republik Seid und der Wiener Stadtverwaltung den willkommenen Anlaß, der amerikanischen Mission den Dank abzusprechen. Der feierliche Akt begann mit der Absingung des Liedes von Adolf Kirch „Kinderdank“, welches vom Kinderchor der Bürgerschule in der Jägerstraße zum Vortrag gebracht wurde.

Die Ansprache des Vizebürgermeisters Max Winter.

Hierauf hielt Vizebürgermeister Max Winter folgende Ansprache: Wir freuen uns, Gelegenheit zu haben, einmal öffentlich zu sagen, wie sehr wir die Hilfe, die das amerikanische Volk den schwächsten unter unsern Mitbürgern, den Kindern, zuteil werden läßt, zu schätzen wissen.

Wir sind eine arme Stadt geworden. Nicht durch unsre Schuld, sondern durch die Schuld der Mächte, die durch die Stürme der Revolution hinweggefegt wurden, ist Wien so weit gekommen, daß es seine halbe Million Kinder aller Altersstufen, vom Säuglings- bis zum Jünglingsalter, nicht mehr ernähren kann. Das amerikanische Volk kommt mit Lebensmitteln unsrer Jugend zu Hilfe. Wir danken es ihnen und freuen uns des Verständnisses, mit dem die nach Wien entsendeten Vertreter des amerikanischen Volkes Captain Torrey und Dr. Hermann Geist auch auf unsre Wünsche eingegangen sind. Die natürlichen Schützer des Kindes sind seine Eltern. Empfängt das Kind eine Mahlzeit, so soll und darf es nicht das Gefühl haben, daß ihm eine Wohltat erwiesen wird. In seinem sozialem Verstand haben unsre amerikanischen Freunde gestattet, daß für jede Mahlzeit von den Eltern freiwillig ein Beitrag zu den nicht unerheblichen Kosten geleistet werde. Wien ist arm geworden, aber wir wünschen nicht als ein Volk der Bettler gewertet zu werden. Wir wollen — und wir wissen uns eines Sinnes mit dem amerikanischen Volke — diesen Akt als das ansehen, was er ist: als einen Akt internationaler Solidarität, als einen Akt edelster menschlicher Hilfsbereitschaft. Wir danken Amerika und bitten Sie, meine Herren, dem Volke, das unter dem Sternenbanner lebt, unsre herzlichsten Grüße zu entbieten.

Sodann trug die Tochter des Stadtrates Doktor Schen, Liesel Schen, ein englisches Begrüßungs-
gedicht vor.

den und unermüdblichen Vertretern Captain Torrey und Dr. Geist sowie ihren vortrefflichen Mitarbeitern. Wir danken aber auch unsern Mitbürger Professor Dr. Birquet, der die wissenschaftlichen Grundlagen für die Organisation geschaffen und sich uneigennützig in den Dienst gestellt hat, wir danken allen Frauen und Männern, die ihre Kraft der edlen Sache widmen. (Lebhafter Beifall.)

Die schlichte Feier wurde mit dem Vortrag des Kinderchors „Frühlingslied“ von Adolf Kirch geschlossen.

2. 11. 1919

65

Die amerikanische Hilfsaktion.

5. Bezüglich der amerikanischen Hilfsaktion „Deutschösterreichisches Hilfswert“ erlaube ich mir folgende Mitteilung zu machen:

„Die amerikanische Lebensmittellkommission für Deutschösterreich, die unter der Leitung des Captains Clare M. Torrey steht, hat Lebensmittel im Wert von 800.000 Dollars zur Verfügung gestellt. Nach dem die amerikanische Hilfsaktion nehmen.

esse wichtige gasverbrauchende Gruppen beschränken, ist unabwendbar, wenn nicht ohne Verzug die Kohlenzuschüsse auf ein Maß gebracht werden, das nicht nur die Deckung des laufenden Kohlen-

die nach der W
erforderlichen K
Während

Am 16. Mai 1919 waren bereits folgende Lebensmittel-mengen, von denen ein Teil bereits in Wien damals eingetroffen war, zum Transporte nach Deutschösterreich verschifft: 52 t Kaffee, 425 t Zucker, 900 t Kondensmilch, 1425 t weißes Mehl, 410 t Erbsen und Bohnen, 225 t Reis, 18 t Rindfleisch, 110 t Schweinefleisch, 40 t Speck, 30 t Fett und 15 t Leberthran, zusammen daher 3853 t Lebensmittel. Seither war es nun dank der Mithilfe des Komitees, das sich unter dem Vorsteher des amerikanischen Lebensmittellkommissärs für Wien Dr. Hermann Geist und unter der emsigen Mitarbeit des Universitätsprofessors Dr. Klemens Pirquet gebildet hatte, gelungen, am 16. Mai 1919 in der Kriegsküche 20., Forsthausgasse und im 12. Bezirke im Meidlinger Kriegsspitale mit der Auspeisung von je 500 Kindern des 20. und des 12. Gemeindebezirkles zu beginnen. Dies gelang nur infolge der regsten Mitwirkung an den Vorarbeiten seitens des Kriegsküchenkommissariates unter der Leitung des Obermagistratsrates Dr. Dönt und des Staatsamtes für Volksgesundheit, welche beide Stellen zunächst den Betrieb dieser beiden Küchen übernommen hatten. Das städtische Jugendamt trug mit seinen Bezirksjugendämtern im 20. Bezirke und in Meidling dazu bei, daß bei der Eröffnung dieser beiden Küchen auch die entsprechend ausgewählte unterernährte Kinder-schar gestellt war.

Die eifrige Arbeit des Komitees ermöglichte am 26. Mai 1919 den Beginn der Auspeisung 1. in der Augartenhofküche für 300 Kinder des 2. Bezirkles, 2. im Charitashause Währingergürtel 104 für 300 Kinder des 18. und 19. Bezirkles, 3. im 11. Bezirke, Molitorgasse 13, für 100 Kinder des 3. und 200 Kinder des 11. Bezirkles, 4. in der Hofküche in Schönbrunn für 500 Kinder des 13. Bezirkles. Die Kinderzahl in der Küche in der Forsthausgasse ist inzwischen auf 900 gestiegen und wird im Laufe der nächsten Zeit durch Benützung einer Baracke des Lagers beim Gasometer um weitere 300 Kinder vermehrt werden. Auch dürfte es bald gelingen, in der Schule 20., Allerheiligenplatz und in der Nasaelgasse für den gleichen Bezirk je 300 Kinder mit den in der Forsthausgasse hergestellten Speisen zu betreiben. Im 2. Bezirke wird die Auspeisung in der Augartenhofküche demnächst eine Vermehrung auf 700 Kinder erhalten und die Eröffnung von Auspeisestellen in Kaiser-mühlen und in der Feuerbachstraße wohl bald gelingen. Auch für den 3. Bezirk sind Vorbereitungen zu baldigster Errichtung zweier Auspeisestellen im Zuge. Im 4. Bezirke wird es wahrscheinlich möglich werden, in der Waltergasse 16 eine ausreichende Kinderküche und Speisestelle zu schaffen. Desgleichen sind für den 5., 6., 7. und 8. Bezirk Auspeisestellen in Vorbereitung. Im 9. Bezirke sind außer der Auspeisestelle Währingergürtel 104, deren Besucherzahl sich bald auf 600 Kinder vermehren lassen wird, Auspeisestellen in der Grünertorgasse und in der Galileigasse geplant. Im 10. Bezirke wird am 31. Mai für 500 Kinder die Auspeisung in der Sonnenwendgasse, Kriegsküche, beginnen. Eine 2. Küche wird in diesem Bezirke in der Schule Hebbelpplatz für 600 Kinder voraussichtlich in kurzer Zeit in Betrieb gesetzt werden können. Wegen Eröffnung von Auspeisestellen im 12., 13., 14. und 15. Bezirke, welche die schon bestehenden Küchen im Meidlinger Kriegsspitale und im Schlosse Schönbrunn ausreichend ergänzen sollen, sind Vorarbeiten im Zuge. Auch in diesen Bezirken werden Schulküchen und Schulräume in geeigneter Verteilung auf diese Stadtteile in Betracht gezogen. Im

16. Bezirke dürfte demnächst die Küche Lorenz Mandlgasse für eine größere Anzahl von Kindern in Betrieb gesetzt werden und sind auch Auspeisestellen in der Herbststraße 86 und in der Schule Nauegasse geplant. Im 17. Bezirke dürfte baldigst mit einer Kinderküche in der Schule Wichtelgasse 67, im 18. Bezirke in der Klettenhofergasse begonnen werden. Ebenso ist für den 19. Bezirk über Vorschlag der Bezirksschulsektion in geeignet gelegenen Schulgebäuden die Errichtung von Auspeisestellen in Vorbereitung. Der 21. Bezirk bietet wegen seiner großen örtlichen Ausdehnung einige Schwierigkeiten, denen aber durch die Errichtung mehrerer Auspeisestellen, so in der Schule in der Jubiläumsgasse, in der Franklinstraße 65, Brünnerstraße 139, Stadlau, Konstanziagasse, Ragnan, Meißnergasse u. s. w. zu begegnen versucht werden wird.

Insgesamt sollen in allen diesen offenen Auspeisestellen, denen sich im Laufe der nächsten Tage auch der Kur-salon im Stadtpark mit gutem Beispiele anschließen soll, 20.000 schulpflichtige Kinder, unter denen sich auch unterernährte Mittelschüler befinden sollen, erfasst werden. In angegliederten Speisestellen und in besonderen Küchen schon bestehender Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen soll für 1000 stillende Mütter, 2000 Kleinkinder im Alter von 1 bis 3 Jahren und für 7000 Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren (Kindergartenalter) aus den amerikanischen Lebensmitteln gute Kost zubereitet und verabfolgt werden.

Nach dem Plane der amerikanischen Lebensmittellkommission werden dann Lebensmittel zur Herstellung von 30.000 Mahlzeiten für Kinder, die in halboffenen Fürsorgeeinrichtungen, wie Krippen, Tagesheimstätten, Horten u. s. w. schon betreut werden, bestehenden öffentlichen und privaten Einrichtungen zugewiesen werden. Für 10.000 Mahlzeiten als Ergänzungen zu der schon verabfolgten Kost erhalten geschlossene Kinderfürsorgeanstalten Lebensmittel zugewiesen. In diese Gruppe gehören die städtischen Waisenhäuser und die Kinderspitäler, die im Laufe dieser Woche mit städtischen Frachtautos aus den amerikanischen Lebensmitteln entsprechende Ergänzungen zu der normalen Kost zugeführt erhalten. In die Auspeisung werden ferner auch 5000 Jugendliche einbezogen, die teils in offenen Auspeisestellen, teilweise in schon bestehenden Lehrlingsheimen, Jugendheimen u. s. w. an dieser Aktion teilnehmen werden. Endlich reicht die von der amerikanischen Lebensmittellkommission angekündigte Menge, die einen Wert von 800.000 Dollars repräsentiert, auch zur vollen Verpflegung von 8000 Kindern, von denen 3000 durch das städtische Jugendamt und 5000 durch den Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien im Laufe der nächsten Monate außerhalb Wiens in Erholungsfürsorge gebracht werden sollen.

Da die Durchführung dieser Kinderhilfsaktion, die sich auch auf das übrige Deutschösterreich erstrecken soll, einen bedeutenden Arbeitsaufwand erfordert, bildete sich am 21. Mai 1919 unter dem Vorsteher des Präsidenten der deutschösterreichischen Republik ein Haupt- und ein Arbeitsausschuß für ganz Deutschösterreich und am 24. Mai 1919 eine gleiche Organisation für die Stadt Wien unter dem Namen „Deutschösterreichisches Jugendhilfswert“. Dem Haupt- und Arbeitsausschuße für Wien gehören neben dem Gemeinderatspräsidium Vertreter der ärztlichen Wissenschaften (Professor Dr. Pirquet, Dozent Dr. Nobel), Vertreter der amerikanischen Hilfsaktion, des Staatsamtes für Finanzen, des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge, das städtische

Die Ernährung der Welt

Herbert Hoover über die Nachkriegs-Hungersnot
F.P.S. Die „New York Times“ hat folgende Feststellungen des ständigen Präsidenten des obersten Wirtschaftsrates, Herbert C. Hoover, veröffentlicht:

Für das Erntejahr August 1918 bis August 1919 muß Europa 29 Millionen Tonnen Lebensmittel aus Übersee einführen, zur Verfügung stehen zu diesem Zwecke 35 Millionen Tonnen; aber die Schiffsverkehrsverhältnisse sind wegen der Streiks in vielen Ländern ungenügend, und daraus folgt, daß der ganze amerikanische Überseeverkehr aufgebracht werden wird; in diesem Überseeverkehr lag tatsächlich die Rettung Europas.

Er fügte bei: Wir stehen jetzt in der schlimmsten Phase der nach dem Kriege unvermeidlichen europäischen Hungersnot. Fünfzig Millionen Männer in Europa der Produktion entzogen und für die Zerstörung tätig: da war ein solches Ende nicht zu vermeiden. Wir hatten Zeit, mit hinlänglicher Genauigkeit festzustellen, was erforderlich ist, nicht um normale Zustände herbeizuführen, aber doch, um Leib und Seele zusammenzuhalten bis zur nächsten Ernte.

Der oberste Wirtschaftsrat steht nun auf der Höhe des Kampfes gegen den Hunger, und die Lebensmittelverteilung ist für die Versorgung der am schlimmsten betroffenen Gebiete außerhalb Russlands voll organisiert. Die amerikanische Hilfsorganisation hat die systematische unentgeltliche Ernährung von einer halben bis einer ganzen Million unterernährter Kinder übernommen. Verschiedene Dienstzweige der amerikanischen Regierung arbeiten zusammen, um der Lage gerecht zu werden, und das Werk geht glatt vorwärts.

Die aus den Vereinigten Staaten nach Europa gebrachten Lebensmittel werden im genannten Zeitraum auf rund zweieinhalb Milliarden Dollars geschätzt. Feindliche und neutrale Länder werden bar bezahlen, während verbündete Länder unterstützt werden durch Kredite, die vom Kongreß beschlossen werden; in dieser Weise würden etwa zwei Milliarden Dollars in Europa placiert.

Die Behörden bemühen sich, die Wirkung der großen Bezüge auf den amerikanischen Markt zu kontrollieren. Früher hat Herr Hoover festgestellt, daß angesichts der Weltmarktnachfrage die Aufhebung der Preisregulierung für Weizen, Zucker, Schweinefleisch und Baumwollsamensprodukte für den amerikanischen Konsumenten äußerst gefährlich wäre. Nun ist das Schweinefleisch freigegeben worden, was zum Nachteil der Konsumenten ausgeschlagen hat.

Herr Hoover tritt dafür ein, daß die Preisfestsetzung für Weizen im vollen Maß aufrecht erhalten werde, so daß der amerikanische Verbraucher keine Steigerung zu befürchten braucht; die Exporte, obschon größer als früher, sind so eingerichtet, daß ein genügender Vorrat für den Heimverbrauch zurückbehalten wird.

Der Rest der amerikanischen Armeevorräte an Schweineproduktion in Frankreich, mehr als 60 Millionen Pfund, ist vom Hilfsrat aufgekauft worden und dürfte bis zur Ernte genügen, um die befreiten Gebiete, die sich nicht an den amerikanischen Markt wenden können, mit Fett zu versorgen. Deutschland wird zurzeit mit Fett versorgt, ohne daß dadurch der amerikanische Schweinemarkt berührt wird; nur verbündete und neutrale Länder, die nicht mehr von der

Hilfsorganisation kontrolliert werden, wenden sich an den amerikanischen Markt. Die Verwaltung läuft in den Vereinigten Staaten für feindliche und unterstützte Gebiete nur Weizen, Roggen und verschiedene Arten von Mehl, etwas Reis und Pflanzenölprodukte, ferner kondensierte Milch und Spezialnahrung für Kinder.

Die Nahrungsaktion des amerikanischen Hilfswerkes und der mitarbeitenden amerikanischen Regierungsdepartemente bildet ein besonderes Kapitel in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Europa. Sie kommt einer wirksamen amerikanischen Intervention gleich, unternommen um der am weitesten verbreiteten Hungersnot zu begegnen, von der die Welt je bedroht wurde. Die meisten Gebiete Europas außerhalb Russlands sind ordentlich gut angebaut.

Die Verwaltung des Hilfswerkes schlägt vor, daß das letzte unter ihrer Kontrolle nach Europa fahrende Schiff vor dem 1. Juli in See gehen soll; die europäische Ernte wird dann Europa erlauben, einige Monate ohne Unterstützung auszukommen.

Ob der wirtschaftliche Zustand Europas es erlauben werde, nächstes Jahr einen normalen Einkauf von Nahrungsmitteln vorzunehmen, kann noch nicht prophezeit werden. Sollten die Vereinigten Staaten nächsten Winter noch einmal eingreifen, so müßte das durch eine neue Organisation, gestützt auf eine neue Gesetzgebung geschehen.

Herbert Hoover hat, wie von Beamten des Unterstüthungswerkes in New York mitgeteilt wird, die Regierungen von Rumänien, Polen, Serbien und Tschechoslowakien aufgefordert, eigene Organe für die Aufrichtung ihres wirtschaftlichen Lebens aufzustellen; er hat sie darauf verwiesen, daß das gegenwärtig von der „American Relief Administration“ durchgeführte Werk vorübergehend ist und den genannten Ländern nur bis zur nächsten Ernte durchhelfen will.

Nach Hoovers Plan sollten die Regierungen dieser Länder amtliche Kommissionen oder Korporationen errichten, in denen die führenden Männer ihres Wirtschaftslebens vertreten wären; diese Kommissionen würden Zweigbüreau in andern Ländern errichten und den Frachtraum für ihre Lebensmittelfuhr chartern, auch für den Schiffsraum sorgen, der nötig ist zur Ausfuhr derjenigen Erzeugnisse, die ihre Länder herzustellen in der Lage sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde diesen Kommissionen Vorschüsse gewähren, was sie instand stellen würde, die Lebensmittel in den Vereinigten Staaten anzukaufen, sie in ihre Länder zu bringen und dort an ihre Bevölkerungen zu verkaufen; mit dem Erlös könnten die Kommissionen dann die Ausfuhrartikel kaufen und in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten absetzen, wodurch die Mittel der Kommissionen wiederum geäußert würden. Mit der Zunahme der Ausfuhr würden die Kommissionen schließlich instand gesetzt, ihren Betrieb selber zu unterhalten.

Die Lebensmittelversorgung der genannten Länder hängt nicht ausschließlich von den Vereinigten Staaten ab. Herr Hoover betont, daß Lebensmittelmärkte in Spanien, Frankreich, England und andern Ländern bestehen. Während des Bestehens der Kommissionen sollte der Privathandel zur Ein- und Ausfuhr und zur Errichtung eigener ausländischer Handelskredite ermuntert werden. Dann könnten die Kommissionen sich in sechs bis acht Monaten zugunsten

des normalen Handels zurückziehen, und damit hätte die dritte und letzte Phase der wirtschaftlichen Wiederherstellung eingesetzt.

Bis die Regierungen von Rumänien, Polen, Serbien und Tschechoslowakien die Kommissionen errichtet haben, sollte das amerikanische Hilfswerk nach Hoovers Ansicht die Unterstützung dieser Länder durchführen, wie heute.

Stimme der Gottheit antwortet dem reinen und verinnerlichten Gebet. Herr Papst rundete diesen Satz zu besonders einheitlicher und tiefer Stimmung und zog die Hörer völlig in den Bann des unsterblichen Wortes. W.

Wohltätigkeitsfest zugunsten der Wiener Studenten.

K. Der von der gesamten Studentenschaft der Universität veranstaltete Wohltätigkeitstag für die nothleidenden Wiener Studenten nahm am Samstag einen gelungenen und würdigen Verlauf. Vom frühen Morgen an verkauften Töchter und Töchterlein, alles Schülerinnen der Sekundarschule und ihrer Oberabteilungen, farbiges Bändchen und Künstlerpostkarten. Es waren drei verschiedene Karten erhältlich, sämtlich aus der Kunstanstalt Hubacher & Co., A.G., stammend. F. Garrau hat zwei davon gezeichnet, die eine ist eine Reproduktion nach dem Plakatentwurf des Künstlers. Die grüne Karte von Clénin mit der Aufschrift „Schweizer — helfst den Wiener Studenten“ ist nach meiner Beobachtung vom Publikum nicht nach Verdienst gewürdigt worden. Sie ist aber wertvoll und eine bemerkenswerte künstlerische Leistung: mit wenig Mitteln gibt Clénin eine ergreifende Darstellung vom Elende, verlassen in schrägdieliger Kammer; um den Ausdruck des Seelischen nicht zu stören, ist bewusst auf eine solide, klare Ausarbeitung von Form und Linie verzichtet.

Nachmittags 4 Uhr fand im Kurzaal Schänzli ein Konzert des italienischen Künstlerorchesters Colligari im Verein mit den Berner Singstudenten statt. Der Besuch dieser Veranstaltung war ein überaus guter.

Abends wurde das Konzert im großen Kasino saale durch zwei Lieder der Singstudenten er-



Hauswirtschaftliche Plaudereien / Von Luise Holle.



Was könnten wir nicht alles für unsere karge Küche draußen im Wald und Flur bei Wanderungen und — Hamsterfahrten, aber auch schon bei Spaziergängen in unserer nächsten Umgebung sammeln, wenn uns der Wert und die Ausnutzung vieler Wildpflanzen nur bekannt wäre, wenn wir vor allem aber diese Pflanzen kennen. Nur wenige von den Hausfrauen werden die verschiedenen Wildgewürse sammeln können, wenn sie nicht einen kleinen Ratgeber mit Abbildungen zu Rate ziehen, daher rate ich, sich das kleine Heftchen *Reichgewürse*, das in der Franthof'schen Verlagsanstalt Stuttgart erschienen ist und 40 Pfennige kostet, zuzulegen.

Eines ist beim Sammeln von Wildgewürsen zu beachten, man darf niemals sammeln, wo man bestellte Acker und Gärten betreten muß, daher sollten Kinder allein auch nicht zum Einsammeln von Wildgewürsen fortgeschickt werden.

Es ist mir im Rahmen meiner Plauderei natürlich nicht möglich, ein vollständiges Verzeichnis aller Wildpflanzen zu geben, zumal auch die verschiedenen Wildfrüchte noch mit Berücksichtigung sein wollen, ich gebe daher nur die bekanntesten und vielfach vorkommenden mit Angabe der richtigen Sammelzeit. Uebrigens möchte ich dabei die Wildpflanzen in Wildgewürse, Tee- und Gewürzpflanzen, Wildfrüchte und Pilze.

Alle Wildgewürse sammelt man bis zu der Zeit, da sich Blütenknospen zeigen, man nimmt stets nur die obersten Blätter und Stengelstücken, während man bei manchen Wildtee- und Himbeere neben diesen obersten Blättern und Stengelstücken auch die eben aufbrechenden und aufbrechenden Blüten hinzunimmt, dies ist beispielsweise anzuraten bei Heide, Erd-, Brom- und Himbeere sowie bei Spitzwegerich und Pfefferminze. Nur die Blüten ohne die Blätter aber sammelt man bei Kamille, Lindenblüte und Heide.

Es eignen sich zu Gemüse und Salaten besonders:

Brennnessel, von der man während des ganzen Sommers junge Pflanzen sammeln kann (Hände durch Handschuhe schützen), die ersten im Frühjahr sind am wohlgeschmecktesten. Zu finden ist die Brennnessel besonders an Begräbern, Heiden, zwischen Schutthäufen. Man bereitet die Brennnesseln wie Spinat, kocht auch eine wohlgeschmeckende grüne Suppe von ihr. Ein ebenso wohlgeschmeckendes Gemüse gibt der wilde Rattich, Waldmäntle heißt er im Volksmund, der an trockenen sonnigen Stellen an Wald- und Wegrändern von Mai bis August zu finden ist und ebenfalls wie Spinat zubereitet wird. Sehr ähnlich sind sich zwei weitverbreitete Ackerunkräuter, der Ackerfenchel und der Heiderich, beides wohlgeschmeckende Wildgewürse, von denen junge Pflanzen während des ganzen Sommers gesammelt werden können. Bis Ende Juni ist der bekannte wilde Sauerampfer, der am zweckmäßigsten unter andere Wildgewürse wie die vorbenannten gemischt wird, zu sammeln, sein herber saurer Geschmack ist für sich allein nicht beliebt, es sei denn, daß man mit guter Brühe aus Appels Suppenwürfel ihn zur Suppe kocht, ihn dann durchstreicht und mit ausgequollener Grütze mischt, welche besonders gut mit Sauerampferbrühe schmeckt. Lichtbraun gebratene Zwiebelwürfelchen streut man beim Anrichten in die Suppe. Eine gute Zutat zu den obenangeführten Wildgewürsen liefert auch die bekannte Vogelmiere, die man während des ganzen Sommers sammeln und verbrauchen kann. Ein überaus häufiges und allbekanntes Unkraut ist der Löwenzahn, unsere Kinder nennen ihn je nach Wohnort auch Kettenblume, Kuckblume und Hundelblume, der auch wie die Vogelmiere während des ganzen Frühjahrs und Sommers zu sammeln ist. Allerdings sind nur die ganz jungen Blätter zu empfehlen, die man zudem noch unter einem Brett oder Stein am besten erst bleicht, da sie dann nicht nur zarter werden, sondern bis auf geringe Spuren die ihnen sonst innewohnende, nicht allen Jungen angenehme Bitterkeit verlieren. Am besten eignet sich der Löwenzahn für Salat, für den auch die bekannte *Bachbunze* — Ehrenpreis heißt man sie auch —, die so häufig an nassen Gräben und Wiesenböden zu finden ist und bis Juli gesammelt werden kann, vorzugsweise verwendet wird. Das gleiche gilt von der Brunnenkresse, die an Quellen und Gräben wächst, sie wird bis Ende Juni zu brauchen sein; der bekannte Brunnenkressesalat ist allbekannt und hochbeliebt. Vergessen darf ich nicht das bekannte Gartenunkraut, die Weide, die während des ganzen Sommers zu sammeln ist und ein sehr wohlgeschmeckendes Gemüse liefert, sie wird besonders gern mit Spinat zu gleichen Teilen gemischt oder auch mit einer kleinen Menge mit einem Ei abgezogenen Lunte vermischt und mit kleinen gerösteten Kartoffeln gereicht.

Von wildwachsenden Gewürzpflanzen nenne ich den Beifuß, den man vor der Blüte im Juli und August sammelt, er ist an feuchten Wiesenrändern meist zu finden, den Feldthymian, der an sonnigen Berglehnen wächst und von

Juni bis August gesammelt wird, den Wiesenkümmel, von dem man die ganzen Pflanzen vor dem Mähen der Wiesen auszieht und trocknet, wobei die reifen Samen herausfallen, und endlich den in schattigen Wäldern blühenden Waldmeister, dessen Sammelzeit jetzt aber vorüber ist.

Groß ist die Zahl der wildwachsenden Teepflanzen; ich nenne sie hier nur ganz kurz. Vom Wiesenweiden und Feldstiefmütterchen nimmt man ebenso wie vom Spitzwegerich, der Kamille, Heide und Pfefferminze die jungen Blüten, ebenso sammelt man die Lindenblüten. Die Sammelzeit ist verschieden, für das Wiesenweiden ist sie bereits vorüber, da sie vom März bis Mai dauert, für das Feldstiefmütterchen währt sie den ganzen Sommer, ebenso für den Spitzwegerich. Die Kamille sammelt man vom Juli bis September, die Heide vom August bis September, die Pfefferminze vom Mai bis August und die Lindenblüten endlich im Juni und Juli. Außer diesen Teepflanzen gebraucht man die Blätter für die Teebereitung von Erdbeere, Brombeere und Himbeere, deren junge Blätter während des ganzen Sommers gesammelt werden, während man Mai und Juni die jungen Blätter des Rainfuchsbauers sammelt. Von der Heidebeere werden die jungen Blätter bis vor der Blüte zu Tee gesammelt.

Bei der Verwertung der Wildgewürse ist im allgemeinen zu beachten, daß man sie möglichst frisch verbraucht, man nimmt von ihnen alle zarten Blätter und Stengel, wäscht sie gründlich und brüht sie kurz mit siedendem Wasser. Beim Kochen der Wildgewürse ist es ratsam, ihr Kochwasser erst zu probieren, bevor man es zur Lutenbereitung für das Wildgewürse mit benutzt, denn das Kochwasser der Wildpflanzen schmeckt oft bitter und herbe und darf stets nur in kleinen Mengen — wenn überhaupt — gebraucht werden. Bei den wilden Teepflanzen kommt nur das Trocknen in Frage, größtenteils ist dies auch bei den wildwachsenden Gewürzpflanzen der Fall. Dazu verlegt man die Pflanzen sorgsam, befreit sie von den Stielen, wäscht sie, schwenkt sie auf großem Siebe, bis keine Tropfen mehr absprühen, und legt sie dann auf Trockenhorde auf weiße Papierbogen. Man muß die Pflanzen in freier, warmer Luft — aber nicht in der Sonne — langsam trocknen, ist die Witterung ungünstig, müssen sie in der Grube oder im gelind warmen Ofen trocknen. In Weinwandbüschen hebt man sie kühl, dunkel und trocken auf. Wildgewürse wird man wohl nur in Ausnahmefällen trocknen, man muß, soll sich das Dürren überhaupt lohnen, Riesmengen dieses arg zusammenwachsenden Grünkrautes sammeln; anzuraten ist aber ein einfaches Aufbewahren des Sauerampfers, von dem man im Winter dann gutgeschmeckende Suppen und Luten bereiten kann. Man wäscht den Sauerampfer, legt ihn nur mit der ihm anhaftenden Feuchtigkeit in genügend großem Kochgeschirr auf gelindes Feuer und schmort ihn langsam 15 Minuten, füllt ihn dann heiß in völlig trockene, saubere Flaschen und verkorkt diese gut. Der so aufbewahrte Sauerampfer hält sich lange gut.

Ob sich das Sammeln und Trocknen von Teepflanzen lohnt, muß ich der Entscheidung meiner Leserinnen überlassen; ich selbst sammelte nur einzelne medizinische Teepflanzen, wie Kamille, Lindenblüte, Pfefferminze und Fliederblüten und trockne sie; den Tee für den täglichen Gebrauch liefert mir der schwarze Tee der Firma Dettler, Wiesbaden, den ich allen „Rundschau“-Leserinnen als wirklich guten Ersatz wohlgeschmeckender Art für den früher bei uns unentbehrlichen echten Tee empfehlen kann. Es würde ürgste Verschwendung eigenen Geldes als auch an Volkvermögen bedeuten, wenn wir für den Auslandstee, der doch nur ein Anreiz- und Genußmittel, nicht aber ein Nahrungsmittel ist, den unerhörten hohen Preis bezahlen, in dem er jetzt steht. Ich meine, daß wir überhaupt für Kaffee und Tee nichts mehr ins Ausland an Geld geben; wir haben uns in diesen Jahren mit deutschem Kaffee-Ersatz und deutschem Tee eingelebt, nun wollen wir dabei ruhig bleiben, da wir unser tägliches Geld wahrlich für andere, bessere Dinge nutzbringender ausgeben können. Wenn wir stets nur Gersten- und Malzkaffee haben und Dettlers schwarzen Tee deutscher Ernte trinken können, haben wir in dieser Beziehung keinen Grund zu klagen. — Von einigen Wildpflanzen möchte ich hier noch kurz berichten, die nicht in unserer Küche, wohl aber in unserem Haushalt nützliche Verwendung finden; es sind dies der Wiesenfalsch, dessen Blätter man vor dem Blühen sammelt, trocknet und fein zerreibt, um dieses Pulver als gutes Zahnpulver zu benutzen, und der wilde Rosmarin, dessen trockene Büschel zwischen Wollstoffen gelegt werden, da ihr Duft die Motten fernhält.

Bei den Gewürzpflanzen habe ich übrigens noch eine Pflanze vergessen, den an vielen Teichen und Flüssen wildwach-

den Kalmus, dessen sehr tief im Sumpfe stehender Wurzelstock einen guten Ersatz für den echten Ingwer liefert. Der Wurzelstock wird in Stücken geschnitten und diese getrocknet, sie können fein gemahlen als Kuchenwürz oder gewiegt als Fruchtgewürz an Stelle des echten Ingwer gebraucht werden.

Alle grünen Wildpflanzen sind ebenso wie unsere angebauten Gemüse reich an Nährsalzen, es fehlen ihnen aber die Eiweißstoffe. Da wir den Gemüsen diese zur Zeit durch Fleisch- und Fischbeigabe nur in Ausnahmefällen zuführen können, möchte ich auf den Hefe-Kraft-Extrakt von Apotheker Stöckh in Bernstadt i. Schlesien hinweisen; er hat mir in meiner Küche zur Nährwerthhebung vieler Speisen schon treffliche Dienste geleistet; er soll übrigens in der Mischungsart oder vielfach Mischnot ein Ersatz für Milch für die Kinder sein nach ärztlichem Gutachten. Man wird sich, wo dieser Hefe-Kraft-Extrakt nicht zu haben ist, ihn wohl am besten direkt beim Hersteller bestellen.

Ein freudvoller, dankbarer Sammler als das der wildwachsenden Kräuter ist das Einsammeln der Wildfrüchte, das macht vor allem unseren Kindern viel mehr Freude. Und meint es der Sommer gut — möchte er es doch einmal in diesem schwarzen Schicksalsjahr gut mit uns meinen! —, so können wir uns Körbchen und Töpfchen mit allerlei Früchten gefüllt heimtragen von unseren Wanderungen, wahre Schätze, die Wald und Flur spendeten und welche die Erzeugnisse des Gartenbaues in vielen Fällen an Aroma übertreffen. Wir kennen und lieben sie alle, die schönsten Beerenfrucht, die es gibt, die Waldbeere, die köstlicher als die Gartenerdbeere ist, welcher der frische würzige Waldduft fehlt. Das gleiche gilt von der Waldhimbeere mit ihrem unvergleichlich schönerem und stärkerem Aroma, als dies die Gartenfrucht zeigt. Auch die liebliche Schwester der Himbeere, die Brombeere, zeigt nur als Wildfrucht den würzigen Geschmack, den die zwar viel größeren, aber nicht schöneren Früchte der amerikanischen Gartenbrombeere niemals ihr eigen nennen. In großen Mengen kann uns in günstigen Jahren die verbreitetste aller wildwachsenden Beerenfrüchte, die Heidelbeere, auch Blau- oder Violette genannt, zu wachsen und uns eine echte, große Sammel Freude gewähren, während die Preisel- oder Kronsbeere nur auf trockenem Heideboden und auf Bergrücken in einzelnen Gegenden Deutschlands wächst, noch unbekannter und auf moorigen Gegenden beschränkt ist die der Preiselbeere ähnliche Frucht, die Moosbeere, die größer als die Preiselbeere ist und ein graudübel geprenkeltes Aussehen hat. Ein Einsammeln der Moosbeere aber ist ziemlich ausgeschlossen, da sie meist an schwer zugänglichen und morastigen Stellen wächst.

Wild wächst auch noch der Essigdorn, der uns die scharlachroten, in Traubenform zusammenstehenden Berberbeeren oder Berberitzen liefert, die im Oktober reifen, sehr stark säuerlich sind, so daß aus ihnen gewonnener Saft Zitronensaft ersetzen kann, während ihr mit genügend Zucker verfeinerter Saft erquickende und erfrischende Getränke liefert. Auch die kleinen runden, blauereiften Früchte des Schwarzdorns, die Schlehen sind, wenn sie der Frost erst getroffen und einen Teil ihres Stärkemehls in Zucker umgewandelt hat, für uns brauchbar, die Schlehen lassen sich in Essig mit Zucker oder Honig einkochen, auch zu einer Marmelade verarbeiten.

Brauchbare Waldfrüchte sind die roten Mehlbeeren, die man trocknet und röstet und gemahlen als Kaffeeersatz gebraucht, vielfach brauchbar sind auch die schwarzen, reifen Fliederbeeren, die einen köstlichen Saft geben, während man die unreifen grünen Fliederbeeren in Essig als Kapern anlegen kann, sie werden vordem abgewellt. Zu erfrischendem Saft kann man auch die reifen Beeren des Bergholunders verwerten, die man auch zu Mus verkochen kann. Vergessen soll aber auch nicht die Eberesche mit ihren gelbroten Beerenbüscheln werden; diese Beeren können genau wie die Früchte der angebauten süßen Eberesche im Haushalt verwandt werden, wenn man diese Früchte nur erst entbittert. Um dies zu erreichen, muß man die wilden Ebereschen- oder Vogelbeeren 24 Stunden in kaltes Wasser legen, sie noch roh danach durchstreichen und mit dem gleichen Gewicht vorher weidgelohten, durchgetriebenen Kürbisstückchen mischen, mit Zucker süßen und zu Mus einkochen. Außerdem aber geben die Vogelbeeren noch einen guten Kaffeeersatz. Um diesen herzustellen, muß man die Beeren sauber waschen, abtrocknen und auf Horde, Schüssel, Blech in warmen Ofen trocknen, danach werden sie geröstet und in luftdicht schließenden Büchsen trocken aufbewahrt. Man macht sie später wie Kaffee und bereitet sie wie diesen, nur ist es besser, wenn man den davon hergestellten Kaffee einigemal aufkochen läßt.

Als Kaffee lassen sich auch die Früchte der Eiche, die Eichen verwenden. Man schält die Eichen, schneidet sie in

Der Hungerbroskadetod der Kinder.

Wir dürfen fast froh darüber sein, daß der Geburtenausfall in Deutschland in den letzten 5 Jahren auf 4 Millionen gesunken ist, denn die Zahl der Kinder, die als Opfer der Blodade gestorben sind, würde sonst noch viel größer sein. Die Sterblichkeit der Kinder im Alter von 1-15 Jahren hat sich unter der Wirkung der Blodade verdoppelt, in manchen Großstädten verdreifacht, in den ärmsten sind 50 bis 100 Prozent mehr dauernd kranke Kinder als vor dem Kriege. Zu den traurigen Folgen der Blodade gehört auch die durch die Unterernährung mit bewirkte geistige und stilkliche Gefährdung der Kinder. Die ganze Schwere der Blodadefolgen wird uns aber erst in Jahren zum Bewußtsein kommen, wenn wir sehen werden, wieviel Stetium über junge Menschen verhängt ist, wie kraftlos die männliche Jugend sein wird und wie die weibliche dahinsinkt. Die nachfolgenden Ausführungen sind einer Schrift „Die Wirkungen der englischen Hungerbroskadade auf die deutsche Kinder“ von Dr. G. Schulze, Direktor des Berliner Jugendamts (Verlag Dr. Blücher, Berlin) entnommen. Ihre Ziffern reden eine furchtbare Sprache. Daß eine Wiederaufrichtung der Blodade ein neues Massensterben herbeiführen würde, weiß jeder, der einen Augenblick ernsthaft darüber nachdenkt.

Selbst die in neuester Zeit in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Zahlen über das durch die Hungerbroskadade hervorgerufene Kindersterben lassen die Größe des Schädens noch nicht in seinem ganzen Umfang erkennen. Es genügen nicht, um die Wirkungen des Hungers erkennbar zu machen, die Zahlen auf dem Lande, sondern auch die Zahlen der Städte, die Kindersterben kaum zu reden. Ferner genügen nicht die Zahlen, die die wirtschaftliche Lage der Städte angeht, sondern die Zahlen für die gesamte Städtebevölkerung, denn die Städte sind die größten Städte, die am meisten Schaden haben und die größten Städte wieder noch viel schlimmer als die Großstädte. Aus dem allen ergibt sich: Die Größe des in den Industriegegenden Deutschlands angerichteten Schädens der Kindersterben, wenn die prozentuale Zunahme der Kindersterben auf das ganze Land berechnet wird. Immerhin ergibt sich breiter als eine solche Aufstellung: Wenn im Jahre 1917 sich die Gesamtzahl der Kindersterben auf 110 000 belief, so betrug im Jahre 1918 die Gesamtzahl der Kindersterben 220 000, also das Doppelte. Mehrere Jahre hindurch ein ständiges Verzehrfest hat, nachdem durch die Währungsveränderung der letzten Jahre die Zahl der Kindersterben auf 110 000 gesunken war, so ist die Altersstufe der Kindersterben in den letzten Jahren, besonders der älteren, schmerzhaft als alle andern unter dem

Kriege gestiegen hat; die prozentuale Zunahme der Sterbefälle von 6-15jährigen beträgt 53 Prozent. Das dritte Ergebnis ist: Die Sterblichkeit der Kindersterben ist ebenso wie die etwas niedrigere der Kleinkinder (der 2-5jährigen, nämlich 45,3 Prozent Zunahme gegenüber dem Friedensjahr 1913) die höchste Sterblichkeit unter den verschiedenen Altersgruppen. Die Sterbefälle der 15-30jährigen, d. h. also der Jugendlichen, übersteigen sonst noch an Zahl 40 Prozent. Damit ist erwiesen, daß vom Jahre 1917 ab das damals von Regierung, Ernährungspolitikern und Ärzten in gleicher Weise abgelehnte Kindersterben die Nozlage aller anderen Altersgruppen übertrifft. Die Sterblichkeit der Kinder und Jugendlichen ist vom Jahre 1913 bis 1917 prozentual stärker gestiegen als die der über 70jährigen.

Die Gründe für die stärkere Einwirkung der Folgen der Hungerbroskadade auf die Kinder liegt nicht in einer schlechteren Versorgung derselben. Im Gegenteil ist zu bemerken, daß auf das Kind daselbe Ernährungsquantum gerechnet wurde wie auf den Erwachsenen. Auch wird im allgemeinen der Satz gelassen können, daß die deutsche Mutter zuerst ihr Kind füttert und dann erst sich selbst. Der Grund für die größere Benachteiligung der Kinder liegt vielmehr darin, daß der Ernährungsbedarf der Kinder gegen Nahrungsmittelmangel besser geschützt ist. Wie bekannt kann der erwachsene Mensch einige Zeit völligen Hunger vertragen; gesunde Erwachsene sterben bei völliger Entziehung fester Nahrung erst nach mehreren Wochen. So ist es nicht verwunderlich, daß bei halber Nahrungsgenügsamkeit die Folgen nicht sofort eintreten. Kinder aber halten erkrankungsgemäß den Hunger nicht so lange aus; haben sie doch nicht nur den status quo zu erhalten, sondern müssen einen Teil der Nahrung für das Wachstum hergeben. Infolgedessen treten bei ihnen die Folgen des Hungers zeitiger ein.

So erklärt sich, daß die 50 000 Minderjährigen unter den Kleinkindern und Schulkindern, die das Jahr 1917 gegenüber den Friedensjahren verloren hat, eine so viel größere Prozentzahl der Kindersterben darstellt als bei den Erwachsenen. Und es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß diese Vermehrung eintritt, obgleich das Jahr 1917 in Bezug auf Kindersterben ein Jahr der größten Not war. Einmal aus diesem Grunde aber wird das Bild des Kindsterbens noch viel furchtbarer, wenn die Folgen der einzelnen durch die Blodade hervorgerufenen Krankheiten dargestellt werden. Da es nicht möglich ist, die Gesamtzahl der Kindersterben überhaupt zu fassen, müssen wir uns wiederum mit der Zahl der Sterbefälle begnügen, die mit für Berlin zur Verfügung stehen. Das Bild ist furchtbar genug, weit furchtbarer, als jene für das Land angegebenen Zahlen vermuten lassen.

Die Hungerbroskadade ist in den Jahren 1915 bis 1917 gestiegen:

bei den 4-5 Jahre alten Kindern: von 20 im Jahre 1915 auf 35 im Jahre 1916, auf 47 im Jahre 1917,

bei den 6-10jährigen: von 38 im Jahre 1915 auf 55 im Jahre 1916, auf 55 im Jahre 1917;

bei den 11-15jährigen: von 53 im Jahre 1915 auf 94 im Jahre 1916, auf 133 im Jahre 1917;

bei den 16-20jährigen: von 296 im Jahre 1915 auf 316 im Jahre 1916, auf 494 im Jahre 1917.

Die Zahl der in Berlin an Lungentuberkulose gestorbenen Kinder hat sich also in den Jahren 1915 bis 1917 für die Kleinkinder und jüngeren Schulkinder etwa verdoppelt, für die älteren Schulkinder nahezu verdreifacht.

Ebenso stark ist die Vermehrung der Krankheiten der Verdauungsorgane. Die Todesfälle steigen bei Magen- und Darmkatarrh in den Jahren 1915 bis 1917:

bei den 3jährigen Kindern: von 13 auf 31

bei den 4-5jährigen Kindern: von 10 auf 36

bei den 6-10jährigen Kindern: von 5 auf 23

bei den 11-15jährigen Kindern: von 1 auf 3

Es handelt sich also durchschnittlich um eine Verdreifachung der Todesfälle; nur daß die jüngeren Schulkinder sogar von einer Verdreifachung betroffen werden.

Für das Kleinkinderalter sind die Zahlen der Todesfälle wegen Durchbruchfall noch unvollständig. Bei den 4-5jährigen verzeichnet sich die Zahl, bei den 6-10jährigen verzeichnet sich die Zahl.

Das Bild der Krankheiten der Verdauungsorgane verhält sich noch in den Stadtteilen Berlins, die ganz von armer Bevölkerung besetzt sind. In Neukölln z. B. erschienen Todesfälle wegen Darmkatarrhen überhaupt erst 1916 und 1917. Ein und wieder treten Krankheiten mit einem Verlauf auf, der bis dahin noch nicht beobachtet wurde. Dauerndes Stetium als Folge der Erkrankungen wird immer von neuem festgestellt. Für die nächsten Jahre sind zahlreiche Sterbefälle, die auf Erkrankungen der Jahre 1916-1919 zurückzuführen, mit Sicherheit vorauszusagen.

Auch für Berlin ist der Nachweis für die obige Angabe zu führen, daß weder die sogenannten Kindersterben noch sonstige nicht mit der Ernährung zusammenhängende Erkrankungen sich in den angegebenen Jahren vermehrt haben. Die Kindersterben sind sogar zurückgegangen: Schätzungsweise sinkt bei den 4-5jährigen im Stadtbereich Berlin von 50 Todesfällen im Jahre 1915 auf 40 im Jahre 1917, von 110 Todesfällen im Jahre 1915 auf 77 im Jahre 1917, von 110 Todesfällen im Jahre 1915 auf 77 im Jahre 1917, von 110 Todesfällen im Jahre 1915 auf 77 im Jahre 1917. Daselbst gilt von Mätern, die bei der ersten genannten Gruppe von 24 Todesfällen im Jahre 1915 auf 14 im Jahre 1917 und bei der zweiten Gruppe von 9 im Jahre 1915 auf 13 im Jahre 1917 gehen. Diphtherie sinkt bei den 4-5jährigen

von 156 im Jahre 1915 auf 110 im Jahre 1917, bei den 6-10jährigen von 242 auf 126. Diese Verminderung beruht teils auf Zufälligkeiten der Jahre, teils auf der Lebensführung, teils auf den während des Krieges noch weiter verbesserten hygienischen Vorkehrungen. Daß trotz der für die Stellung der übrigen Krankheiten entsprechend günstigen Umstände die Kindersterben, die mit Unterernährung zusammenhängen, während der Kriegsjahre so ungeheuer zugenommen haben, ist ein klarer Beweis für die Blodade der Hungerbroskadade.

Besonders deutlich wird der Unterschied zwischen gewöhnlichen Krankheiten und solchen, die durch Unterernährung hervorgerufen sind, bei der Feststellung des Unterschieds zwischen den akuten Lungenerkrankungen und der Lungentuberkulose. Während, wie oben gezeigt wurde, jene eintreffende Vermehrung der Tuberkulose bei den Berliner Kindern, und zwar insbesondere bei den älteren Schulkindern, festgestellt werden mußte, sind die Zahlen der Lungenerkrankungen und der Todesfälle auf Grund derselben in den Jahren 1915-1917 außer bei den kleinsten Kindern zurückgegangen. Bei den 4-5jährigen Kindern ist infolge von Pneumonia der Tod eingetreten 1915 in 43 Fällen, 1916 in 25 Fällen, 1917 in 46 Fällen. Bei den 6-10jährigen: 1915 in 84, 1916 in 25, 1917 in 20 Fällen. Bei den 11-15jährigen: 1915 in 20, 1916 in 16, 1917 in 11 Fällen. Diese Zahlen ändern sich freilich im Jahre 1918, einerseits auf Grund des Aufstiegs der Grippe, andererseits auf Grund der völlig herabgesetzten Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten, die bei den Kindern von 1918 ab festzustellen ist. Es ist ja schon hervorgehoben worden, daß der ganze Charakter der vermehrten Kindersterben erst in den Zahlen von 1918 zu Tage tritt, die jetzt noch nicht vollständig zur Verfügung stehen.

Im Jahre 1918 tritt infolgedessen auch erst in der Gesamtziffer der Sterbefälle von Kindern die große Erhöhung auf, die in den Jahren 1916 und 1917 eben auf Grund der vermehrten Anfälligkeit für Kinder- und akute Krankheiten nicht hervortritt. Angesichts der Vermehrung der Sterbefälle infolge von Kindersterben usw. ist die Gesamtsterblichkeit der Kinder im Jahre 1917 nur um ein geringes größer als 1915. Die Zahlen des Jahres 1918 bezeugen wieder gegenüber denen von 1917 noch eine wesentliche Steigerung auf! In Köln stieg die Sterbeziffer der 6-10jährigen von 331 auf 531, im Jahre 1917 auf 531, im Jahre 1918 auf 531, im Jahre 1919 auf 531, im Jahre 1920 auf 531, im Jahre 1921 auf 531, im Jahre 1922 auf 531, im Jahre 1923 auf 531, im Jahre 1924 auf 531, im Jahre 1925 auf 531, im Jahre 1926 auf 531, im Jahre 1927 auf 531, im Jahre 1928 auf 531, im Jahre 1929 auf 531, im Jahre 1930 auf 531, im Jahre 1931 auf 531, im Jahre 1932 auf 531, im Jahre 1933 auf 531, im Jahre 1934 auf 531, im Jahre 1935 auf 531, im Jahre 1936 auf 531, im Jahre 1937 auf 531, im Jahre 1938 auf 531, im Jahre 1939 auf 531, im Jahre 1940 auf 531, im Jahre 1941 auf 531, im Jahre 1942 auf 531, im Jahre 1943 auf 531, im Jahre 1944 auf 531, im Jahre 1945 auf 531, im Jahre 1946 auf 531, im Jahre 1947 auf 531, im Jahre 1948 auf 531, im Jahre 1949 auf 531, im Jahre 1950 auf 531, im Jahre 1951 auf 531, im Jahre 1952 auf 531, im Jahre 1953 auf 531, im Jahre 1954 auf 531, im Jahre 1955 auf 531, im Jahre 1956 auf 531, im Jahre 1957 auf 531, im Jahre 1958 auf 531, im Jahre 1959 auf 531, im Jahre 1960 auf 531, im Jahre 1961 auf 531, im Jahre 1962 auf 531, im Jahre 1963 auf 531, im Jahre 1964 auf 531, im Jahre 1965 auf 531, im Jahre 1966 auf 531, im Jahre 1967 auf 531, im Jahre 1968 auf 531, im Jahre 1969 auf 531, im Jahre 1970 auf 531, im Jahre 1971 auf 531, im Jahre 1972 auf 531, im Jahre 1973 auf 531, im Jahre 1974 auf 531, im Jahre 1975 auf 531, im Jahre 1976 auf 531, im Jahre 1977 auf 531, im Jahre 1978 auf 531, im Jahre 1979 auf 531, im Jahre 1980 auf 531, im Jahre 1981 auf 531, im Jahre 1982 auf 531, im Jahre 1983 auf 531, im Jahre 1984 auf 531, im Jahre 1985 auf 531, im Jahre 1986 auf 531, im Jahre 1987 auf 531, im Jahre 1988 auf 531, im Jahre 1989 auf 531, im Jahre 1990 auf 531, im Jahre 1991 auf 531, im Jahre 1992 auf 531, im Jahre 1993 auf 531, im Jahre 1994 auf 531, im Jahre 1995 auf 531, im Jahre 1996 auf 531, im Jahre 1997 auf 531, im Jahre 1998 auf 531, im Jahre 1999 auf 531, im Jahre 2000 auf 531, im Jahre 2001 auf 531, im Jahre 2002 auf 531, im Jahre 2003 auf 531, im Jahre 2004 auf 531, im Jahre 2005 auf 531, im Jahre 2006 auf 531, im Jahre 2007 auf 531, im Jahre 2008 auf 531, im Jahre 2009 auf 531, im Jahre 2010 auf 531, im Jahre 2011 auf 531, im Jahre 2012 auf 531, im Jahre 2013 auf 531, im Jahre 2014 auf 531, im Jahre 2015 auf 531, im Jahre 2016 auf 531, im Jahre 2017 auf 531, im Jahre 2018 auf 531, im Jahre 2019 auf 531, im Jahre 2020 auf 531, im Jahre 2021 auf 531, im Jahre 2022 auf 531, im Jahre 2023 auf 531, im Jahre 2024 auf 531, im Jahre 2025 auf 531, im Jahre 2026 auf 531, im Jahre 2027 auf 531, im Jahre 2028 auf 531, im Jahre 2029 auf 531, im Jahre 2030 auf 531, im Jahre 2031 auf 531, im Jahre 2032 auf 531, im Jahre 2033 auf 531, im Jahre 2034 auf 531, im Jahre 2035 auf 531, im Jahre 2036 auf 531, im Jahre 2037 auf 531, im Jahre 2038 auf 531, im Jahre 2039 auf 531, im Jahre 2040 auf 531, im Jahre 2041 auf 531, im Jahre 2042 auf 531, im Jahre 2043 auf 531, im Jahre 2044 auf 531, im Jahre 2045 auf 531, im Jahre 2046 auf 531, im Jahre 2047 auf 531, im Jahre 2048 auf 531, im Jahre 2049 auf 531, im Jahre 2050 auf 531, im Jahre 2051 auf 531, im Jahre 2052 auf 531, im Jahre 2053 auf 531, im Jahre 2054 auf 531, im Jahre 2055 auf 531, im Jahre 2056 auf 531, im Jahre 2057 auf 531, im Jahre 2058 auf 531, im Jahre 2059 auf 531, im Jahre 2060 auf 531, im Jahre 2061 auf 531, im Jahre 2062 auf 531, im Jahre 2063 auf 531, im Jahre 2064 auf 531, im Jahre 2065 auf 531, im Jahre 2066 auf 531, im Jahre 2067 auf 531, im Jahre 2068 auf 531, im Jahre 2069 auf 531, im Jahre 2070 auf 531, im Jahre 2071 auf 531, im Jahre 2072 auf 531, im Jahre 2073 auf 531, im Jahre 2074 auf 531, im Jahre 2075 auf 531, im Jahre 2076 auf 531, im Jahre 2077 auf 531, im Jahre 2078 auf 531, im Jahre 2079 auf 531, im Jahre 2080 auf 531, im Jahre 2081 auf 531, im Jahre 2082 auf 531, im Jahre 2083 auf 531, im Jahre 2084 auf 531, im Jahre 2085 auf 531, im Jahre 2086 auf 531, im Jahre 2087 auf 531, im Jahre 2088 auf 531, im Jahre 2089 auf 531, im Jahre 2090 auf 531, im Jahre 2091 auf 531, im Jahre 2092 auf 531, im Jahre 2093 auf 531, im Jahre 2094 auf 531, im Jahre 2095 auf 531, im Jahre 2096 auf 531, im Jahre 2097 auf 531, im Jahre 2098 auf 531, im Jahre 2099 auf 531, im Jahre 2100 auf 531, im Jahre 2101 auf 531, im Jahre 2102 auf 531, im Jahre 2103 auf 531, im Jahre 2104 auf 531, im Jahre 2105 auf 531, im Jahre 2106 auf 531, im Jahre 2107 auf 531, im Jahre 2108 auf 531, im Jahre 2109 auf 531, im Jahre 2110 auf 531, im Jahre 2111 auf 531, im Jahre 2112 auf 531, im Jahre 2113 auf 531, im Jahre 2114 auf 531, im Jahre 2115 auf 531, im Jahre 2116 auf 531, im Jahre 2117 auf 531, im Jahre 2118 auf 531, im Jahre 2119 auf 531, im Jahre 2120 auf 531, im Jahre 2121 auf 531, im Jahre 2122 auf 531, im Jahre 2123 auf 531, im Jahre 2124 auf 531, im Jahre 2125 auf 531, im Jahre 2126 auf 531, im Jahre 2127 auf 531, im Jahre 2128 auf 531, im Jahre 2129 auf 531, im Jahre 2130 auf 531, im Jahre 2131 auf 531, im Jahre 2132 auf 531, im Jahre 2133 auf 531, im Jahre 2134 auf 531, im Jahre 2135 auf 531, im Jahre 2136 auf 531, im Jahre 2137 auf 531, im Jahre 2138 auf 531, im Jahre 2139 auf 531, im Jahre 2140 auf 531, im Jahre 2141 auf 531, im Jahre 2142 auf 531, im Jahre 2143 auf 531, im Jahre 2144 auf 531, im Jahre 2145 auf 531, im Jahre 2146 auf 531, im Jahre 2147 auf 531, im Jahre 2148 auf 531, im Jahre 2149 auf 531, im Jahre 2150 auf 531, im Jahre 2151 auf 531, im Jahre 2152 auf 531, im Jahre 2153 auf 531, im Jahre 2154 auf 531, im Jahre 2155 auf 531, im Jahre 2156 auf 531, im Jahre 2157 auf 531, im Jahre 2158 auf 531, im Jahre 2159 auf 531, im Jahre 2160 auf 531, im Jahre 2161 auf 531, im Jahre 2162 auf 531, im Jahre 2163 auf 531, im Jahre 2164 auf 531, im Jahre 2165 auf 531, im Jahre 2166 auf 531, im Jahre 2167 auf 531, im Jahre 2168 auf 531, im Jahre 2169 auf 531, im Jahre 2170 auf 531, im Jahre 2171 auf 531, im Jahre 2172 auf 531, im Jahre 2173 auf 531, im Jahre 2174 auf 531, im Jahre 2175 auf 531, im Jahre 2176 auf 531, im Jahre 2177 auf 531, im Jahre 2178 auf 531, im Jahre 2179 auf 531, im Jahre 2180 auf 531, im Jahre 2181 auf 531, im Jahre 2182 auf 531, im Jahre 2183 auf 531, im Jahre 2184 auf 531, im Jahre 2185 auf 531, im Jahre 2186 auf 531, im Jahre 2187 auf 531, im Jahre 2188 auf 531, im Jahre 2189 auf 531, im Jahre 2190 auf 531, im Jahre 2191 auf 531, im Jahre 2192 auf 531, im Jahre 2193 auf 531, im Jahre 2194 auf 531, im Jahre 2195 auf 531, im Jahre 2196 auf 531, im Jahre 2197 auf 531, im Jahre 2198 auf 531, im Jahre 2199 auf 531, im Jahre 2200 auf 531, im Jahre 2201 auf 531, im Jahre 2202 auf 531, im Jahre 2203 auf 531, im Jahre 2204 auf 531, im Jahre 2205 auf 531, im Jahre 2206 auf 531, im Jahre 2207 auf 531, im Jahre 2208 auf 531, im Jahre 2209 auf 531, im Jahre 2210 auf 531, im Jahre 2211 auf 531, im Jahre 2212 auf 531, im Jahre 2213 auf 531, im Jahre 2214 auf 531, im Jahre 2215 auf 531, im Jahre 2216 auf 531, im Jahre 2217 auf 531, im Jahre 2218 auf 531, im Jahre 2219 auf 531, im Jahre 2220 auf 531, im Jahre 2221 auf 531, im Jahre 2222 auf 531, im Jahre 2223 auf 531, im Jahre 2224 auf 531, im Jahre 2225 auf 531, im Jahre 2226 auf 531, im Jahre 2227 auf 531, im Jahre 2228 auf 531, im Jahre 2229 auf 531, im Jahre 2230 auf 531, im Jahre 2231 auf 531, im Jahre 2232 auf 531, im Jahre 2233 auf 531, im Jahre 2234 auf 531, im Jahre 2235 auf 531, im Jahre 2236 auf 531, im Jahre 2237 auf 531, im Jahre 2238 auf 531, im Jahre 2239 auf 531, im Jahre 2240 auf 531, im Jahre 2241 auf 531, im Jahre 2242 auf 531, im Jahre 2243 auf 531, im Jahre 2244 auf 531, im Jahre 2245 auf 531, im Jahre 2246 auf 531, im Jahre 2247 auf 531, im Jahre 2248 auf 531, im Jahre 2249 auf 531, im Jahre 2250 auf 531, im Jahre 2251 auf 531, im Jahre 2252 auf 531, im Jahre 2253 auf 531, im Jahre 2254 auf 531, im Jahre 2255 auf 531, im Jahre 2256 auf 531, im Jahre 2257 auf 531, im Jahre 2258 auf 531, im Jahre 2259 auf 531, im Jahre 2260 auf 531, im Jahre 2261 auf 531, im Jahre 2262 auf 531, im Jahre 2263 auf 531, im Jahre 2264 auf 531, im Jahre 2265 auf 531, im Jahre 2266 auf 531, im Jahre 2267 auf 531, im Jahre 2268 auf 531, im Jahre 2269 auf 531, im Jahre 2270 auf 531, im Jahre 2271 auf 531, im Jahre 2272 auf 531, im Jahre 2273 auf 531, im Jahre 2274 auf 531, im Jahre 2275 auf 531, im Jahre 2276 auf 531, im Jahre 2277 auf 531, im Jahre 2278 auf 531, im Jahre 2279 auf 531, im Jahre 2280 auf 531, im Jahre 2281 auf 531, im Jahre 2282 auf 531, im Jahre 2283 auf 531, im Jahre 2284 auf 531, im Jahre 2285 auf 531, im Jahre 2286 auf 531, im Jahre 2287 auf 531, im Jahre 2288 auf 531, im Jahre 2289 auf 531, im Jahre 2290 auf 531, im Jahre 2291 auf 531, im Jahre 2292 auf 531, im Jahre 2293 auf 531, im Jahre 2294 auf 531, im Jahre 2295 auf 531, im Jahre 2296 auf 531, im Jahre 2297 auf 531, im Jahre 2298 auf 531, im Jahre 2299 auf 531, im Jahre 2300 auf 531, im Jahre 2301 auf 531, im Jahre 2302 auf 531, im Jahre 2303 auf 531, im Jahre 2304 auf 531, im Jahre 2305 auf 531, im Jahre 2306 auf 531, im Jahre 2307 auf 531, im Jahre 2308 auf 531, im Jahre 2309 auf 531, im Jahre 2310 auf 531, im Jahre 2311 auf 531, im Jahre 2312 auf 531, im Jahre 2313 auf 531, im Jahre 2314 auf 531, im Jahre 2315 auf 531, im Jahre 2316 auf 531, im Jahre 2317 auf 531, im Jahre 2318 auf 531, im Jahre 2319 auf 531, im Jahre 2320 auf 531, im Jahre 2321 auf 531, im Jahre 2322 auf 531, im Jahre 2323 auf 531, im Jahre 2324 auf 531, im Jahre 2325 auf 531, im Jahre 2326 auf 531, im Jahre 2327 auf 531, im Jahre 2328 auf 531, im Jahre 2329 auf 531, im Jahre 2330 auf 531, im Jahre 2331 auf 531, im Jahre 2332 auf 531, im Jahre 2333 auf 531, im Jahre 2334 auf 531, im Jahre 2335 auf 531, im Jahre 2336 auf 531, im Jahre 2337 auf 531, im Jahre 2338 auf 531, im Jahre 2339 auf 531, im Jahre 2340 auf 531, im Jahre 2341 auf 531, im Jahre 2342 auf 531, im Jahre 2343 auf 531, im Jahre 2344 auf 531, im Jahre 2345 auf 531, im Jahre 2346 auf 531, im Jahre 2347 auf 531, im Jahre 2348 auf 531, im Jahre 2349 auf 531, im Jahre 2350 auf 531, im Jahre 2351 auf 531, im Jahre 2352 auf 531, im Jahre 2353 auf 531, im Jahre 2354 auf 531, im Jahre 2355 auf 531, im Jahre 2356 auf 531, im Jahre 2357 auf 531, im Jahre 2358 auf 531, im Jahre 2359 auf 531, im Jahre 2360 auf 531, im Jahre 2361 auf 531, im Jahre 2362 auf 531, im Jahre 2363 auf 531, im Jahre 2364 auf 531, im Jahre 2365 auf 531, im Jahre 2366 auf 531, im Jahre 2367 auf 531, im Jahre 2368 auf 531, im Jahre 2369 auf 531, im Jahre 2370 auf 531, im Jahre 2371 auf 531, im Jahre 2372 auf 531, im Jahre 2373 auf 531, im Jahre 2374 auf 531, im Jahre 2375 auf 531, im Jahre 2376 auf 531, im Jahre 2377 auf 531, im Jahre 2378 auf 531, im Jahre 2379 auf 531, im Jahre 2380 auf 531, im Jahre 2381 auf 531, im Jahre 2382 auf 531, im Jahre 2383 auf 531, im Jahre 2384 auf 531, im Jahre 2385 auf 531, im Jahre 2386 auf 531, im Jahre 2387 auf 531, im Jahre 2388 auf 531, im Jahre 2389 auf 531, im Jahre 2390 auf 531, im Jahre 2391 auf 531, im Jahre 2392 auf 531, im Jahre 2393 auf 531, im Jahre 2394 auf 531, im Jahre 2395 auf 531, im Jahre 2396 auf 531, im Jahre 2397 auf 531, im Jahre 2398 auf 531, im Jahre 2399 auf 531, im Jahre 2400 auf 531, im Jahre 2401 auf 531, im Jahre 2402 auf 531, im Jahre 2403 auf 531, im Jahre 2404 auf 531, im Jahre 2405 auf 531, im Jahre 2406 auf 531, im Jahre 2407 auf 531, im Jahre 2408 auf 531, im Jahre 2409 auf 531, im Jahre 2410 auf 531, im Jahre 2411 auf 531, im Jahre 2412 auf 531, im Jahre 2413 auf 531, im Jahre 2414 auf 531, im Jahre 2415 auf 531, im Jahre 2416 auf 531, im Jahre 2417 auf 531, im Jahre 2418 auf 531, im Jahre 2419 auf 531, im Jahre 2420 auf 531, im Jahre 2421 auf 531, im Jahre 2422 auf 531, im Jahre 2423 auf 531, im Jahre 2424 auf 531, im Jahre 2425 auf 531, im Jahre 2426 auf 531, im Jahre 2427 auf 531, im Jahre 2428 auf 531, im Jahre 2429 auf 531, im Jahre 2430 auf 531, im Jahre 2431 auf 531, im Jahre 2432 auf 531, im Jahre 2433 auf 531, im Jahre 2434 auf 531, im Jahre 2435 auf 531, im Jahre 2436 auf 531, im Jahre 2437 auf 531, im Jahre 2438 auf 531, im Jahre 2439 auf 531, im Jahre 2440 auf 531, im Jahre 2441 auf 531, im Jahre 2442 auf 531, im Jahre 2443 auf 531, im Jahre 2444 auf 531, im Jahre 2445 auf 531, im Jahre 2446 auf 531, im Jahre 2447 auf 531, im Jahre 2448 auf 531, im Jahre 2449 auf 531, im Jahre 2450 auf 531, im Jahre 2451 auf 531, im Jahre 2452 auf 531, im Jahre 2453 auf 531, im Jahre 2454 auf 531, im Jahre 2455 auf 531, im Jahre 2456 auf 531, im Jahre 2457 auf 531, im Jahre 2458 auf 531, im Jahre 2459 auf 531, im Jahre 2460 auf 531, im Jahre 2461 auf 531, im Jahre 2462 auf 531, im Jahre 2463 auf 531, im Jahre 2464 auf 531, im Jahre 2465 auf 531, im Jahre 2466 auf 531, im Jahre 2467 auf 531, im Jahre 2468 auf 531, im Jahre 2469 auf 531, im Jahre 2470 auf 531, im Jahre 2471 auf 531, im Jahre 2472 auf 531, im Jahre 2473 auf 531, im Jahre 2474 auf 531, im Jahre 2475 auf 531, im Jahre 2476 auf 531, im Jahre 2477 auf 531, im Jahre 2478 auf 531, im Jahre 2479 auf 531, im Jahre 2480 auf 531, im Jahre 2481 auf 531, im Jahre 2482 auf 531, im Jahre 2483 auf 531, im Jahre 2484 auf 531, im Jahre 2485 auf 531, im Jahre 2486 auf 531, im Jahre 2487 auf 531, im Jahre 2488 auf 531, im Jahre 2489 auf 531, im Jahre 2490 auf 531, im Jahre 2491 auf 531, im Jahre 2492 auf 531, im Jahre 2493 auf 531, im Jahre 2494 auf 531, im Jahre 2495 auf 531, im Jahre 2496 auf 531, im Jahre 2497 auf 531, im Jahre 2498 auf 531, im Jahre 2499 auf 531, im Jahre 2500 auf 531, im Jahre 2501 auf 531, im Jahre 2502 auf 531, im Jahre 2503 auf 531, im Jahre 2504 auf 531, im Jahre 2505 auf 531, im Jahre 2506 auf 531, im Jahre 2507 auf 531, im Jahre 2508 auf 531, im Jahre 2509 auf 531, im Jahre 2510 auf 531, im Jahre 2511 auf 531, im Jahre 2512 auf 531, im Jahre 2513 auf 531, im Jahre 2514 auf 531, im Jahre 2515 auf 531, im Jahre 2516 auf 531, im Jahre 2517 auf 531, im Jahre 2518 auf 531, im Jahre 2519 auf 531, im Jahre 2520 auf 531, im Jahre 2521 auf 531, im Jahre 2522 auf 531, im Jahre 2523 auf 531, im Jahre 2524 auf 531, im Jahre 2525 auf 531, im Jahre 2526 auf 531, im Jahre 2527 auf 531, im Jahre 2528 auf 531, im Jahre 2529 auf 531, im Jahre 2530 auf 531, im Jahre 2531 auf 531, im Jahre 2532 auf 531, im Jahre 2533 auf 531, im Jahre 2534 auf 531, im Jahre 2535 auf 531, im Jahre 2536 auf 531, im Jahre 2537 auf 531, im Jahre 2538 auf 531, im Jahre 2539 auf 531, im Jahre 2540 auf 531, im Jahre 2541 auf 531, im Jahre 2542 auf 531, im Jahre 2543 auf 531, im Jahre 2544 auf 531, im Jahre 2545 auf 531, im Jahre 2546 auf 531, im Jahre 2547 auf 531, im Jahre 2548 auf 531, im Jahre 2549 auf 531, im Jahre 2550 auf 531, im Jahre 2551 auf 531, im Jahre 2552 auf 531, im Jahre 2553 auf 531, im Jahre 2554 auf 531, im Jahre 2555 auf 531, im Jahre 2556 auf 531, im Jahre 2557 auf 531, im Jahre 2558 auf 531, im Jahre 2559 auf 531, im Jahre 2560 auf 531, im Jahre 2561 auf 531, im Jahre 2562 auf 531, im Jahre 2563 auf 531, im Jahre 2564 auf 531, im Jahre 2565 auf 531, im Jahre 2566 auf 531, im Jahre 2567 auf 531, im Jahre 2568 auf 531, im Jahre 2569 auf 531, im Jahre 2570 auf 531, im Jahre 2571 auf 531, im Jahre 2572 auf 531, im Jahre 2573 auf 531, im Jahre 2574 auf 531, im Jahre 2575 auf 531, im Jahre 2576 auf 531, im Jahre 2577 auf 531, im Jahre 2578 auf 531, im Jahre 2579 auf 531, im Jahre 2580 auf 531, im Jahre 2581 auf 531, im Jahre 2582 auf 531, im Jahre 2583 auf 531, im Jahre 2584 auf 5

Preisabbau auf den Lebensmitteln.

Die Bundeskanzlei teilt mit: Es besteht in einzelnen Kreisen die Auffassung, die Lebensmittelvorräte (Monopolwaren) des Bundes seien seinerzeit teuer erworben worden und der Bund trachte nun darnach, die Gestehungskosten dieser Waren durch entsprechend hohe Abgabepreise zu realisieren. Dadurch würden sich, so folgert man weiter, in unserm Lande Lebensmittelpreise ergeben, die mit der heutigen Weltmarktlage nicht mehr im Einklange stehen und die den begreiflicherweise sehnlichst gewünschten Preisabbau entsprechend verlangsamen. Im Gegensatz zu solchen Annahmen und Schlussfolgerungen ist festzustellen, daß der Bund in der Festsetzung seiner Verkaufspreise für Monopolwaren den gestiegenen Einstandspreisen dieser Waren nach Weltmarktlage während des Krieges nicht gefolgt ist, sondern sie jeweilen wesentlich billiger abgegeben hat. Die Verkaufspreise der meisten Monopolwaren des Bundes stehen auch zurzeit noch erheblich unter den Gestehungspreisen nach gegenwärtiger Weltmarktlage. Die überseeischen Einkaufspreise dieser Waren und auch die Seefrachten, die während des Krieges eine außerordentliche Höhe erreicht haben, sind bisher nur unwesentlich zurückgegangen; auf einzelnen Waren ist in neuerer Zeit sogar eher noch eine Erhöhung des Weltmarktpreises festzustellen.

Der Einstandspreis der derzeitigen Weizenvorräte des Bundes beträgt zirka 78 Fr., der Gestehungspreis für neue Anläufe nach gegenwärtiger Weltlage zirka 74 Fr., während der Abgabepreis des Bundesweizens heute auf 63 Fr. pro 100 Kilogramm festgesetzt ist. Der Verkaufspreis des Bundes für Reis beträgt unverändert 87 Fr., während der Einstandspreis nach gegenwärtiger Weltmarktlage sich immer noch auf 120 Fr. pro 100 Kilogramm beläuft. Der Bund liefert den Konsum zu 115 Fr. bei einem Einstandspreis nach gegenwärtiger Weltmarktlage von zirka 120 Fr. pro 100 Kilogramm. Unter Beibehaltung des derzeitigen Abgabepreises von 63 Fr. pro 100 Kilogramm Bundesweizen, so wie der gegenwärtigen Beschaffenheit und Preise des Vollmehles, wird der Bund zugunsten der allgemeinen Brotverbilligung im Jahre 1919 ein Opfer von rund 55 Millionen Franken zu tragen haben. Dazu kommt noch der Beitrag für die besondere Verbilligung des Brotes der Notstandsberechtigten im Betrage von rund 10,5 Millionen Franken.

Unter Annahme der derzeitigen Produzenten- und Abgabepreise der Milch werden sich pro 1919 die Leistungen des Bundes für die Konsummilchversorgung des Landes voraussichtlich auf rund 38 1/2 Millionen Franken belaufen, wovon zirka 10 1/2 Millionen auf die weitere Verbilligung der Milch für Notstandsberechtigte entfallen.

Für einzelne Lebensmittel, wie Hülsenfrüchte, Dörrobst, Dörrgemüse, Kaffeesurrogate, Kartoffeln, Fleisch, Fleischwaren, Speisefette und Speiseöle, sowie für Getränke, Brennmaterialien und einzelne Bekleidungs-

Nachtrag II zum Gebührentarife für die Lagerhäuser der Stadt Wien.

Beschluß des Gemeinderates vom 20. Juni.

Die Tariffäge des allgemeinen Tarifes und der Spezialtarife werden mit der Gültigkeit vom 1. Juli 1919 wie folgt abgeändert:

Aus P.-Nr. 4 werden Butter und Käse, aus P.-Nr. 5 Baumwollabfälle (in Ballen), Felle (rohe, trockene), Fette n. b. h, Häute (rohe, trockene), Leder, Marmelade, Obst (gebörtes, mit Ausschluß von Pflaumen), Del (in Fässern), Packleinen, Schafwollabfälle in Ballen, Stearin, Tran, Tierhaare (in Ballen), aus P.-Nr. 6 Baumwolle (in gepreßten Ballen), Flachß, Lequar, Delfuchen, Delfuchenehl, Pflaumen, Rübenschnitte und Schafwolle in gepreßten Ballen ausgeschrieben.

Unter II a „Lagerzins“ wird als P.-Nr. 4 folgender Text eingereiht: Butter, Dörrgemüse, Dörrroß, Fette n. b. h, Käse, Lequar, Marmelade, Maiskolben, Maiskolbensproot, Rübenschnitte, Rübensblätter, Sauerkraut, Salzgemüse, Sonnenblumenschalen: 16 h.

P.-Nr. 4 lautet nunmehr 4 a 14 h.

P.-Nr. 5 wird durch Baumwolle (in gepreßten Ballen), Delfuchen, Delfuchenehl, Pflaumen und Schafwolle (in gepreßten Ballen) ergänzt: 12 h.

P.-Nr. 6: 10 h.

P.-Nr. 8: 6 h.

P.-Nr. 9 und 10 entfallen, an deren Stelle tritt als P.-Nr. 9 folgende Bestimmung: Für die unter P.-Nr. 4 bis 6 und 8 genannten Waren werden die Lagerzinsgebühren bei der Lagerung im Freien um 50 Prozent ermäßigt.

P.-Nr. 11 enthält folgenden Wortlaut: Für die Lagerhäuser im Freudenauer Winterhafen werden die Lagerzinsgebühren P.-Nr. 4 auf 14 h, P.-Nr. 4 a auf 12 h, P.-Nr. 5 auf 10 h und P.-Nr. 6 auf 8 h ermäßigt.

P.-Nr. 12 erhält folgenden Wortlaut: Wenn durch die Mangelhaftigkeit der Verpackung oder die Beschaffenheit der Ware eine besondere, mehr Platz erfordernde Art der Lagerung notwendig ist, insbesondere, wenn mehr Raum als 1 m² für 1000 kg beansprucht wird, ist statt des tarifmäßigen Lagerzinses die vereinbarte oder mangels einer vorherigen Vereinbarung die in der Einlagerungsanzeige festgesetzte Gebühr zu entrichten. Das Gleiche gilt für Waren im Werte von mehr als 800 K für 100 kg Bruttogewicht.

P.-Nr. 14: 7 h.

P.-Nr. 17, 18, 103, 106: 80 h.

P.-Nr. 21, 117: 60 h.

P.-Nr. 19, 79, 105: 2 K 40 h.

P.-Nr. 20, 93: 6 h.

P.-Nr. 22, 95: 12 h.

P.-Nr. 25, 99: 2 h.

P.-Nr. 27: 7 K.

P.-Nr. 38, 54, 56, 61: 6 K.

P.-Nr. 28: 6 K 50 h.

P.-Nr. 29: 5 K.

P.-Nr. 30: 4 K 50 h.

P.-Nr. 39, 50, 51, 53, 55, 84, 85: 4 K.

P.-Nr. 110: 3 K 60 h.

Der Zuschlag in P.-Nr. 31 wird auf 50 Prozent, der in P.-Nr. 32 auf 100 Prozent erhöht.

P.-Nr. 33, 133: 14 h.

P.-Nr. 34, 134: 20 h.

P.-Nr. 59: 3 K.

P.-Nr. 60: 4 K 50 h.

P.-Nr. 62: 8 K.

P.-Nr. 94: 8 h.

P.-Nr. 96: 16 h.

P.-Nr. 97 erhält folgenden Wortlaut: Für die Lagerhäuser im Freudenauer Winterhafen werden die obigen Gebühren, und zwar P.-Nr. 92 auf 4 h, P.-Nr. 94 auf 6 h, P.-Nr. 95 auf 10 h und P.-Nr. 96 auf 14 h ermäßigt.

P.-Nr. 98 erhält folgenden Wortlaut: Für in Säcken verpackte und aufgeschichtet lagernde Ware erhöht sich die obige Gebühr P.-Nr. 93 und die unter P.-Nr. 97 genannte ermäßigte Gebühr von 4 h um 2 h.

P.-Nr. 104, 107, 108, 109: 1 K 20 h.

P.-Nr. 112: 10 h.

P.-Nr. 114, 120: 16 h.

P.-Nr. 77, 115, 116: 50 h.

P.-Nr. 118: 70 h. *

Bei den Gebühren für die maschinelle Bearbeitung von Gerste tritt an Stelle der P.-Nr. 122 bis 128 folgende Bestimmung: P.-Nr. 122. Reinigen mit dem Aspirator und Magnetapparat, Entgrannen, Triieren und Sortieren für 100 kg 2 K 40 h.

In P.-Nr. 131 hat es statt „In den Gebühren P.-Nr. 122 bis 129“ zu lauten: „In der Gebühr P.-Nr. 122.“

Im Spezialtarife für leere Säcke hat es statt „Für 50 Stück oder weniger“ zu lauten: „Für 25 Stück oder weniger.“ Der letzte Absatz hat zu lauten: „Wenn die Stückzahl nicht bekannt ist, werden die Gebühren anstatt für 25 Stück für volle oder angefangene 25 kg eingehoben. Für das Einlagern, Auslagern oder Einziehen von Sendungen mit mehr als 500 Stück oder als 500 kg sind die Gebühren nach der verwendeten Zeit und Arbeitskraft zu entrichten.“

An Stelle des Gebührentarifes vom 4. Oktober 1918 und seiner Nachträge I und II tritt ab 1. Juli 1919 ein neuer Tarif mit den durch die bisherigen Nachträge verlautbarten Änderungen in Kraft. Der neue Tarif ist bei der Lagerhausdirektion kostenfrei erhältlich.

Massenfundgebung der Bauern Niederösterreichs.

Gegen die Diktaturpläne der Wiener Hebräer.

Am Peter- und Paulstage fand in Wien eine machtvolle Kundgebung der niederösterreichischen Bauernschaft, veranstaltet vom Niederösterreichischen Bauernbunde, statt. In den Versammlungen wurde Stellung genommen zu den wirtschaftlichen Fragen, mit besonderem Nachdruck aber richtete sich die Kundgebung gegen die in Wien von jüdischen Hebräern unausgesetzt betriebenen Wühlereien für die Ausübung einer sogenannten „Räte-diktatur“, deren erstes Ergebnis die völlige Isolierung Wiens wäre.

Den Versammlungen wohnten die Staatssekretäre Stöckler und Berdil, die Unterstaatssekretäre Millas und Dr. Baiz, die Nationalräte Gruber, Diwald, Grim, Buchinger, Dr. Bureich, Eisenhut, Höchtl, Dersch, Weigl und Dr. Wagner, die Landesräte Fasel und Zwickbacher, Präsident des niederösterreichischen Landeskulturrates List und sämtliche auf das Programm des Niederösterreichischen Bauernbundes gewählten Landtagsabgeordneten Niederösterreichs, die Mitglieder der Landes- und Bezirkswirtschaftskommissionen, ferner die Orts- und Bezirksbauernräte aus allen Gegenden Niederösterreichs bei.

Die Tagung war auch besetzt von Delegierten der Landeshauerräte der übrigen Länder Deutschösterreichs. Diese brachten in ihren Begrüßungsansprüchen ihre Interessenolidarität mit den niederösterreichischen Bauern zum Ausdruck und es zeigte sich, wie gerne die Länder an der geschichtlich begründeten Gemeinwirtschaft festhalten wollen, wenn die Wiener Sozialdemokratische Herrschaft mit ihrer Kurzsichtigkeit und Willkür mit ihrer engherzigen Partei- und Klassenpolitik die Länder gewaltsam abstoßen würde. Mit den Bauern Niederösterreichs fühlen sie sich eines Sinnes, aber das zweideutige Gebaren der fortwährend mit dem Gedanken eines neuen Umsturzes spielenden sozialdemokratischen Herren von Wien macht sie kopfschütteln und entfremdet sie Wien.

Die vormittägige Versammlung fand im Sitzungs-saale des niederösterreichischen Landhauses, die nachmittägige, eine imposante Massenversammlung, zu welcher sich ungefähr 10.000 Bauern eingefunden hatten, in Weigl's Dreherpark statt.

Die erste Kundgebung des Bauerntages richtete sich gegen den Gewaltfrieden.

Staatssekretär Stöckler schilderte seine Rückwirkung auf die innerpolitische Lage Deutschösterreichs. Man will uns Luft und Licht rauben, keinen Platz an der Sonne zum Weiterleben lassen. In dem Friedensentwürfe werden die Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die jetzigen Nationalstaaten, die mit uns den Krieg gegen die Westmächte begonnen und an unserer Seite zum Teil mit Tapferkeit geführt haben, als kriegsführende Mächte gegen uns erklärt. Das stellt doch alle Tatsachen auf den Kopf. Polen, dem wir bei der Staatsgründung Pate gestanden sind, ist auf einmal eine gegen uns kriegsführende Macht geworden. Die wirtschaftlichen Folgen müßten zum vollständigen Ruin Deutschösterreichs führen. Besonders schwer fällt die Bestimmung über die Meistbegünstigung ins Gewicht. Die Begünstigungen, die wir etwa Deutschland einräumen wollten, gingen automatisch auf die Entente und alle mit ihr verbündeten Staaten über, so daß wir, ohne uns schützen zu können, der ganzen Welt ausgeliefert wären. Diese Bestimmung allein schon ist geeignet, unseren Anschluß an Deutschland umzubringen. Sollte dieser Vertrag Wirklichkeit werden, dann würde Deutschösterreich zu einer Kolonie etwa des tschechoslowakischen Staates herabgewürdigt werden. Wir würden aber zunächst in ein solches Chaos geraten, daß in unserem öffentlichen Leben jene Elemente die Oberhand gewinnen würden, die nichts zu verlieren haben, die Ruhe und Ordnung beseitigen wollen, um diktieren zu können. Es stehen uns zweifellos noch unerhörte Opfer an Gut und Blut bevor. Jeder aber, der sein Volk liebt, muß in dieser schweren Zeit auf seinem Posten ausharren. Das bestimmt auch die in der Regierung sitzenden Mitglieder der christlichsozialen Partei, die übernommene Aufgabe durchzuführen. Es ist wahrhaftig keine Liebesheirat, die sie der Regierung festhält. Bloß der eiserne Muß, die Sorge um die Zukunft unserer Kinder, unseres Volkes zwingt sie, stand zu halten. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittagsversammlung beleuchtete Unterstaatssekretär Dr. Erwin Baiz die furchtbaren

Folgen des Friedensentwurfes für unsere künftige Produktionsfähigkeit.

Deutschösterreich hätte bei einer Bevölkerungszahl von 10 Millionen und einer Gesamtfläche von 11 1/2 Millionen Hektar an landwirtschaftlichen Produkten folgendes liefern können:

4 Millionen Meterzentner Weizen	
10 " " Roggen	
4 " " Gerste	
7 " " Hafer	
24 " " Kartoffeln	
11 " " Zuckerrüben.	

Das nach dem Friedensentwurfe auf 6 Millionen und etwa 7 Millionen Hektar zugeschnittene Deutschösterreich würde produzieren können:

2 1/2 Millionen Meterzentner Weizen	
5 " " Roggen	
1 1/2 " " Gerste	
3 1/2 " " Hafer	
12 " " Kartoffel	
2 " " Zuckerrüben	

Durch die geplante Abtrennung niederösterreichischer Gebiete, in welchen der Weinbau sehr entwickelt ist, erleiden wir großen Schaden. Mit der Zuspaltung von Sollen an die Tschechen verlieren wir die größte Rohzuckerfabrik und einzige Raffinade. Die in Niederösterreich gewonnene Zuckerrübe würde keine ausreichende Verwendung finden. Die im Friedensentwurfe vorgesehene Abgrenzung gestaltet die landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit derart ungünstig, daß die Existenzmöglichkeit des Staates ausgeschlossen erscheint. Wäre schon nach den bisherigen vorläufigen Abgrenzungen Deutschösterreich nicht in der Lage gewesen, seinen Bedarf an Brotfrucht und Getreide aus der eigenen Produktion zu decken, so würde es in der Zukunft erst recht vom Auslande abhängig sein. Ein Deutschösterreich in der von der Entente zugeschnittenen Form ließe sich auch landwirtschaftlich als selbstständiges Staatsgebilde nicht halten.

Landesrat Zwickbacher stellte mit, daß ein Statut geschaffen worden ist, um festzulegen, wie in Zukunft die Wahl der Bauernräte zu erfolgen habe. Diese bilden die Grundlage zum

Reichsbauernrat,

der gestern gegründet worden ist. (Lebhafter Beifall.) Die Wahlen werden jedes Jahr im Dezember stattfinden. Dann besprach Redner das Wirken der Bauernräte in den Gemeinde- und Bezirks-Wirtschaftskommissionen, wo vielfach die Arbeiter- und Soldatenträte gebieterisch und herrschend auftreten und besonders die Bezirkshauptleute einschüchtern. Beiden gegenüber müssen die Bauernräte mit aller Energie ihre Gleichberechtigung zur Geltung bringen und die gleiche Ellbogenpolitik anwenden, sonst sei ein Weiterarbeiten undenkbar.

Morgen treten, fuhr Redner fort, im Parlament die Arbeiterräte zu einer Beratung zusammen. Dies gibt uns den Anlaß, unsere

Stellungnahme zum Räte-system

klar und offen anzusprechen. Wir Bauern stehen heute Gevahr bei Fuß. Wenn eine Räte-diktatur kommen sollte, sie wird niemals über die Köpfe der Bauern hinweg gemacht werden können. (Stürmischer Beifall.) Die Bauernräte sind diejenigen, die wirkliche produktive Arbeit verrichten. Der Bauer ist der erste und älteste Arbeiter seitdem die Welt besteht. Wir haben also Anspruch darauf, gehört zu werden. Wir werden niemals dulden, daß über uns hinweg eine Diktatur ausgerichtet werde, die natürlich gegen uns wäre. Sollte es dennoch geschehen, so erklären wir heute schon: Wir müssen nicht bei Wien sein! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Bauernbundsdirektor Sturm besprach den weiteren Ausbau der Bauernorganisation, insbesondere nach der wirtschaftlichen Richtung. Der niederösterreichische Bauernbund ist von 77.000 auf 85.000 Mitglieder gestiegen. Der „Bauernbündler“ wird ab 1. November wöchentlich erscheinen. Für das Viertel ober dem Wienerwald wird in St. Pölten, für das Waldviertel in Zwettl eine eigene Kanzlei errichtet werden. Im Reichsbauernrat, der gestern gegründet worden ist, sind die Bauernräte aller Länder Deutschösterreichs vertreten. Auch dieser wird zunächst einmal monatlich eine Zeitung herausgeben.

Abg. Dr. Wagner erörterte die landwirtschaftliche Arbeiterfrage. Die Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter passen nicht in den sozialdemokratischen Magen, sie werden den Herrschaften bald Uebellichkeiten verursachen. (Geisterkeit.) Denn es gibt auf dem Lande keine friedlichere Frage als die der Dienstboten. Sie kann nur unter Aufrechterhaltung des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Dienstboten und Bauern einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden. Sie gewerkschaftlich lösen zu wollen und den Lohnkampf und die Arbeitsbedingungen der Fabrik in das Bauernhaus zu übertragen, wäre verhängnisvoll. Für die Landwirtschaft gibt es keinen Achtstundentag, im Sommer eher einen Sechsechstundentag. Nach eingehender Erörterung der Wohnungsfrage der Dienstboten und Arbeiter, der Zuerkennung einer politischen Vertretung für sie, der Kranken- und Unfallversicherung sowie der Altersversorgung, des Vorschlages eines Kochwunderunterrichtes wie in Bayern, erklärte der Referent, daß die Dienstboten- und Arbeiterorganisation auch in das Räte-system hineingepaßt werden könne und daß sämtliche Landwirte einzig und geschlossen auch in der Dienstboten- und Arbeiterfrage alle Schwierigkeiten überwinden und die gegenwärtige rote Hochflut überdauern werden.

In der Debatte wurde die Notwendigkeit des Fürschubes betont und die Landeswirtschaftskommission ersucht, auf die Beseitigung des Schlechthandels mit allen Mitteln zu bringen.

Mit großer Begeisterung wurden in der Nachmittagsversammlung die Begrüßungsansprüche der Delegierten

Der Kampf gegen den Schleichhandel.

Für das vollständige Verbot des Rucksackverkehrs.

Anlässlich der Annahme des Gesetzes über die Neuordnung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten hat die Nationalversammlung auf Antrag des Ernährungsausschusses die Regierung aufgefordert, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes den Schleichhandel, insbesondere aber auch den Rucksackverkehr mit Getreide und Mahlprodukten mit allen gesetzlichen Mitteln vollständig zu unterbinden. Das Staatsamt für Volksernährung hat demgemäß die Landesregierungen beauftragt, nunmehr den Schleichhandel mit Getreide und Mahlprodukten, durch rücksichtslose Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen ohne Ansehung der Person zu unterdrücken. Das Hauptaugenmerk soll hierbei auf die Ausforschung und Verfolgung der unbefugten Verkäufer der beschlagnahmten Getreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und deren Halbfrucht) und deren Mahlprodukte gelegt werden. Hand in Hand damit muß jedoch auch eine Drosselung des Rucksackverkehrs in der Richtung durchgeführt werden, daß der freie Verkehr mit den genannten beschlagnahmten Getreidearten und Mahlprodukten in keiner Menge geduldet wird. Die Landesregierungen wurden aufgefordert, für die Vereinheitlichung des behördlichen Vorgehens bei diesen Aktionen Sorge zu tragen und unbedingte zu verhindern, daß in verschiedenen politischen Bezirken, wie es sich in letzter Zeit ereignet hat, abweichende Regelungen getroffen und gehandhabt werden.

Die niederösterreichische Landesregierung bereitet danach eine Verordnung gegen den Schleichhandel vor. In den Vorberatungen haben sich sowohl die Vertreter der Arbeiter- als auch der Bauernräte für das vollständige Verbot des Rucksackverkehrs ausgesprochen. Zu der Angelegenheit holte die Landesregierung auch das Urteil der Gemeinde Wien ein. Der Stadtrat hat sich nun gestern ebenfalls für die vollständige Einstellung des Rucksackverkehrs ausgesprochen, da nur so der Pest des Schleichhandels an den Leib gerückt werden kann. Gewiß sind einzelne berücksichtigungswerte Fälle denkbar, bei denen es sozial gerechtfertigt werden könnte, daß man mit dem Rucksack kleine Mengen von Lebensmitteln hereinbrächte. Aber sobald man mit solchen Ausnahmen anfängt, ist wieder dem Schwindel und Schleichhandel Tür und Tor geöffnet, man müßte einen ganz ungeheuerlichen, kostspieligen Beamtenapparat ausbieten und zum Schluß wäre alles wieder ein Schlag ins Wasser. Der Stadtrat verlangte auch, daß in allen Hotels, Restaurationen, Gast- und Kaffeehäusern und Sanatorien häufig kontrolliert werde und alle Lebensmittel konfisziert werden, die aus dem Schleichhandel stammen. Für die Masse der Bevölkerung, die sich nichts im Schleichhandel kaufen kann, ist es empörend, daß sie für die Kinder nicht die notwendige Milch und für sich selbst nicht das Nötigste bekommen kann, während die geldkräftigen Leute in den feinen Restaurants und Kaffeehäusern alles erhalten können und von der allgemeinen Not, unter der Wien leidet, nichts empfinden. Dieser aufreizende Gegensatz läßt die Masse der Bevölkerung, die von den rationierten Lebensmitteln leben muß, den Hunger noch viel bitterer empfinden. Es muß versucht werden, die Hungerrationen allgemein zu erhöhen, und wenn es nicht gelingt, so müssen alle gleichmäßig hungern, wenn das offenkundige Wohlleben der Bemittelten die Entsetzten nicht zur Verzweiflung treiben soll. Die Restaurants und Gasthäuser sollen entsprechend der Zahl ihrer Gäste Lebensmittel zugewiesen erhalten, aber daß sie durch Schleichhändlerware den zahlungskräftigen für teures Geld lippigere Mahlzeiten bieten können, das muß in der Hungerzeit aufhören. Nur so kann man hoffen, daß man von den Lebensmittelmassen, die heute dem Schleichhandel zugeführt und der Allgemeinheit entzogen werden, wenigstens einen Teil für die Allgemeinheit rettet. Griffe man da nicht energisch zu, so ließen wir Gefahr, daß vielleicht der größte Teil der neuen Ernte vom Schleichhandel mit Beschlag belegt würde.

Die Debatte im Stadtrat war höchst lehrreich und sie legte drastisch die christlichsoziale Demagogie bloß. Im Gemeinderat hatte der Christlichsoziale Hummelhart den Bürgermeister interpelliert, was er gegen den Rucksackverkehr, unter dem sich der Schleichhandel so üppig entwickelt, unternehmen wolle; und als gestern in der Stadtratssitzung wirklich energische Maßnahmen gegen den Schleichhandel mit Rucksackverkehr beantragt wurden, waren alle Christlichsozialen dagegen. Auch Herr Hummelhart selber. Am Beginn der Sitzung hatte der Vizebürgermeister Winter über den Schleichhandel mit Milch berichtet und Frau Alma Seitz hatte hierzu noch den Antrag ge-

stellt, die Eisenbahnzüge zu kontrollieren und auch die dabei gefundene Milch zu konfiszieren. Als dann in der Sitzung das wirklich beantragt wurde, da beantragte der Christlichsoziale Baugoin wieder Ausnahmen und alle Christlichsozialen stimmten dafür. Die Abstimmung über den Rucksackverkehr ergab die reinliche Scheidung nach den beiden Klassen, die im Stadtrat vertreten sind: die Christlichsozialen als Vertreter des Bürgertums stimmten geschlossen gegen den entscheidenden Antrag und suchten den Schleichhandel zu retten; die Sozialdemokraten, die Vertreter des Proletariats, stimmten ebenso geschlossen gegen den Schleichhandel und für die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung. Woraus man auch schon erkennt, was man zu erwarten hätte, wenn neben den Arbeiterräten auch die Bürger- und Stadträte zur Kontrolle des Schleichhandels herangezogen würden, wie es die christlichsozialen Stadträte wünschten. Das hieße nur den Bod zum Gärtner machen.

Die Debatte im Stadtrat.

In der gestrigen Stadtratssitzung berichtete Korzda über ein Referat des Magistrats betreffend die Beschränkung des Rucksackverkehrs. Der Magistrat stellte den Antrag, an die Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Verordnung zu erlassen, in der die Versorgung der Bevölkerung durch den Rucksackverkehr nur in den berücksichtigungswürdigsten Fällen und solchen Parteien gestattet werden sollte, die Ausweisarten nur für den fallweisen Bezug bestimmter Lebensmittel vorzuweisen in der Lage sind. Alle übrigen im Rucksackverkehr vorgefundenen Lebensmittel sollen beschlagnahmt und gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden. Bezüglich der Verwendung der weggenommenen Lebensmittel wären strenge Vorschriften zu erlassen; grundsätzlich sollen solche Vorräte nur gemeinnützigen Zwecken überlassen werden. Das ganze Verfahren soll sich unter voller Kenntnisnahme der Partei und ohne jede Belastung und Schädigung vollziehen. Nur Waren, aber nicht verhältnismäßig wertvolle Behältnisse (Rucksäcke) sollten weggenommen werden. Zum Einschreiten dürfen nur solche Personen berechtigt sein, die von der Behörde als Kontrollorgane anerkannt und legitimiert sind. Der Reiseverkehr auf den Bahnen soll nicht behindert werden. Die Zugrevisionen wären einheitlich zu regeln. Mundvorräte der Reisenden und geringe Vorräte, die nachweislich von Selbstversorgern für ihre in der Stadt lebenden Verwandten bestimmt sind, dürfen nicht weggenommen werden. Die Bekämpfung des Schleichhandels durch Verbot des Rucksackverkehrs muß durch eine rasche und wirksame Bestrafung von Wucher, Kettenhandel und Preistreiberei nachdrücklich unterstützt werden. Magistratsvizebürgermeister Dr. Mager sprach sich sehr entschieden gegen das System der Ausweisarten aus, weil dieses einen großen Beamtenapparat beanspruche, der nicht zur Verfügung liege. Der Referent teilte diese Bedenken und sprach seine Überzeugung dahin aus, daß halbe Maßnahmen nichts nützen.

Kaiser (Christlichsozial) warnte davor, einen generellen Beschluß betreffend Zulassung oder Verbot des Rucksackverkehrs zu erlassen. Josef Müller (Christlichsozial) betonte, daß der Rucksackverkehr und der Schleichhandel vielen Arbeitslosen eine reiche Einnahmequelle bieten und daß es sehr schwer fallen werde, diese Leute, welche ein auskömmliches Einkommen aus diesem Erwerb ziehen, wieder einer geordneten Arbeit zuzuführen. Amalie Seidel erklärte, daß, solange die jetzigen Verhältnisse in der Versorgung andauern, der Rucksackverkehr nur schwer und mit äußerster Strenge beseitigt werden könne. Korzda (Christlichsozial) begreifelte natürlich, daß im Verordnungsweg der Rucksackverkehr abgestellt werden könne. Jser glaubt, daß der Rucksackverkehr seine beste Bekämpfung in der Erhöhung der Rationen finden würde. Baugoin (Christlichsozial) gab der Meinung Ausdruck, daß ein Verbot des Schleichhandels für Wien allein eine schwere Beeinträchtigung der Interessen der Stadt bedeute, da die Lebensmittel dann den Weg in andere Städte finden werden und damit für die Erleichterung Wiens in der Versorgung nichts geschehen sei. Der Rucksackverkehr müsse im ganzen Reich verboten werden. Tauscher erinnerte, daß es in Wien noch immer zahlreiche Menschen gibt, die von den rationierten Lebensmitteln leben müssen und denen es ganz unmöglich sei, sich irgend etwas im Schleichhandel oder im Rucksackverkehr zu beschaffen. Die Gegenüberstellung der vielen Leute, denen durch den Rucksackverkehr und Schleichhandel ein förmliches Prasserleben ermöglicht werde, und aller derer, welche mit den rationierten Lebensmitteln ihr Auslangen finden müssen, muß auf die Hungernden aufreißend wirken. Es ist notwendig, den Rucksackverkehr vollständig anzuschalten. Nur wenn alle gleichmäßig hungern, kann diese Hungerperiode von der Masse der hungernden Bevölkerung ohne Verzweiflungsausbruch weiter ertragen werden. Er stellte den Antrag:

Der Rucksackverkehr ist vollständig zu verbieten. In allen Hotels, Restaurationen, Gast- und Kaffeehäusern und Sanatorien sind häufige Kontrollen vorzunehmen und alle Lebensmittel für die städtischen Lebensmittelämter zu konfiszieren, für die nicht durch amtliche Referatscheine nachgewiesen erscheint, daß sie dem Geschäftsbetrieb zugewiesen wurden. Die Übertretung dieser Vorschriften ist auf das strengste zu bestrafen.

Hummelhart (Christlichsozial) erklärte, daß solange die österreichische Regierung nicht imstande sei, Wien zu versorgen, so lange auch der Rucksackverkehr nicht beseitigt werden könne, da der Schleichhandel immer Mittel und Wege finden wird, um den staatlichen Organen aus dem Wege zu gehen.

Dahl brachte eine Zusammenstellung über die den landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitern zugewiesenen Lebensmittelmengen und beantragte, dahin zu wirken, daß wenigstens durch einige Monate eine bedeutende Erhöhung der den Stadtbewohnern zugewiesenen Rationen bewilligt werde.

Binder gab gleichfalls der Meinung Ausdruck, daß man durch das Verbot des Schleichhandels jenen Leuten entgegenkommen müsse, denen es unmöglich ist, sich Lebensmittel im Schleichhandel zu beschaffen.

Biber (Christlichsozial) betonte, daß es zahlreiche Bevölkerungskreise in Wien gebe, die durch ein Verbot des Schleichhandels auf das schwerste betroffen werden, da sie zum großen Teil ihre Versorgung durch ihn beizubehalten konnten.

Baugoin (Christlichsozial) beantragte nach einem Schlusswort des Referenten, der sich für die Annahme des Antrages Tauscher aussprach, die namentliche Abstimmung.

In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Tauscher mit den vierzehn Stimmen der Sozialdemokraten gegen die neun Stimmen der Christlichsozialen angenommen. Der übrige Teil des Magistratsantrages über die Verwendung der beschlagnahmten Waren, die Kontrolle und den Mundvorrat wurde dann einstimmig beschlossen.

Gegen den Schleichhandel mit Milch.

Korzda erstattete gestern im Stadtrat auch einen Bericht über die Versorgung Wiens mit Milch, die in der letzten Zeit eine ständige Abnahme aufzuweisen hat. Die Milchlieferungen nach Wien betragen derzeit durchschnittlich nur 65.000 Liter täglich, wovon 16.000 bis 17.000

Die Misere des Wiener Marktwesens.

Vorschläge auf Errichtung eines einheitlich organisierten städtischen Lebensmittelendienstes. — Befreiung des Marktamtes von den überflüssigen Ägenden. — Ausgestaltung der Marktpolizei. — Die Anlage einer Zufuhr- und Verbrauchstatistik.

Während des Krieges und auch in der gegenwärtigen Uebergangszeit leidet die Lebensmittelversorgung der Wiener Bevölkerung nicht nur allein unter dem krassen Lebensmittelmangel, sondern auch unter der mangelhaften Aufbringung und Verteilung der Approvisionierungsgüter. Das städtische Markamt ist schon sehr lange das Stief- und Schmersenskind der Wiener Gemeindeverwaltung, und das gesamte Marktwesen der Zweimillionenstadt sowie der städtische Lebensmitteldienst krankten an Unzulänglichkeit in der Organisation und in der Exekutive.

Angesichts der im Rathaus in Angriff genommenen Umgestaltung des Dienstes der städtischen Ämter ist es daher unerlässlich, sich auch mit der Reorganisation des städtischen Marktwesens in der Öffentlichkeit zu befassen. Wenn schon insofern Versäumnissen der längst hinter uns liegenden Zeiten die für eine Großstadt vom Range Wiens so unbedingt notwendige große zentrale Marktanlage für die in den verschiedensten Produktionsgebieten aufgeführten Waren leider nicht geschaffen wurde, so muß doch im gegenwärtigen Augenblick darauf Bedacht genommen werden, die bestehenden Einrichtungen auszubauen und umzugestalten. In erster Linie ist es notwendig, den gesamten Lebensmitteldienst der Gemeinde Wien neu zu organisieren und das städtische Markamt derart zu reformieren, daß es die Eignung erlangt, den Erfordernissen des Dienstes und der Bevölkerung vollauf gerecht zu werden.

Während des Krieges wurden diverse Reformvorschläge nach dieser Richtung hin erstattet, doch keiner von ihnen konnte sich infolge des bürokratischen Gesäuses des Gemeindegeldes durchsetzen. Eine Reihe sehr wertvoller Anregungen und Vorschläge zur Reformierung des städtischen Lebensmittelendienstes und der Umbildung des Wiener Marktamtes wurde, wie einer unserer Mitarbeiter erzählt, vor einigen Wochen von einem hervorragenden Kenner des Wiener Marktwesens, dem Marktamtsinspektor Ludwig Antiska, erstattet, auf die in der Folge eingegangen werden soll.

Zunächst beantragte der Genannte, den gegenwärtig bestehenden Approvisionierungsausschuß aus seiner bisherigen Scheineristenz herauszuheben und die einer einheitlichen Leitung entbehrenden Bezirkswirtschaftsämter unter Befehl eines gesonderten Approvisionierungsdepartements in eine einheitliche, kommerziell geleitete städtische Ernährungsstelle umzuwandeln. Der bisher bestehende Approvisionierungsausschuß, der in einen unmittelbar dem Bürgermeister unterstellten Ernährungsausschuß umzuwandeln wäre, hätte den gesamten Apparat zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu leiten.

Das Markamt müßte von Grund auf umgestaltet, von den überflüssigen Ägenden befreit und für die sinngemäße Durchführung der ihm übertragenen Arbeiten mit Selbstständigkeit versehen werden. Auch ergäbe sich — zumindest für die Zeit des Uebergangs in geregelte Friedensverhältnisse — die Notwendigkeit, eine städtische Lebensmittelverteilungsstelle zu schaffen, die sich mit der Verteilung der vom Staate zugewiesenen, ferner der von den Händlern in Verkehr gebrachten Lebensmittel zu befassen hätte. Es darf nach diesen Vorschlägen beispielsweise nicht vorkommen, daß der Fleischmarkt in der Hochsaison mit einem Artikel überflutet wird, und dieser selbst Artikel in den vom Zentrum der Stadt entfernt liegenden Bezirken relativ spärlich und nur zu den alten höheren Preisen erhältlich ist.

Das Markamt wäre direkt dem Ernährungsausschuß an unterstellen und müßte, gleichwie die zu errichtende Lebensmittelverteilungsstelle im Ernährungsausschuß Sitz und Stimme haben. Um eine den Bedürfnissen vollständig entsprechende Arbeitsleistung des Marktamtes zu erzielen, müßte die Marktamtsdirektion einen Beirat aus den Kreisen der Konsumenten, Produzenten, Arbeitern und Händlern bilden, mit dem sie fallweise Besprechungen abzuhalten, Wünsche und Beschwerden usw. entgegenzunehmen hätte. Aufgabe der Marktamtsdirektion wäre es selbstver-

ständlicherweise auch, auf die weitere Sachausbildung der Marktamtsbeamten durch Abhaltung von internen Vorträgen, unter Heranziehung gewiegter Fachleute, Gewicht zu legen, die Fachstudien der Beamten zu überwachen und dafür Sorge zu tragen, daß die praktische Schulung nicht etwa hinter der theoretischen zurückbleibe.

Die Entlastung des Marktamtes könnte durch die Auscheidung folgender Ägenden durchgeführt werden: Gewerbspolizei, ausgenommen die auf den Markt selbst bezughabenden Angelegenheiten; steuerrechtliche Erhebungen; Akten, betreffend die Krankenversicherung, Arbeiterunfallversicherung, Arbeiterfürsorge, Privatpensionsversicherung, Ladenschluß- und Handelsabhilfengesetze; Erhebung über Militärausgaben, Unterhaltsbeiträge; Waisenfürsorge, Armenrecht und Pflanzungsangelegenheiten; Monturbeschaffung der städtischen Schulen und Ämter; Akten hinsichtlich der Streifbewegung und sämtliche übrigen Erhebungen, mit denen die Marktamtsorgane jetzt überlastet sind und die keineswegs zum Marktamtsdienst gehören.

Dagegen würden im Marktamtsdienst zu verbleiben haben: Die Lebensmittelpolizei, die in Bezug auf die Lebensmittelhygiene sogar wesentlich auszubauen wäre, die Marktpolizei und Marktverwaltung, die Gewerbspolizei, insofern sie sich auf Betriebe auf den Märkten zu erstrecken hat, der Vogel-, Wild-, Flur- und Bodenkulturschutz, das Kouragegeschäft auf dem Zentralviehmarkt, die Holz- und Kohlenbewirtschaftung und die Preisbildung sowie auf die Verfolgung von Preistreibern und Schleichhandel. Neu hinzuzufügen würden den Ägenden des Marktamtes folgende wichtige Obliegenheiten sein: Die Errichtung eigener Marktamts-Expositionen auf sämtlichen Bahnhöfen und an allen übrigen Lebensmittel-Einbruchsstellen Wiens zur Überwachung der ankommenden und einzulagernden Waren, die Überwachung und Förderung der gesamten in Wien und Umgebung stattfindenden Lebensmittelproduktion und der Ausbau des freiwilligen Ernährungsdienstes im Einvernehmen mit den Vertretern aller Konsumtenschichten (auch Zentralarbeiterrat usw.).

Selbstverständlich würde es auch notwendig werden, die für den Marktamtsdienst neu zu schaffenden Ägenden im Wege der Landesgesetzgebung zu fundieren. Die Errichtung der Marktamts-Expositionen auf den Bahnhöfen und an den übrigen Lebensmittel-Einbruchsstellen würde nicht nur eine wesentliche Kontrolle der für die Ernährung Wiens zugeführten Approvisionierungsgüter bedeuten, sondern auch die Möglichkeit bieten, die so unbedingt notwendige Lebensmittel- und Verbrauchstatistik durchzuführen. Um diese Kontrolle möglichst weit auszubauen, müßten die Bahnverwaltungen angewiesen werden, vor Ausladen jedes Wagens sämtliche Frachtbriefe der eingeordneten Approvisionierungsgüter den Marktamts-Expositionen zur Einsicht vorzulegen.

Die vorangeführten Reformvorschläge, die, wie wir erfahren, vom Klub der städtischen Marktamtsbeamten aufgegeben wurden, sehen auch die Zuteilung von juristischen Konzeptskräften in den Marktamtsdienst vor, doch wäre im Interesse der Wichtigkeit des Ueberragens der rein fachlichen Ägenden des Marktamtes diesen Kräften nicht das bisher übliche Uebergewicht zuzuerkennen. Auch der weiteren fachlichen Ausbildung der Marktamtsbeamenschaft wird gedacht, und die Einführung eines theoretischen Unterrichtes im Geiste der neuen Zeit, also unter Berücksichtigung der Warenkunde, Handelsgeographie, Preisfiskulation, Fälschungen, Bewertungsmöglichkeiten usw., neben der ausgedehnten praktischen Unterweisung begehrt.

Die Reformdringlichkeit des städtischen Lebensmittelendienstes und die Reorganisation des Wiener Marktwesens ist eine derartig wichtige Lebensfrage für die Wiener Bevölkerung, daß jeder gutgemeinte, so auch der vorstehend des näheren ausgeführte Vorschlag bei den maßgebenden Kreisen Beachtung finden muß.

Tagesbericht.

Der verbotene Rudjaderverkehr.

Seit Jahren schon wurde im Ernährungsamt und auch im Ernährungsrat die Frage erörtert, ob es zweckmäßig wäre, das „Samstern“ abzustellen, oder ob man der Bevölkerung die Möglichkeit offen lassen sollte, sich die färglich zugemessenen rationierten Lebensmittelquoten durch das „Samstern“ und den Aufkauf von diversen Nahrungsmitteln auf dem flachen Lande zu erhöhen. Als Raktum muß immer im Auge behalten werden, daß von den rationierten Lebensmitteln, auch wenn die vollen Quoten zugemessen werden, niemand leben kann, und daß durch diese Hungerquoten die Bevölkerung schweren Schaden an Gesundheit und am Leben erleidet. Dieses Moment bestimmte die alte Regierung immer wieder, das „Samstern“ zu dulden und den Rudjaderverkehr stillschweigend weiterbestehen zu lassen. Besonders die beamteten Kreise des Lebensmitteldienstes und auch einzelne Konsumentenorganisationen, vor allem die der Arbeiter und die der Wiener Hausfrauen (Kobd), stellten sich wiederholt auf den Standpunkt, daß die Duldung des Rudjaderverkehrs, besonders hinsichtlich der Mahlprodukte, von Fleisch und Fett und hinsichtlich der Milch, zu einer Durchbrechung und Desorganisation des staatlichen Aufbringungsdienstes führen müsse. Auch die Selbstversorgungsmöglichkeit bei den Kartoffeln, die Privaten in den letzten Jahren eingeengt worden war, wurde von den genannten Kreisen aus dem angeführten Motiv bekämpft, wenn auch die Hausfrauen in dieser Beziehung eine Ausnahmestellung einnahmen.

Allen Ernährungsfachleuten ist es klar, daß in der schrankenlosen Duldung des Rudjaderverkehrs, besonders wenn er sich auf große Quantitäten erstreckt, die Quellen des Schleichhandels entspringen. Der staatliche Ernährungsdienst war und ist infolge der politischen Verhältnisse auf dem flachen Lande aber nicht in der Lage, die Lebensmittelaufbringung im Inland so weit zu organisieren, daß alle überschüssigen Vorräte bei den Produzenten für die Ernährung der nicht produzierenden Bevölkerungskreise in den Märkten, Städten und in den Industriezentren sichergestellt werden können.

Der schrankenlose Rudjaderverkehr, der in der letzten Zeit besonders arg ausartete und die Begehrlichkeit der produzierenden Stände durch das gegenseitige Ueberbieten der hunarigen Städte in bezug auf die Preise und in der Anwendung von Gebrauchs- und Luxusgegenständen (Schmuck, Kleider, Seidenstoffe, Malviere, Möbel) steigerte, hat in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft die Befürchtung aufkeimen lassen, daß die Bauern durch das geschilderte Vorgehen der städtischen Bevölkerung verleitet werden könnten, ein Uebermaß an Lebensmitteln auf Kosten der Ernährung der landwirtschaftlichen Hilfskräfte in die Märkte, Städte und Industriezentren zu verschachern. Dabei wurde und wird aber immer wieder übersehen, daß in den Städten und Industrieorten ebenfalls hunarige Arbeiter, kleine Beamte und Fixangestellte leben, denen die im Rudjaderverkehr ausgeführten Lebensmittel der großen Mehrzahl nach zugute kamen. Und dann hat doch die überwiegende Zahl der städtischen Familien infolge der Schichtung der Bevölkerung und ihrer Abstammung gewiß auch zahlreiche ländliche Verwandte, die ihren städtischen Vettern und Angehörigen in diesen Zeiten gewiß auch hilfsbereit beistehen und ihren Hunger lindern wollen, ohne diesen für die überlassenen Lebensmittel das Weiße aus den Augen herauszuziehen.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist es zu der Absicht der Erlassung des Verbotes des Rudjaderverkehrs auf Drängen des Wiener Kreisarbeiterrates gekommen. Die vorgeschilderte Erregung der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft und ihre Befürchtung, durch das Ueberhandnehmen des Rudjaderverkehrs selbst Hunger leiden zu müssen, die durch die Ausbreitung der Samsterei bewirkte Ueberlastung des Eisenbahnverkehrs, die Beschädigung der Verkehrsmittel durch diesen wilden Reiseverkehr sowie die Ansicht, daß der Schleichhandel und die Preistreiberei nur dann erfolgreich zu bekämpfen wären, wenn diese Uebel an ihren Quellen erfaßt würden, haben, wie uns versichert wird, den Kreisarbeiterrat bewogen, die niederösterreichische Landesregierung zur Erlassung des Rudjaderverbotes zu veranlassen.

Nach den angestellten Erhebungen dürften die im Wege des Rudjaderverkehrs monatlich nach Wien gebrachten Lebensmittel auf 600 Waggons, also auf eine Menge geschätzt werden, die nach sachmännischen Erfahrungen in keiner Weise geeignet ist, den infolge der Desorganisation des Ernährungswesens und der verschiedenen Eigenmächtigkeiten lokaler Stellen nahezu ohnmächtig gewordenen staatlichen Aufbringungsdienst besonders zu gefährden. Es kann vielmehr angenommen werden, daß bei der Beibehaltung des Rudjaderverbotes diese für die Ernährung Wiens so ungemein wichtige Aufbuche an Lebensmitteln vollends verloren geht, wodurch also nicht nur ein neuerliches, sehr unangenehmes Ernährungsdefizit, sondern auch überdies ein weiteres Steigen der Preise der unter der Hand erhältlichen Lebensmittel in den Städten erwächst.

Im gegenwärtigen Moment, wo der Schwerpunkt unserer Ernährungsmöglichkeit ohnehin in den Ententeaushilfen zu suchen ist, hat die Erlassung des Rudjaderverbotes nach der Ansicht vieler in Betracht kommender Ernährungsfachmänner auch keinen eigentlichen Zweck. Die Handhabung des Verbotes und die Kontrolle der Einhaltung desselben wird sich auch durchaus nicht lückenlos durchführen lassen, denn es gibt auch noch andere Wege, die nach Wien führen, als die Tramway- und die Eisenbahnlinien. Und

3/8

147

Die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung.

Von Adolf Rupprecht.

Die Forderung nach einer Sozialisierung der Lebensmittelversorgung ist zweifellos vollstimmlich. Daß dem so ist, braucht den nicht zu wundern, der mit kritischen Augen die heutige Organisation der privaten Lebensmittelversorgung betrachtet und die Schäden berechnet, die durch eine unsinnige und überlebte Wirtschaft aufgebürdet werden. Der Verbraucher spürt auf seinem Gebiet die Lasten einer verkehrten Wirtschaft so unmittelbar und vielseitig wie in der Beschaffung der Lebensmittel, die tagtäglich in Dutzenden von Einzelkäufen dem Haushaltsvorstand fühlbar werden. Es ist darum auch zu verstehen, daß die Konsumgenossenschaften durch ihre gemeinwirtschaftliche Tendenz, unterstützt durch technisch vollkommene Einrichtungen, in wenigen Jahrzehnten einen ungeahnten Aufschwung nehmen konnten. Die Kriegswirtschaft mit ihren unliebsamen Begleitererscheinungen, dem Wucher und dem Schleichhandel, trug weiter dazu bei, in der Verbrauchertwelt die Forderung nach einer besseren, technisch vollkommeneren, Wucher und Ueberschneidung ausschließenden Organisation der Lebensmittelversorgung, mit Nachdruck zu erheben. Das Verlangen nach einer Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung findet darum auch heute überall in den Verbraucherkreisen weitgehende Unterstützung. Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung kann schon der öffentlichen Meinung halber an diesen Wünschen nicht vorübergehen, sondern muß versuchen, einen Weg zu der gemeinwirtschaftlichen Lebensmittelversorgung zu finden.

Der Zweck der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung soll nicht die Verwirklichung einer Theorie um ihrer selbst willen sein. Vielmehr muß eine derartige wirtschaftliche Umgestaltung einen praktischen Vorteil für die Verbraucher bringen. Kann nicht eine wesentliche Verbilligung der Lebensmittelversorgung durch die Sozialisierung eintreten, so würde die Zahl der Anhänger dieser Forderungen sich rasch wieder vermindern und man würde den alten Zustand herbeizuführen suchen. Es fragt sich darum: Worin liegt der Nachteil der heutigen privatwirtschaftlichen Organisation der Lebensmittelversorgung und wie kann durch eine gemeinwirtschaftliche Neugestaltung eine Verbesserung erreicht werden.

Die Ausbreitung der privaten Lebensmittelbetriebe gründet sich auf der Gewerbefreiheit, die es jedweden Staatsbürger überläßt, sein Einkommen als Händler, Kaufmann oder in einem sonstigen Beruf der Lebensmittelbranche zu suchen. Zahllose Existenzen haben sich im Laufe der Zeit als Kleinproduzenten, Händler, Krämer, Budiker, Agenten, Reisende, Spediteure, Großhändler usw. in der Verarbeitung von Lebensmitteln und im Lebensmittelhandel und -vertrieb, ein mehr oder minder reichliches Brot zu sichern gewußt. Dem nüchtern denkenden Volkswirt mußten freilich mit der Zeit allerlei ungesunde Erscheinungen zu starken Bedenken Anlaß geben. Wer heute durch die Straßen einer Stadt wandert, wird sich häufig die Frage vorlegen, ob es volkswirtschaftlich schon bisher notwendig war und ob es dem durch den Krieg verarmten Deutschland in Zukunft möglich sein wird, ruhig zuzusehen, wie eine grenzenlose Zersplitterung im Kleinhandel sich breit gemacht hat. In den Verkehrsstraßen der Städte liegen Haus an Haus unzählige Läden dicht nebeneinander: Kolonialwaren-, Gemüse-, Brot-, Fleisch-, Feinkosthandlungen, Zigarrengeschäfte usw. usw. ohne Zahl. Nicht zu vergessen zahllose Straßenhändler, die durch den Krieg und seine Folgen auch nicht weniger geworden sind. Von irgend einem organischen Zusammenhang mit dem Bedürfnis der Verbraucher oder von einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit kann keine Rede sein. Der einzelne Verbraucher deckt seine Einkäufe auch durchaus nicht in dem ihm nächstliegenden Brot-, Gemüse- oder sonstigen Laden, sondern er kauft entweder heute hier und morgen dort oder er besucht regelmäßig oder für

längere Zeit einen Händler, der ihm aus irgend einem Grund, der durchaus nicht immer in der Leistungsfähigkeit besteht, am angenehmsten dünkt. Die meisten dieser Läden arbeiten mit recht geringen Umsätzen. Würde man einmal umrechnen, wieviel Verkaufsläden im Verhältnis zu der Zahl der Haushaltungen einer Stadt vorhanden sind, dann würden erschreckende Ziffern herauskommen. In einzelnen Städten hat man festgestellt, daß auf 25 und weniger Haushaltungen ein offener Laden kommt. Es muß also von einer so geringen Anzahl von Haushaltungen eine Ladenmiete bezahlt und der mit dem Laden sonst verbundene Aufwand an Gehalt und Einkommen für Inhaber und Angestellte, für Licht, Heizung, Dekoration, Kellame, Reinigung usw. aufgebracht werden. Die Folgen sind ganz selbstverständlich, daß der Aufschlag auf die Engrospreise ein unvernünftig hoher sein muß. Ob nun die Ueberschneidung und Belastung des Käufers im Preis, in der Qualität, im Gewicht oder in anderen Eigenschaften der gelauften Waren zum Ausdruck kommt, ist an sich gleichgültig. Auf jeden Fall liegt in dieser Art der Dezentralisation eine ganz ungeheuerliche Belastung der Allgemeinheit, die sich aber ein Volk, das die Lasten eines verlorenen Weltkrieges zu tragen hat, keinesfalls mehr leisten darf. Zu dieser Zersplitterung und unrationellen Wirtschaftsweise der Warenverteilung kommt die Produktion von Lebensmitteln in unzähligen, unwirtschaftlichen, häufig auch unhygienisch eingerichteten Kleinbäckereien, Kleinschlächtereien und ähnlichen Betrieben. Es muß darum einleuchten, daß an Stelle dieser wirtschaftlich ungesunden Zustände eine rationellere Betriebsweise treten muß.

Die Aufgabe für eine sozialisierte Lebensmittelversorgung läge also darin, daß nicht mehr planlos nach freier Wahl von Privatpersonen unzählige Lebensmittelproduzenten und Lebensmittelhändler durch die Allgemeinheit erhalten werden müssen, sondern es muß von einer Stelle aus eine planmäßige Organisation des Großbezugs, der Produktion und der Verteilung getroffen werden. Damit, daß eine Kommune, wie es eine große Vorstadtgemeinde Berlins beabsichtigt hat, den Großhandel organisiert, ist die Sache nicht erledigt. Der Nutzen des Großhändlers mag reichlich sein, im Verhältnis zur ganzen Lebensmittelversorgung ist er gering und spielt nur eine untergeordnete Rolle. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht auch der Großhandel bezw. der Großbezug von Lebensmitteln auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage organisiert werden kann bezw. muß. Aber die eigentliche Aufgabe liegt nicht auf diesem Gebiete.

Die landläufige Auffassung wäre nun die, daß die Gemeinden die Erzeugung bezw. die Verteilung von Lebensmitteln in eigenen Produktionsstätten bezw. in Gemeinde-Läden zu bewirken haben. Sobald man an die Verwirklichung dieser Idee herantritt, zeigen sich nicht geringe Schwierigkeiten. Bei der Sozialisierung des Verkehrsweßens und des Vergnügens hat man es mit großindustriellen Einrichtungen zu tun und die Auseinandersetzung bei Uebernahme dieser Betriebe in gemeinwirtschaftliche Regie ist mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Interessentenzahl nicht übermäßig schwierig. Bei der Ueberführung der Lebensmittelversorgung in den Gemeindebetrieb zeigt sich jedoch die Notwendigkeit, zahllose Existenzen, die bisher auf diesem Gebiet ihr Brot fanden, abzulösen und entweder als Gemeindeangestellte zu übernehmen oder schadlos zu halten. Je nach der Größe der Gemeinden wären Dutzende, Hunderte oder auch Tausende von kleinen Bäckern, Fleischern, Gemüsehändlern, Kolonialwarenhändlern, Inhabern von Spezialgeschäften mit Feinkost, Butter, Kaffee usw. abzulösen. Der Vorteil der gemeinwirtschaftlichen Lebensmittelverteilung bezw. Produktion liegt ja nun darin, daß an Stelle der planlosen Dezentralisation eine gut organisierte planmäßige und rationelle Einrichtung gesetzt wird. Wo bisher hundert kleine Bäckerei in hundert Kleinbäckereien Arbeitskraft, Arbeitsmaschinen, Räume, Licht und Heizung nur unvollkommen ausnützen konnten, soll nunmehr ein moderner, technisch vollkommener Großbetrieb entstehen. Wo bisher tausend Händler mit wenigen Dutzend festen Kunden

Raum, Kraft und Aufwand verschiedenster Art verschwenden, sollen der zehnte oder auch vielleicht nur der zwanzigste Teil große, lustige, modern eingerichtete Läden von der Kommune erhalten werden. Es werden also je nach der Größe der Gemeinde hunderte oder tausende von Existenzen beiseite geschoben. Mit ihrem geschäftlichen und familiären Anhang, zu dem sich zahlreiche Hausbesitzer gesellen, sind sie von vornherein auch erbitterte Feinde der Kommunalisierung und ihre wirtschaftliche Schadloshaltung stellt eine nicht geringe Belastung dieser neuen Gemeinwirtschaft dar. Es muß untersucht werden, ob die Verbesserung der Technik und die rationellere Wirtschaft der gemeinwirtschaftlichen Neueinrichtung es vermag, einen Ausgleich für diese Lasten zu schaffen.

Die gemeinwirtschaftliche Organisation soll aber nicht nur das Gleiche bieten wie bisher, sondern soll eine nennenswerte Verbesserung für die Verbraucher darstellen. Der Vorteil muß fühlbar sein. In der Abgabe von kleinen Mengen Lebensmitteln kommen diese Vorteile naturgemäß nur in Pfennigen bezw. in der Qualität zum Ausdruck. Zeigt die Neueinrichtung schädigende Begleitererscheinungen, starke Belastung oder Reibungsflächen mit einem großen Teil der Gemeindebürger, so könnten diese Vorteile leicht verschwinden und die Gegnerschaft stärken. Das kann auch politisch recht unangenehme Wirkungen zeigen. Eine nicht rationelle gemeinwirtschaftliche Lebensmittelversorgung müßte naturgemäß bei den nächsten Gemeindevahlen zum Ausdruck kommen. Die Gegner der Kommunalisierung würden aus den Kreisen der unzufriedenen Verbraucher starken Zuzug erhalten und in sehr vielen Städten würde ein Mißerfolg auf diesem Gebiete dahin führen müssen, daß bei späteren Wahlen die Gegner der Kommunalisierung das Rathaus beherrschten. Abbau der Gemeinwirtschaft und Wiedereinführung des freien Handels bis zur nächsten Aenderung der politischen Machtverhältnisse wäre die Folge. Es entstände ein wahrhaft unerträglicher Zustand.

Diese nur ganz kurze, keineswegs erschöpfende Darstellung der Schwierigkeiten der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung zeigt, daß eine Sozialisierung, die nicht eine Industrialisierung des betreffenden Wirtschaftszweiges zur Voraussetzung hat, bei der also die Ablösung von zahlreichen Zwerghetrieben erforderlich wird und bei der gleichzeitig unzählige von Einzelinteressenten in Frage kommen, wesentlich schwieriger ist wie die Sozialisierung der Bergwerke und anderer Großbetriebe. Man muß darum auch die Frage aufwerfen, ob dieser Weg überhaupt gangbar ist und ob eine Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung in dieser Form an sich heute schon zweckmäßig und durchführbar erscheint.

Gemeinwirtschaftliche Organisationen für die Lebensmittelversorgung gab es schon vor der Revolution in Gestalt der Konsumvereine. Sie waren auf dem besten Wege sich durch ihre in hochentwickelter Technik begründete Leistungsfähigkeit und in gleichem Maße durch die überzeugende Kraft der genossenschaftlichen Ideen, das Vertrauen der Verbraucher zu erwerben. Es wäre durchaus naheliegend, diese vorhandenen Einrichtungen auszubauen bezw. ihnen es zu überlassen, eine allmähliche Entwicklung gemeinwirtschaftlicher Lebensmittelversorgung anzustreben. Damit würde ein organisches Hineinwachsen in die Gemeinwirtschaft möglich, ohne die üblen Begleitererscheinungen, die bei einer schnellen von oben dekretierten Sozialisierung der Lebensmittelversorgung zu erwarten wären.

Ueber die Art, wie der Einfluß der Gemeinden in den Konsumgenossenschaften zur Geltung gebracht werden könnte, und wie durch eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Konsumgenossenschaft eine rasche Förderung der gemeinwirtschaftlichen Entwicklung möglich ist, wären besondere Ausführungen notwendig. Soviel mag indessen heute gesagt sein, daß die Uebertragung der Lebensmittelversorgung auf die Gemeinden eine Fülle von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten birgt, und daß es andererseits unverantwortlich wäre, wollte man die Konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen und Erfahrungen dabei unbeachtet übersehen.

Gefährdung der Volks- ernährung?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Sie teilten im Nr. 380 eine Denkschrift des Landwirtschaftlichen Ministeriums zur Produktionsförderung ohne Kommentar mit.

Die Denkschrift beginnt mit den Worten: „Die Volksernährung erscheint in der nächsten Zukunft ernstlich gefährdet. Abhilfe ist nur möglich, wenn die Landwirtschaft so schnell als möglich in die Lage versetzt wird, die Erzeugung auf das Neueste zu steigern.“ Daß der Staat alles dazu Zweckdienliche, was in seiner Macht liegt, tun muß, ist eine Selbstverständlichkeit, die oft genug auch von Seiten der Regierung betont ist. Bei der verhältnismäßig langsame Wirkung dieser Maßregeln würde das aber für die nächste Zukunft nicht viel nützen. Zur Sicherung der Volksernährung bleibt uns daher im Augenblick nur die Einfuhr ausländischer und eine gerechte Verteilung der vorhandenen inländischen Nahrungsmittel. Die Hoffnung auf hemmungslose Einfuhr würde zwar für „kreditwürdige“ Luxusartikel berechtigt sein, wenn derartigen Experimenten nicht ein Riegel vorgeschoben würde; aber für die Massenlebensartikel können wir damit wegen mangelnder Auslandsdeckung und wegen der Unmöglichkeit, die Differenz auf längere Zeit auf Reichsfonds zu übernehmen, nicht rechnen, selbst wenn für die Balanzierung der Ernährung auf Friedensstand nicht, wie die Denkschrift will, 45 Milliarden jährlich, sondern nur einige Milliarden benötigt würden.

Allerdings, dasjenige, was für die Aufrechterhaltung der Ernährung unbedingt erforderlich ist, muß eingeführt werden und dafür werden auch die Mittel vorhanden sein, aber der Friedensimport erstreckte sich großen Teils auf Ware, die ein einfach lebendes Volk zur Not eine Weile entbehren kann und die Ausnutzung der Lebensmittel hat während des Krieges sehr gewonnen. Aber im übrigen muß die inländische Produktion an Brotgetreide, Fleisch, Kartoffeln und Butter — nur um diese handelt es sich für die kommende Ernte noch — in vollem Umfange herangezogen und auch sichergestellt werden.

Denn das einzige Ziel unserer Ernährungspolitik ist die Erreichung des Existenzminimums für die Bevölkerung zu erträglichen Preisen. In der Form der Zwangswirtschaft hastet niemand. Wenn die Landumlage daselbe leisten würde, wäre sie zweifellos längst eingeführt, denn niemand, und vor allen Dingen eine Volksregierung, hat ein Interesse an der Verärgerung weiterer Volkskreise. Aber die Aufhebung der sogenannten Zwangswirtschaft und die Wiederherstellung eines schrankenlosen freien Handels würden im gegenwärtigen Augenblick, solange nicht genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, eine erhebliche Preiserhöhung gegenüber den Höchstpreisen mit sich bringen. Der größere Teil der Bevölkerung würde die erforderliche Mindestnahrung eben nicht oder nur zu unerschwinglichen Preisen vorfinden. Die Einführung der Landumlage würde einen doppelten Warenpreis schaffen, der technisch undurchführbar ist, und der selbst im Falle der Möglichkeit der Durchführung im höchsten Grade erbitternd wirken würde.

Die Propaganda für die Einführung des freien Handels steht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer Anhänger. Die überwiegende Masse der städtischen Bevölkerung weiß, was ihr beim freien Handel blühen würde. Auch fast die gesamte Industrie, von der man doch in erster Linie ein Eintreten für die ungehemmte Preisbildung erwarten sollte, steht hinter der gebundenen Wirtschaft. Für den

freien Handel treten lediglich die gegenwärtigen Wortführer der Landblinde und der kleinere Handel ein. Bezeichnenderweise erklären aber die verantwortlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen sich für die einstweilige Beibehaltung der Brot- und Fleischbewirtschaftung; sie überlassen den propagandistischen Landbünden die Vertretung der unerfüllbaren weitergehenden Forderungen.

Sicher ist, daß der Abbau der Landwirtschaft nicht preisabbauend, sondern preissteigernd wirkt, solange Nahrungsmittelknappheit besteht. Das wird aber noch längere Zeit der Fall sein. Demgegenüber ist die Beibehaltung der Rationierung und der Höchstpreise für Getreide, Fleisch und Kartoffeln das kleinere Übel, selbst wenn man produktionshemmende Wirkungen der Zwangswirtschaft zugibt. Die Volksernährung ist aber durch die Beibehaltung der staatlich kontrollierten Wirtschaft nicht „gefährdet“, denn die Produktion hat sich nicht so verschlechtert, um diese Befürchtung zu rechtfertigen. Die pflanzliche Produktion hat überhaupt bei weitem nicht den Tiefstand erreicht, der ihr nachgesagt wird. Die jetzt auf dem Felde stehende Ernte scheint allen Berichten zufolge für Winterfrucht, Gemüse, Kartoffeln und Futter nicht eben schlecht zu sein. Teilweise hat sie sich in den letzten Wochen überraschend erholt. Nur Sommergetreide steht durchgängig weniger gut. Die Befürchtung einer katastrophalen Wendung der Volksernährung scheint auch nach dieser Seite hin unberechtigt.

Nun weist die Denkschrift mit Recht auf den schweren Rückgang der tierischen Produktion hin, der ja unbestreitbar ist, wenn auch 60 Proz. zweifellos zu hoch gegriffen sind. Aber nicht das System der Zwangswirtschaft ist daran schuld, sondern die Tatsache, daß unsere gesamte Viehhaltung auf der Auslandszufuhr aufgebaut war und mit dem Einsetzen der Blockade zusammenbrach. Das trifft für die Schweinehaltung in erster Linie zu, die hauptsächlich auf der russischen Futtergerste beruhte. Da diese Einfuhr jetzt unmöglich ist, bedeutet die Forderung der Denkschrift auf Umstellung der Wirtschaft auf Schweineproduktion nichts anderes als die Verwendung von Brotgetreide zur Schweinemast in weitestem Umfange. Eine starke Förderung der Schweineproduktion kann man selbst bei dem grundsätzlichen Wunsch nach möglichst schneller Hochbringung unserer Schweinebestände jedenfalls erst dann vertreten, wenn die einheimische Ernte zu übersehen ist und ausländische Zufuhren sichergestellt sind, und wenn im Anschluß daran die Volksernährung überhaupt sichergestellt ist. Bis dahin sprechen heute die gleichen Gründe gegen die verstärkte Schweinehaltung, wie während des ganzen Krieges, wobei besonders zu bedenken ist, daß das Futter durch den Tiermagen nur zum 4. Teil für die menschliche Ernährung verwertet wird.

Wir müssen aber den Verfasser der Denkschrift daran erinnern, daß es den Führern der Landwirtschaftstechnik vom ersten Kriegsjahr an nicht zweifelhaft gewesen ist, daß Deutschland sich in der Viehhaltung nach Möglichkeit vom Ausland freimachen muß. Diese Möglichkeit ist bei der Schweinemast so gut wie ausgeschlossen; die Tendenz der deutschen Viehzucht liegt daher in der Förderung der Rindviehzucht und Schafzucht und einer entsprechenden Steigerung der Milch-, Butter- und Käseproduktion und Konsumtion. Es liegt uns sehr fern, einer Extensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes irgendwie das Wort reden zu wollen. Aber eine Verbesserung der Futterflächen und Verstärkung des Delfruchtbaues kann durchaus in der Richtung der Intensivierung betrieben werden. Das Rind ist kein Konkurrent des Menschen um die Nahrungsmittel. Seine Leistungen sind vielfacher Natur. Die Fleischernährung ruht bei ihm auf viel sicherer Grundlage. Wenn daher der Wiederaufbau des Rindviehstapels auch länger dauert als beim Schwein, so entspricht die Verstärkung der Rindviehhaltung

doch den natürlich gegebenen Tendenzen unserer Wirtschaft, gegenüber einer unnatürlich starken Schweineproduktion.

Es ist besser, den Speckbedarf zum kleineren Teil auf die Einfuhr zu verweisen, als die Abhängigkeit der Vieh- ernährung vom Ausland zu verewigen und aus unserem Ernährungszusammenbruch unbelehrt davonzugehen.

der Arbeiterräte von den hiezu bestellten Marktorganen verkaufen lassen.

5. Beschlagnahmte Waren können in kleineren Mengen humanitären Anstalten oder Fürsorgeorganisationen zugewiesen werden. Belegt verderbliche Waren, die zugrunde gehen könnten, wenn der Verkauf nicht sofort erfolgt, können die Arbeiterräte, wenn es nicht anders möglich ist, sofort verkaufen, nur müssen die dafür einkassierten Beträge an die Gemeinde Wien oder an die Zehnerkommission abgeführt werden, die diese Beträge den hiezu bestellten Stellen zuführen werden.

6. Werden größere Mengen von Waren beschlagnahmt, so müssen diese den hiezu bestellten Stellen abgeliefert werden. Die Zehnerkommission der Volkswehr wird solche Anmeldungen entgegennehmen, ebenso die Abteilung 9 des Wiener Magistrats. Sollten Warenmengen von den hiezu bestellten Stellen nicht übernommen werden, so muß es dem Volksernährungsamt gemeldet werden.

Der Kreisarbeiterrat empfiehlt den Genossen, mit Vorsicht und im Gefühl der Verantwortlichkeit an das Werk zu gehen und niemals zu vergessen, daß wir durch jeden Mißgriff die Institution der Arbeiterräte schwer schädigen können. Deshalb hofft der Kreisarbeiterrat, die Genossen werden immer nur nach eingehender Prüfung aller Begleitumstände handeln. Sollten Amtorgane bei solchen Handlungen ihre Unterstützung versagen, so soll darüber je nachdem, um welche Organe es sich handelt, den zuständigen Stellen Mitteilung gemacht werden, damit jeder Fall untersucht werden kann. Wir ersuchen die Genossen aber auch da nur nach eingehenden Informationen zu handeln.

Wir sind überzeugt, wenn alle Arbeiterräte diese Beschlüsse bei der Bekämpfung des Kriegswuchers beachten werden, dann wird die Tätigkeit der Arbeiterräte nicht Widerstand, sondern lebhaftige Unterstützung bei der Bevölkerung finden.

E. F.

Das Verbot des Ausfuhrverkehrs.

Die Landeswirtschaftskommission, die nun aus Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräten zusammengesetzt ist, hat beschlossen, von der Landesregierung zu verlangen, daß ein vollständiges Verbot des Ausfuhrverkehrs verordnet werden soll. Die Landesregierung hat diesem Wunsch entsprochen und das Verbot wurde erlassen. Darob natürlich im ganzen bürgerlichen Blätterwald eine leidenschaftliche Erregung, denn nun soll ja allen Schleikhändlern und allen Preistreibern das Handwerk gelegt werden und die Sonderversorgung der Besitzenden wird nicht mehr so klappen wie in den letzten Kriegsjahren. Das Verbot wurde immer gefordert, auch der Ernährungsausschuß der Nationalversammlung hat eine Resolution angenommen, die besagt, die Regierung solle den Ausfuhrverkehr mit allen Mitteln bekämpfen, und das beste Mittel sei das Verbot. Es haben dieses Verbot auch die Bauern gefordert, denn da sie diesmal die Ernte durch ihre landwirtschaftlichen Organisationen selbst aufbringen müssen, und wenn die Ausbringung versagt, nicht mehr die Regierung oder andere Behörden verantwortlich gemacht werden können, sondern die Bauern selbst, so müssen auch sie sich mit dem Gedanken vertraut machen, es müsse endlich jeder Bauer seine Pflicht tun und die Waren abliefern, damit die Städter leben können.

Es gibt gewiß Gegenstände gegen das Verbot. Vor allem, und das ist wohl der wichtigste und stichhaltigste Grund, kann man den professionellen Schleikhändler schwer von demjenigen unterscheiden, der sich für seine hungernde Familie Lebensmittel einkauft, da sich auch der

professionelle Schleikhändler der schlecht angezogenen Arbeitslosen bedient, damit er nicht entlarvt werden kann. Aber auch da müssen wir erkennen, daß, wenn es gelingt, den Ausfuhrverkehr vor allem der leichtverderblichen Waren, zu verhindern, die Auslieferung besser werden muß; denn was soll der Bauer mit den Frühkartoffeln und der Milch machen, wenn sie nicht gekauft werden? Er muß sie einfach nach Wien liefern. Nun sollen nach Mitteilungen des Landeshauptmannes Sever bereits um 8000 Liter mehr Milch nach Wien kommen, als es bisher der Fall gewesen ist. Auch die Frühkartoffeln kommen waggonweise nach Wien herein, die sonst im Schleikhandel zu unerhörten Preisen abgegeben worden wären.

Wertvoll ist es selbstverständlich, daß bei dem Kampfe gegen den Ausfuhrverkehr die Arbeiter auf dem Lande mit den Arbeitern in den Städten gemeinsam arbeiten und daß nicht nur die Stadt Wien, sondern auch die Landorte abgesperrt werden. Gelingt es, die Kette einheitlich zu schließen, dann werden wir mindestens erzielen, daß nun nicht mehr die größere Menge in den Schleikhandel wandert und nur ein kleiner Teil öffentlich abgeliefert wird, sondern daß wir wenigstens dieses Verhältnis umkehren. Aber auch dieser Erfolg würde die allgemeine Versorgung erhöhen.

Das Verbot des Ausfuhrverkehrs wird aber auch die Arbeitskräfte, die heute diese Tätigkeit der produktiven Arbeit in den Fabriken vorziehen, zwingen, wieder zu ihrem normalen Beruf zurückzukehren. Der Ausfuhrverkehr ist, wie jede Schieberei, eine Spekulation, und wie man heute mehr denn je spielt, siehe Spielhöllen, weil man von der produktiven Tätigkeit nicht leben kann, so kann man natürlich, solange man im Schleikhandel Tausende verdienen kann (und auch im Ausfuhrverkehr wird schwer verdient), an einer mühevollen Arbeit keinen Geschmack finden.

Die Arbeiterschaft steht aus all diesen Erwägungen geschlossen hinter dem Verbot der Landesregierung. Sowohl die Arbeiterräte als auch die Wiener Sozialorganisation stimmt dem Verbot des Ausfuhrverkehrs zu und wünscht, daß es aufrecht erhalten bleibe. Nur die Kleinrentner nehmen gegen das Verbot noch Stellung, weil ihnen die Unternehmer mit der Sperrung der Betriebe drohen und sie fürchten, arbeitslos zu werden. Aber diese Furcht ist gewiß unbegründet, denn es gibt heute Nahrungsmittel, die man auch ohne Ausfuhr erwerben kann und die zur Bereitung von Mahlzeiten Verwendung finden können. Es sei nur an das Gemüse erinnert. Gewiß, man wird nicht so gut und vielfach so üppig kochen können wie bisher, aber es werden eben alle auf die schmale Ration gesetzt werden.

Die Arbeiterräte haben sich auch deshalb in den Dienst der Sache gestellt und sich bemüht, die Behörden in dem Kampf zu unterstützen. Es sind dabei Mißgriffe geschehen, wie eben jede Sache ihre Kinderkrankheiten hat und wie sie nur überwunden werden können, wenn man sie praktisch versucht. Es soll nun eine besondere Organisation zur Kriegswucherbekämpfung von allen hiezu ausländischen Behörden — Ernährungsamt, Polizeidirektion, Gemeinde Wien u. errichtet werden, in die auch die Arbeiterräte sowohl in die Regulative als auch in die Exekutive einbezogen werden sollen. Diese Organisation soll die feste Grundlage für die Überwachung sämtlicher Lager, Werkstätten und Verkaufsstellen ermöglichen, die heute vom Kriegswucheramt schon wegen der geringen Zahl der zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte nicht durchgeführt werden kann. Die Arbeiterräte versuchen aber schon jetzt aus eigener Kraft die Bekämpfung des Kriegswuchers und des Schleikhandels zu organisieren und die Arbeit der einzelnen Arbeiterräte auf eine fest umgrenzte Grundlage zu stellen. Deshalb hat sich der Approvisionierungsausschuß des Kreisarbeiterrates mit all diesen Fragen eingehend beschäftigt und hat folgende Resolution beschlossen:

Durch die Kriegszeit und nach dem Zusammenbruch hat es die Arbeiterschaft mit der größten Erbitterung erfüllt, daß die bürgerlichen Klassen dank des wohlorganisierten Schleikhandels besser versorgt gewesen sind, als die auf die Rationen angewiesene Arbeiterschaft. Deshalb begrüßt der Arbeiterrat die Verordnung der Landesregierung, die den Ausfuhrverkehr verbietet. Die Arbeiterräte sind überzeugt, wenn die Arbeiterräte und die sozialdemokratischen Gemeindevertretungen in der Provinz und in Wien gemeinsam die Durchführung des Verbotes durch die hiezu berufenen Amtorgane kontrollieren, dann wird es gelingen, den Schleikhandel einzudämmen.

Der Kreisarbeiterrat erkennt gern an, welche opferbereite Arbeit viele Arbeiterräte im Kampfe gegen die Mißachtung der bestehenden Verordnungen und die mangelhafte Überwachung durch behördliche Organe führen. Er warnt aber die Genossen vor jeder Willkürlichkeit. Die Arbeiterräte sollen nicht die Polizeiorgane sein, die die Amtorgane ersetzen, sondern die kontrollierenden Organe, die die Behörden unterstützen und die energische Handhabung der Vorschriften und Verbote betreiben. Es müssen deshalb von allen Arbeiterräten folgende Vorschriften beobachtet werden:

1. Die Arbeiterräte sollen nicht über den Kampf gegen den Ausfuhrverkehr vergessen, welche große Mengen an Waren im Schleikhandel befördert werden, die waggon- und wagenweise auf allen Bahnhöfen und auf allen Zufahrtsstraßen nach Wien kommen. Diese Mengen gilt es vor allem zu erfassen.

2. Die Arbeiterräte sollen verhindern, daß den ärmeren Kreisen der Bevölkerung oder den Menschen, die außerhalb Wiens wohnen, aber in Wien arbeiten, die kleinen Mengen an Nahrungsvorrat weggenommen werden, die sie zu ihrer persönlichen Verköstigung brauchen.

3. Die Beschlagnahme der Waren, vor allem der größeren Mengen, muß immer im Einverständnis mit den Behörden oder mit der Zehnerkommission der Volkswehr im Kriegswucheramt vorgenommen werden.

4. Die Arbeiterräte sollen beschlagnahmte Waren nicht selbst verkaufen, sondern unter Aufsicht

Abdruck der Originalausgabe verboten.

Die Wirkungen der englischen Hungerblockade auf die deutschen Kinder.*

Es ist eine ungeahnte Wirkung, die diese aufklärende Druckschrift, deren sieben Abschnitte ebensovielen Aufzügen eines Dramas gleichen, auf den Leser ausübt. Schon die Einleitungsworte, daß „der Kindermord von Bethlehem ein Kinderspiel sei, verglichen mit dem Hungersterben deutscher Kinder während dreier Jahre englischer Blockade“, bereiten den Leser auf die Bilder vor, die sich Seite für Seite entrollen.

Die Persönlichkeit des Verfassers, der schon seit Jahren unter denjenigen, die an der Jugend des deutschen Volkes arbeiten, an erster Stelle steht, und der nun hier sein gesammeltes Material in Zahl, Beispiel und Quellenangabe bietet, schließt die Annahme einer Übertreibung, mit der wir uns sonst so gern beruhigen ließen, von vornherein aus. Nur wenige Eingeweihte kannten während des Krieges den ganzen Umfang der unerhörten Leiden: Militärbehörde und Zensur geboten dem Verfasser, der schon im Jahre 1916 die Blockadewirkung über sah, Schweigen. Ebenso war den führenden Ärzten und Ernährungspolitikern jede Äußerung untersagt.

Wie donnernde Geschütze stehen nun die Zahlenreihen der Blockadetodesopfer vor unseren Augen:

Nach amtlichen Zahlen erhöhen sich die Sterbefälle der deutschen Zivilbevölkerung im Jahre 1915 um 9%, im Jahre 1916 um 14, 1917 um 32, 1918 um 37 v. H. gegenüber dem Jahre 1913. Das Reichsamt des Innern beziffert die Todesopfer der Blockade im Jahre 1917 auf 260 000, im Jahre 1918 auf 294 000 (die Todesfälle an Grippe, die doch auch mit der Widerstandslosigkeit des durch die Blockade geschwächten Körpers zusammenhängen, nicht mitgerechnet). In nüchterner Gesamtzahl ausgedrückt:

In den Jahren 1915 bis 1918 fielen 763 000 Zivilpersonen der Blockade zum Opfer!

Erschreckend ist die Steigerung der Todesfälle infolge von Tuberkulose: im ganzen Friedensjahr 1913 starben an Tuberkulose 40 374 Personen; bereits im ersten Halbjahr 1918 41 800, was mehr als Verdoppelung der Todesfälle bedeutet!

Wie in der allgemeinen Statistik, zeigt sich auch in der Kinderstatistik der jähe Anstieg der Sterbefälle: im Jahre 1917 stieg die deutsche Kindersterblichkeit, verglichen mit dem Jahre 1913, um 2,4 v. H. bei den Säuglingen, um 49,3 v. H. bei den Kleinkindern von 2—6 Jahren, um 55 v. H. bei den Schulkindern von 6—15 Jahren. In nüchterner Zahl ausgedrückt: 50 000 deutsche Klein- und Schulkinder starben 1917 mehr als 1913. Und dabei war das Jahr 1917 in bezug auf „Kinderkrankheiten“ günstiger denn je!

Ebenso erschreckend ist auch hier die Steigerung der Todesfälle an Tuberkulose. In Berlin starben: im Alter von 4—5 Jahren 1915 20, 1916 35, 1917 47 Kinder; im Alter von 6—10 Jahren 1915 38, 1916/17 je 55; im Alter von 11 bis 15 Jahren 1915 53, 1916 94, 1917 133; im Alter von 16 bis 20 Jahren 1915 296, 1916 316, 1917 494. Ebenso stark ist die Vermehrung der tödlichen Magen- und Darmkrankungen jenseits des Säuglingsalters. Es war eine Verdreifachung, ja, Vervielfachung der Todesfälle in Berlin festzustellen. Ähnliche Zahlen werden aus anderen Städten beigebracht.

Noch viel erschreckender aber ist die Zahl der Erkrankungen infolge von Unterernährung, die bei der Tuberkulose um das Vierfache gegenüber der Friedenszeit gestiegen ist. So stieg z. B. in Breslau die Zahl der Patienten des Vereins zur Fürsorge für unbemittelte Lungentränke von 8692 im letzten Friedensjahr auf 20 669 im Jahre 1917, um 1918 noch weiterhin anzuwachsen! Bedenkt man, daß nach ärztlicher Statistik auf einen Tuberkulosesterbefall fünf Ansteckungen für die Umgebung zu rechnen sind, vorderblich besonders für die kleinsten Kinder, so muß man mit Vizenrat Sigmund-Schulze bekennen, daß in dem Hinsterben der Kinder das größte soziale Uebel noch nicht ausgedrückt ist: Krankheit und dauerndes Siechtum — ein Schicksal, dessen ganze Schwere erst die Zukunft offenbaren wird, wenn diese Kinder leistungsfähige Menschen werden sollen — lassen sich nicht statistisch festlegen!

Das Bild, das sich uns bietet, wenn uns Verfasser an Hand eines ärztlichen Berichtes in Gefängnisse und andere geschlossene Anstalten führt, deren Insassen mit den zugewiesenen Nahrungsrationen auskommen mußten, ist grauig: „Die bleichen, bis zu 40 v. H. ihres ursprünglichen Gewichtes abgemagerten, hydropisch geschwollenen, durch Muskelschwäche unbeweglich gewordenen Menschen boten einen nicht weniger erschrecklichen Anblick als die *Facies pestilica*.“ — Bei diesen stieg die Zahl der Erkrankten bis zu 90 v. H., die der Todesfälle bis über 50 v. H.

Der sozialen Bühne eines Gerhart Hauptmann könnten die Bilder entliehen sein, die Verfasser uns bringt, den engen Zusammenhang von Unterernährung und geistiger wie sittlicher Verwahrlosung zu beweisen: Drei Kinder, 13, 10 und 8 Jahre alt, die bei Frau Nachbarin die Küchentüröffnung herauschneiden, um sich aus der Küche Lebensmittel zu holen! Der kleine Bub, der beim Arbeitgeber Brote stiehlt, sie an bestimmtem Ort versteckt und täglich einmal dort hinget, um sich wenigstens dieses eine Mal am Tage satt zu essen! Weibliche Jugendliche, die sich einem schlechten

Lebenswandel ergeben, um sich von ihren Liebhabern sättigen zu lassen! Knaben, die geschlechtlicher Verführung aus demselben Grund zum Opfer fallen!

Vertieft wird der Eindruck des Druckheftes durch den Nachweis, daß diese Wirkungen einer völkerrechtswidrigen Kriegsmahnahme den führenden Männern der Entente bekannt waren — so bekannt, daß im Herbst 1918 ein englischer Führer ruhig feststellen konnte, daß die „deutsche Rasse ruiniert“, der deutschen Jugend ein „unausrottbare Schaden“ zugefügt sei.

Nicht Haß soll gesät werden, wenn Vizenrat Sigmund-Schulze, nachdem er die furchtbaren Wirkungen der über Deutschland verhängten Hungerblockade geschildert, die Worte schreibt: „Wer hat es angerichtet? ... Der tausendstimmige Chor gemordeter Kinder schreit den deutschen Müttern in die Ohren: „England! das christliche England war es.“ — Die Broschüre ist eine psychologische Erklärung des U-Boot-Krieges, der ein rettungsuchender Faustschlag war, den der Ersticken nach den umschnürenden Händen des erbarmungslosesten Feindes führte. — Der U-Boot-Krieg verblaßt in Absicht und Wirkung gegenüber dem ungeheuerlichen Kriegsmittel der Blockade. Was der Verfasser uns in seiner Arbeit sagt, soll dazu dienen, die Erkenntnis der Schuld am Kriege zu vertiefen. Für die Tatsache, daß die Blockade, trotzdem ihre Wirkung längst bekanntgeworden war, nach der völligen Niederwerfung Deutschlands nicht aufgehoben wurde, werden spätere Geschichtsschreiber keinen anderen Beweggrund finden können als den, der sich schon vor dem Kriege in den politischen Berechnungen bemerkbar machte: das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes zugleich mit seinem Wiederaufleben überhaupt zu vernichten! Also sollen wir dem bisher noch keiner Schuld bewußten England zeigen, daß der Anteil an der Schuld dieses Krieges zum mindesten geteilt ist. — Daß Vizenrat Sigmund-Schulze, der seit Jahren an einer deutsch-englischen Verständigung gearbeitet, inmitten eines verwirrten Für und Wider der Schuldfrage, so sachgemäß und ruhig-objektiv die Tatsachen enthüllt, dafür müssen wir ihm, der stets über den Parteilich stand, danken.

Möge die Schrift ihren Weg finden zu Freund und Feind! Wir legen sie aus der Hand mit der Erkenntnis, die schon zu Ausbruch des Krieges uns beschlich: daß jener Erlösungsruß „*Fiat lux, penetret mundum!*“ von einer Menschheit ewig ungehört verhallen wird! Daß nur einzelne Menschen ihn vernahmen und ihm sehnstuchsvoll die Herzen öffneten! Diese Wahrheit — alt wie die Erde — spricht Sigmund-Schulze in seiner Schrift nicht aus, doch macht er sie vielleicht empfinden, als er zum Schluß sein dunkles Gemälde von einem Blitschein überstrahlen ließ: die Tatsache erwähnend, daß bei uns in schwerster Zeit, da deutsche Kinder an Hungersfolgen starben, über 400 Kinder feindlicher Nation Freispeisung erhielten, und daß in England Quäter und Friedensfreunde deutschen Frauen und Kindern hilfreich zur Seite standen.

Wir können uns eines Gedankens nicht erwehren: Möchte, sei es im deutschen, sei es im englischen Volke, ein zweiter Shakespeare auferstehen, um dieses Drama christlicher Kultur in ewige Form zu gießen!

Maria Hasak,

Referentin der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge.

*) Von Vizenrat Friedrich Sigmund-Schulze, erstem Direktor des Berliner Städtischen Jugendamtes. Sonderabdruck aus: „Die Elche“. In Kommission bei der Verlagsbuchhandlung Fr. Zillesen, C. 12, 30 Seiten, 1,50 M.



1,75 M.
täglich
Ausland
Hennig.
12421.

Anzeigenpreise: Die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 1,25 M., im Abendblatt und in der Montagsausgabe 1,50 M. Reklamen: Die Zeile 4,50 M. In diesen Preisen treten 60 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 80 Pf. u. Familienanzeigen 1 M. die Zeile ohne Zuschlag.

39. Jahrgang

Gefährdung der Volksernährung.

Als Folge der Ablehnung einer Frühdruschprämie durch die Nationalversammlung zeigte sich, wie von den Sachverständigen vorausgesagt wurde, eine äußerst geringe Ablieferung von Brotgetreide für die Allgemeinheit, so daß eine Katastrophe unausbleiblich scheint. Nun hat sich, nach den letzten Zeitungsnachrichten, das Reichsernährungsministerium neustens im Interesse der Verbraucher zur Gewährung einer Viesierungsprämie, das heißt einer verschleierten nachträglichen Frühdruschprämie in recht mäßiger Höhe entschlossen. Wird diese Prämie die Katastrophe verhüten? Nein. Sie wird dieselbe nur kurze Zeit aufhalten. Es ist ja wohl zuzugeben, daß in diesem Jahre der Heeresbedarf größtenteils wegfällt; allein der Minderbedarf wird durch Anforderungen für rückkehrende Kriegsgefangene, zuziehende Auslandsdeutsche, Flüchtlinge aus besetzten Gebieten, einwandernde Ausländer usw. fast aufgewogen. Andererseits wird eine Reihe von Umständen eine gegenüber dem Vorjahre bedeutend verminderte Ablieferung herbeiführen. Politische Hezereien, der hauptsächlich von Interessenten geführte Kampf gegen die Zwangswirtschaft, die ungenügende, unbillig-geringe der Preissteigerung auf anderen Gebieten nicht entfernt entsprechende Erhöhung der Getreidepreise und andere beklagenswerte Vorkommnisse der letzten Zeit haben die Vieserfreudigkeit der Landwirte erheblich vermindert. Der durch Erhöhung der Selbstversorgerration gestiegene Eigenverbrauch der Landwirte, der Leutenmangel, die gesunkene Arbeitsleistung der Erntearbeiter, der Wegfall großer, fruchtbarer Erzeugungsgebiete, die Verspätung der Ernte, fast bis zum Beginn der nicht zu verschleibenden Hackfrüchternte und nicht zuletzt der Mangel an Kohlen werden sicher im nächsten Frühjahr, wahrscheinlich aber schon im November, eine Krisis herbeiführen, welche Deutschland mit gewöhnlichen Mitteln nicht überwinden kann. Wie, wenn noch Unruhen, Streiks, Transportschwierigkeiten, Plünderungen von Borräten und andere unglückliche Vorkommnisse und Umstände hinzutreten? Werden uns etwa die Entente oder andere ausländische Staaten helfen können und wollen? Man vergesse nicht, daß auch im Ausland die Borräte schmelzen und teurer werden. Die Einfuhr ausländischen Getreides hängt zudem von politischen Faktoren ab, so daß auf sie nicht sicher gebaut werden kann. Abgesehen von valutarischen Gründen wird übrigens der internationale Tonnagemangel und wird die in wenigen Wochen einsetzende, überaus starke Inanspruchnahme der Bahnen durch den Herbstverkehr (Kartoffeln, Gemüse, Obst usw.) und durch die voluminösen Holz- und Torftransporte eine Steigerung der Einfuhr auf das notwendige, sehr hohe Maß verhindern. Was nun, wenn in nächster Zeit oder spätestens im Winter Unruhen ausbrechen? Wenn unser inländisches Getreide in Mengen, welche größer als die Einfuhr von Auslandsgetreide sind, nach Holland, Polen, in die Schweiz und in andere Nachbarländer abwandert? Wie, wenn ein Teil der Landwirte statt des teureren Hofers Brotgetreide verfüttert? Dann kommt eine Mehlnot wie noch nie. Sie trifft zusammen mit der Kohlennot, mit einer Minderung der Erzeugung von Zucker, einheimischem Fleisch, Fett, Milch usw. Die Folgen auf innerpolitischem und wahrscheinlich auch außerpolitischem Gebiet werden nicht ausbleiben. Wir müssen den Mut haben, uns die ungeheuerliche Gefahr klarzumachen. Dann werden wir zur Erkenntnis kommen, daß selbst bei Ausbleiben der ungünstigsten Verhältnisse sofortige Abhilfe nötig ist, um dem Zusammenbruch zu entgehen. Wie kann das in letzter Stunde geschehen?

Zunächst Verdoppelung der neustestgesetzten Viesierungsprämie und Erstreckung derselben auf die Zeit bis Februar. Was dann noch nicht abgeliefert ist, wird überhaupt nicht mehr abgeliefert. Hört die Prämie, wie festgesetzt, schon am 15. Oktober auf, dann wandert von da ab mindestens das Getreide der kleineren und mittleren Landwirte in den Schleichhandel oder in den Futtertrog. Selbst wenn die Prämie verläßt wird, ist das einheimische Getreide noch lange nicht so teuer wie das Auslandsgetreide. Je höher sie ist, um so eher haben wir Aussicht, auch die noch vorhandenen Bestände aller Ernte zu erfassen und die Abwanderung einheimischen Getreides ins Ausland zu verhindern.

Weiter muß eine Herabsetzung der Brotration der Versorgungsberechtigten auf 200 Gr. für den Tag vorgenommen werden. Die verminderte Ration reicht an sich nicht zur Erhaltung, geschweige denn zum Wiederaufbau der Körperkraft. Wenn aber statt 260 Gr. schlechten 94 proz. Mehles künftig 200 Gr. 80 proz. Mehles geliefert würde, so ist diese verminderte Ration für das Volk gesünder, nahrhafter und damit wertvoller als die bisherige. Außerdem wird dabei Getreide erspart und wertvolle Kleie für die Schweinezucht gewonnen. Ich höre den alten Einwurf, das Schwein sei der Feind des Menschen. Das Volk weiß das besser. Das war einmal so. Die Schweine fressen Abfälle, die jetzt in großen Mengen verlorengehen, und weiterhin ermöglicht

778

24. IX. 1919

24

183

Kundmachungen.

B. W. N. 1, 3. 833.

Ausgabe neuer amtlicher Einkaufsscheine.

Von dem noch besonders zu verlautbarenden Tage an treten neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich 88 Abschnitte mit Ziffern zum Bezuge verschiedener, jeweils zu verlautbarenden Lebensmittel und Bedarfsartikel und gleichzeitig die für die Monate Oktober 1919 bis einschließlich Jänner 1920 geltenden Abschnitte zum Bezuge von Kaffee und Zucker befinden. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe.

Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und brauner Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weißer Farbe ausgegeben.

Behufs Erhaltes der neuen Einkaufsscheine haben sich die Besitzer von Einkaufsscheinen an den unten angegebenen Tagen bei der zuständigen Brotkommission, beziehungsweise Haushalte über 14 Personen bei der Konstriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes einzufinden. Die derzeitigen Einkaufsscheine und ein Ausweisdokument (Tauf-, Geburts-, Trauungs-, Heirats-, Gewerbechein, Steuerbogen, Arbeits-, Dienstbotenbuch, amtliche Legitimation u. dgl.) des Haushaltungsvorstandes sind mitzubringen. Dieses Ausweisdokument und die derzeitigen Einkaufsscheine werden dem Inhaber nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleiben die Einkaufsscheine hinsichtlich der Kaffee- und Zuckerabschnitte bis zu deren Einlösung in Kraft.

Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, von ihrem bisherigen Kaffeelieferanten, dem bisherigen Zuckerlieferanten und dem bisherigen Lieferanten für frisches Schweinefleisch dessen Firma und die bisherige Nummer der Kundenliste an der hiefür vorgesehenen Stelle des Kartenstammes innerhalb zweier Tage nach Erhalt des amtlichen Einkaufsscheines eintragen zu lassen.

Eine Aenderung der Abgabestellen anlässlich der allgemeinen Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine ist nicht zulässig, da die neuen Scheine nur eine Fortsetzung der bisherigen bilden und eine Neurayonierung nicht stattfindet. Es werden daher auch von allen amtlichen Einkaufsscheinen, welche bei der allgemeinen Ausgabe an bereits rayonierte Haushalte oder Einzelpersonen ausgefolgt werden, die Abschnitte mit den Ziffern 1, 2 und 3 (Rayonierungsabschnitte) durch die Brotkommissionen abgetrennt. Im übrigen kann eine Aenderung der Abgabestellen sowie der Rücktritt einer Abgabestelle von der Lieferungspflicht — mit Ausnahme der Ueberlieferung des Inhabers des amtlichen Einkaufsscheines oder der Schließung der Abgabestelle — nur mit Zustimmung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes, bei frischem Schweinefleisch der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch in Wien, St. Marx, erfolgen.

Da eine Neurayonierung nicht stattfindet, haben die Abgabestellen nur ihre Firma und die bisherige Nummer der Kundenliste

an der hiefür vorgesehenen Stelle des Stammes der ihnen von ihren bisherigen Kunden vorgewiesenen amtlichen Einkaufsscheine einzutragen, die Konsumentenorganisationen außerdem ihren Stempel wie bisher rechts neben dem diesbezüglichen Text aufzudrücken.

Die den Abgabestellen für Kaffee, Zucker und für frisches Schweinefleisch bisher auferlegte Pflicht zur Führung von Nachtragskundenlisten in zwei Ausfertigungen besteht fort. In diese Nachtragskundenlisten dürfen nur jene im Laufe der Gültigkeitsdauer der neuen amtlichen Einkaufsscheine zuwachsenden neuen Kunden eingetragen werden, welche einen legal ausgestellten amtlichen Einkaufsschein mit dem erforderlichen Rayonierungsabschnitt (für Kaffee Abschnitt mit Ziffer 1, für Zucker Abschnitt mit Ziffer 2, für frisches Schweinefleisch Abschnitt mit Ziffer 3) und irgendein Personaldokument (nicht Meldezettel) des Inhabers des amtlichen Einkaufsscheines vorweisen. Der Rayonierungsabschnitt ist durch den Inhaber der Abgabestelle oder dessen Beauftragten vom amtlichen Einkaufsschein abzutrennen und in der einen Ausfertigung der Nachtragskundenliste hinter der Personenzahl des eingetragenen Kunden einzufügen.

Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine findet statt für Haushalte und Einzelpersonen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens A bis E am 22., F bis H am 23., J bis L am 24., M bis Q am 25., R, S, Sch am 26. und St, T bis Z am 27. September 1919 in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr mittags und von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Jede Veränderung in der Personenzahl oder im Rechte zum Bezuge der amtlichen Einkaufsscheine sowie Ueberstellungen sind der zuständigen Brotkommission anzuzeigen. In den Vorschriften über die Nachtragskundenlisten, die Abgabe der abgetrennten Abschnitte der amtlichen Einkaufsscheine, Lebensmittelkarten für vorübergehenden Aufenthalt und Kindermilchkarten, die Abgabe der Zusatzkarten und über den Vorgang bei Zuwachs, Abfall und Umrayonierungen tritt eine Aenderung nicht ein.

Zuckerzusatzkarten, mit Ausnahme jener für Kranke, schwangere und stillende Frauen, dürfen wie bisher von den Zuckerabgabestellen nur dann eingelöst werden, wenn sie mit dem Stempelabdrucke des Betriebes oder Amtes, welchem der Besitzer der Zusatzkarte angehört, versehen sind.

Der amtliche Einkaufsschein ist eine öffentliche Urkunde und ist unübertragbar. Die Fälschung desselben wird nach dem Strafgesetze geahndet. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 K oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Wird die Uebertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann auch außerdem auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.